

**Dritter Zwischenbericht zum Berichtszeitraum
01.01.2017 – 31.12.2017 der Wissenschaftlichen
Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften
für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben!
Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und
Menschenfeindlichkeit“**

Impressum

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.
Zeilweg 42
60439 Frankfurt am Main

und

Camino gGmbH
Boppstr. 7
10967 Berlin

Frankfurt am Main/Berlin, Dezember 2017

Autor/innen ISS e.V.

Irina Bohn
Julia Däumlin
Julia Hallmann
Jan Saßmannshausen

Autor/innen Camino gGmbH

Sabine Behn
Dr. Kari-Maria Karliczek
Till Sträter
Wolfgang Stuppert
Jonas Köhler

Inhalt

Abbildungsverzeichnis	III
------------------------------	------------

Tabellenverzeichnis	IV
----------------------------	-----------

1	Zusammenfassung	1
2	Evaluationsgegenstand und Fragestellungen	6
2.1	Fragestellungen und Schwerpunkte der Wissenschaftlichen Begleitung	7
2.1.1	Schwerpunkt 1: Prozessbegleitendes Monitoring der Implementierung und Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie	7
2.1.2	Schwerpunkt 2: Gesamtindex zur Zielerreichung: PfD-Demokratie-Index	8
2.1.3	Schwerpunkt 3: Jugendpartizipation	9
2.1.4	Schwerpunkt 4: Inhaltliche Ausgestaltung der Handlungsstrategien und die Arbeit von Begleitausschüssen	10
2.1.5	Schwerpunkt 5: Evaluation der Weiterbildungsangebote für die Koordinator/innen der Koordinierungs- und Fachstellen	11
2.1.6	Schwerpunkt 6: Lokale Bedrohungslagen	12
2.1.7	Schwerpunkt 7: Gesamtkoordination	12
2.1.8	Schwerpunkt 8: Vernetzung	13
2.1.9	Schwerpunkt 9: Öffentlichkeitswirksamkeit	13
2.1.10	Schwerpunkt 10: Aktions- und Initiativfonds	14
2.1.11	Schwerpunkt 11: Nachhaltigkeit	14
3	Untersuchungsdesign und methodische Umsetzung der Wissenschaftlichen Begleitung	15
3.1	Grundsätze und Gesamtdesign der Wissenschaftlichen Begleitung	15
3.2	Methodisches Vorgehen des ISS-Frankfurt a. M.	16
3.2.1	Schwerpunkt 1: Prozessbegleitendes Monitoring der Implementierung und Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie	17
3.2.2	Schwerpunkt 2: Gesamtindex zur Zielerreichung: PfD-Demokratie-Index	19
3.2.3	Schwerpunkt 3: Jugendpartizipation	20
3.2.4	Schwerpunkt 4: Inhaltliche Ausgestaltung der Handlungsstrategien und die Arbeit von Begleitausschüssen	22
3.2.5	Schwerpunkt 5: Evaluation der Weiterbildungsangebote für die Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen	23
3.2.6	Schwerpunkt 6: Lokale Bedrohungslagen	24
3.3	Methodisches Vorgehen von Camino gGmbH	26
3.3.1	Sampling/Auswahl der Interviewpartner/innen	27
3.3.2	Datenerhebung	28
3.3.3	Datenauswertung	30
3.3.4	Erstellung Logischer Modelle zum Thema Öffentlichkeitswirksamkeit	31
3.3.5	Transferworkshops	31
3.3.6	Ausblick	32

4	Ergebnisse	33
4.1	Monitoring der Implementierung und Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie	33
4.1.1	Struktureller Ausbau und strukturelle Verankerung der Partnerschaften für Demokratie	33
4.1.2	Beteiligung, Vernetzung und Kooperation	37
4.1.3	Jugendpartizipation	42
4.1.4	Inhaltliche Ausrichtung der Partnerschaften für Demokratie	47
4.2	Die integrierten Handlungsstrategien der Partnerschaften für Demokratie	50
4.2.1	Strategie der demokratischen Gegenwehr	57
4.2.2	Strategie der demokratischen Ermunterung	59
4.2.3	Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung	62
4.2.4	Strategie der pluralen Gemeinschaft	64
4.2.5	Strategie der Förderung demokratischer Bürgertugenden	66
4.3	Verortung der Strategien im Bereich der Prävention	70
4.4	Lokales Klima der Bedrohung in den Partnerschaften für Demokratie	73
4.4.1	Auftreten demokratiefeindlicher Akteur/innen in den Fördergebieten der Partnerschaften für Demokratie	74
4.4.2	Demokratiefeindliche Diskurse und Aktionen in den Fördergebieten der Partnerschaften für Demokratie	75
4.4.3	Reaktionen demokratisch engagierter Akteur/innen in den Fördergebieten der Partnerschaften für Demokratie	83
4.4.4	Förderliche und hinderliche Bedingungen für die Herausbildung einer aktiven Widerstandskraft gegen ein lokales Klima der Bedrohung in den Partnerschaften für Demokratie	84
4.4.5	Hypothesen zu förderlichen und hinderlichen Faktoren für die Herausbildung von Widerstandsfähigkeit des demokratiefreundlichen Spektrums auf das Vorhandensein demokratie- und menschenfeindlicher Akteursgruppen	91
4.5	Entwicklung einer umfassenden Gesamtkoordination	91
4.5.1	Entwicklungsstände hinsichtlich der umfassenden Gesamtkoordination in den Förderregionen	93
4.5.2	Gelingensbedingungen für die Entwicklung einer umfassenden Gesamtkoordination der Partnerschaften	94
4.5.3	Handlungsoptionen zur Erweiterung von Wissensbeständen	94
4.5.4	Handlungsoptionen: Eröffnung regionaler Zugänge	98
4.5.5	Die Koordinierungs- und Fachstellen in der Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus	102
4.5.6	Fazit	105
4.6	Leistungsfähige Netzwerke	106
4.6.1	Entwicklungsstände leistungsfähiger Netzwerke in der Anfangsphase	107
4.6.2	Gelingensbedingungen für die Entwicklung leistungsfähiger Netzwerke	109
4.6.3	Erkenntnisse aus der Analyse der Netzwerke unter Einzelmaßnahmenträgern	109
4.6.4	Fazit	120

4.7	Öffentlichkeitswirksamkeit	121
4.7.1	Begriffsdefinition und Fragestellung	121
4.7.2	Typen der Öffentlichkeitswirksamkeit und Einflussfaktoren	122
4.7.3	Handlungsoptionen zur Erreichung der verschiedenen Teil- Öffentlichkeiten	124
4.7.4	Die Bundeskampagne „Wer, wenn nicht wir?“	133
4.7.5	Fazit	134
4.8	Der Aktions- und Initiativfonds	134
4.9	Die Entwicklung des Aktions- und Initiativfonds	135
4.9.1	Wirkungen des Aktions- und Initiativfonds	136
4.9.2	Die Rolle des Ehrenamts in der Umsetzung von Einzelmaßnahmen	140
4.9.3	Fazit	143
4.10	Nachhaltigkeit	144
4.10.1	Einführung in das Untersuchungsdesign	144
4.10.2	Darstellung der untersuchten Regionen	146
4.10.3	Die Nutzung partizipativer Prozesse und die Berücksichtigung des Kontexts durch die kommunalen Akteur/innen	146
4.10.4	Dimensionen der Nachhaltigkeit	147
4.10.5	Förderliche und hinderliche Faktoren	155
4.10.6	Welche Bedeutung hat Nachhaltigkeit im Programm „Demokratie leben!“?	156
4.10.7	Fazit	157
5	Empfehlungen	159
6	Literatur	163
7	Tabellenanhang Camino gGmbH	168

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Untersuchungsdesign der Wissenschaftlichen Begleitung	16
Abbildung 2:	Inhaltliche Bereiche, hinsichtlich derer die Koordinator/innen Unterstützungsbedarfe äußern	36
Abbildung 3:	Anteile der verschiedenen Akteursgruppen an allen Mitgliedern in den Begleitausschüssen	38
Abbildung 4:	Formen von Ermüdungserscheinungen im Begleitausschuss	40
Abbildung 5:	Beurteilung der Beteiligung an den Demokratiekonferenzen	41
Abbildung 6:	Umsetzungsstand der Jugendforen differenziert nach Förderperiode	43
Abbildung 7:	Etablierungskontext der Jugendforen differenziert nach Verwaltungseinheit	44
Abbildung 8:	Realisierte Jugendbeteiligung nach Phasen des politischen Prozesses differenziert nach Partnerschaften mit etabliertem Jugendforum und ohne etabliertes Jugendforum	45
Abbildung 9:	Schwerpunkte der aus den Jugendfonds realisierten Projekte	46

Abbildung 10:	Arbeitsschwerpunkte, die im Jahr 2017 bearbeitet werden, differenziert nach regionaler Verortung	49
Abbildung 11:	Übergeordnete Ziele der fünf Strategiegruppen	54
Abbildung 12:	Verortung der Strategien im Bereich Prävention	71
Abbildung 13:	Einschätzung der Koordinator/innen zu den offensiv im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017	76
Abbildung 14:	Einschätzungen der Koordinator/innen zur Situation in ihrem Fördergebiet hinsichtlich Anfeindungen und Bedrohungen verschiedener Akteursgruppen für die Jahre 2015/2016 sowie den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017	79
Abbildung 15:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von verschiedenen Akteursgruppen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017	81
Abbildung 16:	Einschätzungen der Koordinator/innen zu Körperverletzungen gegen spezifische Personengruppen für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017	82
Abbildung 17:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Reaktionen auf Situationen von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017	83
Abbildung 18:	Typen von Öffentlichkeitswirksamkeit	123
Abbildung 19:	Anzahl der Projektverantwortlichen nach Art der Einzelmaßnahme	137
Abbildung 20:	Informationsaustausch zwischen Projektträgern einer neuen Partnerschaft	139
Abbildung 21:	Themen der Einzelmaßnahmen und Ehrenamtlichkeit der Träger	140
Abbildung 22:	Zielgruppen der Projekte und Ehrenamtlichkeit der Träger	141
Abbildung 23:	Nachhaltigkeitsdreieck	145

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Strukturmodell der Ziel-Mittel-Annahmen	52
Tabelle 2:	Die Strategien im Überblick	56
Tabelle 3:	zu Abbildung 19: Anzahl der Projektverantwortlichen nach Art der Einzelmaßnahme	168
Tabelle 4:	zu Abbildung 21: Themen der Einzelmaßnahmen und Ehrenamtlichkeit der Träger	168
Tabelle 5:	zu Abbildung 22: Zielgruppen der Projekte und Ehrenamtlichkeit der Träger	169

1 Zusammenfassung

Die Partnerschaften für Demokratie sind auch im laufenden Förderjahr insbesondere in städtischen Standorten in den alten Bundesländern ausgebaut worden, so dass nunmehr eine Infrastruktur der kommunalen Demokratieförderung in insgesamt 265 Fördergebieten besteht. Mit Beginn des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ ist eine Ausweitung auf insgesamt 93 neue Standorte erfolgt. Die Partnerschaften sind mit einem durchschnittlichen Budget von knapp 105.000 € ausgestattet. Hier zeigen sich deutliche Differenzen in der Ressourcenausstattung zwischen den Partnerschaften, die eine zusätzliche Förderung durch ein entsprechendes Landesprogramm erhalten, und denen, die ausschließlich auf kommunale Zusatzmittel angewiesen sind.

Entwicklung der operativen Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie

Der Strukturaufbau in den Förderregionen ist – auch unter Berücksichtigung der neuen Partnerschaften – weit vorangeschritten. Koordinierungs- und Fachstellen stehen durchschnittlich 1,8 Mitarbeiter/innen mit einem Stellenvolumen von 81,6 % eines Vollzeitäquivalents zur Verfügung. Die Personalausstattung wird besser als in der Vergangenheit bewertet. In den Landkreisen allerdings halten die Koordinator/innen, da sie auf besondere Herausforderungen treffen, in weniger als der Hälfte der Standorte ihr zeitliches Stellenvolumen für ausreichend. Eine erhöhte Personalfuktuation lässt sich in den Partnerschaften der ersten beiden Interessensbekundungsverfahren nicht mehr feststellen. In den bislang eingerichteten Begleitausschüssen engagieren sich insgesamt 4.405 Personen, hierbei sind knapp ein Viertel ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteure. Migrant/innen(selbst)organisationen sind in 101 Begleitausschüssen vertreten, ihre Beteiligung gelingt zunehmend besser.

Mit Blick auf die Koordination der Partnerschaften für Demokratie als Gesamtleistung der Koordinierungs- und Fachstellen und der federführenden Ämter, zeigt sich, dass auch diejenigen Koordinierungs- und Fachstellen, die in der Anfangsphase noch auf wenige Wissensbestände zurückgreifen konnten oder über wenige Zugänge zu relevanten Akteur/innen verfügten, mittlerweile vielfältige Handlungsoptionen nutzen, um als Koordinator/innen mehr Wirksamkeit zu entfalten: Wichtig für den Wissensaufbau ist u.a. der Erfahrungsaustausch mit Koordinator/innen anderer Partnerschaften oder weiteren Programmakteur/innen, z.B. im Rahmen von Fortbildungen, Fachforen und Workshops, die von der Regiestelle oder der wissenschaftlichen Begleitung auf Länder- oder Bundesebene durchgeführt wurden; für die Zugänge zu regionalen Akteur/innen haben sich Akteursanalysen bewährt, um Schlüsselfiguren zu identifizieren. Lokalpolitische Akteur/innen sind bei den Koordinator/innen als Ansprechpartner/innen dabei stärker in den Fokus gerückt als zu Beginn des Programms.

In 208 Partnerschaften existiert nunmehr ein Jugendforum. Damit ist ein deutlicher Ausbau festzustellen, der wesentlich auf die Impulsgebung durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ zurückgeht. Nahezu drei Viertel der Jugendforen sind erst im Rahmen der Umsetzung der Partnerschaften entstanden. Insgesamt engagieren sich in den Jugendforen 3.362 junge Menschen unter 27 Jahren, im Durchschnitt sind es etwa 16 Personen pro Jugendforum.

Bezogen auf den Aufbau und die Verstetigung lokaler Netzwerke als zentrale Aufgaben der Partnerschaften für Demokratie lässt sich feststellen, dass die Handlungsspielräume der zentralen Akteur/innen deutlich gewachsen sind. Waren in der Anfangsphase die Erfolge bei der Entwicklung leistungsfähiger Netzwerke noch stark von strukturellen Ausgangsbedingungen der Partnerschaften geprägt, schlagen die Partnerschaften heute bewusst unterschiedliche Wege ein. So beschränken sich einige Partnerschaften auf die Einbindung ausgewählter Fachak-

teur/innen, während andere den Aufbau möglichst umfassender Netzwerke anstreben. Unabhängig vom angestrebten Umfang der Netzwerke sind die Partnerschaften vor die Aufgabe gestellt, verschiedene Akteurstypen in die Netzwerkarbeit einzubeziehen. Für folgende Akteurstypen können Handlungsoptionen identifiziert werden, die zur Verbesserung ihrer Einbindung beitragen: Verwaltungsakteur/innen, Fachakteur/innen aus der Zivilgesellschaft, lokalpolitische Akteur/innen, migrantische Selbstorganisationen sowie Vertreter/innen der allgemeinen Öffentlichkeit. Auch zur Entwicklung von Grundlagen der zielgerichteten Zusammenarbeit nutzen die Partnerschaften verschiedene Vorgehensweisen, die zu einer besseren Koordination und Kooperation im Netzwerk führen. Die umgesetzten Aktivitäten reichen von einfachen Maßnahmen, wie dem regelmäßigen Verweis auf migrantische Selbstorganisationen als potenzielle Kooperationspartner/innen, bis hin zu ressourcenintensiven Interventionen, wie der Bündelung von Einzelmaßnahmen zu mehrtägigen öffentlichen Veranstaltungen.

Im Bereich der Öffentlichkeitswirksamkeit zeigt sich, dass die Fachöffentlichkeit zumeist gut erreicht wird, ebenso die lokale politische Öffentlichkeit. Schwierigkeiten haben die meisten Partnerschaften hingegen dabei, die allgemeine Öffentlichkeit zu erreichen und zu aktivieren. Wichtige Handlungsoptionen sind hier Angebote, die an vorhandenen Bedarfen anknüpfen und sich aktiv auf die allgemeine Öffentlichkeit zubewegen, beispielsweise eine attraktive und niedrigschwellige Informationsvermittlung, die Belebung und Nutzung des öffentlichen Raums, das Herstellen eines regionalen Bezuges bzw. eine stadtteilbezogene Arbeit, die direkte Ansprache von Bürger/innen sowie die Nutzung Sozialer Medien.

Entwicklung der inhaltlichen Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie

Die Arbeitsschwerpunkte der Partnerschaften für Demokratie liegen in der „Demokratieförderung“ sowie der „Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/Geflüchtete“. Etwa die Hälfte der Partnerschaften, in denen die Förderung der Anerkennung gesellschaftlicher, kultureller, religiöser und anderer Formen der Vielfalt prioritärer Handlungsbedarf ist, widmen sich dem Programmschwerpunkt „Prävention aktueller Formen von Islam-/Muslimfeindlichkeit“. Islamistische Orientierungen und Handlungen sind Themenbereiche, denen sich derzeit etwa ein Fünftel der Partnerschaften widmet. Im Jahr 2016 haben die Partnerschaften insgesamt 4.406 Projekte aus den Aktions- und Initiativfonds bewilligt. Zusätzlich hierzu wurden 766 Projekte mit Mitteln aus dem Jugendfonds umgesetzt. Jugendliche sind die am häufigsten – aber nicht ausschließlich – anvisierte Zielgruppe der Projekte.

Eine Befragung der Projektträger von Partnerschaften, die im Programm „Demokratie leben!“ erstmals gefördert werden, ergab, dass die überwiegende Mehrheit der umgesetzten Projekte mit einem geringen Budget ausgestattet und von kurzer Dauer war. Dennoch entfalten die meisten Projekte auf zweifache Weise positive Wirkungen für die Vernetzung der Trägerorganisationen. Erstens stärken sie die Bindung von haupt- und ehrenamtlich Engagierten an die Träger der Einzelmaßnahmen. Zweitens besteht die Wirkung des Aktions- und Initiativfonds sowohl in der Verstetigung bestehender Kontakte und Kooperationen zwischen Projektträgern einer Partnerschaft als auch in der Schaffung neuer Kontakte zwischen diesen Akteur/innen. Für die Umsetzung der Projekte spielen ehrenamtlich Aktive eine entscheidende Rolle: Unter den erfassten Einzelmaßnahmen sind über alle Themen und Zielgruppen hinweg diejenigen in der Mehrheit, die überwiegend von Ehrenamtlichen durchgeführt werden. Zu den Chancen der Einbindung von Ehrenamtlichen zählen ihre hohe Motivation, ihr Wissen über Zielgruppen und die Kosteneffizienz ehrenamtlich umgesetzter Projekte; auf der Seite der Herausforderungen stehen Beschränkungen hinsichtlich der Planbarkeit ehrenamtlicher Mitarbeit und ein höherer Betreuungsaufwand durch die Koordinierungs- und Fachstellen und federführenden Ämter.

Die von den Partnerschaften für Demokratie entwickelten integrierten Handlungsstrategien sind vorrangig im Bereich der ressourcenorientierten Verhaltensprävention zu verorten. Es lassen sich aktuell insgesamt fünf Strategien beschreiben:

Die „*Strategie der demokratischen Gegenwehr*“ rückt u.a. aufgrund des wahrgenommenen Problemdrucks die öffentliche Auseinandersetzung mit konkreten Erscheinungsformen des Rechtsextremismus in den Vordergrund. Dabei steht deutlicher als bei anderen Ansätzen die Risikoeindämmung über eine Veränderung von Umweltbedingungen im Fokus. Es werden Netzwerke und breite gesellschaftliche Bündnisse unterstützt, Reaktionsschemata entwickelt und sichtbare Zeichen im öffentlichen Raum gesetzt.

Partnerschaften mit einer „*Strategie der Förderung demokratischer Bürgertugenden*“ sind zwar ebenfalls mit manifesten Problemlagen konfrontiert, einzelne Phänomene stellen jedoch nicht den Fokuspunkt des strategischen Engagements dar. Im Mittelpunkt steht vielmehr eine „generelle Herangehensweise“, die auf allgemeine Demokratieentwicklung bzw. die Förderung einer demokratischen Bürgergesellschaft abzielt. Hierbei richten sich die Handlungsansätze sowohl eher unspezifisch z.B. an Jugendliche bzw. Schüler/innen als auch an die breite Bevölkerung.

In Förderregionen, in denen die „*Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung*“ umgesetzt wird, beschreiben die Akteur/innen eine Situation, die durch die Sorge gekennzeichnet ist, dass Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in der breiteren Bevölkerung auf Anklang stoßen könnten. Vor diesem Hintergrund richten sich die Partnerschaften vorrangig an die vermeintlich bedrohte Bürgerschaft und machen vorhandene Risikofaktoren zum Gegenstand des Engagements.

Partnerschaften mit einer „*Strategie der demokratischen Ermunterung*“ streben danach, junge Menschen über niedrigschwellige Angebote zu Partizipation anzuregen und positive Engagementserfahrungen zu vermitteln. Veränderungen werden also zunächst unmittelbar bei den Zielgruppen angestrebt. Da nur eingeschränkt auf vorhandene organisatorische Knotenpunkte bürgerschaftlichen Engagements zurückgegriffen werden kann, kommt auch der Strukturentwicklung und der Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen ein gewisser Stellenwert zu.

Mit der „*Strategie der pluralen Gemeinschaft*“ zielen Partnerschaften schließlich auf die Gestaltung des Zusammenlebens heterogener Gruppen ab. Dabei befördern sie Integration, indem Beteiligungsmöglichkeiten und Teilhabe-Optionen eröffnet werden. Z.B. werden mit Begegnungsstätten Strukturen geschaffen bzw. unterstützt, es werden ferner die Stärkung der Akzeptanz sozialer Konventionen sowie die Vermittlung von Wissen angestrebt.

Auch im Zeitraum zwischen Juli 2016 und Juni 2017 waren in der Mehrzahl der Fördergebiete, Geflüchtete, Engagierte und/oder Menschen aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit von Anfeindungen und/oder Übergriffen betroffen. Lediglich vier Standorte meldeten keine Vorkommnisse zurück.

Entwicklung der Bedrohungslagen in den Partnerschaften für Demokratie

Aus drei Vierteln der Standorte melden Koordinator/innen Beleidigungen, Bedrohungen und/oder Angriffe gegenüber Geflüchteten zurück. Sie sind die am häufigsten benannte Opfergruppe, insbesondere hinsichtlich Körperverletzungsdelikten. Im Vergleich zum Vorjahr bleibt der Anteil der Förderregionen, aus denen von Anfeindungen gegenüber zivilgesellschaftlich engagierten Akteuren berichtet wird, unverändert. Bezüglich Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen gegenüber Politiker/innen und Mitarbeiter/innen der Verwaltung ist hingegen ein leichter Anstieg zu verzeichnen. Ein Anstieg ist ebenfalls bei den Mitarbeiter/innen der Koordi-

nierungs- und Fachstellen zu konstatieren. Während im vergangenen Jahr 25 Koordinator/innen entsprechende Vorfälle zurückmeldeten, sind es für den aktuellen Erhebungszeitraum 38 Personen. Lediglich in etwas mehr als der Hälfte der Standorte, in denen Anfeindungen bzw. Übergriffe stattfanden, erfolgt eine Zusammenarbeit mit mindestens einer spezialisierten Beratungsstelle.

In drei Viertel der Förderregionen sind rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen aktiv, sie sind die am häufigsten wiederholt aktiven Akteur/innen vor Ort. In mehr als der Hälfte der Standorte treffen diese Gruppierungen auf mit rechtspopulistischen Positionen sympathisierende Bürger/innen. Damit haben rechtsextreme Akteur/innen zumindest potentiell die Gelegenheit, in Teilen der Bevölkerung anschlussfähige öffentliche Diskurse zu lancieren. Hierbei zeigt sich, dass vorrangig fremdenfeindliche, islam- bzw. muslimfeindliche sowie politiker- und parteienvverdrossene Diskurse das lokale demokratiefeindliche Klima vor Ort prägen.

Die Rückmeldungen der Koordinator/innen hinsichtlich der Auswirkungen demokratie- und menschenfeindlicher Vorkommnisse in ihren Förderregionen zeichnen das Bild, dass in den Partnerschaften auf vielfältige Weise reagiert wird. Zunächst wird deutlich, dass sich zivilgesellschaftliche Akteur/innen in der überwiegenden Mehrzahl der Standorte nicht einschüchtern lassen und an ihrem Engagement festhalten. Lediglich in sieben Standorten verneinen Koordinator/innen eine solche Haltung durch die Zivilgesellschaft. Auf Vorfälle wird in der Mehrzahl der Standorte z.B. durch zeitnahe öffentliche Verurteilungen, Gegendemonstrationen oder zivilgesellschaftliche Gegenwehr reagiert. Etwa zwei Drittel der Koordinator/innen schätzen ferner ein, dass relevante Akteur/innen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft über akute Vorfälle bzw. Bestrebungen demokratie- und menschenfeindlicher Gruppierungen und/oder Organisationen informiert sind und diese ernst nehmen. Es kann somit eine grundsätzliche Wehrhaftigkeit demokratischer Akteur/innen konstatiert werden.

Trotzdem melden aus einem Fünftel der Partnerschaften Koordinator/innen zurück, dass eine zivilgesellschaftliche und staatliche Kooperation mit den Ordnungsämtern und Sicherheitsbehörden im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen nicht ausreichend erfolge und auf Vorfälle eher oder gar nicht öffentlich reagiert würde.

Die vergleichende Auswertung der qualitativen Interviews entlang der Frage, welche spezifischen Konstellationen in Fördergebieten anzutreffen sind, die eine hohe bzw. niedrige Reaktionsfähigkeit des demokratiefreundlichen Spektrums angesichts lokal aktiver demokratie- und menschenfeindlicher Gruppierungen/Organisationen entwickeln, ermöglicht die Formulierung erster Hypothesen hinsichtlich förderlicher und hinderlicher Bedingungen für die Herausbildung kommunaler Widerstandsfähigkeit. Eine ausbleibende Positionierung politischer Verantwortungsträger/innen und eine nicht ausgereifte Kooperationskultur zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung, insbesondere den Ordnungs- und Strafverfolgungsbehörden, können hierbei als hinderliche Bedingungen für die Herausbildung von Widerstandskraft gegenüber demokratie- und menschenfeindliche Akteuren identifiziert werden. Ein breiter zivilgesellschaftlicher Zusammenhalt, eine integrativ-diskursive Ausrichtung von einzelnen Aktivitäten der Partnerschaften sowie eine Unterstützung durch eine Fach- und Koordinierungsstelle als Netzwerkknotten konturieren hingegen förderliche Bedingungen für die Entwicklung von lokaler Widerstandskraft gegenüber demokratie- und menschenfeindlichen Akteur/innen.

Entwicklung der Nachhaltigkeit in Regionen ehemaliger Lokaler Aktionspläne und in den Partnerschaften für Demokratie

Zum Thema Nachhaltigkeit wurden ausgewählte Regionen untersucht, in denen Lokale Aktionspläne umgesetzt wurden, die keine Weiterförderung im Rahmen von „Demokratie leben!“ erhalten.

In den untersuchten Regionen gelang es nicht, die Arbeitsstrukturen des Lokalen Aktionsplans – Koordinierungsstelle, Begleitausschuss und Ämternetzwerk – zu erhalten. Eine strukturelle Nachhaltigkeit konnte jedoch durch den Erhalt von Netzwerken, Kooperationen und einigen Projekten erreicht werden. Allerdings sind diese Strukturen nur begrenzt in der Lage, eine kommunale Strategie zur Förderung von Vielfalt und Toleranz sowie gegen Fremdenfeindlichkeit umzusetzen.

Die Lokalen Aktionspläne erreichten darüber hinaus Nachhaltigkeit in den Bereichen Relevanzerhalt, handlungswirksame Lernprozesse sowie Nutzenorientierung. Nahezu alle Regionen bewerten die Ziele des Lokalen Aktionsplans auch weiterhin als relevant und suchen nach Möglichkeiten, sie festzuschreiben, beispielsweise in kommunalen Leitbildern. Handlungswirksame Lernprozesse können insbesondere in der Zivilgesellschaft festgestellt werden; in den kommunalen Verwaltungen beschränken sie sich zumeist auf veränderte Formen der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteur/innen. Während Materialien, die im Rahmen der Umsetzung eines Lokalen Aktionsplans erstellt wurden, überwiegend auch weiterhin zur Verfügung stehen, wird das Wissen von Multiplikator/innen, die durch Projekte des Aktionsplans qualifiziert wurden, nicht systematisch genutzt. Als bedeutsam für das Erreichen von Nachhaltigkeit erweisen sich folgende Faktoren: leistungsfähige Netzwerke, Öffentlichkeitswirksamkeit bereits während der Umsetzung des Lokalen Aktionsplans, die Einbindung deutungsmächtiger Akteure und die Dauer der Programmbeteiligung.

Auch für die Partnerschaften für Demokratie ist Nachhaltigkeit ein wichtiges Thema. Um sie zu erreichen, nutzen die Partnerschaften häufig Handlungsoptionen, die bereits in den Arbeitshilfen für Koordinator/innen im Programm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ von den Programmgestalter/innen vorgeschlagen wurden. Aufgrund der mangelnden Programm erfahrung fällt es Partnerschaften, die im Programm „Demokratie leben!“ erstmals gefördert werden, überwiegend schwer, den Begriff Nachhaltigkeit mit konkreten Zielen und Konzepten zu unterlegen.

2 Evaluationsgegenstand und Fragestellungen

Die Partnerschaften für Demokratie führen im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ den Ansatz der kommunalen sowie auf das Gemeinwesen ausgerichteten Strategien aus „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ fort, entwickeln diese weiter und setzen dabei neue Schwerpunkte um. Von der Annahme ausgehend, dass eine gelebte demokratische Kultur der beste Garant für eine gesellschaftliche Wehrhaftigkeit gegen rechtsextreme und menschenfeindliche Erscheinungsformen ist, zielt das neue Bundesprogramm mittels der Partnerschaften für Demokratie stärker als bisher auf die Förderung des vielfältigen zivilgesellschaftlichen Engagements. Im Fokus stehen hierbei insbesondere die Aktivierung von Jugendpartizipation, die Erweiterung der thematischen Ausrichtung auf aktuelle Themen- und Problemstellungen (insbesondere Phänomene der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, Islam- und Muslimfeindlichkeit, Stärkung der Selbstorganisation von Migrant/innen), die Stärkung von Strukturen vor Ort (auch zur Entwicklung und Sicherung von Fachlichkeit und Kompetenz in der Region), die Verstetigung und der Ausbau von Netzwerken und Kooperationen zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteur/innen sowie eine öffentlichkeitswirksame Verbreitung der Anliegen und Ziele der kommunalen Gesamtkonzepte.

Die zentralen Ziele des Programms „Demokratie leben!“ lassen sich zusammenfassen unter (Extremismus-)Prävention sowie Förderung von Demokratie und Vielfalt. D.h. es gilt sowohl, zielgerichtete Präventionsstrategien gegen demokratiegefährdende gesellschaftliche Entwicklungen zu gestalten und umzusetzen als auch ziviles Engagement und demokratisches Verhalten sowie die Akzeptanz von und den Umgang mit einer vielfältigen, diversen Gesellschaft auf der kommunalen, regionalen und überregionalen Ebene zu fördern.

Konkrete Zielstellungen für die Partnerschaften für Demokratie sind die Förderung demokratischer Entwicklungsprozesse und der zielgerichteten Zusammenarbeit der relevanten lokalen Akteur/innen in Bezug auf die Arbeit gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit bzw. islamistische Orientierungen und Handlungen, die nachhaltige Umsetzung lokaler und regionaler Bündnisse in diesen Themenfeldern, die (Weiter-)Entwicklung von Strategien und Konzepten zur Förderung von Demokratie und Vielfalt vor Ort sowie die Unterstützung einer Kultur der Kooperation, des respektvollen Miteinanders und der gegenseitigen Anerkennung und Unterstützung. Zielgruppen des Programms und damit auch der Partnerschaften für Demokratie sind u.a. Kinder und Jugendliche, Eltern und andere Erziehungsberechtigte, pädagogische Fachkräfte, Multiplikator/innen sowie lokal einflussreiche staatliche und zivilgesellschaftliche Akteur/innen.

Die übergreifenden Leitprinzipien des Programms „Gender und Diversity Mainstreaming“ sowie „Inklusion“ sollen auf allen Ebenen bei der Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie berücksichtigt werden und betreffen sowohl die unterschiedlichen Gremien als auch die zu fördernden Projekte.

Verantwortlich vor Ort für die Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie sind die Kommunen als Gebietskörperschaften (Städte/Landkreise/kommunale Zusammenschlüsse), die ein federführendes Amt und eine lokale Koordinierungs- und Fachstelle bestimmen. Die Koordinierungs- und Fachstelle, die in der Regel bei einem freien Träger angesiedelt ist, ist für die Koordination und Steuerung der Partnerschaft zuständig, fungiert darüber hinaus als inhaltliche Ansprechpartner/in und ist verantwortlich für Wissenstransfer und Qualifizierung in der Region. Weitere wichtige Gremien der Partnerschaften für Demokratie sind der Begleitausschuss, dem zivilgesellschaftliche und kommunale Akteur/innen angehören, sowie das Jugendforum, das eine eigenständige Form der Jugendpartizipation in den Fördergebieten ermöglicht.

Die konkrete Ausgestaltung der Partnerschaft vor Ort erfolgt u.a. durch unterschiedliche Einzelmaßnahmen, die auf der Basis einer vom Begleitausschuss festgelegten Strategie aus ei-

nem Aktions- und Initiativfonds gefördert werden. Auf diesem Weg werden auch unterschiedliche lokale Träger in die Partnerschaft einbezogen. Die Arbeit der Partnerschaften für Demokratie wird durch vielfältige Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit bekannt gemacht, mit denen sowohl Bürger/innen erreicht und zur Beteiligung motiviert als auch Fachakteur/innen einbezogen werden. Eine wichtige Rolle hierbei nehmen die jährlichen Demokratiekonferenzen ein. Für diese Maßnahmen werden gesonderte Mittel zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wird die mit „Demokratie leben!“ angestoßene Fortentwicklung der Koordinierungs- hin zu lokalen Fachstellen im Rahmen einer Weiterbildungsreihe unterstützt. Sie soll die Koordinator/innen der Partnerschaften für Demokratie für die Wahrnehmung ihres erweiterten Aufgabenprofils qualifizieren und wird seit August 2015 durchgeführt.

2.1 Fragestellungen und Schwerpunkte der Wissenschaftlichen Begleitung

2.1.1 Schwerpunkt 1: Prozessbegleitendes Monitoring der Implementierung und Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie

Ein wesentlicher Handlungsstrang der Wissenschaftlichen Begleitung bezieht sich auf die regelmäßige Sicherstellung einer fundierten Informationsgrundlage für die fachliche Reflexion und die weitere Fortschreibung des Bundesprogramms. Im Rahmen des prozessbegleitenden Monitorings Lokaler Partnerschaften für Demokratie erhebt das ISS-Frankfurt a.M. hierzu jährlich steuerungsrelevante Kennzahlen. Sie umfassen vorrangig die Struktur- und Prozessebene der Partnerschaften sowie eingesetzte Ressourcen (Inputs) und erbrachte Leistungen (Outputs). Mit der wiederholten Erhebung quantitativer Daten sind zwei zentrale Zielsetzungen verbunden:

- eine umfassende systematische Dokumentation der Partnerschaften für Demokratie zu erstellen, um eine möglichst präzise Abbildung und die Analyse von lokalen Organisations- und Handlungsmustern zu ermöglichen und diese Daten sowohl für die Programmverantwortlichen als auch für die Fachöffentlichkeit und beteiligte Akteur/innen strukturiert und zeitnah zugänglich zu machen, sowie
- die Generierung und Auswertung von Informationen, die über alle Fördergebiete hinweg eine Beurteilung u.a. der Entwicklungen vor Ort sowie Einsichten z.B. zu korrelativen Beziehungen zwischen strukturellen Rahmenbedingungen und etwaigen Arbeitsergebnissen ermöglichen.¹

Mittels des prozessbegleitenden Monitorings ist es dem ISS-Frankfurt a.M. möglich, Aussagen über die komplexe Konfiguration sämtlicher Partnerschaften für Demokratie zu treffen und somit übergeordnete, für das Gesamtprogramm bedeutsame, Fragestellungen zu beantworten. Hierzu gehört u.a. die Beschreibung der organisatorischen Ausgestaltung der Partnerschaften und ihrer inhaltlichen Ausrichtung. Von Interesse ist, wie sich die Partnerschaften in ihren Regelmäßigkeiten bzw. auch Unterschieden beschreiben lassen, welche Veränderungen in der operativen Ausgestaltung im Zeitverlauf vorgenommen werden und welche Entwicklungstendenzen identifizierbar sind.

Im Kern ergeben sich für diesen ersten Schwerpunkt fünf übergeordnete, erkenntnisleitende Fragestellungen, die mit Blick auf aktuelle programmrelevante Entwicklungen um weitere Aspekte ergänzt werden können:

- Auf welche Weise transformieren sich Lokale Aktionspläne zu Partnerschaften für Demokratie?
- Wie gestalten sich die Partnerschaften für Demokratie organisatorisch und inhaltlich aus?

1 Vgl. hierzu Atteslander 2000, S. 273 ff.

- Welche Veränderungen sind diesbezüglich im Zeitverlauf erkennbar?
- Welche Auswirkungen hat die kommunale Kofinanzierung auf die Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie?
- Welchen Grad an Nachhaltigkeit erreichen die Partnerschaften für Demokratie?

Im vorliegenden Bericht wird der Entwicklungsstand der Partnerschaften für Demokratie abgebildet sowie die organisatorische und inhaltliche Ausrichtung mit Blick auf die im Rahmen des dritten bzw. vierten Interessenbekundungsverfahrens neu hinzugekommenen Förderstandorte expliziert. Unter Berücksichtigung der durch das Bundesprogramm intendierten Entwicklungen werden u.a. Fragen nach der Stärkung zentraler Strukturen vor Ort (Koordinierungs- und Fachstellen) und der Ausgestaltung des zivilgesellschaftlichen bzw. staatlichen Engagements, z.B. in den Begleitausschüssen, beantwortet.

Zusätzlich zum vorliegenden Bericht verfasst das ISS-Frankfurt a.M. dieses Jahr erstmalig einen separaten Strukturdatenband. Dieser beinhaltet umfassende Informationen hinsichtlich der strukturellen Voraussetzungen lokaler Partnerschaften für Demokratie, bezüglich zentraler Kennzahlen, wie z.B. der finanziellen Ausstattung, sowie über Steuerungsgremien und -prozesse. Weitere Schwerpunkte stellen darüber hinaus Jugendpartizipation, Unterstützungsbedarfe, inhaltliche Ausrichtung und etwaige Bedrohungslagen in den Förderregionen dar. Er beinhaltet zudem einen ausführlichen Tabellenanhang, auf den der vorliegende Bericht wiederholt Bezug nimmt. Beinhaltet der Strukturdatenband also vorrangig eine deskriptive Darstellung des Umsetzungsstandes der Partnerschaften, werden mit dem dritten Zwischenbericht einzelne Aspekte fokussiert und dargestellt.

In den Jahren 2017 und 2018 wird das prozessbegleitende Monitoring zudem auf die Bedarfe der Bundesländer hin angepasst und ausgewählte Ergebnisse länderspezifisch aufbereitet. Die Ergebnisdarstellung erfolgt im Rahmen eigenständiger **Länderberichte** bzw. in separaten Datenbänden. Sie sind nicht Gegenstand dieser Veröffentlichung.

2.1.2 Schwerpunkt 2: Gesamtindex zur Zielerreichung: PfD-Demokratie-Index

Bereits im Rahmen der Evaluation der ehemaligen Bundesprogramme hat die Wissenschaftliche Begleitung die Erreichung operativer Querschnittsziele untersucht. Hierbei handelt es sich um Ziele, die sich auf die Arbeitsweisen der Aktionspläne beziehen und die im Zusammenwirken der Akteur/innen wesentliche Voraussetzungen darstellen, um auf lokaler Ebene Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus wirksam präventiv zu begegnen. In Weiterentwicklung der bisher vorliegenden Befunde richtet die Wissenschaftliche Begleitung nunmehr den Fokus verstärkt auf die Annahme aus, dass der Beitrag der Partnerschaften zur Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur auch von der demokratischen Qualität ihrer Umsetzungsprozesse abhängt.

In Anlehnung an das „International IDEA Framework“ ist es für die Wissenschaftliche Begleitung von Interesse, die demokratische Qualität von Prozessen innerhalb der Partnerschaften für Demokratie entlang der Dimensionen „Partizipation“, „Autorisierung“, „Responsivität“, „Menschenrechtsorientierung“, „Repräsentation“ und „Verantwortlichkeit“ zu untersuchen.² Hiermit verbindet sich das Anliegen, die bestehende Praxis in den Partnerschaften demokratiethoretisch zu rahmen und fachlich zu bergen. Es ist ein Konzept bzw. ein standardisiertes Erhebungsinstrument entwickelt worden, mit denen die komplexen Arbeitszusammenhänge und demokratischen Prozessebenen der Partnerschaften für Demokratie nachgezeichnet, verständlich aufbereitet und vergleichend bewertet werden können. Ferner wird über den zeitlichen Verlauf der Arbeit der Partnerschaften hinweg nachgezeichnet werden, in welchen Dimensionen

2 Vgl. Landman 2008.

von demokratischer Qualität Fortschritte erzielt werden können und vertiefend untersucht, welches die hierfür förderlichen und ggf. auch hinderlichen Faktoren sind.

Im „Zweiten Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 01.01 2016 – 31.12.2016 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs ‚Partnerschaften für Demokratie‘ im Programm ‚Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit‘“ wurde der Frage nachgegangen, ob und inwiefern es gelingt grundlegende demokratische Prinzipien in die spezifischen Strukturen und Prozesse der Partnerschaften einzubinden. Mit dem Pfd-Demokratie-Index wurde ein Instrument zur Bewertung des Erreichungsgrades operativer Querschnittsziele vorgestellt und dieses auf mögliche entwicklungsbedingende Hintergrundfaktoren hin überprüft. Die Erhebungen werden im Jahr 2018 fortgeführt. Der Gesamtindex zur Zielerreichung ist **nicht Gegenstand des vorliegenden Berichts**.

2.1.3 Schwerpunkt 3: Jugendpartizipation

Ein innovatives Element des aktuellen Förderarrangements der Partnerschaften für Demokratie ist die Einrichtung und finanzielle Ausstattung von Jugendforen, mit denen junge Menschen die Gelegenheit erhalten, sich verstärkt selbstorganisiert und aktiv gestaltend in die kommunale Auseinandersetzung mit Demokratie- und Menschenfeindlichkeit einzubringen. Hierzu können lokal vorhandene Beteiligungsstrukturen für Jugendliche konzeptionell weiterentwickelt oder neue Strukturen aufgebaut werden, sollen unterschiedliche lokale Jugendkulturen repräsentativ eingebunden und das Jugendforum personell im Begleitausschuss vertreten sein.

Für die Wissenschaftliche Begleitung der Partnerschaften für Demokratie ergibt sich aus den Anforderungen des Handlungsfelds und den theoretisch-konzeptionellen Vorannahmen in diesem Untersuchungsfeld, dass Jugendpartizipation auf drei Ebenen in den Blick genommen werden muss.³

Die erste Ebene umfasst den Output, also das Arrangement der Jugendforen als Organisationsform von Jugendpartizipation. Bei der Untersuchung der Organisationsformen der Jugendbeteiligung geht es einerseits um eine Beschreibung der gewählten und realisierbaren Verfahren vor Ort. Von Interesse ist, welche Beteiligungsform unter welchen Bedingungen umgesetzt wird bzw. gegebenenfalls auch nicht realisiert werden kann. Andererseits sind Entwicklungen in der Qualität der partizipativen Verfahren zu analysieren und förderliche sowie hinderliche Faktoren zu identifizieren.⁴

Die zweite Ebene umfasst den Outcome, also die abbildbaren Effekte der partizipativen Arrangements. Hierzu gehören auf der einen Seite, die Perspektiven der beteiligten jungen Menschen, ihre Motivation, Erfahrungen und Lernzuwächse sowie auf der anderen Seite die durch die Partnerschaften für Demokratie konstituierten strukturellen Rahmenbedingungen für Jugendpartizipation, d.h. die vor Ort entwickelten und verfügbaren Ressourcen wie i.e. qualifiziertes Personal oder die Etablierung einer Anerkennungskultur.

Bei der Untersuchung der Effekte der Jugendbeteiligung geht es vorrangig darum nachzuzeichnen und zu beurteilen, ob sich die für eine Beförderung von Jugendpartizipation ausschlaggebenden Faktoren erweitern. Im Hinblick auf engagierte Jugendliche sind dies z.B. der Grad ihrer Informiertheit, das subjektive Qualifikationsempfinden oder auch die Zufriedenheit mit den Prozessen und Ergebnissen der Partizipation.⁵ Mit Blick auf die strukturellen Rahmenbedingungen

3 Vgl. Bertelsmann Stiftung 2005.

4 Vgl. Stange 2008.

5 Vgl. Meinhold-Henschel/Schack 2007.

von Jugendpartizipation sind dies z.B. die Faktoren der qualifizierten Begleitung, der Einbettung von Maßnahmen in schulische Strukturen und die Anerkennungskultur.⁶

Die dritte Ebene bezieht sich auf Impacts und nimmt das Agenda Setting in den Blick, das aus den Prozessen der Jugendbeteiligung resultieren kann. Hier geht es vorrangig darum nachzuzeichnen, welche Perspektiven auf lokale Problemlagen durch Jugendliche ergänzend eingebracht und durch die Partnerschaften für Demokratie aufgegriffen werden sowie welche neuen Handlungsoptionen daraus entstehen.

Über alle Untersuchungsebenen hinweg lassen sich im Querschnitt die erkenntnisleitenden Fragestellungen der Wissenschaftlichen Begleitung folgendermaßen zusammenfassen:

- Sind Jugendforen ein probates Instrument zur Förderung von Jugendpartizipation im Rahmen der Partnerschaften für Demokratie?

Untersucht werden die Lern-, Motivations- und Erfahrungszuwächse bei Jugendlichen sowie die Ausbildung und Weiterentwicklung von strukturellen Rahmenbedingungen für Jugendpartizipation.

- Welche Jugendlichen beteiligen sich in den Jugendforen?

Von Interesse ist hierbei, welche jugendkulturellen Milieus sich im Rahmen der Jugendforen engagieren sowie ihr spezifischer Veränderungswille und die Motivation für ihr Engagement.

- Wie verändert sich das Agenda Setting vor Ort durch den Einfluss der Jugendlichen?

Es wird der Frage nachgegangen, welche inhaltlichen Themenstellungen junge Menschen in die Partnerschaften für Demokratie einbringen und welche realen Einflussbereiche sich die Jugendlichen erwirken können.

Im vorliegenden Bericht wird die Partizipation junger Menschen im Rahmen der Partnerschaften und deren Beteiligung an unterschiedlichen Phasen des politischen Prozesses untersucht. Realisierte Partizipationsformate werden ebenso dargestellt, wie thematische Schwerpunkte, mit denen sich die jungen Menschen in den realisierten Jugendfondsprojekten befassen.

2.1.4 Schwerpunkt 4: Inhaltliche Ausgestaltung der Handlungsstrategien und die Arbeit von Begleitausschüssen

Das Modell lokaler Partnerschaften für Demokratie basiert auf ihrer konzeptionellen Flexibilität, die es ermöglicht, auf die jeweils vor Ort bestehenden Problemlagen angepasste Handlungsstrategien zu implementieren. Es basiert aber insbesondere auch auf der Grundidee, die Verantwortung für die Prävention in die Hände von Zivilgesellschaft in Kooperation mit staatlichen Akteur/innen zu legen und Möglichkeitsräume zur aktiven Partizipation möglichst vieler und vielfältiger gesellschaftlicher Gruppen zu schaffen. Da der Begleitausschuss das zentrale Steuerungsgremium der Partnerschaft für Demokratie darstellt, beeinflusst die Qualität seiner Arbeit in hohem Maß die Zielerreichung der Arbeit vor Ort als Ganzes.

Für die Wissenschaftliche Begleitung ist zunächst von Interesse zu untersuchen, wie die verantwortlichen Akteur/innen die integrierten Handlungsstrategien angesichts der erweiterten Förderschwerpunkte des Programms „Demokratie leben!“, aber auch angesichts der aktuellen Herausforderungen im Kontext von Zuwanderung, Flucht und Asyl, inhaltlich ausgestalten. In einem zweiten Schritt wird von Bedeutung sein, die den Handlungsstrategien hinterlegten Ziel-Mittel-Annahmen zu explizieren, zu beschreiben und schließlich kriterienbasiert auf ihren Erreichungsgrad hin zu bewerten. Hierzu nutzt und erweitert die Wissenschaftliche Begleitung das bereits im Vorläuferprogramm entwickelte Konzept des Strategiequadrats. Es systematisiert die

6 Vgl. Olk/Roth 2008.

komplexen Handlungsansätze der Partnerschaften unter Bezugnahme auf unterschiedliche Theorien politischer Sozialisation.⁷

Weitere Fragestellungen der Wissenschaftlichen Begleitung richten sich auf die konkrete Ausgestaltung der Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteur/innen in den Begleitausschüssen und die Frage unter welchen Kontextbedingungen es den beteiligten Akteur/innen gelingt, bürgerschaftliches Engagement durch ihre Arbeit in den Begleitausschüssen zu befördern.

Im vorliegenden Bericht wird auf Grundlage eines Mixed-Method-Ansatzes das komplexe Handlungsrepertoire der Partnerschaften für Demokratie expliziert und systematisiert. Es werden Muster, die sich in den unterschiedlichen strategischen Ansätzen nachzeichnen lassen, identifiziert. Darüber hinaus werden zentrale Arbeitsschwerpunkte und Veränderungen in der Schwerpunktsetzung konturiert.

2.1.5 Schwerpunkt 5: Evaluation der Weiterbildungsangebote für die Koordinator/innen der Koordinierungs- und Fachstellen

Die Bundeszentrale für Politische Bildung, Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und Parts Gesellschaft für soziale Praxis und Projekte mbH haben auf der Basis von Workshops und einer durch das ISS-Frankfurt a.M. durchgeführten Befragung zu den Fortbildungsbedarfen der Koordinator/innen eine Weiterbildungsreihe konzipiert, die sie seit August 2015 gemeinsam durchführen.⁸ Dieses Weiterbildungsangebot soll den Prozess der Fortentwicklung der Koordinierungsstellen zu lokalen Fachstellen unterstützen und die Koordinator/innen für die Wahrnehmung ihres neuen umfassenden Aufgabenprofils qualifizieren. Die Weiterbildung erstreckt sich über ca. neun Monate, ist in fünf Module aufgeteilt und wird inhaltlich prozess- und praxisorientiert gestaltet. Das Evaluationsvorhaben zu diesem Leistungsbaustein baut auf den gesammelten Erfahrungen des Bildungscontrollings regionalisierbarer Weiterbildungsangebote „Handlungskompetenz“ auf.⁹ Es beinhaltet summativ wie auch formative Aspekte und ist als Längsschnittanalyse mit einem ausgeglichenen Methodenmix angelegt. Die Untersuchung zielt darauf ab,

- den Bildungsträgern die Bewertungen der Teilnehmenden zur Umsetzung der einzelnen Module zeitnah zurück zu spiegeln, damit notwendige Anpassungen im Bildungsangebot rechtzeitig und bedarfsgerecht vorgenommen werden können (abgeschlossen),
- den Zuwachs an fachlichen und persönlichen Kompetenzen sowie an Handlungssicherheit der Koordinator/innen abzubilden,
- den Einfluss der Weiterbildungsveranstaltungen auf die Professionalisierung der Koordinator/innen und die Fortentwicklung der Koordinierungsstellen zu Fachstellen im Zeitverlauf zu analysieren sowie
- den Verlauf und die Ergebnisse der Weiterbildungsveranstaltungen zusammenfassend zu dokumentieren.

Die Ergebnisse der Evaluation der Weiterbildungsangebote für die Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen sind **nicht Teil des vorliegenden Berichts**. Die Ergebnisse sind den Bildungsträgern zurückgespiegelt und darüber hinaus in einem separaten Bericht für das Programmmanagement zusammenfasst worden.

⁷ Vgl. ISS/Camino 2014, S. 32.

⁸ Vgl. ISS 2014a.

⁹ Vgl. ISS 2014b.

2.1.6 Schwerpunkt 6: Lokale Bedrohungslagen

Partnerschaften für Demokratie fördern die zielgerichtete Zusammenarbeit relevanter Akteur/innen im Engagement gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit. Sie unterstützen die Entwicklung eines demokratischen Gemeinwesens in sich wandelnden Kontexten, die mitunter durch die Radikalisierung sowohl öffentlicher Diskurse als auch gesellschaftlicher Milieus gekennzeichnet sind. Vereinzelte Rückmeldungen von Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen, selbst Opfer von Bedrohungen, Beleidigungen und Übergriffen geworden zu sein, veranlassten das ISS-Frankfurt a.M. im Jahr 2016 erstmalig Daten zu Übergriffen u.a. gegenüber Geflüchteten und Engagierten zu erheben.¹⁰ Hierbei zeigte sich eine hohe Betroffenheit der Akteur/innen vor Ort und eine neue – aus Perspektive der Befragten bisher nicht breit genug thematisierte – Dimension der lokalen Auseinandersetzung um demokratische Werte.

Um die besorgniserregenden Entwicklungen fortlaufend dokumentieren, Veränderungen nachzeichnen und Handlungsoptionen aufzeigen zu können, wird diese Untersuchung in den Jahren 2017, 2018 und 2019 fortgesetzt und u.a. mit Blick auf mögliche Unterstützungsbedarfe weiter vertieft. Die konkreten Ziele umfassen eine regelmäßige Dokumentation und Analyse demokratie- und menschenfeindlicher Vorfälle insbesondere gegen Geflüchtete und Engagierte in den Partnerschaften für Demokratie, die Analyse der wahrgenommenen Situation in den Förderregionen und ihrer Veränderungen über den Programmverlauf hinweg sowie die Analyse der Handlungsoptionen und des Handlungsbedarfs in den Partnerschaften für Demokratie.

Im vorliegenden Bericht wird die Situation in den Förderregionen der Partnerschaften für Demokratie in Hinblick auf Akteure, Aktionen und Auswirkungen lokaler demokratiefeindlicher Vorfälle vertiefend untersucht. Darüber hinaus werden Hypothesen zu hinderlichen und förderlichen Faktoren der Herausbildung kommunaler Widerstandsfähigkeit des demokratiefreundlichen Spektrums bei Vorhandensein demokratie- und menschenfeindlicher Akteursgruppen generiert.

2.1.7 Schwerpunkt 7: Gesamtkoordination

Die Koordinierungs- und Fachstellen der Partnerschaften für Demokratie haben in „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ eine erweiterte Aufgabenbeschreibung erhalten: Neben den Aufgaben, die sie in den Vorläuferprogrammen bereits wahrgenommen haben, übernehmen sie in stärkerem Maße inhaltlich-fachliche Aufgaben. Vor diesem Hintergrund bezieht sich eine zentrale Fragestellung der Wissenschaftlichen Begleitung darauf, wie die Umsetzung dieser neuen fachlichen Aufgaben der Koordinierungs- und Fachstellen inhaltlich ausgestaltet wird. Konkret ist dabei von besonderem Interesse, für welche Anliegen und auf welche Art und Weise die Expertise der Koordinierungs- und Fachstellen von den Akteuren vor Ort genutzt wird und welche Formen der fachlichen Qualifizierung weiterer Akteure durch die Koordinierungs- und Fachstellen umgesetzt werden. Es wird gefragt, wie die Koordinierungs- und Fachstellen dazu beitragen können, dass in der jeweiligen Förderregion Gelegenheitsstrukturen und Möglichkeitsräume für die Entwicklung von Fachlichkeit geschaffen werden.

Dabei wird die Koordination der Partnerschaften für Demokratie als Gesamtleistung der Koordinierungs- und Fachstellen und der federführenden Ämter in den Blick genommen. Es wird untersucht, welche Konstellationen von Gelingensbedingungen eine umfassende Gesamtkoordination der Partnerschaften für Demokratie befördern. Hierzu wird analysiert, auf welche Wis-

¹⁰ Bohn 2017, S. 108.

sensbestände und Zugänge zu regionalen Akteuren die Koordinierungs- und Fachstellen und die federführenden Ämter zurückgreifen können, und es werden verschiedene Typen von Gesamtkoordination unterschieden.

In **diesem Bericht** liegt der Schwerpunkt auf den Handlungsoptionen, die die Koordinierungs- und Fachstellen nutzen, um ihre Wissensbestände zu erweitern und die Zugänge zu den wichtigen regionalen Akteuren zu verbessern.

2.1.8 Schwerpunkt 8: Vernetzung

Die Partnerschaften für Demokratie sollen die zielgerichtete Zusammenarbeit aller vor Ort relevanten Akteure gegen Rechtsextremismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und für ein demokratisches Gemeinwesen ermöglichen. Die Netzwerkarbeit der Partnerschaften muss damit sowohl eine breite Einbindung von Akteuren als auch eine weitreichende Abstimmung der Netzwerkakteure untereinander zum Ziel haben. Zu letzterem gehören ein inklusiver Zielentwicklungsprozess und die Etablierung von netzwerkeigenen Arbeitsprozessen.

Es ist deshalb ein zentrales Anliegen der Wissenschaftlichen Begleitung zu untersuchen, unter welchen Umständen es den Partnerschaften für Demokratie gelingt, leistungsfähige Netzwerke zu entwickeln. Dazu widmet sie sich zunächst der Frage, in welchem Ausmaß Partnerschaften in ihren Netzwerken Leistungsfähigkeit herstellen bzw. hergestellt haben. Vor diesem Hintergrund untersucht die Wissenschaftliche Begleitung, inwieweit die umfassende Einbindung der relevanten Akteure aus Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik gelingt und inwieweit sie zu einer zielgerichteten Zusammenarbeit finden. Besonderes Augenmerk liegt hier auf der Frage, wie sich diese vielfältigen Akteure in einen partizipativen Zielformulierungsprozess einbeziehen lassen und es gelingen kann, ihre Zusammenarbeit an gemeinsamen Zielen auszurichten.

Zur Untersuchung der Gelingensbedingungen für eine hohe Leistungsfähigkeit lokaler Netzwerke richtet die Wissenschaftliche Begleitung ihre Aufmerksamkeit sowohl auf den Kontext als auch auf das strategische Handeln der Partnerschaften.

In **diesem Bericht** liegt ein besonderes Augenmerk auf den Handlungsoptionen, die Partnerschaften für Demokratie nutzen, um ihre Netzwerke um neue Akteure zu erweitern und die Grundlagen einer zielgerichteten Zusammenarbeit auszubauen.

2.1.9 Schwerpunkt 9: Öffentlichkeitswirksamkeit

Im Bereich Öffentlichkeitswirksamkeit ist es Aufgabe der Wissenschaftlichen Begleitung, zu untersuchen, inwieweit die Maßnahmen der Partnerschaften für Demokratie zur Erreichung von Öffentlichkeit erfolgreich sind und was sie bewirken. Zentral sind dabei nicht nur die Fragen, (1) ob Öffentlichkeit erreicht werden kann und (2) inwieweit es gelingt, zu sensibilisieren, zu aktivieren und ein Mehr an Partizipation zu schaffen, sondern auch, (3) mit welchen Strategien und Maßnahmen bzw. Maßnahmenkombinationen dies besonders gut gelingt. Hierbei stellt sich als eine zentrale Frage, wie die unterschiedlichen Öffentlichkeitsebenen – allgemeine Öffentlichkeit, Fachöffentlichkeit, lokale politische Öffentlichkeit – erreicht werden können. Auf dieser Basis kann der Prozess des Erreichens von Öffentlichkeitswirksamkeit mit seinen Entwicklungsfortschritten, aber auch Stagnationsmomenten oder Rückschritten analysiert werden. Des Weiteren geht es darum, aufzuzeigen, welche Konstellationen von Faktoren zu Öffentlichkeitswirksamkeit führen und welche Aktivitäten eine Partnerschaft für Demokratie unternehmen sollte, wenn sie in dieser Beziehung erfolgreich sein möchte.

Weitere Fragestellungen, die sich mit der Umsetzung der neuen Programmvorgaben befassen, beziehen sich darauf, welche Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit mit den Mitteln für Partizipations-, Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit und Coaching gefördert werden und wie sie sich bewähren.

Als zentrale Fragestellung beschäftigt sich **dieser Bericht** damit, welche Handlungsoptionen die Partnerschaften für Demokratie erfolgreich nutzen, um öffentlichkeitswirksam zu sein.

2.1.10 Schwerpunkt 10: Aktions- und Initiativfonds

Die Förderung von Einzelmaßnahmen aus den Mitteln des Aktions- und Initiativfonds stellt ein zentrales Instrument der Partnerschaften dar, um die lokale Zivilgesellschaft zu aktivieren und Strategien zur Veränderung des Gemeinwesens umzusetzen.

Vor diesem Hintergrund stellen sich für die Wissenschaftliche Begleitung die übergreifenden Fragen, wie sich die Projektförderstrategie der Partnerschaften für Demokratie über die Zeit verändert, welche Problemlagen Projektträger mit ihren Einzelnahmen aufgreifen, welche Zielgruppen sie anvisieren und welche Maßnahmenarten sie dazu wählen. Außerdem wird der Frage nachgegangen, wie es gelingen kann, Einzelmaßnahmen so zu planen und umzusetzen, dass sie einen relevanten Beitrag zur Zielerreichung der Partnerschaft für Demokratie leisten. Schließlich will die wissenschaftliche Begleitung in Erfahrung bringen, welche Auswirkungen die Förderung von Projekten auf die Träger von Einzelmaßnahmen hat, insbesondere auf ihre Mobilisierungsfähigkeit und auf ihre interorganisationalen Netzwerke.

In **diesem Bericht** werden die zentralen Ergebnisse der Befragung zu Zielgruppen, Themen und Trägern zusammenfassend wiedergegeben und um weitere Auswertungen zu den Wirkungen des Aktions- und Initiativfonds ergänzt. Einen zusätzlichen Schwerpunkt legt das Kapitel auf die Chancen und Herausforderungen der Arbeit mit Ehrenamtlichen im Rahmen der Umsetzung von Einzelmaßnahmen.

2.1.11 Schwerpunkt 11: Nachhaltigkeit

Ein Anliegen des Programms „Demokratie leben!“ sowie der Vorläuferprogramme „Vielfalt tut gut“ und „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ ist es, nachhaltige Entwicklungen anzustoßen.

Zentrale Aufgabe der wissenschaftlichen Begleitung ist es, (1) zu untersuchen, inwieweit dies durch die ehemaligen Lokalen Aktionspläne in jetzt nicht mehr geförderten Regionen gelang, (2) wichtige Voraussetzungen für das Erreichen von Nachhaltigkeit zu identifizieren und (3) zu überprüfen, inwieweit die Partnerschaften für Demokratie diese Voraussetzungen nutzen bzw. (4) welche anderen Handlungsoptionen ihnen für das Erreichen von Nachhaltigkeit zur Verfügung stehen.

Leitende Frage für **diesen Bericht** ist es festzustellen, inwieweit in Regionen, die einen Lokalen Aktionsplan umsetzten und nun keine Förderung beantragt haben, strukturelle Nachhaltigkeit und Nachhaltigkeit in den Bereichen handlungswirksames Lernen in Verwaltung und Zivilgesellschaft, Relevanzerhalt und Nutzenorientierung erreicht werden konnten. Des Weiteren wird gefragt, in welcher Form sich das Thema Nachhaltigkeit in der Arbeit der Partnerschaften für Demokratie niederschlägt.

3 Untersuchungsdesign und methodische Umsetzung der Wissenschaftlichen Begleitung

3.1 Grundsätze und Gesamtdesign der Wissenschaftlichen Begleitung

Die Wissenschaftliche Begleitung der Partnerschaften für Demokratie stellt den Programmgestalter/innen Wissen zur Verfügung, um informierte Entscheidungen für die weitere Programmplanung und -umsetzung zu treffen. Auch der intermediären Ebene, also der Regiestelle und anderen programmbegleitenden Akteur/innen, können Ergebnisse, die zu einer Verbesserung der Praxis beitragen, bereits während der Laufzeit des Programms zur Verfügung gestellt werden. Damit entspricht die Wissenschaftliche Begleitung in ihrer Form sowohl der „entscheidungsgesteuerten“ Evaluation, die Programmverantwortlichen Informationen zur Verfügung stellt, als auch der „spannungsthemengesteuerten“ Evaluation, die problemorientiert Hinweise für die weitere Programmumsetzung gibt.¹¹ Ergebnisse werden nicht nur summativ präsentiert, sondern fließen formativ in den Prozess der Programmgestaltung und -umsetzung ein. Um diesem Anspruch an die Wissenschaftliche Begleitung zu genügen, muss das Untersuchungsdesign sowohl ergebnis- als auch prozessorientiert sein. Erhebungs- und Auswertungsinstrumente müssen responsiv sein, d.h. genügend Flexibilität bieten, um im Untersuchungsverlauf auf die Bedarfe der Programmgestaltenden und Programmumsetzenden einzugehen.

Die im Rahmen der Evaluation gewonnenen Erkenntnisse fließen ferner in die Partnerschaften für Demokratie zurück und werden in einem Kommunikationsprozess mit den beteiligten Akteur/innen überprüft. Demzufolge gehören die Durchführung von Workshops mit Praktiker/innen und die Erstellung von Handreichungen von Beginn an zu den Leistungen der Wissenschaftlichen Begleitung. Der Austausch mit Praktiker/innen ermöglicht es zum einen, Fragestellungen, die sich aus der praktischen Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie ergeben, im Rahmen der Wissenschaftlichen Begleitung zu berücksichtigen. Zum anderen ist durch einen solchen Austausch aber auch eine kommunikative Validierung und somit eine zusätzliche Sicherung der Qualität der Befunde gewährleistet.¹² Darüber hinaus werden den Akteur/innen der Partnerschaften Kenntnisse für die weitere Implementierung ihrer Partnerschaften zur Verfügung gestellt.

Die Wissenschaftliche Begleitung orientiert sich an den „Standards für Evaluationen“ der DeGEval – Gesellschaft für Evaluation e.V. Bei einer Evaluation, aber auch bei einer praxisbegleitenden Forschung spielen vor diesem Hintergrund vier grundlegende Eigenschaften eine zentrale Rolle: Nützlichkeit, Durchführbarkeit, Fairness und Genauigkeit. Die DeGEval-Standards dienen der Qualitätssicherung in systematischen, datenbasierten Evaluationsverfahren zur Beschreibung und Bewertung von Projekten, Programmen, Rechtsvorschriften und Institutionen. Um eine entsprechende Qualität zu sichern und Transparenz auf allen Beteiligungsebenen zu gewährleisten, wird das Evaluationsdesign offengelegt.

Die Erhebung und Auswertung der Daten erfolgt unter strikter Berücksichtigung des Bundesdatenschutzgesetzes, wobei die §§3a (Datensparsamkeit), 5 (Datengeheimnis), 9 (technische und organisatorische Maßnahmen) und §40 (Verarbeitung und Nutzung persönlicher Daten durch Forschungseinrichtungen) für die Untersuchung als besonders relevant angesehen werden.

Erhoben werden nur Daten, die für die Wissenschaftliche Begleitung von Relevanz sind. Eine Auswertung der Daten erfolgt ausschließlich anonymisiert bzw. pseudonymisiert. Rückschlüsse auf Personen oder Standorte sind aufgrund der Auswertung nicht möglich, in Ausnahmefällen wird das Einverständnis der Betroffenen eingeholt. Die Daten werden gesichert aufbewahrt,

¹¹ Vgl. Beywl 2006, S. 103 f.; S. 106 f.

¹² Vgl. Giel 2015, S. 121 f.; Glock 2014, S. 10.

Zugang haben nur projektbezogene Mitarbeiter/innen, die sich zur Einhaltung der Datenschutzbestimmung verpflichtet haben.

Einen Überblick über das Gesamtdesign der Wissenschaftlichen Begleitung der Partnerschaften für Demokratie gibt die folgende Abbildung:

Abbildung 1: Untersuchungsdesign der Wissenschaftlichen Begleitung



Quelle: Eigene Darstellung. Die blau unterlegten Leistungsteile werden durch das ISS-Frankfurt a.M., die beige unterlegten Leistungsteile durch Camino gGmbH umgesetzt.

3.2 Methodisches Vorgehen des ISS-Frankfurt a. M.

Eine zentrale Herausforderung der Wissenschaftlichen Begleitung besteht darin, umfassende und vergleichbare Informationen zur Implementierung bzw. Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie zu generieren, diese aufzubereiten, zu bewerten und in Form von Entscheidungshilfen zeitnah an die Programmsteuerung zu übermitteln. Hierzu werden quantifizierbare Sachverhalte standardisiert erhoben und basierend auf statistischen Auswertungen Aussagen u.a. über korrelative Beziehungen abgeleitet. Darüber hinaus werden vertiefende qualitative Analysen ausgewählter Teilmengen zu spezifischen Fragestellungen der Evaluation durchgeführt.

Das Team des ISS-Frankfurt a.M. legt großen Wert darauf, dass die Befunde nach gültigen Standards der empirischen Sozialforschung erstellt werden und einen hohen Grad an Generalisierbarkeit aufweisen. Dem wird insbesondere durch (mehrfache) online-gestützte Vollerhebungen sowie durch die Triangulation auf Methoden-, Perspektiven- und Datenebene Rechnung getragen.

Die Verschränkung von qualitativen und quantitativen Methoden trägt u.a. dazu bei, dass die Entwicklung der Erhebungsinstrumente auf begründbaren Konzepten beruht und ausreichende Praxisnähe aufweist. Sie trägt darüber hinaus dazu bei, dass die quantitativen Befunde nachvollziehbar bzw. erklärbar sind. So können Ergebnisse der standardisierten Erhebungen, z.B. durch leitfadengestützte Expert/inneninterviews, Workshops etc. erläutert, ergänzt oder problematisiert werden, Fragestellungen und Einsichten, die sich aus den qualitativen Elementen ergeben, fließen wiederum in die Konstruktionsprozesse der Fragebogenentwicklung ein. Ziel des

qualitativen Elements ist es also u.a. auf explorativer Ebene Erwartungen und Entwicklungsoptionen zu ermitteln sowie ergänzend zu den quantitativen Befunden Sinnzusammenhänge und Erklärungsmuster zu erfassen. Daten- bzw. Perspektiventriangulationen tragen schließlich dazu bei, dass die Sichtweisen und Erfahrungen unterschiedlicher Akteur/innen auf die Partnerschaften für Demokratie, bzw. die sie umgebenden Kontexte, berücksichtigt und die Expert/innenurteile der Koordinator/innen ergänzt werden.

Welche Verfahren zur Triangulation bzw. zur Erhöhung der Generalisierbarkeit Anwendung finden, hängt von den konkreten Forschungskontexten/-bedingungen ab. So hat das ISS-Frankfurt a.M. zur Beantwortung der mit den sechs Arbeitsschwerpunkten verbundenen Fragestellungen jeweils individuelle, angepasste Untersuchungsdesigns entwickelt. Sie werden in den folgenden Abschnitten präzisiert.

3.2.1 Schwerpunkt 1: Prozessbegleitendes Monitoring der Implementierung und Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie

Das prozessbegleitende Monitoring ist als wiederholte, standardisierte Online-Befragung konzipiert, deren zentrale Untersuchungseinheiten die Partnerschaften für Demokratie darstellen. Die Befragung richtet sich an die Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen (Erhebungseinheiten), welche einmal jährlich um Angaben, u.a. zu den jeweiligen Förderstandorten, gebeten werden.¹³ Nicht zuletzt aufgrund der hohen Zugänglichkeit der Erhebungseinheiten (Koordinator/innen)¹⁴ sowie der ausgeprägten Heterogenität der Untersuchungseinheiten (Partnerschaften für Demokratie)¹⁵ ist das Monitoring als Vollerhebung angelegt, d.h. es gehen sämtliche Elemente der Grundgesamtheit in die Befragung ein. Bei vollständiger Realisierung liegen also Informationen zu jeder Partnerschaft vor, die zudem nicht durch zufällige Fehler der Stichprobenziehung von den tatsächlichen Parametern abweichen, so dass die Dokumentation des Programmverlaufs mit höchstmöglicher Zuverlässigkeit vorgenommen werden kann.

Da die Vollerhebung wiederholt in Form eines Panels und mit Hilfe eines online-gestützten Verfahrens durchgeführt wird, ist nicht nur eine zügige Bereitstellung der Erkenntnisse über alle Partnerschaften hinweg sichergestellt, sondern auch gewährleistet, dass die entsprechenden Daten auf verschiedene Zusammenhänge und Einflussfaktoren im Zeitverlauf statistisch überprüft werden können.

Die Entwicklung des Befragungsinstruments basiert aufgrund der Kontinuität der Bundesprogramme einerseits auf den Erkenntnissen und Instrumenten der Wissenschaftlichen Begleitung aus den Vorjahren, diese werden jedoch zugleich einer regelmäßigen Revision unterzogen und unter Beachtung unterschiedlicher Zielstellungen fortentwickelt. Zum Ersten ist es wichtig, die Kontinuität und somit die Vergleichbarkeit der Strukturdaten der Partnerschaften für Demokratie im Sinne einer summativ angelegten Evaluation sicherzustellen. Daher wurde eine Reihe von Fragen, wie z.B. hinsichtlich der regionalen Verteilung der Partnerschaften, der Ansiedlung der Koordinierungs- und Fachstellen und der Zusammensetzung der Begleitausschüsse weitgehend aus den bereits entwickelten Instrumenten übernommen. Um die Vergleichbarkeit der Da-

¹³ Befinden sich die Koordinierungs- und Fachstellen in freier Trägerschaft, wendet sich das Monitoring an die zuständigen Mitarbeiter/innen der verwaltungsexternen Einrichtung (externe Koordinierungs- und Fachstelle). Sind die Koordinierungs- und Fachstellen hingegen verwaltungsintern angesiedelt, richtet sich die Befragung an die jeweiligen Personen im federführenden Amt (interne Koordinierungs- und Fachstelle).

¹⁴ Die Elemente der Grundgesamtheit (sämtliche Partnerschaften für Demokratie) sind ebenso bekannt wie die Kontaktdaten der Erhebungseinheiten (Koordinator/innen). Darüber hinaus sind die Koordinator/innen durch die Programmsteuerung zur Unterstützung der Wissenschaftlichen Begleitung angehalten, so dass der mit Vollerhebungen üblicherweise einhergehende Aufwand weniger hoch ausfällt.

¹⁵ Z.B. mit Blick auf die Förderregionen, den hiermit einhergehenden Problem- bzw. Ressourcenlagen sowie der inhaltlichen Ausrichtung.

ten zu gewährleisten, wurden und werden auch zukünftig einige Datenbestände, wie z.B. die Anzahl der Anfeindungen und Übergriffe (siehe Schwerpunkt 6) zu einem festgelegten Stichtag, abgefragt.

Zum Zweiten ist es von hoher Bedeutung, das Erhebungsinstrument auf aktuelle Vorgaben des Bundesprogramms sowie gegenwärtige Themenstellungen hin auszurichten und Ergänzungen (z.B. hinsichtlich der Verwendung zusätzlicher Personal- und Sachmittel, der Flexibilisierung der Budgetverteilung, der Ausgestaltung relevanter Kontextbedingungen oder auch der Unterstützungsbedarfe beteiligter Akteur/innen) möglichst praxisgerecht zu operationalisieren.

Die Revision des Instruments erfolgt drittens in enger Abstimmung mit dem Deutschen Jugendinstitut (DJI). In diesem Kontext wurden unter anderem Fragebatterien zur Umsetzung von „Gender-, Diversity Mainstreaming“ und „Inklusion“ (fort-)entwickelt und etablierte Instrumente an die Bedarfe der Programmevaluation angepasst.

Das Erhebungsinstrument umfasst im Kern sechs übergeordnete Bereiche („Standorte“ und „lokale Ausgangslage“, „Finanzen“, „Gremien“, „Förderinstrumente“, „inhaltliche Ausrichtung“, „Leitprinzipien des Bundesprogramms“), die im Jahr 2017 u.a. mit Blick auf etwaige Ermüdungserscheinungen der Begleitausschüsse, die Wahl des Arbeitsschwerpunktes „Islamistische Orientierungen und Handlungen“ sowie auf die Kooperation mit Kriminalpräventiven Räten und die Einbindung von Migranten/innen(selbst-)organisationen hin überprüft und modifiziert worden sind. Hierzu wurden unter anderem eine explorative Kurzstudie basierend auf einer Zufallsstichprobe¹⁶ sowie Desktop-Recherchen durchgeführt und Ergebnisse einer Expert/innenrunde der Wissenschaftlichen Begleitungen bzw. der Programmevaluation berücksichtigt. Um darüber hinaus sicherzustellen, dass die länderspezifische Aufbereitung ausgewählter Monitoring-ergebnisse bedarfsgerecht und entlang zentraler Fragestellungen erfolgt, führte das ISS-Frankfurt a.M. einen Workshop u.a. mit 12 Vertreter/innen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bzw. der Landesdemokratiezentren durch. Im Rahmen der zweitägigen Veranstaltung wurden im Juni 2017 wesentliche Schwerpunkte der jeweiligen Datenbände diskutiert und festgelegt.

Für die Durchführung der Online-Erhebung nutzte das ISS-Frankfurt a.M. das Portal „Q-SET“. Die Korrespondenz mit den Koordinator/innen erfolgte auf der Grundlage von Kontaktdaten, die durch das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben zur Verfügung gestellt wurden.¹⁷ Mit Beginn der Feldphase erhielt jede/r zur Befragung eingeladenes Ansprechpartner/in den entsprechenden Fragebogen zusätzlich in digitaler Form. Die Befragung begann am 10. Juli 2017 und endete mit der Realisierung der Vollerhebung am 16. August 2017.¹⁸ Trotz des erprobten Verfahrens, mehrfacher Verlängerungen der Feldphase und ihrer frühzeitigen Ankündigung am 26. Juni 2017 war eine äußerst intensive Begleitung seitens ISS-Frankfurt a.M. nötig. Unter anderem wurden eine Hotline eingerichtet, personalisierte elektronische Erinnerungen versendet und über mehrere Wochen regelmäßig telefonisch nachgefasst.

¹⁶ Die explorative Kurzstudie basierte auf einer proportional geschichteten Zufallsstichprobe (regionale Verteilung) und fokussierte mögliche Ursachen bzw. Unterstützungsbedarfe bezüglich der Einbindung von Migranten/innen(selbst-)organisationen. Die zugehörige Grundgesamtheit bestand aus jenen 75 Partnerschaften, die im Rahmen des „prozessbegleitenden Monitorings 2016“ angegeben hatten, das zwar eine Migrant/innen(selbst-)organisation in der jeweiligen Förderregion existiere, jedoch keine solche Organisation in den Begleitausschüssen eingebunden war. Die Stichprobe umfasst 25% der Grundgesamtheit und somit 20 Fälle. Von diesen 20 Fällen nahmen 16 an der Befragung teil. Dies entspricht einer Ausschöpfungsquote von 80 %. Die Erhebung wurde telefonisch auf der Grundlage von vier Leitfragen durchgeführt. Die Feldphase begann am Donnerstag, den 4. Mai 2017 und endete am Donnerstag, den 11. Mai 2017.

¹⁷ Die Kontaktdaten der jeweils zuständigen Koordinator/innen wurden durch das ISS-Frankfurt a.M. umfassend geprüft und aktualisiert.

¹⁸ Zwar konnte die Vollerhebung vollumfassend realisiert werden, da im Befragungszeitraum jedoch eine Partnerschaft noch keinen positiven Förderbescheid erhalten hatte, bezieht sich die Untersuchung auf insgesamt 264 Standorte.

Im Anschluss an die Erhebung wurden schließlich umfassende Maßnahmen der Datenkontrolle bzw. -bereinigung durchgeführt z.B. Konsistenz- und Plausibilitätsprüfungen anhand derer (logische) Widersprüche und unstimmige Angaben identifiziert, geklärt und korrigiert werden konnten. Die erhobenen Strukturdaten wurden schließlich mit Hilfe der Statistikprogramme SPSS sowie EXCEL uni- und bivariat ausgewertet. Vorrangig wurden Häufigkeitsberechnungen durchgeführt sowie mittels Kreuztabellen Zusammenhänge zwischen Variablen bzw. Verteilungsmuster aufgezeigt. In indizierten Fällen werden Mittelwerte¹⁹ (arithmetisches Mittel) errechnet und bei einer breiten Streuung der Datenwerte oder entsprechenden Skalenniveaus Median- bzw. Modalwerte²⁰ angeführt.

3.2.2 Schwerpunkt 2: Gesamtindex zur Zielerreichung: PfD-Demokratie-Index

Die Zielsetzung einer empirischen Erfassung der demokratischen Qualität von Verfahren und Prozessen der kommunalen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit und Gewalt in den Partnerschaften für Demokratie stellte die Wissenschaftliche Begleitung vor eine Reihe konzeptioneller und methodischer Herausforderungen. Einerseits wurde der Anspruch verfolgt, dieses Instrument im Sinne angewandter Forschung theoriebasiert und gleichwohl auch praxisgerecht zu entwickeln. Andererseits sollte das zu entwickelnde Instrument zusammenfassend, bilanzierend und ergebnisorientiert sein. Schließlich war es für eine Längsschnittanalyse von hoher Bedeutung, die Entwicklungspotentiale der Partnerschaften von Anfang an zu berücksichtigen und diese im Sinne eines Idealzustandes zu operationalisieren.²¹

Entsprechend erfolgte die Entwicklung des Instrumentes im Jahr 2015 anhand mehrerer methodischer Schritte. In einem ersten Arbeitsschritt wurde eine Literaturrecherche durchgeführt mit dem Ziel, empirisch abgesicherte Instrumente zu identifizieren, die bereits in ähnlichen Kontexten erprobt wurden bzw. für den Untersuchungsgegenstand der Wissenschaftlichen Begleitung anpassungsfähig sind. Es wurde jedoch festgestellt, dass die empirische Erfassung von Demokratiequalität vor allem mit Blick auf nationalstaatliche Vergleichbarkeit erfolgt.²² Im Ergebnis kristallisierte sich schließlich das „International IDEA Framework“ als zumindest übertragbares Konzept heraus.²³ In einem zweiten Arbeitsschritt erfolgte sowohl in Anlehnung an die Indikatoren des IDEA-Frameworks als auch auf Basis der bisherigen Befunde der Wissenschaftlichen Begleitung eine erste Generierung möglicher Indikatoren. Auf Basis dieser Ergebnisse befragte im dritten Arbeitsschritt die Wissenschaftliche Begleitung sieben Koordinator/innen bzw. Coaches. Hierbei ging es darum, die Sicht der Praxis auf die demokratischen Prozesse und Strukturen von Partnerschaften zu bergen und in die Entwicklung der Itembatterie einzubringen. Mit dem vierten Arbeitsschritt verfolgte die Wissenschaftliche Begleitung schließlich die Absicht, die angepassten Indikatoren durch Expert/innen validieren zu lassen und auf das benötigte Minimum zu reduzieren. Dieser Arbeitsschritt erfolgte durch eine Delphi-Befragung von fünf erfahrenen Expert/innen.

Das Instrument gliederte sich nunmehr in die sechs Dimensionen „Partizipation“, „Autorisierung“, „Responsivität“, „Menschenrechtsorientierung“, „Repräsentanz“ und „Verantwortlichkeit“ und umfasste 36 Indikatoren. In dieser Form wurde es in einem quantitativen Pretest erprobt

19 Der Mittelwert errechnet sich aus der Häufigkeit der Merkmalsausprägungen einer Variablen, geteilt durch die Anzahl der vorkommenden Merkmalsausprägungen. Der Mittelwert ist eine statistische Maßzahl, die Aussagen über zentrale Tendenzen trifft.

20 Der Modalwert benennt die Ausprägung einer Kategorie, zu der sich die häufigsten Nennungen ergeben haben. Eine Auflistung von Zahlenwerten, sortiert nach ihrer Größe, wird durch den Median so geteilt, dass ober- sowie unterhalb des Wertes 50 % der Verteilung fallen.

21 In dieser Form der Operationalisierung wird den Befragten ein Statement vorgelegt, welches einen Idealzustand beschreibt. Diesem Statement können die Befragten auf einer mehrstufigen Skala zustimmen bzw. ablehnen.

22 Vgl. Roth 2013, S. 4.

23 Vgl. Beetham et al. 2008.

und validiert.²⁴ Befragt wurden jeweils ein Mitglied der Begleitausschüsse aus der Verwaltung und der Zivilgesellschaft, also zwei Personen pro Fördergebiet. Das derart validierte Instrument war schließlich Bestandteil einer zwischen April und Mai des Jahres 2016 durchgeführten Online-Befragung. Diese richtete sich je Partnerschaft an drei Akteur/innen. Analog zum Ansatz des Pretests wurden zwei Mitglieder der Begleitausschüsse (je eines aus der Verwaltung und eines aus der Zivilgesellschaft) um die Teilnahme gebeten. Darüber hinaus nahmen die Koordinator/innen an der Befragung teil. Die quantitativen Datenbestände wurden aufbereitet und mit dem Datensatz des prozessbegleitenden Monitorings 2016 zusammengeführt. Aus den Angaben je Förderstandort wurden sodann Mittelwerte gebildet und derart ein multiperspektivischer Ansatz verfolgt. Die Analysen erfolgten mit Hilfe der Statistikprogramme SPSS und MPLUS und waren uni-, bi- sowie multivariater Natur. Zur grafischen Aufbereitung wurde das Programm EXCEL genutzt.

Um die quantitativ gewonnen Erkenntnisse zu relevanten Hintergrundfaktoren demokratischer Qualität weiter zu spezifizieren, führte die Wissenschaftliche Begleitung 10 Expert/inneninterviews mit ausgewählten Koordinator/innen durch. Hierzu wurden auf Grundlage der Online-Erhebung solche Standorte bestimmt, an denen ein Faktor möglichst stark, die jeweilig übrigen jedoch möglichst schwach ausgeprägt waren. Die qualitativen Interviews wurden aufgenommen, transkribiert und anhand des Programms MAXQDA inhaltsanalytisch ausgewertet. Im November 2016 wurde zudem ein Workshop in Frankfurt a.M. mit 12 Praktiker/innen durchgeführt. Er diente

- einer vertiefenden Diskussion ausgewählter Fragestellungen bzgl. der Arbeit der Partnerschaften für Demokratie sowie der
- Revision und Aktualisierung der Erkenntnisse zur demokratischen Qualität.

Für das Jahr 2017 waren im Rahmen dieses Schwerpunktes keine Arbeitsschritte bzw. Erhebungen vorgesehen.

3.2.3 Schwerpunkt 3: Jugendpartizipation

Für die Bearbeitung des Schwerpunktes Jugendpartizipation hat die Wissenschaftliche Begleitung eine modulare Längsschnittuntersuchung im Mixed-Method-Design konzipiert, welche Aussagen über das Arrangement der Jugendforen, über deren abbildbare Effekte sowie über ein etwaiges Agenda Setting ermöglichen soll. Es beinhaltet drei unterschiedliche Bausteine. So bildet der Themenbereich „Jugendpartizipation“ zunächst einen wesentlichen Bestandteil des prozessbegleitenden Monitorings lokaler Partnerschaften für Demokratie. Im Rahmen der jährlich stattfindenden standardisierten Vollerhebung (s. Schwerpunkt 1) werden Informationen u.a. zur Schaffung und Fortentwicklung der Beteiligungsstrukturen, zu den Budgets der Jugendfonds, zur Anzahl der erreichten jungen Menschen sowie zur Reichweite der Partizipation in den Partnerschaften sichergestellt.²⁵

In Ergänzung zu dieser übergeordneten Perspektive werden zweitens zehn ausgewählte Jugendforen im Laufe des Bundesprogramms wissenschaftlich begleitet und vertiefend untersucht. Der Auswahl dieser zehn Standorte liegen im Wesentlichen drei Kriterien zu Grunde, die sich hinsichtlich einer Zusammenstellung von qualitativen Samples im Rahmen des Programms bewährt haben – die Förderperiode der Partnerschaften, ihre regionale Verteilung in den alten

²⁴ Hierzu wurden 30 Partnerschaften für Demokratie nach den Kriterien „Förderperiode“, „regionale Ansiedlung“ (West/Ost) sowie „Verwaltungsform“ (Kommune/Landkreis) ausgewählt.

²⁵ Zusätzlich wurden auf Grundlage jener Anträge, die bei der Regiestelle im Zeitraum zwischen Juli 2015 und Ende Juni 2016 gestellt worden sind, datenbasierte Wissensbestände zu jugendfondsgeförderten Initiativen und Projekten generiert. Sie wurden im Rahmen des zweiten Zwischenberichts vorgestellt und der Fortentwicklung des im aktuellen Jahr eingesetzten Erhebungsinstruments zugrundegelegt.

und neuen Bundesländern sowie die Verwaltungsform der Förderregionen. Die vertiefende Untersuchung der Jugendpartizipation erfolgt dabei auf der Basis eines Ansatzes der sowohl qualitative als auch quantitative Elemente beinhaltet.

Im Rahmen leitfadengestützter Interviews sowohl mit Koordinator/innen als auch mit engagierten jungen Menschen und Träger/innen werden jährlich erklärende Wissensbestände u.a. zu den Rahmen- und Entstehungsbedingungen der Jugendforen, zu deren Ausgestaltung, zur Motivation und den Lernzuwächsen der jungen Menschen, ihren Erfahrungen und Erwartungen geborgen.²⁶ Im Jahr 2017 wurden 19 Interviews an neun Standorten²⁷ des qualitativen Samples geführt.²⁸ Die Interviews wurden aufgenommen, transkribiert und inhaltsanalytisch mit Hilfe des Programms MAXQDA ausgewertet. Sie dienen im aktuellen Jahr vorrangig der weiteren Erläuterung und Illustration der quantitativ generierten Befunde des prozessbegleitenden Monitorings.

Anhand standardisierter Erhebungen unter den Mitgliedern der Foren werden drittens die subjektiven Erfahrungen der jungen Menschen z.B. mit Blick auf ihre Motivation, ihre wahrgenommene Wirksamkeit oder ihre Lernerfahrungen abgebildet. Unter Rückgriff auf die Systematisierung der Strategien und Grundformen von Partizipation von Stange wurde hierzu ein standardisierter Fragebogen entwickelt und getestet.²⁹ Um eine jugendgerechte Form der Evaluation sicherzustellen, hat das ISS-Frankfurt a.M. im Mai 2015 hierzu eine Voruntersuchung mit Teilnehmer/innen des Jugendkongresses des Bündnisses für Demokratie und Toleranz in Berlin durchgeführt. Dabei haben sich 168 Jugendliche an einer quantitativen, schriftlichen Befragung und mehr als 30 Jugendliche an kurzen teilstandardisierten Leitfadeninterviews beteiligt.³⁰ Das auf dieser Grundlage überarbeitete Erhebungsinstrument bildet das Fundament einer Längsschnittuntersuchung mit insgesamt zwei Messzeitpunkten (Eingangs- und Ausgangsbefragung). Der Online-Fragebogen wurde im September 2016 über „What's App-Gruppen“ und E-Mail-Versand ins Feld geführt.³¹ Hier zeigte sich, dass der Rücklauf, wenn er auf die Jugendlichen im qualitativen Sample beschränkt bleibt, nicht ausreichend groß für eine Längsschnittuntersuchung sein würde. Entsprechend wurde die Eingangsbefragung auf alle aktiven Jugendlichen ausgeweitet. Im Februar 2017 wurden hierzu zunächst die Koordinator/innen der 234 Partnerschaften der ersten drei Interessenbekundungsverfahren elektronisch kontaktiert und darum gebeten durch das ISS-Frankfurt a.M. vorgefertigte Einladungen (E-Mails) zu einer Online-Befragung³² an die in den Foren engagierten jungen Menschen weiterzuleiten. Diese hatten bis zum 17. März 2017 die Möglichkeit an der Erhebung teilzunehmen. Zur Erhöhung des Rücklaufs wurden die Koordinator/innen im März ein weiteres Mal schriftlich sowie telefonisch kon-

26 Die Ergebnisse der Untersuchung werden auf Wunsch der Jugendlichen zurückgespiegelt und bedarfsgerecht reflektiert.

27 Am zehnten Standort war aufgrund des Zustandes des Forums kein Interview möglich.

28 Genauer wurden mit den jungen Menschen insgesamt acht Gruppeninterviews sowie ein Einzelinterview, mit Koordinator/innen ein Gruppen- und acht Einzelinterviews sowie ein Interview mit zwei Sozialarbeiter/innen aus der Trägerschaft eines Jugendforums geführt.

29 Stange (2017)

30 Diese Voruntersuchung diene in erster Linie der Überprüfung des Befragungsinstruments sowie der Eruiierung der Motive und Interessen der Jugendlichen für ihr spezielles Engagement im Bereich Demokratie- und Toleranzförderung. Die Ergebnisse der Untersuchung wurden im Rahmen des Fachaustauschs der lokalen Partnerschaften für Demokratie im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ zum Thema Jugendpartizipation in Frankfurt am Main am 21. September 2015 vorgestellt und in einer Arbeitsgruppe mit Praktiker/innen diskutiert.

31 Im Jahr 2015 waren zum Zeitpunkt der Berichtslegung lediglich vier Foren in den Standorten des qualitativen Samples eingerichtet.

32 Das ISS-Frankfurt a.M. nutzte das Angebot von Q-Set zur Durchführung der Online-Befragung.

taktiert und um Unterstützung gebeten. Bis zum Abschluss der Feldphase beteiligten sich insgesamt 287 Jugendliche aus 114 Standorten.³³

3.2.4 Schwerpunkt 4: Inhaltliche Ausgestaltung der Handlungsstrategien und die Arbeit von Begleitausschüssen

Eine wesentliche Aufgabe der wissenschaftlichen Begleitung besteht in der Beantwortung der Frage, welche Wirkungen mit der Implementierung und der Umsetzung lokaler Partnerschaften für Demokratie einhergehen. So sollen auf Grundlage einer vertiefenden Analyse der Wirkungswahrnehmungen die spezifischen Effekte der integrierten Handlungsstrategien konturiert, abgebildet und multimethodisch sowie -perspektivisch nachgezeichnet werden. Die methodische Umsetzung birgt besondere Herausforderungen. So bedarf es eines spezifischen Evaluationsdesigns, das u.a. eine Rekonstruktion und Analyse der lokalen Ziel-Mittel-Annahmen vornimmt sowie die Zielerreichung für die identifizierten Wirkungsbereiche überprüft.

Die Rekonstruktion und Systematisierung der Ziel-Mittel-Annahmen erfolgte bereits in den Untersuchungsschritten für den Zwischenbericht des Jahres 2016. Ausgehend von den Ergebnissen eines im Jahr 2015 durchgeführten Workshops sowie von in den „Fachaustauschen“ der Partnerschaften für Demokratie gewonnen Einsichten wurden problemzentrierte Expert/inneninterviews mit sieben Koordinator/innen durchgeführt. Anhand der qualitativen Leitfadeninterviews wurden die angedachten Ziel-Mittel-Annahmen der Befragten mit Blick auf die lokale Ausgangslage und die jeweilig gewählten Handlungsansätze rekonstruiert.³⁴ Die Ergebnisse dieser Arbeitsschritte flossen schließlich in die Fortentwicklung der Instrumente sowohl zur Erfassung der Handlungsansätze als auch zur Operationalisierung der angestrebten Wirkungen ein. Das Instrument zur Bestimmung der Handlungsansätze umfasste ursprünglich 24 Items, die sich auf vier übergeordnete strategische Ziele und je zwei Handlungsdimensionen beziehen.³⁵

Wurde in der vergangenen Erhebungsphase vorrangig der Frage nach der Struktur sowie dem spezifischen Stellenwert einzelner Handlungselemente nachgegangen, ging es im Jahr 2017 darum, eine weiterführende Systematisierung der Partnerschaften für Demokratie auf der Basis der Ziel-Mittel-Annahmen vorzunehmen und charakteristische Strategien zu identifizieren. Hierzu wurden die im Jahr 2016 erhobenen Angaben der Koordinator/innen vertiefend analysiert. Mithilfe multivariater statistischer Verfahren, sogenannter latenter Klassenanalysen (LCA), wurden die Partnerschaften fünf verschiedenen Teilgruppen zugeordnet, die sich durch eine spezifische Akzentuierung von Handlungselementen auszeichnen.³⁶

In einem Folgeschritt wurden mittels qualitativer Leitfadeninterviews die Ausprägungen der einzelnen Gruppen konkretisiert.³⁷ Durch das Feststellen von Begründungszusammenhängen und

33 31 Koordinator/innen gaben im Rahmen des Rücklaufmanagements explizit an, dass keine solches Forum existiert habe. Da weder die exakte Anzahl der Jugendforen noch jene der engagierten jungen Menschen zum Zeitpunkt der Erhebung bekannt war, ist die Ausweisung einer Rücklaufquote nicht möglich.

34 Alle Interviews wurden aufgenommen, transkribiert und inhaltsanalytisch mit Hilfe des Programms MAXQDA ausgewertet.

35 Im Monitoring der vorangegangenen Erhebungsphase konnten die Koordinator/innen die Passung der einzelnen Handlungselemente auf den Ansatz der jeweiligen Partnerschaft für Demokratie bewerten.

36 Für die Gruppenbildung wurde das Programm MPLUS genutzt. Von den ursprünglich 24 Variablen wurden zwei auf Grund geringer Streuung ausgeschlossen. Aufgrund des Antwortverhaltens wurden 14 Fälle ausgeschlossen (hierzu wurden Streuungsmaße genutzt und bei Auffälligkeiten die jeweiligen Angaben geprüft), so dass von ursprünglich 218 Fällen der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren 204 in die Berechnungen eingingen. Die Entscheidung für eine Lösung, welche die Partnerschaften in fünf Gruppen zusammenführt, wurde aufgrund der hohen Variablenzahl anhand des „Sample-size Adjusted BIC“ getroffen.

37 Je Strategie wurden zwei Standorte gewählt, die sowohl in ihrer inhaltlichen Ausrichtung als auch den Gebietskulissen bzw. der regionalen Verortung den identifizierten Gruppen möglichst ähnlich sind (Prototypen). Bei der Fallauswahlstrategie handelt es sich also um selektives Sampling unter Nutzung quantitativer Forschungsergebnisse. Die Interviews wurden mit den Koordinator/innen vor Ort und auf Grundlage eines Leitfadens geführt.

deren Interpretation konnte ein tieferes Verständnis dafür erreicht werden, warum sich die einzelnen Partnerschaften für bestimmte Handlungselemente entschieden haben. Hierbei wurden zwei Bewertungsebenen angelegt: Zunächst wurden die interviewten Akteur/innen selbst darum gebeten, besondere Ausprägungen ihres statistisch ermittelten Profils vertiefend zu erläutern (z.B. die Schwerpunktsetzung auf bestimmte Handlungselemente, die Ablehnung bestimmter Handlungselemente etc.). Die zweite Ebene ergibt sich aus einer wissensbasierten Betrachtung und Interpretation des strategisch-inhaltlichen Vorgehens zur Bearbeitung verschiedener Problemlagen.³⁸ Ein solches typologisierendes Vorgehen ermöglicht trotz der hohen Bandbreite an Einzelprojekten und strategischen Annahmen die Identifikation der wesentlichen Charakteristika bestimmter fachlicher Vorgehensweisen. Die Typologisierung schließt dabei nicht aus, dass auch Durchmischungen und Überschneidungen vorkommen. Keinesfalls bedeutet die Zuordnung einer Partnerschaft zu einem Typ also, dass sie ausschließlich Elemente realisiert, die dieser thematischen Einordnung entsprechen. Gleichwohl lassen sich verschiedene Grundorientierungen ausmachen. Die Erhebung der Wirkungswahrnehmungen und die Beurteilung der Effekte unterschiedlicher Strategien steht hingegen im Fokus der kommenden Untersuchungsphasen.

3.2.5 Schwerpunkt 5: Evaluation der Weiterbildungsangebote für die Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen

Das zur Evaluation der Weiterbildungsangebote entwickelte Untersuchungsdesign ist als Längsschnittstudie angelegt und rekurriert im Kern auf das Modell von Kirkpatrick und Kirkpatrick (2005).³⁹ Es nimmt die Ebenen „Reaktionen“ (Zufriedenheit, Akzeptanz), „Lernen“ (Lernerfolg), „Verhalten“ (Lerntransfer) und „Ergebnis“ in den Blick und umfasst sowohl quantitative als auch qualitative Elemente.

Bei den quantitativen Erhebungen handelt es sich um Paper-and-Pencil wie auch um Online-Befragungen, die sich an die Teilnehmer/innen der Weiterbildungsveranstaltungen richten und sämtlich als Vollerhebungen angelegt sind. Jeweils zu Beginn und zum Abschluss der Weiterbildungsveranstaltungen werden die Teilnehmer/innen gebeten, einen standardisierten Fragebogen auszufüllen. Durch die schriftliche Eingangsbefragung werden in komprimierter Form soziodemographische Daten, berufliche Hintergründe, Vorerfahrungen, Motivation, fachliche und persönliche Kompetenzen sowie aktuelle Aufgabenstellungen der Koordinator/innen erhoben.⁴⁰

Die online stattfindende Abschlussbefragung ist so konzipiert, dass Veränderungen in den Bereichen der fachlichen und persönlichen Kompetenzen sowie der Handlungssicherheiten erfasst werden und in Bezug zu den Angaben einzelner Teilnehmer/innen zu Beginn der Weiterbildung gesetzt werden können. Zudem wird den Koordinator/innen die Möglichkeit gegeben, eine Gesamtbewertung der Veranstaltungen vorzunehmen und ihre Einschätzungen bzgl. der Realisierbarkeit des Gelernten in der Praxis abzugeben.

Mindestens sechs Monate nach Abschluss der Weiterbildung werden die Koordinator/innen zur Teilnahme an einer weiteren Online-Befragung (Nachhaltigkeitsbefragung) eingeladen. In die-

³⁸ Die Auswertung des Datenmaterials erfolgte in mehreren Schritten. Zunächst wurden für jeden Standort Fallrekonstruktionen und innere Sinnzusammenhänge erarbeitet. Diese wurden dann entlang relevanter Vergleichsdimensionen im Gruppenvergleich analysiert und empirische Regelmäßigkeiten mit Blick auf Ähnlichkeiten innerhalb der Gruppen sowie Divergenzen zwischen den Gruppen eruiert (vgl. Kelle/Kluge 2010, S. 91ff.).

³⁹ Vgl. Kirkpatrick, Donald/Kirkpatrick, Jim (2005): *Transferring learning to behavior. Using the four levels to improve performance*, San Francisco.

⁴⁰ Bei der Entwicklung des Erhebungsinstruments und insbesondere der Operationalisierung der Kompetenzbereiche konnte das ISS-Frankfurt a.M. auf umfassende Vorkenntnisse zurückgreifen, die im Rahmen der Wissenschaftlichen Begleitung des Vorgängerprogramms gewonnen wurden (s. ISS-Frankfurt a.M. 2014).

sem Arbeitsschritt wird explizit den Fragen nachgegangen, inwiefern und unter welchen Rahmenbedingungen die Koordinator/innen ihre Aufgabenstellungen besser als zuvor wahrnehmen können und ggf. inwiefern sie die Veränderungen in ihrer Arbeitsweise auf die Teilnahme an der Weiterbildungsveranstaltung zurückführen können. Um die quantitativen Erkenntnisse zu diesen Fragen zu vertiefen, werden bis zu drei Teilnehmer/innen pro Weiterbildung telefonisch und unter Nutzung eines Leitfadens interviewt.

Über die Lerneffekte hinaus fand für die ersten drei Durchgänge eine regelmäßige Erfassung der Bewertungen der Teilnehmer/innen bzgl. der einzelnen Weiterbildungsmodule statt. Hierzu wurden die Teilnehmer/innen gebeten, u.a. Rahmenbedingungen, Referent/innen, eingesetzte didaktische Verfahren sowie erlernte Inhalte und eingesetzte Methoden zu bewerten und ggf. aus ihrer Sicht notwendige Anpassungen zu benennen. Die Erfassung dieser Daten erfolgte durch eine Online-Befragung der Koordinator/innen direkt nach den einzelnen Modulen der Weiterbildungsreihe. Nach jedem Veranstaltungsmodul wurden zudem jeweils bis zu drei Teilnehmer/innen pro Weiterbildung telefonisch kontaktiert und in Form von kurzen Telefoninterviews qualitativ befragt. Die Angaben wurden zeitnah ausgewertet und den Bildungsträgern zurückgespiegelt, um rechtzeitige und bedarfsgerechte Anpassungen der Lerninhalte bzw. didaktischen Methoden zu ermöglichen. Seit dem vierten Durchgang wurde dieser Arbeitsschritt eingestellt.

Die quantitativen Befragungen werden mittels der Statistikprogramme SPSS und EXCEL aufbereitet und ausgewertet. Zur Untersuchung etwaiger Veränderungen in den Selbsteinschätzungen der Koordinator/innen werden die Datensätze der Eingangs-, Ausgangs- sowie der Nachhaltigkeitbefragungen zusammengeführt und u.a. Mittelwertvergleiche durchgeführt. Die qualitativen Interviews werden hingegen aufgezeichnet, transkribiert und mittels MAXQDA inhaltsanalytisch ausgewertet.

3.2.6 Schwerpunkt 6: Lokale Bedrohungslagen

Mit der vertiefenden Untersuchung etwaiger Bedrohungslagen in den Förderregionen lokaler Partnerschaften für Demokratie verbinden sich im Kern drei übergeordnete Zielstellungen. So sollen die Situationen vor Ort mit Blick auf demokratiefeindliche Gruppierungen, Organisationen und Handlungen empirisch dargestellt, ihre Veränderung im Zeitverlauf nachgezeichnet und förderliche bzw. hinderliche Bedingungen der Herausbildung kommunaler Widerstandsfähigkeit eruiert werden. Vor diesem Hintergrund hat das ISS-Frankfurt a.M. ein zweistufiges Design konzipiert, welches erstens die quantifizierende Abbildung und zweitens die vertiefende Untersuchung im Rahmen eines qualitativen Samples umfasst.

Um die Situation vor Ort möglichst präzise und gegenstandsnah abbilden und Entwicklungen im Programmverlauf nachvollziehen zu können, hat die Wissenschaftliche Begleitung in Zusammenarbeit mit Expert/innen des Themenfeldes ein standardisiertes Erhebungsinstrument entwickelt. Es richtet sich an die Koordinator/innen der Partnerschaften in ihrer Rolle als Expert/innen für die jeweiligen Förderregionen und eignet sich für den Einsatz im Rahmen des prozessbegleitenden Monitorings.

Die (Fort-)Entwicklung des Instruments erfolgte im Jahr 2017 auf Grundlage mehrerer methodischer Schritte. In einer ersten Arbeitsphase näherte sich die Wissenschaftliche Begleitung dem Forschungsgegenstand über eine Desktop-Recherche an. Hier sollten vorrangig bestehende, empirisch abgesicherte und zur Anpassung auf den Untersuchungsgegenstand geeignete Instrumente identifiziert bzw. ein weiteres Verständnis für die besonderen Charakteristika des Feldes entwickelt werden. Dieses wurde in einem zweiten Arbeitsschritt anhand explorativer Leitfadeninterviews, u.a. mit Vertreter/innen von Opferberatungen, vertieft. Die relevanten Gegenstandsbereiche wurden drittens im Rahmen eines zweitägigen Workshops – ebenfalls ge-

meinsam mit Akteur/innen der Opferberatungen – expliziert und so die Expertise von Vertreter/innen der fachlichen Praxis eingebunden. Auf Basis dieser Vorarbeiten erfolgte die Operationalisierung des Gegenstandsbereichs „Übergriffe“. Im Gegensatz zur ersten empirischen Annäherung aus dem Jahr 2016 sollten dabei nicht nur betroffene Akteur/innen benannt, sondern auch die entsprechenden Tatbestände konturiert werden. Hierzu wurden zunächst sieben potentielle Opfergruppen identifiziert. Zweitens wurden Statements bzw. Antwortmöglichkeiten entwickelt, anhand derer die Quantität etwaiger Vorkommnisse eingeschätzt werden können.⁴¹

Die konkreten Tathandlungen bzw. Straftaten wurden schließlich in Anlehnung an das Strafgesetzbuch formuliert, so dass neben einer quantitativen Abstufung auch Aussagen über ihre Form möglich sind. So können die Befragten je Opfergruppe differenzieren, ob es sich bei den Vorkommnissen aus ihrer Perspektive um „Straftaten gegen die Ehre“, „Bedrohungen, Einschüchterung und/oder Nötigung“, „Körperverletzung“ bzw. „Sachbeschädigungen“ handelte.

Über die Erfassung der Expert/innensicht zu Opfergruppen und spezifischen Tathandlungen/Straftaten hinausgehend wurde ein ebenfalls standardisiertes Instrument entwickelt, welches die Wahrnehmung der Situation vor Ort entlang von drei Ebenen abbildet.⁴² Es ermöglicht Angaben sowohl zu demokratiestärkenden als auch demokratiefeindlichen Akteur/innen, zu ihren öffentlich wahrnehmbaren Aktivitäten sowie zur Auswirkung von demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen auf die kommunale Verfasstheit.

Beide Instrumente bzw. die zugehörigen Itembatterien werden den Koordinator/innen der Partnerschaften für Demokratie im Rahmen des prozessbegleitenden Monitorings (s. Schwerpunkt 1) zur Einschätzung vorgelegt. Es handelt sich im vorliegenden Fall somit um eine als Vollerhebung konzipierte Längsschnittstudie mit drei Messzeitpunkten (2017, 2018, 2019). Im Jahr 2017 konnte die Vollerhebung gänzlich realisiert werden. Es liegen also Angaben zu insgesamt 264 Förderregionen vor. Die Analysen erfolgten mit Hilfe der Statistikprogramme SPSS und MPLUS. Zur grafischen Aufbereitung wurde das Programm EXCEL genutzt.

Um die quantitativ gewonnenen Erkenntnisse weiter zu vertiefen, wurden zudem zehn Interviews mit Koordinator/innen ausgewählter Partnerschaften geführt. Im Vordergrund stand hier die Leitfrage nach förderlichen bzw. hinderlichen Faktoren der Herausbildung kommunaler Widerstandsfähigkeit. Die Auswahl der Standorte erfolgte auf Grundlage quantitativer Analysen. Zunächst wurden zwei summative Indizes gebildet. Ein erster fasst die Angaben zu öffentlich wahrnehmbar aktiven, demokratiefeindlichen Gruppen in den Förderregionen zusammen. Der zweite Index bezieht sich auf die Widerstandsfähigkeit des demokratischen Spektrums. In das Sample wurden solche Fälle aufgenommen, die überdurchschnittlich mit demokratie- und menschenfeindlichen Akteur/innen konfrontiert waren und erstens eine unterdurchschnittliche Widerstandsfähigkeit (Gruppe 1) oder zweitens eine überdurchschnittliche Widerstandsfähigkeit aufwiesen (Gruppe 2). Die Interviews wurden vor Ort und mit Hilfe eines Leitfadens geführt, aufgenommen, transkribiert und inhaltsanalytisch mit dem Programm MAXQDA ausgewertet.

Im Dezember 2017 wird zudem ein Workshop in Frankfurt a.M. sowohl mit Koordinator/innen als auch mit Vertreter/innen der Opferberatungen durchgeführt. Er dient dem Transfer ausgewählter Ergebnisse in die Fachpraxis, einer vertiefenden Diskussion sowie Vernetzung als auch der Identifikation von Unterstützungsbedarfen.

41 Die Statements beziehen sich auf die jeweiligen Förderregionen der Partnerschaften und einen abgegrenzten Zeitraum, die Antwortmöglichkeiten umfassen die Kategorien „Ja, wiederholt“, „Ja, in Einzelfällen“, „Nein“ und „Kann ich nicht beurteilen“.

42 In Abgrenzung zu (vermeintlich) objektiven Daten handelt es sich im vorliegenden Fall also um Expert/innenurteile basierend auf individuellen Einschätzungen.

3.3 Methodisches Vorgehen von Camino gGmbH

Anliegen der Wissenschaftlichen Begleitung ist es, Untersuchungen zu spezifischen zentralen Fragestellungen der Partnerschaften für Demokratie zu erstellen.

Die relevanten Themenfelder in der Wissenschaftlichen Begleitung durch Camino sind

- die Umsetzung und Weiterentwicklung der Koordinierungs- und Fachstellen,
- die Formen der Vernetzung,
- die Öffentlichkeitswirksamkeit,
- die Nutzung des Aktions- und Initiativfonds sowie
- die Nachhaltigkeit ehemaliger Lokaler Aktionspläne.

In diesen Bereichen werden Gestaltungsprozesse nachgezeichnet und erreichte Ergebnisse dargestellt. Eine kontinuierliche Erhebung und Auswertung von Daten ermöglicht die Nachverfolgung des Umsetzungsprozesses. Entwicklungsschritte und Ergebnisse werden sichtbar und können mit unterschiedlichen Einflussfaktoren verknüpft werden. Durch strukturierte Vergleiche können Rahmenbedingungen identifiziert werden, die als Voraussetzungen für gelingende Prozesse unabdingbar sind. Beobachtete Phänomene können systematisch erklärt und in übergreifende Erkenntnisse überführt werden.⁴³ Es werden „effektive Prinzipien“ aufgezeigt, die als Grundlage für die Weiterentwicklung des Programms dienen, aber auch auf andere Programme und Projekte übertragen werden können.⁴⁴

Zum Tragen kommen zwei Bewertungsgrundlagen: Zum einen werden Ergebnisse und Wirkungen an den Zielen und Erwartungen des Programms auf übergeordneter Ebene sowie an denen der Partnerschaft für Demokratie auf konkreter Ebene gemessen und Wege dahin nachgezeichnet. Dieses Vorgehen entspricht einer „theoriebasierten Evaluation“. Diese nutzt die Annahmen, die einem Programm oder Projekt zugrunde liegen – die sogenannte Programmtheorie – und stützt sich somit auf das in der Praxis vorhandene Wissen.⁴⁵

Jedoch bleiben bei einer rein aus der Praxis entwickelten und somit rekursiven Bewertung zwangsläufig blinde Flecken: Akteure als Beobachter „erster Ordnung“ können nur aus der ihnen eigenen Perspektive beobachten und beschreiben, bestimmte Prozesse und Gegebenheiten verschließen sich ihrer Reflexion. Luhmann beschreibt dies als systeminterne Beschränkungen des Beobachtens mit der Folge, dass eine bestimmte Beobachtung wahrscheinlich, eine andere hingegen unwahrscheinlich ist.⁴⁶ Aus diesem Grund wird die Wissenschaftliche Begleitung eine zweite Bewertungsebene nutzen, die sich auf wissenschaftstheoretische Annahmen und Erkenntnisse stützt. Die Bewertung stützt sich hier auf Wissen, das nicht kontextgebunden und generalisiert ist. Dieses wird genutzt, um Bewertungsschemata zu entwickeln und zu operationalisieren. Der Bezug auf gültige Theorien ermöglicht „Erklärungen, Prognosen und gezielte Praxis[-gestaltung] gleichermaßen“.⁴⁷

Der Nachteil einer solchen wissenschaftstheoretischen Bewertung ist die Gefahr, dass die Handlungspraxis aus dem Blick gerät. Dem wird durch die Zusammenführung der beiden Bewertungsebenen entgegengewirkt. Die Bewertung erfolgt gleichsam aus zwei Perspektiven: einer programmimmanenten und einer programmexternen.

Neben der Validierung durch Austausch mit und Rückspiegelung der Ergebnisse an Vertreter/innen der Partnerschaften für Demokratie wird eine Validierung der Befunde durch die Nut-

43 Stark et al. 2012, S. 9.

44 Vgl. hierzu Gutknecht-Gmeiner 2015, S. 134f.

45 Giel 2015, S.113f.; ausführlich Giel 2013.

46 Luhmann 1990, S. 40.

47 Esser 1993, S. 51.

zung unterschiedlicher Daten und Datenquellen sichergestellt. Qualitative Interviews mit den Fachkoordinator/innen, Vertreter/innen der federführenden Ämter sowie mit weiteren Akteuren aus der Region gewährleisteten unterschiedliche Perspektiven auf die Umsetzung und die Umsetzungsbedingungen. Ergänzt werden sie durch teilnehmende Beobachtungen und durch die Analyse unterschiedlicher Dokumente, z.B. von Anträgen und erstellten Materialien. Aussagen zur Entwicklung der Aktions- und Initiativfonds werden auf der Basis einer quantitativen Erhebung unter den Trägern der Einzelmaßnahmen getroffen. Die qualitativ gewonnenen Daten ermöglichen hier einen explorativen Zugang zum Themenfeld und die fachlich qualifizierte Entwicklung des Erhebungsinstruments.

Neben der Begleitung der Partnerschaften für Demokratie ist es Aufgabe der Wissenschaftlichen Begleitung, Aussagen zur Nachhaltigkeit der Vorläuferprogramme zu treffen. Hierfür kommt ein Nachhaltigkeitsmodell zum Einsatz, welches speziell für Programme und Projekte aus dem Bereich der Demokratieförderung entwickelt und bei der Wissenschaftlichen Begleitung der Lokalen Aktionspläne erprobt wurde.⁴⁸ Diesem Konzept liegt ein dynamisches Nachhaltigkeitsverständnis zu Grunde, d.h. es geht nicht um einen statischen Fortbestand von Wirkungen, sondern um einen prozesshaften, zirkulären Rückbezug, der zu einer Weiterentwicklung von Zielen und damit auch Wirkungen führt. Berücksichtigt werden dabei die Dimensionen strukturelle Nachhaltigkeit, Relevanzerhalt, handlungswirksame Lernprozesse in den Bereichen der Zivilgesellschaft und der Verwaltung sowie nutzenorientierte Nachhaltigkeit.

3.3.1 Sampling/Auswahl der Interviewpartner/innen

Im folgenden Abschnitt werden zunächst die Kriterien erläutert, nach denen die Interviewpartner/innen für die qualitative Datenerhebung ausgewählt wurden. Außerdem wird die Ziehung eines Samples für die quantitative Umfrage unter Einzelmaßnahmenträgern beschrieben.

3.3.1.1 Auswahl der Interviewpartner/innen der qualitativen Befragung der Partnerschaften für Demokratie

Für die qualitativen Erhebungen im Rahmen der Schwerpunkte „Entwicklung der Koordinierungs- und Fachstellen“, „Vernetzung“ und „Öffentlichkeitswirksamkeit“ wurden 24 Partnerschaften für Demokratie ausgewählt. Die Auswahl erfolgte theorie- und hypothesengeleitet. Entsprechend der Strategie des „purposive sampling“⁴⁹ wurde in Bezug auf untersuchungsrelevante Aspekte ein möglichst heterogenes Sample mit folgenden Merkmalen für die Untersuchung ausgewählt:

- Programmgeneration,
- räumliche Verteilung (Bundesländer),
- Charakteristika und regionale Besonderheiten,
- inhaltliche Ausrichtung.⁵⁰

3.3.1.2 Auswahl der Interviewpartner/innen der qualitativen Befragung in nicht mehr geförderten Regionen

Zur qualitativen Erhebung im Rahmen des Schwerpunktes „Nachhaltigkeit“ wurden acht Regionen ausgewählt, die in den Programmen „Vielfalt tut gut“ und/oder „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ gefördert wurden, jedoch keine Förderung im Programm „Demokratie leben!“ erhalten. Die Auswahl der Regionen erfolgte nach:

48 Karliczek 2012, S. 249ff.; Behn/Bohn/Karliczek/Lüter/Sträter 2013, S. 119ff.

49 Vgl. hierzu Lamnek 2010, S. 172.

50 Ausführlich ISS/Camino 2015, S. 23ff.

- räumlicher Verteilung,
- inhaltlicher Ausrichtung.

Interviewt wurden Vertreter/innen der ehemaligen Koordinierungsstellen und/oder der federführenden Ämter.

3.3.1.3 Auswahl der Interviewpartner/innen der qualitativen Befragung der Projektträger

Aus der Projektedatenbank der Regiestelle wurden neun Einzelmaßnahmenträger ausgewählt und zu ihren Projekten befragt. Die Auswahl erfolgte nach der Zielgruppe bzw. dem thematischen Schwerpunkt der Einzelmaßnahmen. Drei Projekte richteten sich insbesondere an Menschen mit Migrationshintergrund, drei beschäftigen sich mit Islamismus/Neo-Salafismus und drei haben sich Rechtspopulismus zum Thema gesetzt. Neben Fragen zur Arbeit mit der speziellen Zielgruppe bzw. den speziellen Themen wurden alle Einzelmaßnahmenträger ausführlich zu ihren Erfahrungen mit ehrenamtlichem Engagement befragt.

3.3.1.4 Auswahl der quantitativen Stichprobe für die Einzelmaßnahmenträger-Befragung

Die Grundgesamtheit für die quantitative Umfrage unter Einzelmaßnahmenträgern wurde mithilfe von vier Kriterien definiert. Erstens wurden nur diejenigen Partnerschaften für Demokratie ausgewählt, die nicht schon in den Vorgängerprogrammen von „Demokratie leben!“ in Form von Lokalen Aktionsplänen gefördert wurden. Zweitens wurden nur Projekte untersucht, die über den Aktions- und Initiativfonds gefördert wurden. Ausgenommen davon wurden drittens solche Einzelmaßnahmen, die als Mikrofonds umgesetzt wurden. Diese Umsetzungsform haben Partnerschaften gewählt, um lokalen Akteuren flexibel kleinere finanzielle Summen zur Verfügung stellen zu können, das heißt, sie stellen selbst keine Projekte dar. Zuletzt wurden nur solche Einzelmaßnahmenträger befragt, deren Projekte im Jahr 2015 bewilligt wurden.

Angestrebt wurde eine Vollerhebung der so definierten Grundgesamtheit. Die Daten zu den Einzelmaßnahmenträgern basieren auf den Eintragungen der Koordinierungs- und Fachstellen in die Einzelmaßnahmenträger-Datenbank der Regiestelle im Rahmen der Abrechnung des ersten Förderjahres. Bis zum 01. Juli 2016, dem Stichtag für die Einzelmaßnahmenträger-Befragung, hatten erst 41 der 75 „neuen“ Partnerschaften ihre Eintragungen vorgenommen. Nach unserer Analyse⁵¹ ergeben sich durch diese Abdeckungslücken jedoch keine systematischen Verzerrungen unseres Samples. Mit Hilfe der genannten Kriterien wurden im Rahmen der 41 Partnerschaften 322 umgesetzte Einzelmaßnahmen identifiziert, welche von 264 Projektträgern durchgeführt wurden.

3.3.2 Datenerhebung

Die nachfolgenden Kapitel gehen auf die Datenerhebung ein. Die in diesem Bericht dargestellten Ergebnisse basieren auf qualitativen Interviews mit Koordinator/innen zu zwei Zeitpunkten (2015 und 2017), auf qualitativen Interviews mit federführenden Ämtern (2016), mit Vertreter/innen Lokaler Aktionspläne in Regionen, die im Programm „Demokratie leben!“ keine Förderung erhalten (2017), sowie mit ausgewählten Projektträgern (2017). Des Weiteren wurden die Befunde der quantitativen Umfrage unter Einzelmaßnahmenträgern und eine Auswertung der Projektedatenbank sowie ergänzend Ergebnisse von teilnehmenden Beobachtungen, der gemeinsamen Erarbeitung von Logischen Modellen und Dokumentenanalysen einbezogen.

⁵¹ Vgl. Camino/ISS 2016.

3.3.2.1 Qualitative Interviews

Eine qualitative Untersuchung ermöglicht einen verstehenden Zugang zum Untersuchungsfeld: Abläufe und Strukturmerkmale sozialer Prozesse können ebenso wie individuelle Deutungsmuster erfasst und verknüpft werden.⁵² Um über die qualitative Erhebung ein holistisches Fallverständnis zu erreichen, wurden unterschiedliche Erhebungsebenen (Koordinierungsstellen/federführende Ämter/Projekträger) verknüpft und durch die Ergebnisse von teilnehmenden Beobachtungen und Logischen Modellen (s.u.) ergänzt.

Während in den Jahren 2015 und 2017 die Interviews mit den Vertreter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen als problemzentrierte Interviews geführt wurden und so durch eine relative Offenheit geprägt waren, wurde für die Interviews 2016 mit den federführenden Ämtern ein deutlich stärker strukturierter Leitfaden genutzt. Dieser berücksichtigte die auf Basis der vorausgehenden Erhebung bereits entwickelten inhaltlichen Kategorien und die für die Bereiche „Entwicklung der Koordinierungs- und Fachstelle“, „Öffentlichkeitswirksamkeit“ und „Vernetzung“ relevanten Aspekte.⁵³ Dadurch war es möglich, über alle untersuchten Partnerschaften hinweg gleiche Inhalte zu erfassen – unabhängig von der Bedeutungszumessung durch die befragten Akteure. Dies ist Voraussetzung, um einen systematischen Vergleich zwischen den Regionen vornehmen zu können.

Die Interviewpartner/innen wurden jeweils als Expert/innen für die Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie, der ehemaligen Lokalen Aktionspläne bzw. der Projekte befragt. Ziel war es, neben dem Umsetzungsstand und der erreichten Nachhaltigkeit auch die institutionell-organisatorischen Kohärenzen sowie relevante Faktoren zu erfassen.

zu erfassen.

3.3.2.2 Quantitative Befragung der Einzelmaßnahmenträger

Befragt wurden 264 Einzelmaßnahmenträger, die 322 Projekte durchgeführt hatten. Diese wurden per E-Mail zu einer Online-Umfrage eingeladen, die im Zeitraum vom 03.08.2016 bis zum 02.09.2016 stattfand. Mit der Einladung wurden den Befragten verschiedene Incentives geboten, in deren Genuss sie unabhängig vom Ausfüllen der Umfrage kommen konnten. Die Eingeladenen wurden außerdem durch mehrere E-Mails und eine telefonische Kontaktaufnahme an die Befragung erinnert. Rückläufer wurden regelmäßig bearbeitet. Die Bemühungen wurden mit einer Ausschöpfungsquote von 62% belohnt.⁵⁴ Es liegen somit Daten von 164 Einzelmaßnahmenträgern zu 201 durchgeführten Projekten vor. Außerdem wurden aus jeder der 41 Partnerschaften für Demokratie Daten von mindestens einem Projekträger erfasst.

Zur Sicherstellung der Verständlichkeit und Eindeutigkeit des Fragebogens wurden im Vorfeld von ausgewählten Projekträgern im Rahmen persönlicher Interviews Rückmeldungen eingeholt und Anregungen aufgenommen. Weiterhin wurde vom 22. Juli bis zum 15. August 2016 ein Pretest mit ausgewählten Projekträgern durchgeführt, welche schon seit Längerem durch das Programm „Demokratie leben!“ gefördert werden. Die Daten der quantitativen Umfrage wurden mittels einfacher Konsistenztests getestet und anschließend bereinigt.

3.3.2.3 Dokumentenanalyse und teilnehmende Beobachtung

Dokumentenanalyse und teilnehmende Beobachtung liefern zusätzliche Informationen, die zum Verständnis und zur Bewertung der Daten beitragen können.

⁵² Karliczek 2004, S. 210.

⁵³ Vgl. hierzu ISS/Camino 2015, S. 78ff.

⁵⁴ Vgl. Camino/ISS 2016, S. 171f.

Teilnehmende Beobachtungen vermitteln Kenntnisse der sozialen Realität vor Ort. Unterschiedliche Blickwinkel und Perspektiven auf das Untersuchungsfeld werden deutlich und tragen einerseits dazu bei, komplexe Zusammenhänge verständlich zu machen. Außerdem werden in der Untersuchung möglicherweise noch vernachlässigte, in der Praxis aber relevante Aspekte des Forschungsfelds sichtbar. Teilnehmende Beobachtungen wurden bei unterschiedlichen Veranstaltungen der Partnerschaften für Demokratie umgesetzt sowie bei Veranstaltungen, die auf Ebene des Programms dem thematischen Austausch der Projektumsetzenden dienen.

In die Dokumentenanalyse wurden Förderanträge der Partnerschaften für Demokratie sowie einzelner Projektträger, von den Koordinator/innen in die Einzelmaßnahmen-Träger-Datenbank der Regiestelle eingestellte Projektdokumentationen, Materialien der Partnerschaften, Websites sowie Dokumentationen von Demokratiekonferenzen einbezogen.

3.3.3 Datenauswertung

Die nachfolgenden Abschnitte gehen auf die verwendeten Methoden der Datenauswertung und -aufbereitung ein. Im Fall der qualitativen Daten erfolgte diese in Form einer Inhaltsanalyse und einer anschließenden qualitativen vergleichenden Analyse (QCA), im Fall der quantitativen Daten in Form von überwiegend deskriptiven statistischen Verfahren.

3.3.3.1 Auswertung der qualitativen Daten (Inhaltsanalyse)

Die Auswertung der 2015 und 2017 mit den Koordinator/innen und den Projektträgern geführten Interviews sowie die Auswertung der Interviews zum Thema Nachhaltigkeit erfolgte mittels einer zusammenfassenden qualitativen Inhaltsanalyse.⁵⁵ Es handelt sich hier um ein systematisches und regelgeleitetes Vorgehen, dessen einzelne Schritte dokumentiert werden und somit nachvollziehbar sind.

Im Ergebnis der Interviewauswertung und der Zusammenführung der Befunde der unterschiedlichen Erhebungszeitpunkte steht eine differenzierte Beschreibung der jeweiligen Partnerschaften für Demokratie in den Bereichen der genannten Untersuchungsfelder. Dabei wird jede Partnerschaft zunächst als eigenständige Dateneinheit betrachtet. Auf diese Weise wird eine fallinterne Validierung mittels Datentriangulation erreicht, die mit Fortschreiten der Erhebung zunehmend an Qualität gewinnt.

In einem nächsten Schritt werden zu den relevanten Fragestellungen Umsetzungstypen identifiziert: Über alle in die Untersuchung einbezogenen Partnerschaften für Demokratie hinweg wird nach empirischen Regelmäßigkeiten und Unterschieden gesucht. Es erfolgt eine erste Gruppierung. Durch das Einbeziehen weiterer Datenbefunde und das Herstellen inhaltlicher Zusammenhänge können aus den Gruppen Typen gebildet und charakterisiert werden.⁵⁶

Die Datenauswertung erfolgt in diesem Schritt nicht mehr auf der Ebene der einzelnen Partnerschaft für Demokratie, sondern übergreifend. Damit ist es möglich, generalisierbare Aussagen mit einer höheren Gültigkeit zu treffen.

3.3.3.2 Auswertung der qualitativen Daten (QCA)

Eine zentrale Frage der Wissenschaftlichen Begleitung lautet: Unter welchen Umständen entwickeln lokale Partnerschaften eine umfassende Gesamtkoordinationsleistung, eine hohe Öffentlichkeitswirksamkeit und leistungsfähige Netzwerke? Zur Beantwortung dieser Frage haben wir mittels einer qualitativen vergleichenden Analyse (QCA) „Pfade“ identifiziert, auf denen erfolgreiche Partnerschaften die genannten Zielstellungen erreicht haben. Grundlage für diese Analyse sind detaillierte Fallstudien der 24 Partnerschaften des qualitativen Samples.

⁵⁵ Mayring 2010, S. 12ff.

⁵⁶ Kluge 2000, S. 5ff.

Die Wissenschaftliche Begleitung hat die Interviews mit den federführenden Ämtern und den Koordinator/innen sowie Dokumentenanalysen und teilnehmende Beobachtungen genutzt, um die ausgewählten Partnerschaften nach verschiedenen Kriterien zu bewerten. Diese Kriterien betreffen lokale Kontextbedingungen, Eigenschaften der federführenden Ämter und Koordinierungs- und Fachstellen sowie deren strategisches Handeln. Außerdem wurde auf diesem Wege vergleichend bewertet, in welchem Maß die jeweiligen Partnerschaften den Zielen einer umfassenden Gesamtkoordinationsleistung, einer hohen Öffentlichkeitswirksamkeit und eines leistungsfähigen Netzwerks nähergekommen waren.

Die so gewonnenen Daten wurden genutzt, um in drei qualitativen vergleichenden Analysen Kombinationen von Gelingensbedingungen für die Erreichung der genannten Ziele in den Bereichen Koordinierungs- und Fachstellen, Öffentlichkeitswirksamkeit und Vernetzung zu identifizieren. Dies können verschiedene Kombinationen aus Kontextbedingungen, Akteurseigenschaften und strategischen Entscheidungen sein. Sie stellen somit parallele „Pfade“ dar, die erfolgreiche Partnerschaften auf dem Weg zur Erreichung eines Ziels beschreiten können.

3.3.3.3 Auswertung der quantitativen Daten

Die Auswertung der Stichprobe erfolgte mit Hilfe verschiedener Statistikprogramme. Der Schwerpunkt der Auswertung lag auf deskriptiven Verfahren. Die Auszählung der Daten erfolgte, abhängig von der jeweiligen Fragestellung, auf Ebene der Partnerschaften für Demokratie, auf Ebene der Einzelmaßnahmenträger oder auf Ebene der Projekte. Zur eingängigeren grafischen Aufbereitung in Tabellen und Diagrammen wurden die Daten nachträglich gruppiert. Die Angaben von Projektträgern derselben Partnerschaft zu ihren Beziehungen untereinander wurden außerdem genutzt, um formale Analysen der Vollnetzwerke durchzuführen.

3.3.4 Erstellung Logischer Modelle zum Thema Öffentlichkeitswirksamkeit

In insgesamt sieben Regionen hat die Wissenschaftlichen Begleitung gemeinsam mit den Akteuren vor Ort Logische Modelle zum Thema Öffentlichkeitswirksamkeit erstellt. Logische Modelle sind Modellierungen von Prozessen der Projektumsetzung entlang definierter Kategorien und verdeutlichen die Beziehungen zwischen den verschiedenen Ebenen eines Projekts oder Programms. Sie sind damit gut geeignet, um Stärken, aber auch Defizite in der Planung und Umsetzung einer Strategie abzubilden. An der Erstellung der Logischen Modelle waren die Koordinierungs- und Fachstellen sowie Mitglieder der Begleitausschüsse, teils noch weitere lokale Akteure, beteiligt. Ziel war es, die bisher umgesetzte Strategie zum Erreichen von Öffentlichkeitswirksamkeit zu reflektieren und darauf aufbauend Möglichkeiten zu identifizieren, wie Öffentlichkeitswirksamkeit erreicht werden kann. Genutzt wurden hierfür die Kategorien:

- Ziele der Öffentlichkeitsarbeit,
- Zielgruppen,
- umgesetzte Aktivitäten,
- geplante Aktivitäten.

3.3.5 Transferworkshops

Transferworkshops dienen der Rückspiegelung der Ergebnisse der Wissenschaftlichen Begleitung an die Akteure der Partnerschaften für Demokratie und somit dem Transfer und der Weiterentwicklung des gewonnenen Wissens. Weiterhin haben sie eine wichtige Funktion im Rahmen des Erfahrungsaustauschs der Akteure: Sie bieten den beteiligten Akteuren Gelegenheit, ihre eigene Arbeit im Austausch mit anderen Beteiligten zu reflektieren und gemeinsam Ansatzpunkte für deren Verbesserung zu entwickeln. Insgesamt sind acht Transferworkshops geplant.

Im Jahr 2017 fanden zwei Transferworkshops statt. Ein Transferworkshop richtete sich an Projektumsetzende, ein weiterer an die Koordinator/innen der Partnerschaften für Demokratie. Mit dem Ziel einer kommunikativen Validierung wurden die Ergebnisse der Wissenschaftlichen Begleitung vorgestellt und diskutiert. Die im Verlauf des Workshops eingebrachten Einschätzungen und Bewertungen der Teilnehmer/innen wurden zur Plausibilisierung der Einschätzungen der Wissenschaftlichen Begleitung genutzt und flossen in die Empfehlungen ein.

Aufgrund der aktuellen Bedeutung des Themas Rechtspopulismus und der daraus resultierenden Bedarfe auf Projekteebenen wurde im Transferworkshop für die Projektumsetzenden zusätzlich das Thema „Möglichkeiten des Umgangs mit rechtspopulistischen Argumenten“ aufgegriffen. Ziel war es, einerseits positive Ansätze zu identifizieren, andererseits aber auch Schwierigkeiten zu benennen. Der Transferworkshop für die Koordinierungs- und Fachstellen hat sich neben den Befunden der wissenschaftlichen Begleitung der Frage gewidmet, wie mit geringen Budgets eine breite Öffentlichkeit erreicht werden kann.

3.3.6 Ausblick

Im Jahr 2018 wird sich die qualitative Datenerhebung auf das Erfassen einer externen Perspektive konzentrieren. Damit soll der Frage nachgegangen werden, wie die Partnerschaft für Demokratie in der Region wahrgenommen wird. Relevant sind insbesondere die Wahrnehmung der Koordinierungs- und Fachstelle als Fachakteur, die Vernetzungspotenziale der Partnerschaft für Demokratie sowie ihre Öffentlichkeitswirksamkeit. Es sollen bis zu drei externe Akteur/innen pro Partnerschaft für Demokratie befragt werden, wobei geplant ist, externe Akteure auszuwählen, die die drei Teil-Öffentlichkeiten – allgemeine Öffentlichkeit, Fachöffentlichkeit und lokale politische Öffentlichkeit – repräsentieren.

Eine Onlinebefragung von Projektträgern wird sich – wie bereits 2016 – mit den Zielen und der Umsetzung der Projekte sowie deren Verhältnis zur Partnerschaft für Demokratie befassen. Im Anschluss an die Auswertung der Befragung werden Fokusgruppen und/oder Interviews mit ausgewählten Projektträgern geführt, um relevante Fragestellungen zu vertiefen.

Die teilnehmenden Beobachtungen und Dokumentenanalysen werden im Jahr 2018 fortgesetzt. Das hierdurch generierte Wissen unterstützt die Auswertung der qualitativen Erhebungen.

Um dem formativen Anspruch der Evaluation des Programms „Demokratie leben!“ zu entsprechen, werden auch im Jahr 2018 zwei Transferworkshops umgesetzt.

4 Ergebnisse

4.1 Monitoring der Implementierung und Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie

Mit dem Anspruch, regionalisierte Strategien zur Entwicklung eines demokratischen Gemeinwesens zu implementieren, fördert das BMFSFJ derzeit 265 Partnerschaften für Demokratie. Auf der konzeptionellen Grundlage der Lokalen Aktionspläne aufbauend, führen die Partnerschaften den gemeinwesenorientierten Ansatz in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit fort. Gleichzeitig wurden mit dem aktuellen Bundesprogramm gezielte Impulse zu ihrer Weiterentwicklung gesetzt.

Stärker als bisher sollen die Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements, die Erweiterung der inhaltlichen Ausrichtung auf aktuelle Themenstellungen, die Stärkung von Strukturen vor Ort sowie die Verstetigung und der Ausbau der Kooperation zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteur/innen fokussiert werden. Auch die in den Vorläuferprogrammen nur bedingt realisierte Partizipation junger Menschen an den demokratischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen der Governance-Arrangements ist Gegenstand der Leitlinien.

Um den aktuellen Umsetzungsstand der Partnerschaften abzubilden und relevante Veränderungen über den zeitlichen Verlauf des Bundesprogramms hinweg sichtbar zu machen, führt das ISS-Frankfurt a.M. regelmäßig quantitative Befragungen durch. An der diesjährigen Erhebung nahmen die Koordinator/innen jener 264 Partnerschaften teil, die bis zum Beginn der Feldphase einen positiven Förderbescheid erhalten und mit der Strukturentwicklung begonnen hatten. Das vorliegende Kapitel greift zentrale Erkenntnisse des prozessbegleitenden Monitorings auf und diskutiert diese im Lichte der beschriebenen Programmziele. Einen vollständigen Überblick über die Monitoring-Daten inklusive eines umfangreichen Tabellenanhangs bietet der beiliegende Strukturdatenband.

4.1.1 Struktureller Ausbau und strukturelle Verankerung der Partnerschaften für Demokratie

Mit „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ setzt das BMFSFJ den Ausbau des kommunalen Engagements für eine demokratische politische Kultur konsequent fort. Bereits mit den ersten beiden Interessenbekundungsverfahren wurden die Förderanträge von 218 Standorten positiv beschieden. Im Rahmen der jüngsten Erweiterungen wurden 47 weitere Regionen ausgewählt und mit dem Aufbau einer Infrastruktur zur Unterstützung des Engagements für Demokratie und Vielfalt beauftragt.⁵⁷ Sie sind im Vergleich zu den Partnerschaften der ersten Interessenbekundungsverfahren überproportional häufig in den alten Bundesländern (75 %, 35; Neue Bundesländer: 23 %, 11 Berlin: 2 %, 1) bzw. in Kommunen (66 %, 31) angesiedelt (Landkreise: 17 %, 8; Zusammenschluss von Gebietskörperschaften: 17 %, 8).⁵⁸

In der Gesamtschau befinden sich nunmehr 59 % (156) der 264 Förderstandorte in den alten, 35 % (93) in den neuen Bundesländern und 6 % (15) in Berlin. Dabei lässt sich die aus der Vergangenheit bekannte Verteilung, wonach in den alten Bundesländern Partnerschaften mehrheit-

⁵⁷ Vgl. Tabelle 1 im Anhang des Strukturdatenbandes. Eine der im Rahmen der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren beschiedenen Partnerschaften führte ihre Arbeit nicht fort, sodass in der diesjährigen Monitoring-Befragung 217 Partnerschaften aus den ersten beiden Interessenbekundungsverfahren und 47 Partnerschaften aus dem dritten und vierten Interessenbekundungsverfahren befragt wurden.

⁵⁸ Vgl. Tabellen 1 und 2 im Anhang des Strukturdatenbandes.

lich auf kommunaler, in den neuen hingegen vorwiegend auf Landkreisebene gefördert werden, auch im aktuellen Jahr erkennen.

Die überwiegende Mehrheit der Koordinierungs- und Fachstellen ist verwaltungsextern bei freien Trägern angesiedelt.

Neben dem Ausbau der Infrastruktur zur Engagementförderung werden mit „Demokratie leben!“ gezielte Impulse für ihre Fortentwicklung bzw. ihre nachhaltige Verankerung gesetzt. Die Entwicklung der Koordinierungs- hin zu Fachstellen und die Erweiterung ihres Aufgabenprofils stellen wesentliche Bestandteile dieses Vorhabens dar. So sollen sie verstärkt als Ansprechpartnerinnen bei programmrelevanten Problemlagen fungieren und u.a. Bürger/innen, die sich für eine demokratische politische Kultur einsetzen, beraten bzw. unterstützen. Auch sind sie vorwiegend und vor allem häufiger als noch im Rahmen des Vorgängerprogramms verwaltungsextern bei freien Trägern anzusiedeln.

Eine solche externe Koordinierungs- und Fachstelle wurde in 235 Förderregionen eingerichtet (89 %). 27 (10 %) Partnerschaften machten hingegen von der Sonderregelung Gebrauch, wonach in begründeten Ausnahmefällen die Anbindung an kommunale Verwaltungsstrukturen möglich ist.⁵⁹ Damit bleibt der Anteil lokaler Koordinierungs- und Fachstellen in freier Trägerschaft auch unter Berücksichtigung der jüngsten Erweiterungen nahezu unverändert (2016: 90 %) ⁶⁰ ⁶¹.

Die Wahl des Trägers bzw. die Ansiedlung der Koordinierungs- und Fachstelle ist ob ihres breiten Aufgabenspektrums von weitreichender Bedeutung. In der Vergangenheit stellten neben der Vernetzung u.a. auch die zugeschriebenen Kompetenzen wesentliche Entscheidungskriterien dar. Entsprechend sind die jeweiligen Akteur/innen vorrangig in themenverwandten Handlungsfeldern aktiv. So zeigen sich bei externer Ansiedlung fachliche Schwerpunkte vor allem im Bereich der Jugendhilfe (40 %, 93)⁶², aber auch Bildungsträger sowie Träger der sozialen Arbeit werden häufig mit der Einrichtung beauftragt. Bei interner Ansiedlung sind ebenfalls fachliche Bezüge zur Jugendhilfe erkennbar, in etwa der Hälfte der Fälle (48 %, 13) ist die Koordinierungs- und Fachstelle hier an Fachreferate im Jugendamt angebunden.⁶³

Externe Koordinierungs- und Fachstellen sind durchschnittlich mit 78,4 % eines Vollzeitäquivalents ausgestattet.

Die Fortentwicklung des Strukturelements vollzieht sich neben den Bereichen „Ansiedlung“ und „Aufgabenprofil“ drittens auch in dessen Unterlegung mit Stellenanteilen. So wurden im Jahr 2016 die förderfähigen Personal- und Sachausgaben für die verwaltungsexterne Koordinierungs- und Fachstelle von 25.000 € auf 45.000 € pro Kalenderjahr erhöht. Das durchschnittliche Stellenvolumen bei externer Trägerschaft beträgt derzeit 78,4 % eines Vollzeitäquivalents.⁶⁴ Diese Stärkung der Ressourcen zeichnet sich nicht zuletzt in der Wahrnehmung der Koordinator/innen ab. Während im Vorgängerprogramm 55 % (24) der befragten Koordinator/innen ex-

⁵⁹ Vgl. Tabelle 4 im Anhang des Strukturdatenbandes.

⁶⁰ Vgl. ISS/Camino 2016, S. 181, Tabelle 12.

⁶¹ In zwei Fällen (1 %) wird eine Sonderform realisiert. In diesem Modell wird die Koordinierungs- und Fachstelle sowohl verwaltungsintern als auch durch einen freien Träger besetzt.

⁶² Vgl. Tabelle 6 im Anhang des Strukturdatenbandes. Im Vergleich zum Vorjahr stieg dieser Anteil um acht Prozentpunkte an (2016: 32 %).

⁶³ Vgl. Tabelle 8 im Anhang des Strukturdatenbandes.

⁶⁴ Vgl. Tabelle 10 im Anhang des Strukturdatenbandes.

terner Koordinierungs- und Fachstellen die Stellenausstattung als unzureichend bewerteten,⁶⁵ sind dies aktuell 43 % (100).⁶⁶ Obgleich nachwievor eine nicht unerhebliche Anzahl die personelle Ausstattung für nicht ausreichend hält, lässt sich demnach eine positive Entwicklung erkennen.

Nahezu jede zweite Partnerschaft nutzt im Jahr 2017 das Coaching.

Um den erweiterten Aufgabenprofilen und den vielfältigen Herausforderungen des Themenfeldes gerecht zu werden, stehen den Koordinierungs- und Fachstellen nicht nur höhere Stellenanteile zur Verfügung. Sie haben darüber hinaus die Möglichkeit, qualifizierende Maßnahmen des Bundesprogramms zu nutzen. Im Rahmen einer modularen Fort- und Weiterbildung sollen persönliche und fachliche Kompetenzen erweitert und der Austausch untereinander gefördert werden. Die Ergebnisse der Wissenschaftlichen Begleitung zeigen diesbezüglich neben entsprechenden (Lern-)Fortschritten auch insgesamt positive Bewertungen.⁶⁷ Richten sich die Fort- und Weiterbildungsangebote an die Koordinator/innen, hält das Bundesprogramm mit dem Coaching zudem ein weiteres Angebot vor, welches die Begleitausschüsse adressiert. 45 % (119) der Partnerschaften nutzten dieses im Jahr 2017.⁶⁸ Als zentraler Beweggrund wird dabei insbesondere die „Reflexion der eigenen Tätigkeit“ angeführt.⁶⁹

Standorte aus den ersten beiden Interessenbekundungsverfahren werden häufig seit mehr als zwei Jahren durch den/die dienstälteste/n Koordinator/in begleitet.

Für eine erfolgreiche Aufgabenerledigung sind neben den zur Verfügung stehenden Stellenanteilen und der (Fort-)Entwicklung des benötigten Know-Hows schließlich auch Erfahrungssicherung bzw. personelle Kontinuität von Bedeutung. Allerdings wurde mit dem Monitoring des Jahres 2015 eine nicht unerhebliche Personalfuktuation festgestellt und hiermit einhergehend auf etwaige Herausforderungen in den Bereichen Wissens-, Erfahrungstransfer und Netzwerkerhalt hingewiesen. Aktuell zeigt sich jedoch, dass die Partnerschaften der ersten beiden Interessensbekundungsverfahren häufig seit mehreren Jahren durch die/den dienstälteste/n Mitarbeiter/in der Koordinierungs- und Fachstelle begleitet werden, 30 % (66) bereits seit fünf oder mehr Jahren bzw. 71 % (154) seit mehr als zwei Jahren.⁷⁰

Mit Blick auf die Stärkung der Koordinierungs- und Fachstellen lassen sich also Effekte sowohl hinsichtlich der Ansiedlung in freier Trägerschaft, der Unterlegung des Strukturelements mit Stellenanteilen als auch in den Bereichen Know-How-Entwicklung und Erfahrungssicherung erkennen. Dennoch äußern nahezu alle (96 %, 254) befragten Koordinator/innen weitere Unterstützungsbedarfe, um ihre Partnerschaft für Demokratie zufriedenstellend umsetzen zu können.⁷¹

65 Vgl. ISS/Camino 2014, S. 100.

66 Vgl. Tabelle 13 im Anhang des Strukturdatenbandes.

67 Vgl. Kühnel/Saßmannshausen/Bohn 2017. Die Teilnehmenden der modularen Weiterbildung wurden jeweils vor, unmittelbar nach und mehrere Monate nach der Teilnahme an der Weiterbildung befragt und gebeten, verschiedene eigene Kompetenz einzuschätzen sowie Aufgabenbereiche ihrer Tätigkeit zu benennen.

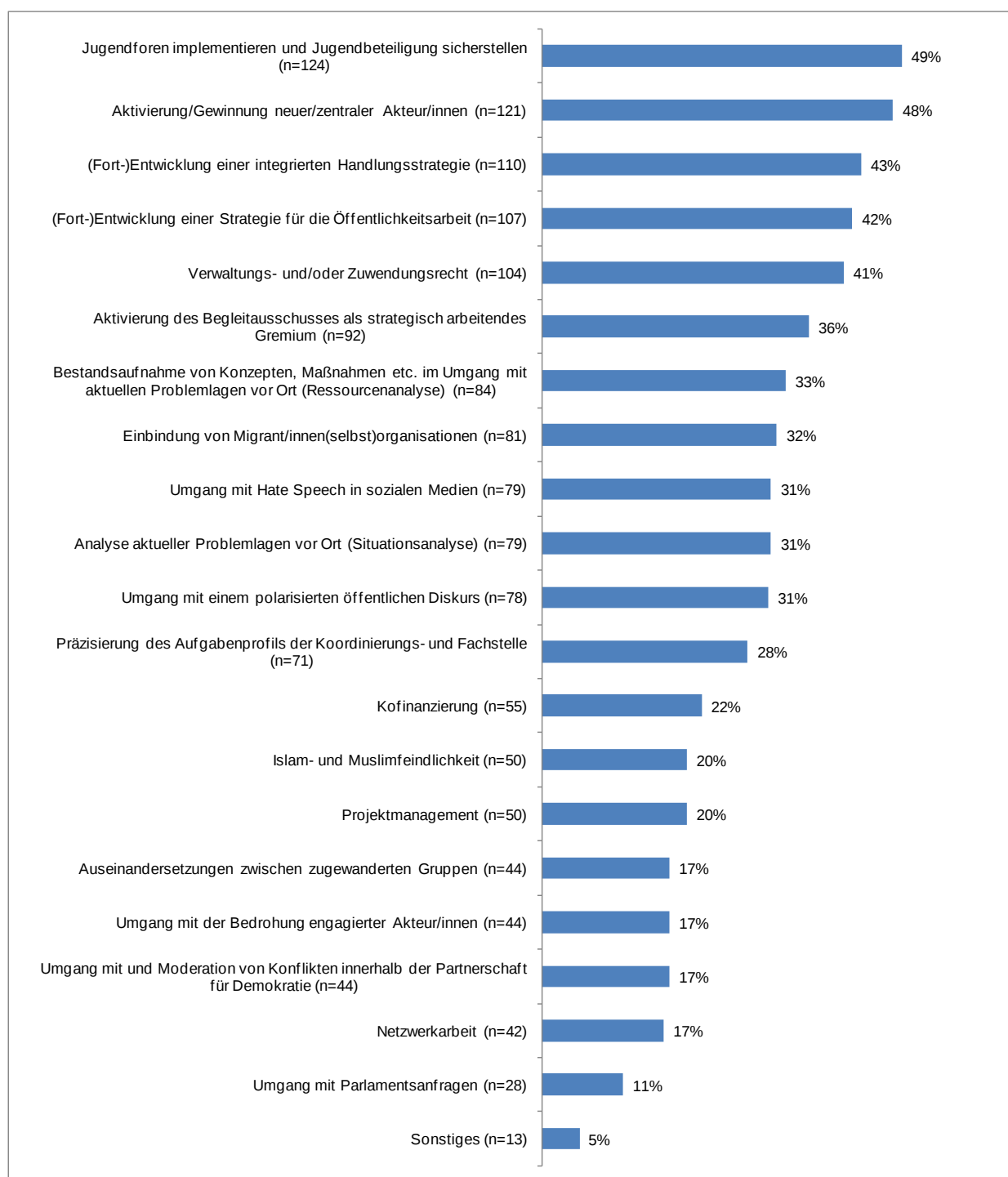
68 Vgl. Tabelle 120 im Anhang des Strukturdatenbandes.

69 Vgl. Tabellen 122 und 123 im Anhang des Strukturdatenbandes.

70 Vgl. Tabelle 14 im Anhang des Strukturdatenbandes.

71 Vgl. Tabelle 118 im Anhang des Strukturdatenbandes.

Abbildung 2: Inhaltliche Bereiche, hinsichtlich derer die Koordinator/innen Unterstützungsbedarfe äußern⁷²



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit weiterführenden Unterstützungsbedarfen 2017 (n=254). Mehrfachnennungen sind möglich.

Genannt werden vorrangig strategische bzw. handlungsbezogene Themen, wie die „Implementierung von Jugendforen“ und die „Sicherstellung der Jugendbeteiligung“ (49 %, 124), die „Aktivierung/Gewinnung neuer/zentraler Akteur/innen“ (48 %, 121) oder die „(Fort-)Entwicklung einer integrierten Handlungsstrategie“ (43 %, 110). Die „Reflexion der eigenen Arbeit“ und die „Analy-

⁷² Vgl. Tabelle 119 im Anhang des Strukturdatenbandes.

se aktueller Problemlagen“ stellen ebenfalls Bereiche dar, bei denen Unterstützung benötigt wird. Die „Analyse aktueller Problemlagen vor Ort (Situationsanalyse)“ stellt vor allem für die Koordinator/innen von Partnerschaften des dritten und vierten Interessensbekundungsverfahrens (46 %, 21) eine Herausforderung dar.⁷³

4.1.2 Beteiligung, Vernetzung und Kooperation

Ein zentrales Charakteristikum des Bundesprogramms stellt die Förderung des gemeinsamen und auf den kommunalen Nahraum bezogenen Engagements von Akteur/innen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft dar. So herrscht in der Fachpraxis weitgehend Einigkeit darüber, dass es keine einzelne oder gar exklusiv für die Prävention von Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit zuständige Gruppe bzw. Institution gibt. Vielmehr verfügen unterschiedliche Akteur/innen über vielfältige, sich teils ergänzende Ressourcen, die zur Förderung einer demokratischen politischen Kultur beitragen können. Eine zentrale Erkenntnis der Vorläuferprogramme war zudem, dass an einzelnen Standorten zivilgesellschaftliche Akteur/innen die einzigen treibenden Kräfte bei der Problematisierung antidemokratischer Erscheinungsformen sind. Entsprechend ist es ein zentrales Anliegen der Programmarchitektur, zivilgesellschaftliches Engagement zu befördern und anzuerkennen.

Die Arbeit vor Ort soll demnach auf Grundlage eines möglichst tragfähigen Netzwerkes unter breiter Beteiligung heterogener Akteur/innen und insbesondere der Zivilgesellschaft geschehen. Eine solche Einbindung kann sich entlang mehrerer Anknüpfungspunkte vollziehen. Auf struktureller Ebene sind dies vorrangig Mitgliedschaften in den Begleitausschüssen. Weitere Möglichkeiten stellen Projektträgerschaften oder z. B. die Teilnahme an Demokratiekonferenzen dar.

In den Begleitausschüssen setzen sich ca. 1.000 ehrenamtlich Engagierte aus der Zivilgesellschaft für eine demokratische politische Kultur ein.

Die Begleitausschüsse fungieren als Steuerungsgremien und bilden neben den Koordinierungs- und Fachstellen das zweite Element des strukturellen Arrangements der Partnerschaften für Demokratie. Ist die Koordinierungs- und Fachstelle vorrangig für die operative Ebene zuständig, entscheiden die Mitglieder des Begleitausschusses sowohl über die inhaltliche Ausrichtung der Partnerschaft als auch über ihre faktische Umsetzung.

Zum Befragungszeitpunkt hatten 99 % (215) der Standorte aus den ersten beiden Interessensbekundungsverfahren und 49 % (23) der Standorte aus den nachfolgenden Erweiterungen einen solchen Ausschuss implementiert.⁷⁴ Die Gesamtzahl der Gremien erhöhte sich damit im Vergleich zum vergangenen Jahr um 22⁷⁵ auf nunmehr 238. Mit dem strukturellen Ausbau einhergehend stieg auch die Anzahl der Personen, die sich in den Begleitausschüssen für eine demokratische politische Kultur einsetzen, um ca. 600 auf aktuell 4.405 Engagierte an.⁷⁶ Jede Zweite dieser 4.405 Personen (55 %) ist zivilgesellschaftlich, jede Vierte (24 %) ehrenamtlich tätig.⁷⁷

⁷³ Vgl. Tabelle 119 im Anhang des Strukturdatenbandes.

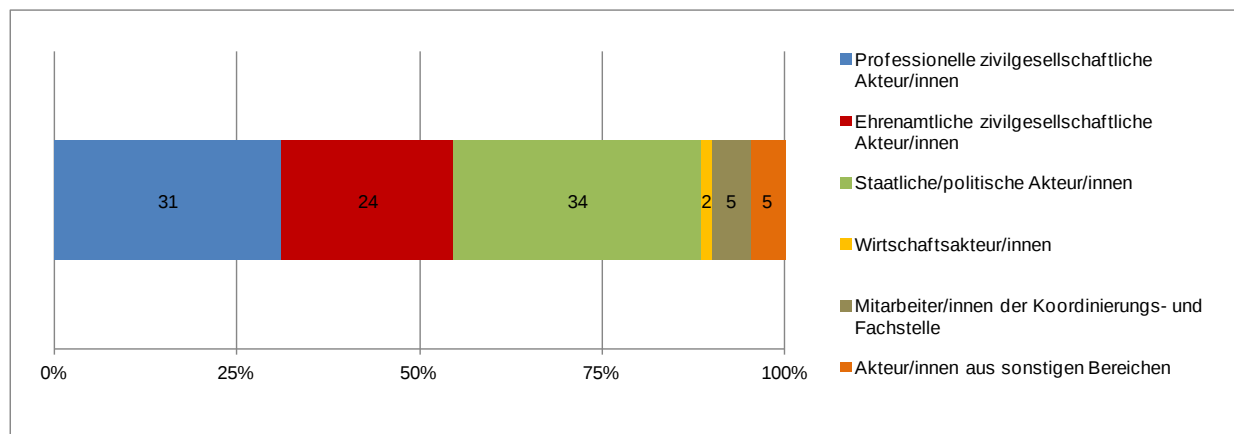
⁷⁴ Vgl. Tabelle 15 im Anhang des Strukturdatenbandes.

⁷⁵ Vgl. ISS/Camino 2016, S. 38.

⁷⁶ Vgl. Tabelle 16 im Anhang des Strukturdatenbandes.

⁷⁷ Vertreter/innen der Jugendforen stellen unter den Ehrenamtlichen die größte Gruppe dar. Vgl. Tabelle 20 im Anhang des Strukturdatenbandes.

Abbildung 3: Anteile der verschiedenen Akteursgruppen an allen Mitgliedern in den Begleitausschüssen⁷⁸



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2017 (n=238).

Auch außerhalb des Begleitausschusses wird das Engagement nicht-professioneller Akteur/innen gestärkt. In den Vorgängerprogrammen von „Demokratie leben!“ durchliefen Projektanträge ein bürokratisch aufwändiges Beantragungs- bzw. Abrechnungsverfahren, welches zudem einen Vereinsstatus o.Ä. erforderte. Mit der Ablösung dieses Stammblattverfahrens und der flächendeckenden Implementierung von Aktions- und Initiativfonds als zentrales Instrument der Engagementförderung sollen im aktuellen Bundesprogramm nicht nur eine schnelle und unbürokratische Realisierung von Projektideen ermöglicht, sondern auch Personen ohne Vereinsstatus in die praktische Umsetzung der integrierten Handlungsstrategien eingebunden werden. Dieser Ansatz bewährt sich nach wie vor. Im Jahr 2016 traten in knapp der Hälfte der Partnerschaften (46 %, 107) Bürgerbündnisse bzw. -initiativen zu programmrelevanten Themen als Antragstellende von Projekten auf. Auch Einzelpersonen oder Gruppen ohne Vereinsstatus waren initiativ.⁷⁹

Nachsteuerungspotentiale zeigen sich u.a. hinsichtlich der Einbindung von Migrant/innen(selbst)organisationen.

Ausdruck einer breiten Beteiligung an der Partnerschaft kann neben der Einbindung von zivilgesellschaftlichen Akteur/innen bzw. Bürger/innen ohne Vereinsstatus auch die Mitwirkung verschiedener Altersgruppen sein. Hier werden vor allem Jugendliche adressiert und involviert (s. Abschnitt 4.1.3). Aber auch andere Altersgruppen nehmen an der Arbeit der Partnerschaften teil. Zum Beispiel Senior/innen sind in mehr als der Hälfte (56 %, 133) aller Begleitausschüsse vertreten.⁸⁰

Zwar weisen die Analysen darauf hin, dass es vielerorts bereits gelingt, zentrale Akteur/innen in die Partnerschaften einzubinden, dennoch zeichnen sich zugleich deutliche Nachsteuerungspotentiale ab. So kann es nicht nur aus normativen Gesichtspunkten angezeigt sein, Migrant/innen(selbst)organisationen für die Förderung einer demokratischen politischen Kultur zu gewinnen. Sie können auch eine wichtige Mittlerrolle bei der Bündelung und Aktivierung vorhandener Engagementpotentiale einnehmen. Zwar sind entsprechende Organisationen mittler-

⁷⁸ Vgl. Tabelle 16 im Anhang des Strukturdatenbandes.

⁷⁹ Vgl. Tabelle 88 im Anhang des Strukturdatenbandes.

⁸⁰ Vgl. Tabelle 27 im Anhang des Strukturdatenbandes.

weile in 42 % (101)⁸¹ der Begleitausschüsse vertreten, dennoch werden Migrant/innen (selbst)organisationen von den befragten Koordinator/innen am häufigsten als Gruppe benannt, die (noch) stärker in den Steuerungsgremien vertreten sein sollte (46 %, 77 der befragten Koordinator/innen, die angegeben haben, dass es Akteur/innen gibt, die im Begleitausschuss vertreten sein sollten, es aber bisher nicht sind).⁸² Als ursächlich werden dabei insbesondere das Fehlen entsprechender Organisationen sowie deren strukturelle Instabilität bzw. fehlende personelle Kontinuität angeführt.

Die identifizierten Defizite in der Gestaltung der (Kern-)Netzwerke spiegeln sich wie schon im Jahr 2016 in den Unterstützungsbedarfen der Befragten. So äußern 81 Koordinator/innen (32 % aller 254 Koordinator/innen, die generell weiterführende Unterstützung im Programm wünschen) Unterstützungsbedarf bzgl. der Einbindung von Migrant/innen(selbst)organisationen.⁸³ Weiterhin nur in einer deutlichen Minderheit der Begleitausschüsse aktiv sind u.a. Selbstvertretungen von Asylsuchenden/Geflüchteten (7 %, 17), Personen mit Beeinträchtigung/Behinderung (12 %, 29) und Wirtschaftsakteur/innen.⁸⁴

Die Gewinnung neuer Mitglieder für den Begleitausschuss ist eine fortlaufende Herausforderung, die auch zur Vermeidung von Ermüdungserscheinungen relevant ist.

Hinsichtlich der Einbindung verschiedener Personengruppen zeigen sich also neben Fortschritten auch weiterhin Ausbaupotentiale. Dabei kommt den Mitgliedern der Begleitausschüsse bei der Gestaltung der (Kern-)Netzwerke große Bedeutung zu. Jedoch findet eine proaktive Erschließung neuer Akteur/innen nur in begrenztem Ausmaß statt. Lediglich 35 % (82) der befragten Koordinator/innen attestieren dem Steuerungsgremium ihrer Partnerschaft diesbezüglich (eher) hohes Engagement.⁸⁵ Ein Befund der auch in Anbetracht etwaiger Ermüdungserscheinungen relevant ist. So berichtet etwa ein Drittel (36 %, 77) der befragten Koordinator/innen, die Partnerschaften der ersten beiden Interessensbekundungsverfahren begleiten, von solchen Tendenzen.⁸⁶ Diese äußerten sich vor allem im Fernbleiben von Sitzungen des Begleitausschusses und einer geringen Diskussionsbereitschaft.

81 Vgl. Tabelle 25 im Anhang des Strukturdatenbandes.

82 Vgl. Tabelle 29 im Anhang des Strukturdatenbandes.

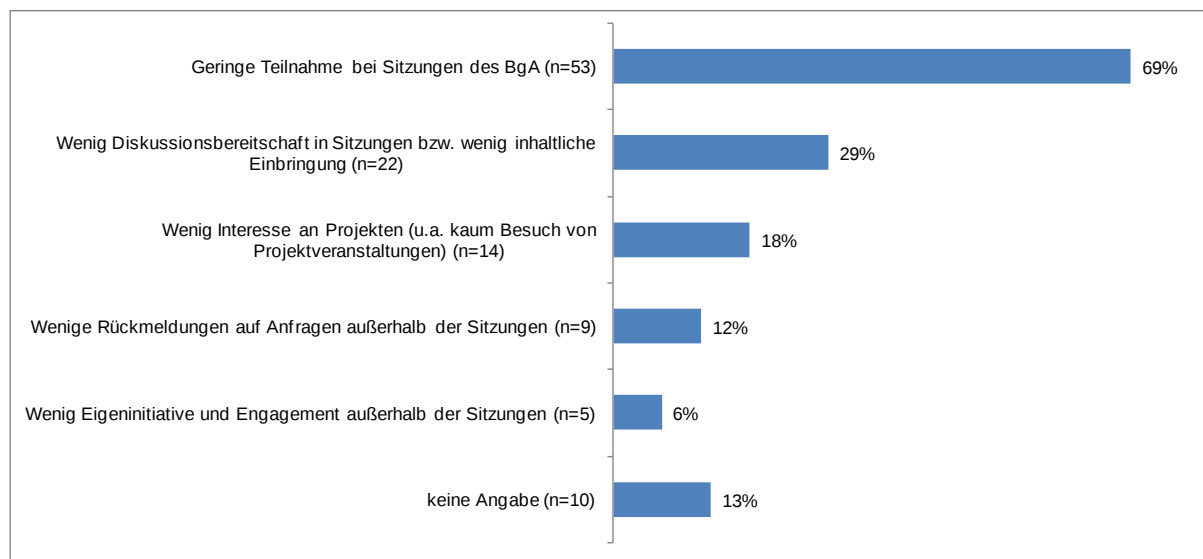
83 Vgl. Tabelle 119 im Anhang des Strukturdatenbandes.

84 Vgl. Tabelle 22 im Anhang des Strukturdatenbandes.

85 Vgl. Tabelle 30 im Anhang des Strukturdatenbandes.

86 Vgl. Tabelle 31 im Anhang des Strukturdatenbandes.

Abbildung 4: Formen von Ermüdungserscheinungen im Begleitausschuss⁸⁷



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen des ersten und zweiten Interessensbekundungsverfahrens mit konstituiertem Begleitausschuss 2017, die Ermüdungserscheinungen wahrnehmen (n=77). Kategorisierung offener Angaben. Mehrfachnennungen sind möglich.

Die Koordinator/innen sämtlicher Partnerschaften mit konstituierten Begleitausschüssen wurden ferner gebeten, förderliche Faktoren für das Aufrechterhalten des Engagements zu benennen. Hier findet sich u.a. der Vorschlag, neue Mitglieder für den Begleitausschuss zu gewinnen bzw. diesen neu zu formieren (21 %, 16).⁸⁸ Das Engagement zur Gewinnung neuer Mitglieder ist also nach Ansicht der Koordinator/innen nicht besonders ausgeprägt, wird aber als Lösungsansatz benannt, um Trägheiten im Engagement der bisherigen Mitglieder im Begleitausschuss zu verhindern.

Die Demokratiekonferenzen sind vor allem ein Ort des Austausches. Eine breite Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Akteur/innen und Bürger/innen gelingt nur bedingt.

Als Ort des Netzwerkens und der Einbindung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen in die Gestaltung der Partnerschaften dienen schließlich auch die Demokratiekonferenzen, von denen die Partnerschaften mindestens eine jährlich ausrichten sollen. Hier kommen zivilgesellschaftliche Akteur/innen, Bürger/innen sowie Akteur/innen aus Politik und Verwaltung zusammen, um u.a. in einem partizipativen Prozess die Umsetzung und Weiterentwicklung der Partnerschaft zu diskutieren. Die breite Beteiligung verschiedener Akteur/innen auf den Konferenzen beurteilen die Koordinator/innen jedoch im Vergleich zum Vorjahr etwas skeptischer. Sowohl die Beteiligung relevanter zivilgesellschaftlicher Akteur/innen/Träger/Einrichtungen (64 %, 64) als auch relevanter zivilgesellschaftlicher Bündnisse und Zusammenschlüsse (42 %, 42) ist im Vergleich zum Jahr 2016 (75 %, 90 bzw. 57 %, 68)⁸⁹ rückläufig.⁹⁰

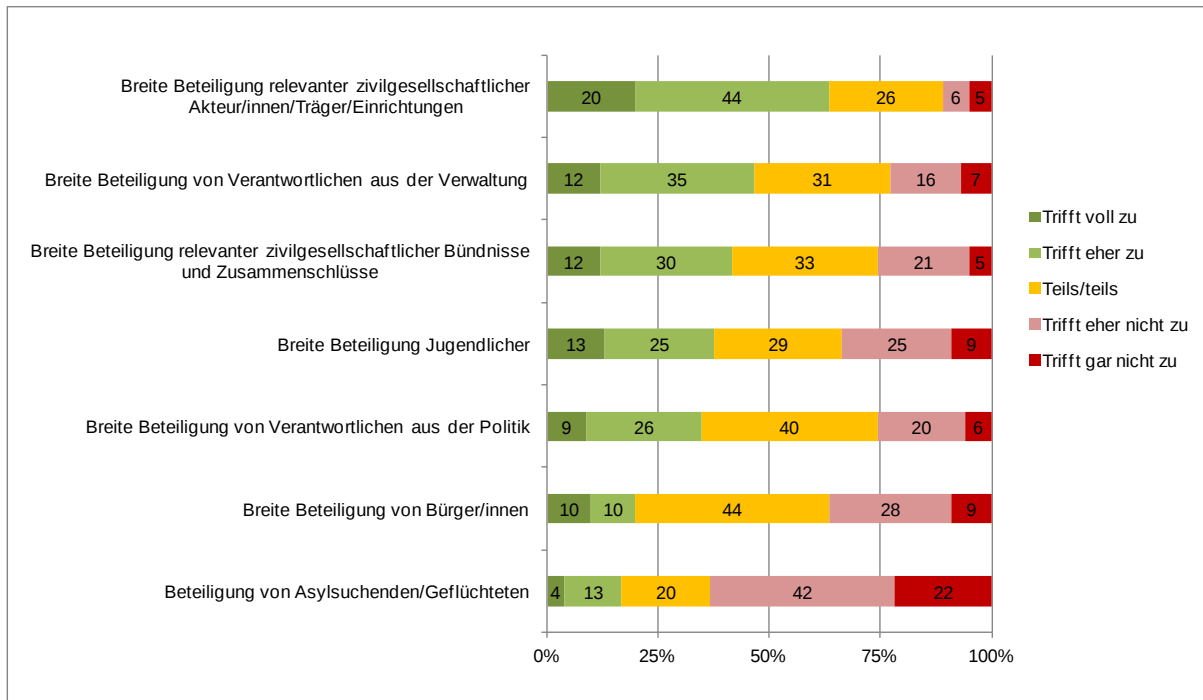
⁸⁷ Vgl. Tabelle 32 im Anhang des Strukturdatenbandes.

⁸⁸ Vgl. Tabelle 33 im Anhang des Strukturdatenbandes.

⁸⁹ Vgl. ISS/Camino 2016, S. 201, Tabelle 72.

⁹⁰ Vgl. Tabelle 92 im Anhang des Strukturdatenbandes.

Abbildung 5: Beurteilung der Beteiligung an den Demokratiekonferenzen⁹¹



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017, die bereits eine Demokratiekonferenz durchgeführt haben (n=101).

Die breite Beteiligung u.a. von Bürger/innen, Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung sowie von Jugendlichen gelingt auf den Demokratiekonferenzen also nur bedingt. Auch bzgl. der Einbindung bisher nicht aktiver Personengruppen zeigen sich Nachsteuerungsbedarfe. Lediglich 29 % (29) der befragten Koordinator/innen, in deren Partnerschaft im Jahr 2017 bereits eine Demokratiekonferenz umgesetzt wurde, können eine erfolgreichen Aktivierung bisher nicht beteiligter Personengruppen zur Mitwirkung in der Partnerschaft für Demokratie im Rahmen der Demokratiekonferenz feststellen. Die Frage, wie das partizipative Engagement für eine demokratische politische Kultur über die bereits erreichten Zielgruppen hinweg erweitert und auch mit Blick auf künftige Generationen verstetigt werden kann, ist mit den Demokratiekonferenzen also bislang nicht erschöpfend beantwortet. Diese werden eher als Plattform des Austausches genutzt. 73 % (73) der befragten Koordinator/innen geben an, dass es auf der Konferenz zu einem aktiven Austausch zu aktuellen programmrelevanten Entwicklungen vor Ort gekommen sei.⁹²

Neun von zehn Partnerschaften kooperieren untereinander. Der Bedarf nach Fachaustauschen auf Länderebene ist dennoch hoch.

Auch über die Demokratiekonferenzen hinaus ist der Erfahrungsaustausch von zentraler Bedeutung für die Arbeit der Partnerschaften. Er wird von den befragten Koordinator/innen ausdrücklich gewünscht und auch umgesetzt. 83 % (218) äußern den Wunsch nach einem Fachaustausch auf Länderebene.⁹³ Tatsächlich gelingt die Kooperation auf dieser Ebene bereits in vielen Fällen. Mit dem/der Landeskoordinator/in der Demokratiezentren bzw. der Beratungnetzwerke arbeiten drei Viertel (76 %, 201) der Partnerschaften im Jahr 2017 zusammen oder haben dies verabredet. 43 % (113) kooperieren mit der jeweiligen Landeszentrale für politische Bildung. Die Zusammenarbeit mit anderen Partnerschaften für Demokratie ist von herausgeho-

⁹¹ Vgl. Tabelle 92 im Anhang des Strukturdatenbandes.

⁹² Vgl. Tabelle 93 im Anhang des Strukturdatenbandes.

⁹³ Vgl. Tabelle 116 im Anhang des Strukturdatenbandes.

bener Bedeutung. 92 % (242) aller befragten Koordinator/innen geben an, mit anderen Partnerschaften aus der gleichen Region oder dem gleichen Bundesland im Jahr 2017 zusammenzuarbeiten oder dies verabredet zu haben. Mit anderen Partnerschaften über die eigene Region hinaus kooperieren zwei Drittel (66 %, 174) der Förderregionen.⁹⁴ Der Austausch mit anderen Partnerschaften wird zudem durch die Fort- und Weiterbildungsreihe gefördert. In den qualitativen Interviews, die mit den teilnehmenden Koordinator/innen im Rahmen der Wissenschaftlichen Begleitung geführt wurden, wird die Vernetzung als besonders wichtig und gewinnbringend beschrieben.

„Was das Positivste der Weiterbildung war, dass es einen Austausch auf überregionaler Ebene ermöglicht hat mit anderen Kolleginnen und Kollegen, der eben nicht nur so punktuell war, sondern eben dadurch, dass man sich regelmäßig gesehen hat, konnte man quasi von den Erfahrungen der anderen quasi auch noch ein bisschen besser lernen.“ (FNIInt2 2_17)

Auch kriminalpräventive Räte können für die Arbeit der Partnerschaften von Bedeutung sein. Als Zusammenschlüsse auf lokaler Ebene widmen diese sich der der Prävention von Kriminalität. 116 (44 %) befragte Koordinator/innen verorten einen Kriminalpräventiven Rat bzw. einen Präventionsrat in ihrer Förderregion.⁹⁵ In 77 % (89) dieser Förderregionen kam es seit 2015 zur Zusammenarbeit bzw. ist eine Zusammenarbeit in 2017 verabredet.⁹⁶

4.1.3 Jugendpartizipation

Für die Stärkung der Partizipation junger Menschen setzt das Bundesprogramm mit den Jugendforen auf ein innovatives Beteiligungsformat. Sie sollen Jugendlichen einerseits die Gelegenheit geben, sich selbstorganisiert und aktiv gestaltend in die kommunale Auseinandersetzung einzubringen. Andererseits sollen die Heranwachsenden derart an die Belange der Partnerschaften und an ein Engagement im Themenfeld herangeführt werden.

Auch im Jahr 2017 gehen von „Demokratie leben!“ Impulse zur Stärkung der Jugendpartizipation aus.

Wie schon im Vorjahr konnte auch im Jahr 2017 die Partizipation Jugendlicher an den Partnerschaften für Demokratie fortentwickelt und die Anzahl aktiver Foren um 42 auf nunmehr 208 erhöht werden.⁹⁷ Die zunehmende Verbreitung des Beteiligungsformats geht dabei mit einer wachsenden Anzahl Engagierter einher. Deutschlandweit beteiligen sich aktuell 3.362 junge Menschen unter 27 Jahren in den Foren (2016: 2.566),⁹⁸ wobei ein Schwerpunkt auf der Altersgruppe der 14 bis 18-Jährigen liegt (54 %, 113).⁹⁹

Somit zeichnet sich seit Programmbeginn ein kontinuierlicher Ausbau ab, der sich trotz der neu hinzugekommenen Förderstandorte auch in wachsenden bzw. konstanten Anteilen lokaler Partnerschaften mit entsprechenden Beteiligungsstrukturen ausdrückt. Während im Jahr 2015 knapp jede vierte Partnerschaft (23 %, 51)¹⁰⁰ ein Jugendforum implementiert hatte, stieg der

94 Vgl. Tabelle 67 im Anhang des Strukturdatenbandes.

95 Vgl. Tabelle 65 im Anhang des Strukturdatenbandes.

96 Vgl. Tabelle 66 im Anhang des Strukturdatenbandes.

97 Vgl. ISS/Camino 2016, S. 218, Tabelle 98 und Tabelle 95 im Anhang des Strukturdatenbandes.

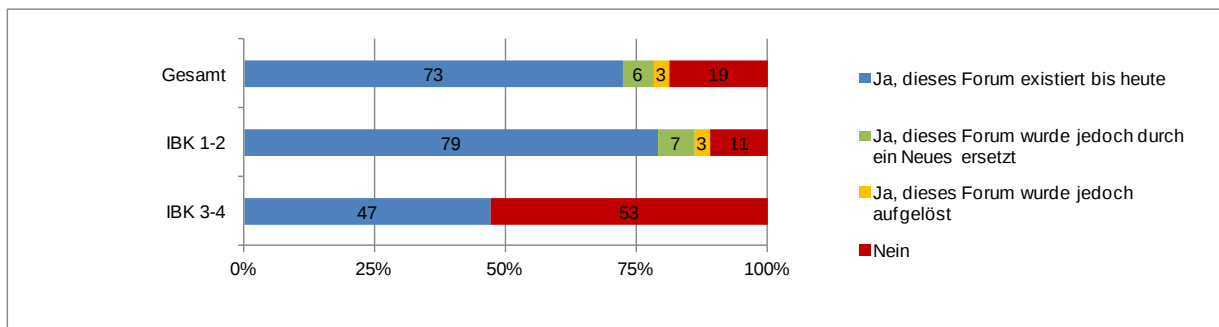
98 Vgl. Tabelle 102 im Anhang des Strukturdatenbandes/Vgl. ISS/Camino 2016, S. 219, Tabelle 100.

99 Vgl. Tabelle 104 im Anhang des Strukturdatenbandes.

100 Vgl. ISS/Camino 2015, S. 69.

Anteil im Jahr 2016 auf 76 % (166) an.¹⁰¹ Ungeachtet der aktuellen Erweiterung der Förderstandorte hat sich dieser Anteil stabilisiert und beträgt derzeit 79 % (208). So ist es mittlerweile 86 % (186) der Partnerschaften aus den ersten beiden und 47 % (22) aus den folgenden Interessenbekundungsverfahren gelungen, ein Jugendforum zu realisieren. Ein Befund, der – obgleich nicht überraschend – dennoch darauf hin deutet, dass die Implementierung entsprechender Beteiligungsstrukturen schlichtweg eine gewisse Zeit benötigt, wenn zum Beispiel – wie bereits im Vorjahr ausgeführt – räumlich-, zielgruppen- oder strukturellbedingte Schwierigkeiten überwunden werden müssen.¹⁰²

Abbildung 6: Umsetzungsstand der Jugendforen differenziert nach Förderperiode¹⁰³



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Mit Blick auf das Bundesgebiet hervorzuheben ist die Entwicklung in Berlin. Hier setzen 14 der 15 Partnerschaften ein Jugendforum um. Auch im weiteren Ländervergleich ergeben sich Unterschiede. Partnerschaften aus den alten Bundesländern (83 %, 129) konnten bisher etwas häufiger derartige Gremien etablieren als Partnerschaften aus den neuen (70 %, 65).¹⁰⁴ Dies kann darauf zurückzuführen sein, dass die Governance-Arrangements aus den neuen Bundesländern häufiger in Landkreisen verortet sind. Hier herrschen – im Vergleich zu Kommunen – schwierigere Voraussetzungen für die Implementierung von Jugendforen vor.

„Weil es für die Jugendlichen dann schwer war von der einen Gemeinde, die weit westlich liegt in die restlichen Gemeinden im Landkreis zu kommen und umgekehrt. Von daher, wir hatten immer mal wieder geguckt, was sich bei Gelegenheiten so sich angeboten hat. Mal aus XXX [Ort, Anm. d. Verf.] selbst herausgegangen sind und dann halt auch geschaut, dass wir halt mit Bus oder ähnlichem auch dann Leute mitnehmen konnten, mit Fahrgemeinschaften, dass man tatsächlich dann auch mal aus XXX [Ort, Anm. d. Verf.] herauskam. [...]. Also da war ja, wie gesagt, das Problem auch so ein bisschen mit der Landkreisproblematik.“ (JInt 5_33)

Unter Betrachtung der Etablierungskontexte kristallisiert sich die hohe Bedeutsamkeit des Bundesprogramms für die Realisierung der Beteiligungsstrukturen heraus. 71 % (147) der Jugendforen wurden im Rahmen der Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie neu implementiert, lediglich 29 % (61) der Partnerschaften griffen im Zuge der Etablierung auf bereits bestehende Gremien zurück. Noch deutlicher fällt der Befund in Landkreisen und in Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften aus. Hier sind es 84 % (49) bzw. 88 % (23) der Jugendforen deren Initiierung unmittelbar auf das Bundesprogramm zurückzuführen ist.

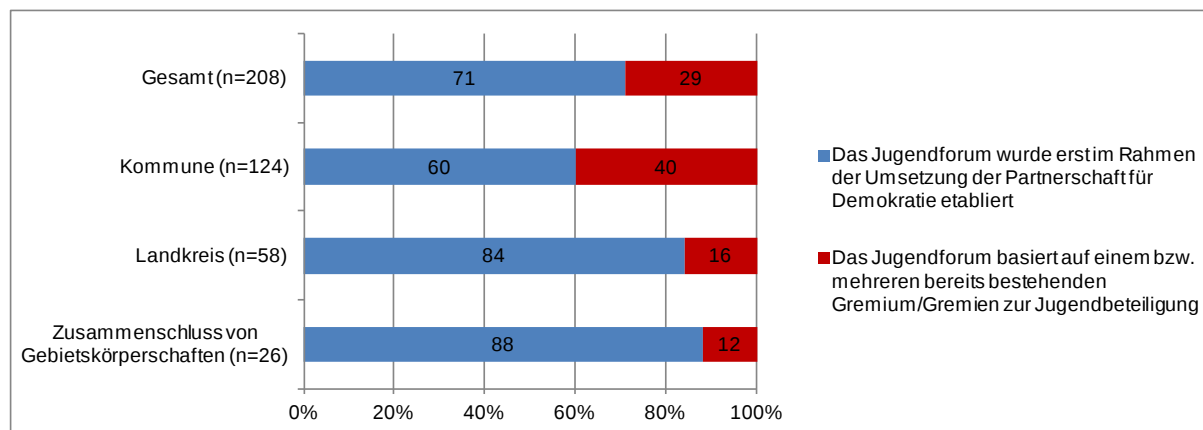
101 Vgl. ISS/Camino 2016, S. 218, Tabelle 98.

102 Vgl. ISS/Camino 2016, S. 62.

103 Vgl. Tabelle 95 im Anhang des Strukturdatenbandes.

104 Vgl. Tabelle 96 im Anhang des Strukturdatenbandes.

Abbildung 7: Etablierungskontext der Jugendforen differenziert nach Verwaltungseinheit¹⁰⁵



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit etabliertem Jugendforum 2017 (n=208).

Ausgestaltet werden die Foren aktuell vor allem in offenen (55 %, 115) sowie repräsentativen Organisationsformen (23 %, 47). Repräsentative Varianten finden sich oftmals dort, wo bereits auf etablierte Strukturen der Jugendbeteiligung zurückgegriffen werden konnte. Offene Formen werden hingegen häufig in gänzlich neu etablierten Jugendforen realisiert.¹⁰⁶ Dabei heben die jungen Menschen insbesondere den Vorteil des niedragschwelligen Zugangs hervor.

„[...] weil es so offen ist und weil man halt hier einfach echt hier reinkommt und sofort empfangen wird und man nicht erst ein paar Wochen oder Monate dabei sein muss, damit die Ideen gehört werden oder wahrgenommen oder so, sondern man kann reinkommen und sofort rausholen, was man so weiß und was man sich so vorstellt und es wird auch sofort akzeptiert.“ (JInt 14_176)

Ein wesentliches Anliegen der Programmgestalter/innen ist es, nicht nur Gelegenheitsstrukturen der aktiven Beteiligung zu schaffen, sondern auch die Partizipation junger Menschen an den Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen der Partnerschaften zu befördern. Entsprechend sollen Vertreter/innen der Jugendforen in den Begleitausschüssen vertreten bzw. repräsentiert sein. Diese Vorgabe wird von der überwiegenden Mehrheit der Partnerschaften erfüllt. Aktuell verfügen 200 Partnerschaften sowohl über einen konstituierten Begleitausschuss als auch über ein Jugendforum. In 159 (80 %) dieser 200 Begleitausschüsse sind Mitglieder der Jugendforen beteiligt.¹⁰⁷ In 94 % (150)¹⁰⁸ der Fälle verfügen diese auch über ein Stimmrecht, so dass die jungen Menschen über ihr Wirken in den Foren hinaus auch als gestaltende Akteur/innen der Partnerschaften auftreten.

„Aber prinzipiell ist es ja einfach cool, wenn man sich überlegt, über wie viel man da bestimmen kann. Das waren letztes Jahr glaube ich 50.000 Euro Fördermittel und da halt wirklich als Jugendlicher das gleiche Stimmrecht zu haben wie ein Erwachsener, das ist super.“ (JInt 10_188)

Zusätzlich zur Einbindung in die Begleitausschüsse gelingt es den Partnerschaften, Jugendliche an den unterschiedlichen Phasen des politischen Prozesses zu beteiligen. Dabei hat das Vorhandensein eines Jugendforums – gemäß der Intention des Programms – einen deutlichen Effekt auf das Ausmaß dieser Beteiligung. Besonders stark eingebunden werden Jugendliche bei

¹⁰⁵ Vgl. Tabelle 99 im Anhang des Strukturdatenbandes.

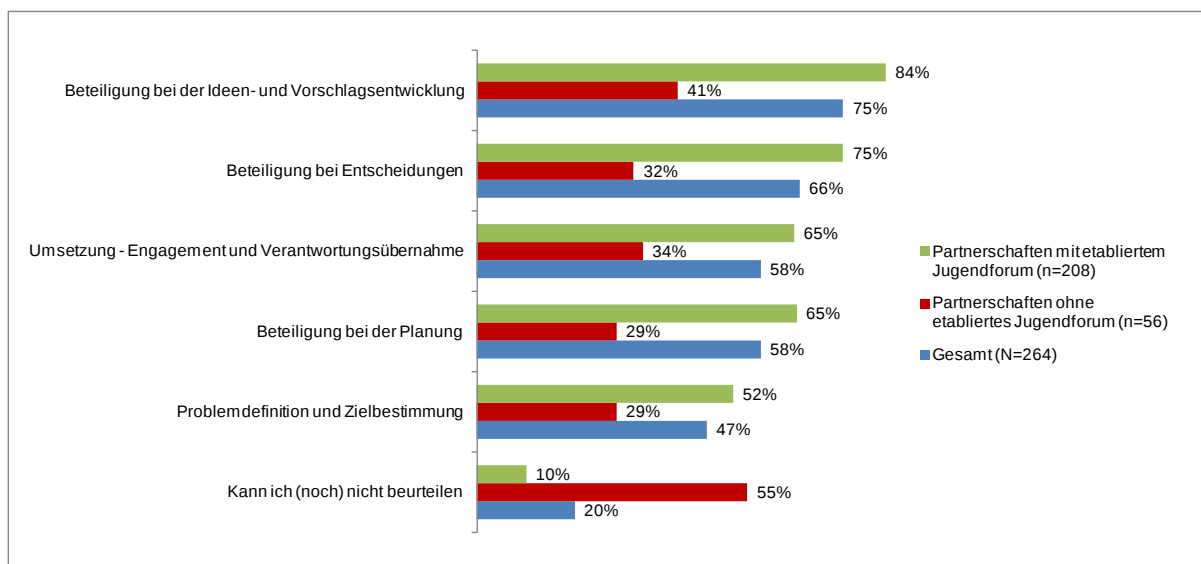
¹⁰⁶ Vgl. Tabelle 100 im Anhang des Strukturdatenbandes.

¹⁰⁷ Vgl. Tabelle 106 im Anhang des Strukturdatenbandes.

¹⁰⁸ Vgl. Tabelle 107 im Anhang des Strukturdatenbandes.

der Ideen- und Vorschlagsentwicklung (75 %, 197) (mit etabliertem Jugendforum: 84 %, 174) sowie bei Entscheidungen (66 %, 174) (mit etabliertem Jugendforum: 75 %, 156). Ausbaufähig ist – wie bereits im Vorjahr – die Mitwirkung junger Menschen in der identifikationsstiftenden Phase der Problemdefinition und Zielbestimmung (47 %, 125) (mit etabliertem Jugendforum: 52 %, 109).

Abbildung 8: Realisierte Jugendbeteiligung nach Phasen des politischen Prozesses differenziert nach Partnerschaften mit etabliertem Jugendforum und ohne etabliertes Jugendforum¹⁰⁹



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

Im Hinblick auf die Realisierung der Jugendbeteiligung in den Förderregionen zeigt sich ein deutlicher Fokus auf projektorientierte Beteiligungsformate (77 %, 202)¹¹⁰. Dies entspricht den gängigen Annahmen und Befunden der Jugendpartizipationsforschung, die darauf verweisen, dass junge Menschen sich eher von zeitlich sowie thematisch begrenzten Möglichkeiten des Engagements, in für sie relevanten Lebensbereichen, angesprochen fühlen.¹¹¹ Ein/e Koordinator/in eines Jugendforums beschreibt dies wie folgt.

„Also es ist schwierig, Jugendlichen generell, habe ich das Gefühl, generell ihnen klarzumachen, dass man hier jetzt hingeht für was, was jetzt über Jahre gehen soll. (...). Also sie wissen ja selber nicht, wie es nächstes Jahr zum Teil aussieht, auch mit dem Abschluss und so weiter. [...], deshalb haben wir das dieses Jahr auch noch mal ein bisschen stärker gemacht, dass man halt mehr den Fokus auf Projektgeschichten legt. So in der Form, wir machen die Aktion, das haben wir vor und dementsprechend das dann auch einen überschaubaren Zeitrahmen einbindet.“
(JInt 5_101)

Die Mitglieder der Jugendforen setzen sich mit programmrelevanten Inhalten – vorzugsweise auf lokaler Ebene – auseinander.

Ein innovatives Element des aktuellen Förderarrangements stellt die finanzielle Ausstattung der Foren mit einem Jugendfonds dar. Die Mindestfördersumme aus Bundesmitteln beträgt dabei

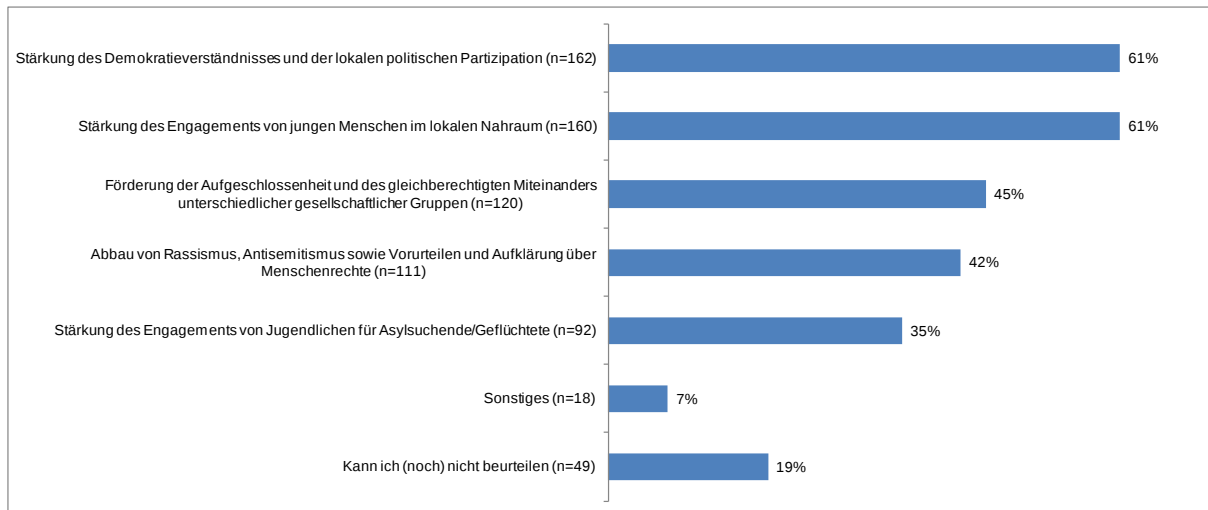
¹⁰⁹ Vgl. Tabelle 108 im Anhang des Strukturdatenbandes.

¹¹⁰ Vgl. Tabelle 111 im Anhang des Strukturdatenbandes.

¹¹¹ Vgl. Schneekloth 2010, S. 151/Vgl. Hurrelmann/Albert/Quenzel/Langness 2006, S. 45.

5.000 €. Darüber hinaus können diesem Budget seit dem Jahr 2017 weitere Mittel aus der Programmförderung zugewiesen werden. Diese neue Flexibilität hinsichtlich der Mittelverteilung wurde jedoch bislang lediglich von einem Drittel der Partnerschaften zur Aufstockung des Jugendfonds genutzt (32 %, 85).¹¹² Das durchschnittliche Budget inklusive eingeworbenen Drittmitteln liegt bei 7.617 €. ¹¹³ Unabhängig der diesjährigen finanziellen Ausstattung wurden im vergangenen Jahr von den 232 Partnerschaften aus den ersten drei Interessenbekundungsverfahren insgesamt 766 Projekte aus den Mitteln des Jugendfonds realisiert.¹¹⁴

Abbildung 9: Schwerpunkte der aus den Jugendfonds realisierten Projekte¹¹⁵



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

Unter Betrachtung der Themenschwerpunkte zeigt sich eine Fokussierung auf Projekte zur Stärkung des Demokratieverständnisses und der lokalen politischen Partizipation (61 %, 162) sowie auf Projekte zur Stärkung des Engagements von jungen Menschen im lokalen Nahraum (61 %, 160). Die konkreten Gegenstandsbereiche machen zudem deutlich, dass sich die Jugendforen auch mit programmrelevanten Inhalten, wie zum Beispiel der Unterstützung der U18-Wahl sowie den Themen Migration und Antidiskriminierung, auseinandersetzen. Ein Projekt widmet sich z. B. der Entkräftung rechtspopulistischer Äußerungen.

„[...] dass wir eine Bierdeckelaktion geplant haben. Um einfach mal so ein bisschen gegen Stammtischparolen vorzugehen, wollten wir halt Bierdeckel designen, wo wir uns überlegt haben, zum Beispiel könnte man ja einfach mal Argumente gegen Stammtischparolen drauf drucken. [...] wenn irgendwelche Leute dann in irgendeiner Kneipe sitzen und dann halt so Parolen raus hauen wie ‚alle Flüchtlinge, die kommen her, sind kriminell und klauen unsere deutschen Frauen‘, so Sachen. Dass wir dann halt einfach da so dagegen argumentieren.“ (JInt 4_218)

Der Aspekt der Demokratieförderung findet sich ferner in kulturellen Projekten, wie zum Beispiel Musik-, Theater-, Tanz- oder Kinoveranstaltungen, in denen es gelingt unterschiedliche Menschen zusammenzubringen oder die Themenfelder „Demokratie“ und „Politik“ auf immanente Art und Weise zu integrieren.

¹¹² Vgl. Tabelle 48 im Anhang des Strukturdatenbandes.

¹¹³ Vgl. Tabelle 36 im Anhang des Strukturdatenbandes.

¹¹⁴ Vgl. Tabelle 85 im Anhang des Strukturdatenbandes.

¹¹⁵ Vgl. Tabelle 112 im Anhang des Strukturdatenbandes.

„Auf jeden Fall haben wir verschiedene Bands sozusagen ausgeschrieben, die sich mit dem Thema ‚Demokratie‘ und ‚zum ersten Mal wählen‘ befassen sollten (...). Die haben dann von uns so ein Thema gekriegt und sollten dann halt auf ihre eigenen Songs einen dazu kreieren und durften den dann vorstellen. (...) Das war ganz nett, weil man dann unterschwellig diese Demokratiebotschaft einbauen kann. Also viele Leute gehen dann halt zu so einem lokalen Konzert, wo die ganzen Bands aus dem Kreis spielen und zwischendurch (...), hatten wir glaube ich auch noch verschiedene Einspieler von den Landtagsabgeordneten, die sich zur Wahl gestellt haben“ (JInt 10_246)

Darüber hinaus fokussieren die Jugendforen eine jugendpolitische Einmischungsstrategie zur Verbesserung der Freizeitgestaltung junger Menschen. So haben sich die jungen Menschen u.a. für legale Möglichkeiten des Anbringens von Graffiti eingesetzt sowie die Um-/ oder Neugestaltung von Skater- oder Parcours-Parks und die Einrichtung eines Jugendcafés angestoßen. Hierzu mussten sie sich in politische Prozesse einbringen und sich mit ihren Anliegen durchsetzen.

In der Gesamtschau zeigen sich also Fortschritte in der Entwicklung der Jugendforen. Hierzu zählt vor allem der stete Anstieg in der allgemeinen Verbreitung. Doch auch die gleichberechtigte Einbindung von Mitgliedern der Jugendforen in die Begleitausschüsse sowie die Beteiligung junger Menschen an den verschiedenen Phasen der politischen Prozesse der Partnerschaften ist grundsätzlich gegeben.

4.1.4 Inhaltliche Ausrichtung der Partnerschaften für Demokratie

Ausgehend von Problem- und Ressourcenanalysen fokussieren die Partnerschaften je nach regionalspezifischen Erfordernissen unterschiedliche Arbeitsschwerpunkte. Dabei hat sich mit „Demokratie leben!“ und der bewussten Orientierung am Konzept der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ eine bewusste Erweiterung des Betätigungsfeldes der Governance-Arrangements ergeben. Hiermit verbindet die Programmsteuerung nicht zuletzt den Anspruch, dass flexibel auf relevante gesellschaftliche Entwicklungen reagiert wird und die inhaltliche Ausrichtung der Partnerschaften stärker als bislang auch aktuelle Themenstellungen umfasst.

Demokratieförderung ist der am häufigsten benannte Arbeitsschwerpunkt.

Die inhaltliche Öffnung des Bundesprogramms bildet sich zunächst deutlich in der Anzahl der gewählten Arbeitsschwerpunkte ab. So bearbeiten die Partnerschaften durchschnittlich 4,9 Themenfelder. Obgleich etwa ein Drittel (29 %, 79) der befragten Koordinator/innen sechs oder mehr Arbeitsschwerpunkte benennt,¹¹⁶ lassen die Ergebnisse des prozessbegleitenden Monitorings eine Präferenz für eher klassische Themenstellungen erkennen. So engagieren sich neun von zehn Partnerschaften im Bereich Demokratieförderung (91 %, 239). Sie wird im Rahmen der qualitativen Interviews als breiter, anschlussfähiger und positiv konnotierter Ansatz beschrieben.

„Dass man von Vornherein sehr viel mehr Möglichkeiten hat, aktiv gemeinsam etwas zu gestalten, anstatt zu formulieren, wogegen man ist.“ (SInt 7_204)

„Die Stärke ist, dass wir präventiv agieren. Und deswegen auch langfristig agieren. Ich glaube nicht, dass das in unserem Einflussbereich liegt, jetzt wirklich so diese Hardcore-Rechtsextremisten oder den Islamisten davon abzuhalten, islamistisch zu denken. [...] Weil unser Einflussbereich ist, mit den Jugendlichen zu arbeiten. Und

¹¹⁶ Vgl. Tabelle 72 im Anhang des Strukturdatenbandes.

mit denen daran zu arbeiten, was sind die Stärken und die Schwächen von einer demokratischen Gesellschaft. Was ist gut und wichtig in einer vielfältigen Gesellschaft. Zusammenleben. Diese ganzen Themen zu bearbeiten.“ (SInt 1_248)

Häufige Arbeitsschwerpunkte stellen zudem „rechtsextreme Orientierungen und Handlungen“ (63 %, 165) sowie „Demokratiestärkung im ländlichen Raum“ dar (62 %, 164). Somit ergibt sich unter Berücksichtigung der Ergebnisse aus den Vorjahren ein feststehender thematischer Kern. Dieser wird darüber hinaus um weitere Aspekte ergänzt. So widmen sich 70 % der Standorte der „Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/Geflüchtete“ (184). Wenngleich weniger prominent sind „aktuelle Formen von Islam-/Muslimfeindlichkeit“, „Homo- und Transfeindlichkeit“ und „Antiziganismus“ ebenfalls Gegenstand des Engagements.

61 Partnerschaften für Demokratie engagieren sich im Bereich islamistische Orientierungen und Handlungen.

Angesichts der auf inhaltliche Flexibilität bedachten Konzeption des Förderinstruments sind die Akteur/innen vor Ort grundsätzlich dazu in der Lage, vergleichsweise kurzfristig auf aktuelle gesamtgesellschaftliche Entwicklungen zu reagieren. Öffentliche wie auch politische Aufmerksamkeit erfuhren dabei in der jüngeren Vergangenheit insbesondere die Themen „Islamismus“ und „linke Militanz“. Jedoch wird letztere von den Partnerschaften nur bedingt bearbeitet (2 %, 6). Dem Themenbereich islamistische Orientierungen und Handlungen widmen sich hingegen bereits 61 Standorte (23 %).¹¹⁷ Zwar gibt die Hälfte jener Partnerschaften, die diesen Schwerpunkt nicht gewählt haben, an, dass schlichtweg kein Handlungsbedarf bestehe (49 %, 99).¹¹⁸ Zugleich wird jedoch in 36 Fällen auf mangelnde Kompetenzen/Handlungssicherheit auf Seiten der Aktiven bzw. in 35 Fällen auf einen Mangel an kommunalen Akteur/innen bzw. Trägern zur Umsetzung entsprechender Projekte hingewiesen. Zumindest hinsichtlich der Kompetenzentwicklung lassen sich also durchaus konkrete Potentiale für eine prominentere Auseinandersetzung mit diesem Schwerpunkt erkennen.¹¹⁹

Die inhaltliche Ausrichtung der Partnerschaften variiert schließlich entlang ihrer regionalen Verteilung und lässt eine weitgehend problemlagenspezifische Auswahl der Arbeitsschwerpunkte vermuten. Während sich die Partnerschaften in den alten Bundesländern häufiger den Themenstellungen „Islam- und Muslimfeindlichkeit“, „Antiziganismus“ und „islamistische Orientierungen und Handlungen“ widmen als die Partnerschaften in den neuen Bundesländern, benennen diese in Entsprechung zu den sie umgebenden Gebietskulissen deutlich häufiger „Demokratiestärkung im ländlichen Raum“.¹²⁰

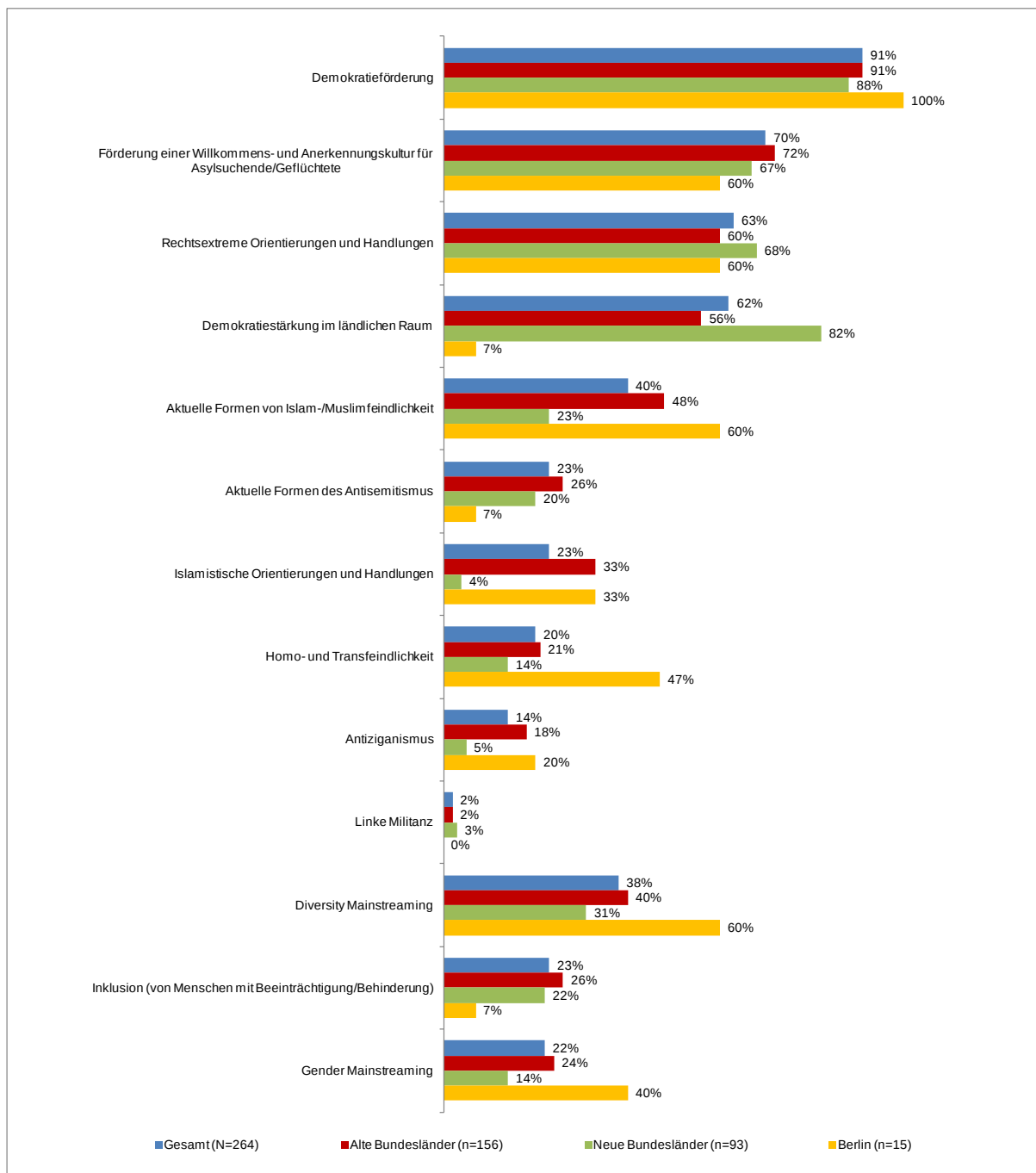
¹¹⁷ Vgl. Tabelle 71 im Anhang des Strukturdatenbandes.

¹¹⁸ Vgl. Tabelle 75 im Anhang des Strukturdatenbandes.

¹¹⁹ Vgl. Tabelle 75 im Anhang des Strukturdatenbandes.

¹²⁰ Partnerschaften in den neuen Bundesländern sind, wie bereits erwähnt, häufiger als Partnerschaften in den alten Bundesländern in Landkreisen und weniger oft in Kommunen angesiedelt.

Abbildung 10: Arbeitsschwerpunkte, die im Jahr 2017 bearbeitet werden, differenziert nach regionaler Verortung¹²¹



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Mehrfachnennungen sind möglich.

Das responsive Potential der Partnerschaften zeigt sich ferner in der im Vergleich zum Vorjahr veränderten Gewichtung der „Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/Geflüchtete“. Im Jahr 2016 war dieses Themenfeld mit 89 % (195) noch der meistgenannte Arbeitsschwerpunkt.¹²² In diesem Jahr ging der Anteil um insgesamt 19 % Prozentpunkte auf 70 % (184) zurück. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass 12 % (27) der befragten Koordinator/innen von Partnerschaften der ersten beiden Interessensbekundungsver-

¹²¹ Vgl. Tabelle 71 im Anhang des Strukturdatenbandes

¹²² Vgl. ISS/Camino 2016, S. 213, Tabelle 89.

fahren eine Abnahme des zivilgesellschaftlichen Einsatzes für Demokratie und Vielfalt wahrnehmen.¹²³ Dieser wird zumeist auf einen Rückgang des Engagements für Geflüchtete zurückgeführt und mit der abnehmenden Zahl ankommender geflüchteter bzw. asylsuchender Menschen erklärt.¹²⁴ Die beschriebene Entwicklung drückt sich zudem in der Wahl der Zielgruppen aus. So sank der Anteil der Partnerschaften, die Asylsuchende/Geflüchtete adressieren, im Vergleich zum Vorjahr um zehn Prozentpunkte von 72 % (157)¹²⁵ auf aktuell 62 % (164).¹²⁶

Die Anpassung der inhaltlichen Ausgestaltung muss sich schließlich nicht nur auf einzelne Arbeitsschwerpunkte bzw. entsprechende Gruppen beziehen, sondern kann darüber hinaus auch im Rahmen einer umfassenden Neuausrichtung der integrierten Handlungsstrategien – z. B. angesichts ihrer jährlichen Fortschreibung – geschehen. Dies trifft auf 21 Förderstandorte des ersten bis dritten Interessensbekundungsverfahrens (9 %) zu.¹²⁷ Sie reagieren damit zumeist auf einen gestiegenen oder gesunkenen Problemdruck in bestimmten Themenfeldern.¹²⁸

In der Gesamtschau gelingt es den Partnerschaften, flexibel auf lokale und aktuelle Problemlagen zu reagieren und ihre Ausrichtung entsprechend anzupassen. Die Gestaltungsmöglichkeiten der Partnerschaften hängen jedoch nicht nur von der inhaltlichen Ausrichtung und ihrer Umsetzung durch konkrete Projekte bzw. den eingehenden Anträgen ab, sondern auch von ihren finanziellen Spielräumen. Dabei ist die Arbeit der Partnerschaften für Demokratie derzeit mit bis zu 100.000 € pro Kalenderjahr durch Mittel des Bundesprogramms förderfähig. Dieses Budget wird in der Regel durch weitere Drittmittel ergänzt. So konnten 81 % (214) aller Partnerschaften im aktuellen Jahr entsprechende Gelder einwerben.¹²⁹ Durchschnittlich steht ihnen im Jahr 2017 ein Budget von 104.911 € zur Verfügung.¹³⁰ Überdies ist die Akquise von Landesmitteln von zentraler Bedeutung für die individuelle finanzielle Ausstattung. So existieren z.B. in Hessen, Sachsen und Thüringen Landesprogramme, die ein Großteil der Partnerschaften weiter finanziell unterlegen.¹³¹ Entsprechend variieren die insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel zwischen 55.000 € und 379.500 €. Die beschriebenen Differenzen tragen sich faktisch in die Einzelbudgets fort. Diese können aufgrund der Festlegung von Minimalfördersummen flexibler als noch im Vorjahr entlang der regionalen Bedarfe verteilt werden.

4.2 Die integrierten Handlungsstrategien der Partnerschaften für Demokratie

Konzipiert als Governance-Arrangements¹³² kooperieren in den Partnerschaften für Demokratie kommunale und zivilgesellschaftliche Akteure. In einem partizipativ angelegten Prozess entwickeln sie unter Bezug auf die regionale Ausgangslage konkrete Lösungsansätze und engagieren gemeinsam gegen demokratie- und menschenfeindliche Tendenzen vor Ort.

123 Vgl. Tabelle 57 im Anhang des Strukturdatenbandes.

124 Vgl. Tabelle 59 im Anhang des Strukturdatenbandes.

125 Vgl. ISS/Camino 2016, S. 214, Tabelle 91.

126 Vgl. Tabelle 77 im Anhang des Strukturdatenbandes.

127 Vgl. Tabelle 83 im Anhang des Strukturdatenbandes.

128 Vgl. Tabelle 84 im Anhang des Strukturdatenbandes.

129 Vgl. Tabelle 39 im Anhang des Strukturdatenbandes.

130 Vgl. Tabelle 36 im Anhang des Strukturdatenbandes.

131 Im Fall der Stadtstaaten Berlin und Hamburg ist eine Differenzierung in kommunale Mittel und Landesmittel nicht möglich. Daher wurden die öffentlichen Landeszuschüsse dieser Stadtstaaten unter „kommunale Mittel“ gefasst. Vgl. Tabelle 42 im Anhang des Strukturdatenbandes.

132 Der Governance-Ansatz nimmt das Zusammenwirken von „staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren bei der Regelung kollektiver Sachverhalte in den Blick. [...] Bezogen auf die lokale Ebene, die das Handlungsfeld [der Partnerschaften für Demokratie, Anm. d. Verf.] darstellt, können unter Governance Formen der Selbststeuerung unter Einbezug von kommunalstaatlichen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren verstanden werden, die ein ‚gemeinschaftliches Interesse‘ (Mayntz 2004, S. 69) verbindet“ (Behn/Bohn/Karliczek/Lüter/Sträter 2013, S. 24). Die Bezeichnung Co-Governance lehnt an Kooiman (2006: S 158f.) an. Er hebt den kooperativen Charakter öffentlicher und privater Akteur/innen hervor.

Die Stärkung von Demokratie und Zivilgesellschaft bedarf des lokalen Zuschnitts.

Dabei variieren die relevanten Problemlagen ebenso wie die für ihre Bewältigung zur Verfügung stehenden Ressourcen. Denn Partnerschaften sind „in unterschiedlichen Regionen und Sozialräumen, in städtischen und ländlichen Regionen, in Wachstums- oder strukturschwachen Regionen, in solchen mit manifestem Rechtsextremismus oder solchen mit eher latenten, verdeckten und eher schleichenden Problemlagen“¹³³ aktiv. Angesichts dieser Heterogenität kann dabei nicht auf vermeintlich universell einsetzbare bzw. stets geeignete Handlungsansätze zurückgegriffen werden. Vielmehr bedarf die Förderung einer demokratischen politischen Kultur eines deutlichen Zuschnitts auf lokalspezifische Gegebenheiten.¹³⁴

Um eine möglichst passgenaue Abstimmung zu ermöglichen, stellen die Leitlinien des Bundesprogramms deshalb zwar einen ersten Orientierungsrahmen dar, sie überlassen den lokalen Akteur/innen über Vorgaben zum strukturellen Arrangement hinaus jedoch weitreichende Gestaltungsspielräume. Derart soll sichergestellt werden, dass die Partnerschaften ausreichend anpassungsfähig sind, um kontextsensibel agieren zu können.

Die Partnerschaften für Demokratie entwickeln individuelle Handlungsstrategien.

Aus dieser Flexibilität resultiert eine ausgeprägte Vielgestaltigkeit auf der fachlich-inhaltlichen Ebene. So wählen die Partnerschaften unterschiedliche Arbeitsschwerpunkte, entwickeln individuelle Konzepte und setzen diese über eine Vielzahl von Projekten und Einzelmaßnahmen mit variierenden Zielstellungen und Zielgruppen um. Für die empirische Analyse der unterschiedlichen Strategien ist aus diesem Grund eine weitere Systematisierung des eingesetzten Handlungsrepertoires erforderlich.

Hierzu hat das ISS-Frankfurt a.M. auf Grundlage mehrerer Expert/inneninterviews sowohl die angestrebten Zustände (Ziele) der an den Partnerschaften beteiligten Personen als auch grundlegende Annahmen über die zur Zielerreichung geeigneten Handlungsmöglichkeiten (Mittel) erfasst. In Orientierung an ausgewählten Forschungsarbeiten zur politischen Sozialisation wurden diese Ziel-Mittel-Annahmen¹³⁵ systematisiert und in ein theoriegebundenes Modell überführt.¹³⁶ Es bildet die Perspektive der Umsetzenden auf zentrale Strategieelemente ab und stellt sich wie folgt dar:

133 ISS/Camino 2014, S. 31.

134 Vgl. Frindte/Preiser 2007, S. 37.

135 Ziel-Mittel-Kalkulationen sind zentrale Bestandteile von Strategien. „Sie bezeichnen auf *gewünschte Zustände* (Ziele) gerichtete, systematisierende und *berechnende Überlegungen* (Kalkulationen) für *zielführende Handlungsmöglichkeiten* (Mittel) (...)“ (Raschke/Tils 2013, S. 129, Hervorhebung im Original). Das berechnende Element wurde mit Blick auf die Komplexität des Forschungsgegenstandes ausgeklammert und entsprechend von der Bezeichnung „Kalkulation“ abgesehen. Die Trias „Ziel-Mittel-Kalkulationen“ entspricht dabei im Kern den „Um-Zu-Motiven“. Sie gehen auf Alfred Schütz zurück und verknüpfen ebenfalls Ziele mit Mitteln bzw. Überlegungen bezüglich zur Zielerreichung angemessener Maßnahmen (vgl. Kelle 2006, S. 120f.). Für weitere Ausführungen zu Grundbegriffen politischer Strategie siehe auch Raschke/Tils 2013, S. 127 ff.

136 Das Strukturmodell wurde ursprünglich im Rahmen der Wissenschaftlichen Begleitung des Vorgängerprogramms durch das ISS-Frankfurt a.M. entwickelt und mit Blick auf die Neuerungen von „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ aktualisiert bzw. erweitert. Es rekurriert unter anderem auf die Arbeiten von Easton (1957), Hyman (1959), Greiffenhagen (2002) und Fend (1991). Die ausführlichen Begründungen, fachlichen Herleitungen und empirischen Belege sollen an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt werden, sind allerdings im Detail nachzulesen in ISS/Camino 2012, S. 37ff.

Tabelle 1: Strukturmodell der Ziel-Mittel-Annahmen

	ZIELBEREICHE	HANDLUNGSDIMENSIONEN	HANDLUNGSELEMENTE
Wir gehen bei unserem lokalen Handlungskonzept gezielt davon aus, dass es für die Prävention von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit wichtig ist, ...	eine Stärkung von Grundwerten zu gewährleisten. Daher wollen wir ...	die Anerkennung von Demokratie als Lebensform und politische Ordnung stärken, indem wir...	aktiv das demokratische System und seine Vorzüge (Volksouveränität, Wahlfreiheit usw.) thematisieren.
			das Vertrauen gegenüber demokratischen Institutionen, Akteuren und Verfahren durch positive Signale/Vorbilder/Erlebnisse stärken (z.B. Demokratiespaziergänge).
			die Bekanntheit und Akzeptanz der Menschenrechte als Grundlage des Zusammenlebens fördern.
		die Anerkennung sozialer Konventionen erreichen, indem wir...	den konstruktiven Dialog als Grundlage eines friedlichen Zusammenlebens erlebbar machen und über Verstöße aufklären (z.B. hate-speech).
			die Bekanntheit und Akzeptanz gesellschaftlicher Werte gezielt bei Menschen mit Migrationshintergrund stärken.
			Entscheidungsträger/innen und Meinungsführer/innen zu Achtsamkeit und Engagement motivieren.
	die Erhöhung personaler Kompetenzen zu unterstützen . Daher wollen wir ...	Wissensvermittlung betreiben, indem wir...	Wissen über Minderheiten (Kulturen, Religionen, Lebenswelten etc.) vermitteln.
			Wissen zu historischen Zusammenhängen vermitteln.
			Kenntnisse vermitteln und Informationen bereitstellen, die zur Ausübung bürgerschaftlichen Engagements benötigt werden (z.B. bzgl. rechtlicher Grundlagen, Projektmanagement etc.).
		Sozialisationsprozesse unterstützen, indem wir...	kritische Reflexionsfähigkeit und Kompetenzen zur Positionierung gegen Demokratie- und Menschenfeindlichkeit bzw. Formen des Extremismus schulen und einüben.
			Zivilcourage fördern und Konfliktlösungsstrategien einüben.
			Kompetenzen zur bürgerschaftlichen Mündigkeit und Selbstbestimmung vermitteln.
	die Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe zu fördern. Daher wollen wir ...	Partizipation anregen und bewahren, indem wir...	Kompetenzen im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlich eingestellten Personen vermitteln.
			über das Jugendforum hinaus demokratische Beteiligungsstrukturen schaffen bzw. erweitern (z.B. Beteiligungsprojekte, Infos zu Netzwerken und Aktionen usw.).
		Integration stärken, indem wir...	vorhandene Beteiligungs- bzw. Engagementmöglichkeiten bekannt machen.
			die Beteiligungschancen von Minderheiten bzw. benachteiligten Gruppen und ihren Organisationen am gesellschaftlichen Leben erhöhen (z. B. Selbstorganisationen aktivieren, interkulturelle Öffnung von Diensten, Barrierefreiheit usw.).
			Minderheiten bzw. benachteiligte Gruppen gezielt dazu befähigen, selbstständig ihre Interessen zu vertreten (z.B. nötige Informationen vermitteln).
			einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensumstände von Minderheiten bzw. benachteiligten Gruppen leisten (z.B. von geflüchteten oder asylsuchenden Menschen, LGBTI-Menschen etc.).
	eine Verdeutlichung normativer Grenzen vorzunehmen. Daher wollen wir ...	eine Stigmatisierung antidemokratischer Phänomene vornehmen, indem wir...	lokal bestehende demokratie- und menschenfeindliche Erscheinungsformen (z.B. Kameradschaften und autonome Nationalisten, islamistische Gruppierungen, rassistisch motivierte Übergriffe, rechtspopulistische Bestrebungen etc.) identifizieren und öffentlich problematisieren.
			die Gelegenheiten zur Präsenz von demokratie- und menschenfeindlichen Gruppierungen in der Öffentlichkeit reduzieren (z.B. Demonstrationsverbote erwirken, Mustermietverträge erarbeiten).
		Sensibilisierungen erreichen, indem wir...	die gesellschaftlichen Folgen von demokratie- und menschenfeindlichen Einstellungen öffentlich kritisch thematisieren.
			sichtbare Zeichen des gesellschaftlichen Einspruchs (z.B. Stolpersteine, Demonstrationen etc.) im öffentlichen Raum setzen.

Quelle: Eigene Darstellung.

Die qualitative Exploration ergab vier übergeordnete Zielbereiche (nachfolgend in fatter Schrift). Sie ergänzen sich wechselseitig und greifen unterschiedliche Aspekte der Prävention von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit auf. Ihnen konnten jeweils zwei Handlungsdimensionen zugeordnet werden (nachfolgend in kursiver Schrift).

- Ein erstes Ziel bezieht sich auf die **Stärkung demokratischer Grundwerte** wie z.B. Gleichheit und Toleranz. Um den normativen Kernbestand des Zusammenlebens zu stärken, wirken Partnerschaften demnach auf die *Anerkennung sozialer Konventionen* sowie von *Demokratie als Lebensform und politische Ordnung* hin. Wesentliche Prinzipien eines demokratischen Gemeinwesens sollen bekannt bzw. sichtbar gemacht und möglichst viele Personen und gesellschaftliche Gruppen hinter ihnen vereint werden.
- Damit die internalisierten demokratischen Werte auch in mündiges Handeln übersetzt werden können, bedarf es spezifischer **personaler Kompetenzen**. Entsprechend gilt es z.B. Urteils- und Reflektionsfähigkeit über die gezielte *Vermittlung von Wissensbeständen* zu stärken (u.a. über politische Sachverhalte, Institutionen und Prozesse) und *Sozialisationsprozesse* zu stützen.
- Die Internalisierung entsprechender Werte und die Aneignung spezifischer Kompetenzen allein können nicht in demokratisches bzw. tolerantes Handeln münden, solange es an geeigneten Gelegenheiten und Gelegenheitsstrukturen mangelt. Hier knüpfen Partnerschaften an, indem sie **gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen** bzw. *Partizipation* anregen und *Integration* befördern.
- Das vierte Ziel ist auf die **Verdeutlichung normativer Grenzen** bezogen. Mit ihm geht die grundlegende Forderung einher, dass demokratie- und menschenfeindliche Aktivitäten nicht ignoriert, sondern auch von der breiten Bevölkerung wahrgenommen und als Ausdruck unerwünschter Haltungen *stigmatisiert* werden müssen. Damit die unterschiedlichen Erscheinungsformen demokratie- und menschenfeindlicher Phänomene auch erkannt und gedeutet werden können, bedarf es der *Sensibilisierung* z.B. bezüglich einschlägiger Symbole etc.

Die vier Zielbereiche und die zugehörigen Dimensionen veranschaulichen gemeinsam mögliche handlungsleitende Annahmen der an den Partnerschaften beteiligten Akteur/innen. Der Transfer dieser Ziel-Mittel-Annahmen in die fachliche Praxis vollzieht sich allerdings auf einer noch konkreteren Ebene. Ihr wird durch die in Tabelle 1 dargestellten Handlungselemente Rechnung getragen. Sie bilden das umfassende Repertoire der Governance-Arrangements ab und eignen sich aufgrund ihrer Gegenstandsnähe für eine quantifizierende Beschreibung des strategischen Vorgehens. Sie wurden in Form kurzer Statements operationalisiert und den Koordinator/innen im Jahr 2016 zur Einschätzung vorgelegt.¹³⁷

Es zeichnen sich fünf Gruppen integrierter Handlungsstrategien ab.

Die Frage nach dem spezifischen Stellenwert der einzelnen Handlungselemente in den Förderregionen war Gegenstand des zweiten Zwischenberichts. Hier hat die empirische Betrachtung ergeben, dass die Partnerschaften bei ihrem Einsatz „gegen Rechtsextremismus, Gewalt und

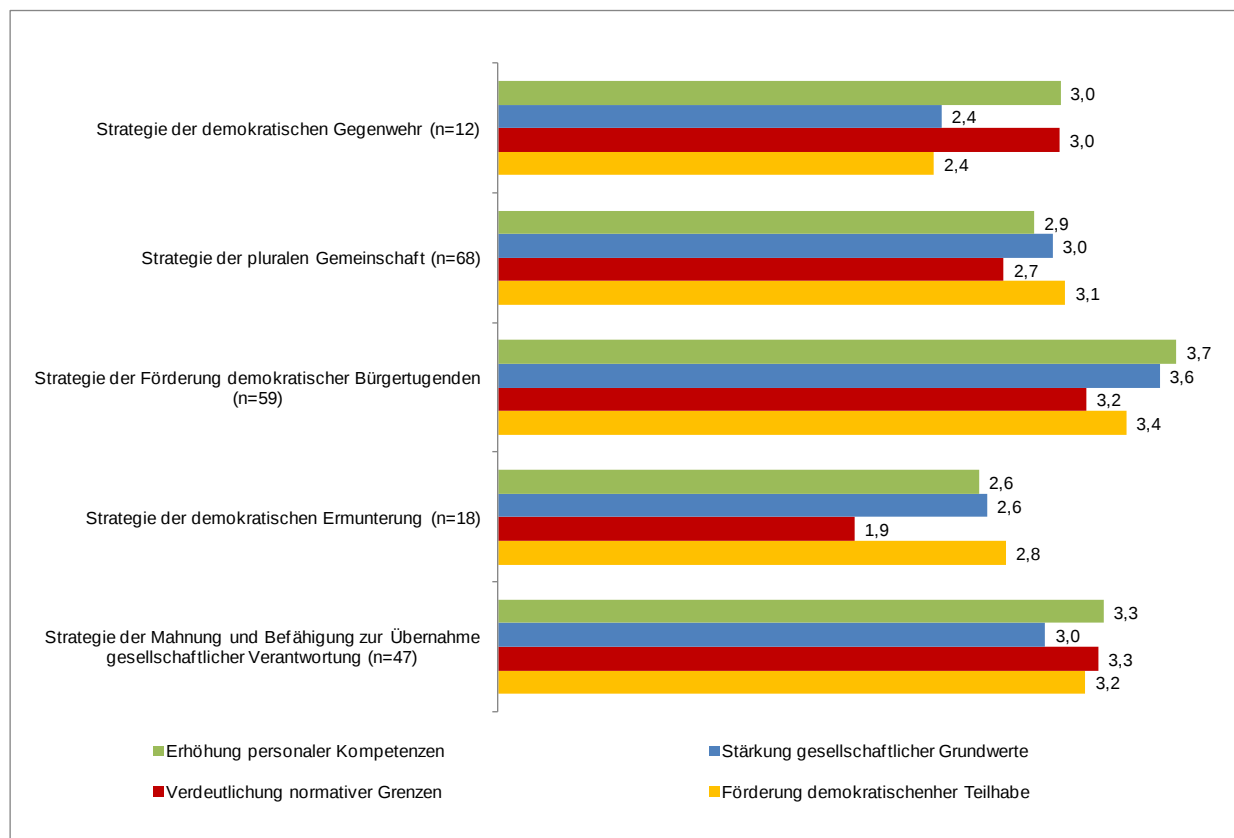
¹³⁷ Die Handlungselemente wurden in Form kurzer Statements operationalisiert und den Koordinator/innen im Jahr 2016 zur Einschätzung vorgelegt. Im Rahmen einer Online-Befragung konnten die Handlungselemente auf einer vierstufigen Skala als „gar nicht zutreffend“ (Wert=1), „eher nicht zutreffend“ (Wert =2), „eher zutreffend“ (Wert =3) oder „voll zutreffend“ (Wert =4) für das Konzept der Partnerschaft eingeschätzt werden.

Menschenfeindlichkeit sowie für die Entwicklung eines demokratischen Gemeinwesens¹³⁸ auf das beschriebene Repertoire zurückgreifen. Sie setzen unterschiedliche Schwerpunkte und entwickeln Ansätze, die sich in der Kombination bzw. der Betonung der verschiedenen Handlungselemente abbilden.

Mittels multivariater statistischer Analysen (Latent Class Analysis) hat das ISS-Frankfurt a.M. wiederkehrende Muster in diesen Kombinationen nachgezeichnet und fünf Gruppen integrierter Handlungsstrategien identifiziert.¹³⁹ Sie werden nachfolgend entlang der vier übergeordneten Zielbereiche (s. Tabelle 1) eingeführt und anschließend detailliert beschrieben.

Abbildung 11 verdeutlicht zunächst, dass die Strategien der Partnerschaften keinesfalls exklusiv auf einzelne Ziele ausgerichtet sind. Vielmehr werden in der Regel mehrere Bereiche mit ähnlicher Intensität bearbeitet, so dass die Ansätze von einer gewissen „Breite“ gekennzeichnet sind. Etwa suchen die zwölf Partnerschaften, die eine „**Strategie der demokratischen Gegenwehr**“ verfolgen, nicht nur personale Kompetenzen zu stärken ($M=3,0$), sondern fokussieren darüber hinaus die Verdeutlichung normativer Grenzen ($M=3,0$). Sie identifizieren und problematisieren lokale Phänomene und setzen stärker als andere sichtbare Zeichen des gesellschaftlichen Einspruchs im öffentlichen Raum.

Abbildung 11: Übergeordnete Ziele der fünf Strategiegruppen¹⁴⁰



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (n=204). Mittelwerte: 1=„trifft gar nicht“ zu bis 4=„trifft voll zu“.¹⁴¹

138 BMFSFJ 2016, S. 5.

139 Das ISS-Frankfurt a.M. hat bereits im Rahmen des Vorgängerprogramms die Handlungsstrategien der damaligen Lokalen Aktionspläne untersucht. Eine gruppierende Untersuchung ergab hier drei Strategietypen (vgl. ISS/Camino 2014, S. 30 ff.). Diese ähneln zwar den Ansätzen der Partnerschaften für Demokratie, insgesamt zeichnet sich jedoch eine Diversifizierung ab. Einerseits gibt es ein Mehr an Ansätzen, andererseits weisen diese mitunter deutliche Überschneidungen auf. Es erscheint naheliegend, dass die Entwicklung auf die inhaltliche Öffnung des aktuellen Bundesprogramms zurückzuführen ist (s. Fußnote 142).

140 Vgl. Tabelle 175 im Anhang des Strukturdatenbandes.

Die „**Strategie der demokratischen Ermunterung**“ hingegen ist durch eine relative Distanz zur normativen Grenzziehung charakterisiert ($M=1,9$). Die 18 dieser Gruppe zugehörigen Partnerschaften verfolgen indes die drei weiteren Zielstellungen mit ähnlicher Intensität (Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe, Stärkung von Grundwerten, Erhöhung personaler Kompetenzen). Für die weitere Abgrenzung empfiehlt sich folglich ein Blick auf die Handlungsebene. Hier zeigt sich, dass gesellschaftliche Teilhabe ($M=2,8$) vorrangig über die Anregung zur Partizipation und personale Kompetenzen ($M=2,6$) über die Vermittlung von Wissensbeständen gefördert werden sollen.

Diesem Profil äußerst ähnlich erscheint die „**Strategie der pluralen Gemeinschaft**“. Sie wird von 68 Partnerschaften umgesetzt. Das übergeordnete Ziel der gesellschaftlichen Teilhabe ($M=3,1$) wird hier jedoch im Gegensatz zur „Strategie der demokratischen Ermunterung“ nicht nur durch Partizipations- sondern auch durch Integrationsförderung anvisiert. Entsprechend sollen die Beteiligungschancen von Minderheiten bzw. benachteiligten Gruppen am gesellschaftlichen Leben erhöht und diese gezielt dazu befähigt werden, ihre Interessen selbstständig zu vertreten.

59 Partnerschaften setzen eine „**Strategie der Förderung demokratischer Bürgertugenden**“ um. Sie unterstützen insbesondere Sozialisationsprozesse und vermitteln gezielt Wissen, Kenntnisse und Informationen (z.B. über Minderheiten, zu aktuellen Themen oder zu historischen Zusammenhängen), so dass sich die Stärkung personaler Kompetenzen als prominente Stoßrichtung abzeichnet ($M=3,7$). Dabei beschränken sie ihr Handeln nicht hierauf, sondern stärken darüber hinaus demokratische Grundwerte ($M=3,6$), z.B. indem sie die Akzeptanz der Menschenrechte als Grundlage des Zusammenlebens fördern. Da zugleich Partizipation gefördert wird, nimmt auch die Stärkung gesellschaftlicher Teilhabe ($M=3,4$) einen nicht unerheblichen Stellenwert ein.

Die „**Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung**“ wird schließlich an 47 Standorten realisiert. Die Gewichtung der übergeordneten Zielstellungen lässt hier zunächst kaum eine dominierende Stoßrichtung erkennen. Erst mit den Handlungsdimensionen finden sich weitere Akzentuierungen, die eine Abgrenzung bzw. eine erste Charakterisierung ermöglichen. So wird insbesondere sensibilisiert, indem gesellschaftlichen Folgen demokratie- und menschenfeindlicher Einstellungen öffentlich kritisch thematisiert und sichtbare Zeichen des gesellschaftlichen Einspruchs gesetzt werden. Dieses Element des „Mahnens“ wird ergänzt durch die gezielte Unterstützung von Sozialisationsprozessen. So werden u.a. Zivilcourage, kritische Reflexionsfähigkeit und Kompetenzen im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlich eingestellten Personen geschult. In Abgrenzung zur Strategie der öffentlichen Gegenwehr bleibt der relative Fokus jedoch eher auf das vermeintlich demokratische Spektrum und weniger die öffentliche Auseinandersetzung gerichtet.

Es zeichnen sich also fünf Gruppen integrierter Handlungsstrategien ab, die in der Gesamtschau zunächst durch eine eher breite Anlage gekennzeichnet sind. Darüber hinaus weisen sie gewisse Schnittmengen in der Betonung der übergeordneten Zielbereiche auf.¹⁴¹ Um sie schär-

141 Die Mittelwerte in Abbildung 11 ergeben sich aus Angaben der Koordinator/innen auf Ebene der Handlungselemente. Hier konnte für jedes Element die Passung zum Handlungskonzept der Partnerschaft für Demokratie eingeschätzt werden. Die Angaben zu den einzelnen Handlungselementen wurden je Dimension und schließlich je übergeordnetem Ziel zu einem Durchschnittsindex zusammengefasst. Zwar liegen Angaben zu 218 Partnerschaften für Demokratie vor, aufgrund des Antwortverhaltens wurden im Rahmen der Typenbildung jedoch 14 Fälle ausgeschlossen.

142 Es erscheint naheliegend, dass die auf übergeordneter Ebene wenig zugespitzt anmutende Ausrichtung aus der inhaltlichen Öffnung des Bundesprogramms herrührt. So erweiterte sich mit der bewussten Orientierung am Konzept der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ sowie den Entwicklungen im Kontext Flucht und Asyl das Betätigungsfeld der Governance-Arrangements. Der somit gestiegene Gestaltungsspielraum und die sich wandelnden Herausforderungen gehen mit einer ho-

fer voneinander abzugrenzen, werden sie nachfolgend im Einzelnen vorgestellt. Fünf Kurzprofile führen jeweils ausgewählte Ergebnisse quantitativer Analysen u.a. zu den Kontextbedingungen der Partnerschaften, zu Problemlagen, typischen Arbeitsschwerpunkten und Handlungselementen mit qualitativ gewonnenen Einsichten zusammen. Sie veranschaulichen die einzelnen Ansätze entlang ihrer inneren Sinnzusammenhänge und geben Hinweise zu unterschiedlichen Voraussetzungen unter denen sie entwickelt worden sind. Tabelle 2 fasst relevante charakteristische Merkmale zusammen und ermöglicht einen ersten Überblick.

Tabelle 2: Die Strategien im Überblick

	KONTEXT	ZIELE	MITTEL
Strategie der demokratischen Gegenwehr	Rechtsextremismus manifestiert sich deutlich wahrnehmbar im öffentlichen Raum. Der hohe Problemdruck wird u.a. auf lokal verortete Gruppen bzw. Akteur/Innen zurückgeführt.	Es wird die kontinuierliche Auseinandersetzung mit rechtsextremen Erscheinungsformen und deren Eindämmung angestrebt. Normative Grenzen sollen verdeutlicht und bei möglichen Verletzungen nachgezogen werden.	Partnerschaften identifizieren und problematisieren lokale rechtsextreme Ausprägungen. Sie mobilisieren für die öffentliche Einnahme von Gegenpositionen und stärken bestehende Netzwerke im Themenfeld. Darüber hinaus werden Kompetenzen sowohl im Umgang mit entsprechenden Phänomenen, als auch eine kritische Reflexionsfähigkeit geschult.
Strategie der demokratischen Erneuerung	Die Situation vor Ort ist durch schwierige Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung und eine eher passive politische Kultur gekennzeichnet.	Partnerschaften mit dieser Strategie zielen darauf ab, die politische Kultur vor Ort zu beleben, indem Impulse für ein aktives Gemeinwesen gesetzt und die Bürger/Innen zu Partizipation angeregt werden.	Es werden niedrigschwellige Angebote und Beteiligungsmöglichkeiten vorgehalten, die positive Erfahrungen mit Engagement vermitteln sollen. Darüber hinaus wird versucht an Interessen der Zielgruppen anzuknüpfen und Wissen zu programmrelevanten Themen zu vermitteln.
Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme ges. Verantwortung	Neben Rechtsextremismus werden weitere, nicht immer klar voneinander abzugrenzende Problemlagen beschrieben und die Sorge geäußert, dass Demokratie- und menschenfeindliche Einstellungen auch in der breiten Bevölkerung auf Zustimmung stoßen könnten.	Partnerschaften fokussieren neben jungen Menschen auch die breite Bevölkerung. Sie soll aufgeklärt und gegen unterschiedliche Facetten von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit immunisiert werden.	Partnerschaften dieser Gruppe wählen einen vergleichsweise breiten Ansatz. Sie suchen über aktuelle Entwicklungen vor Ort zu informieren, über Folgen demokratie- und menschenfeindlicher Einstellungen aufzuklären und für die Einnahme entsprechender Positionen im Alltag zu befähigen.
Strategie der pluralen Gemeinschaft	In Abgrenzung zu den weiteren Förderregionen ergeben sich nur bedingt charakteristische Merkmale, die Gestaltung des interkulturellen Zusammenlebens unter Anerkennung von Pluralität scheint jedoch eine zentrale Herausforderung zu sein.	Teilhabechancen am gesellschaftlichen Leben sollen erhöht und die gemeinsame Gestaltung des lokalen Nahraums gefördert werden. Ebenso sollen Werte gestärkt werden, die ein einander zugewandtes Zusammenleben fördern.	Es werden u.a. Beteiligungs- und Begegnungsmöglichkeiten geschaffen bzw. bekannt gemacht, Wissen über Minderheiten vermittelt und ein breites Netzwerk unterschiedlicher Akteursgruppen etabliert.
Strategie der Förderung demokratischer Bürgertugenden	Demokratiedistanz stellt eine zentrale Herausforderung dar. Darüber hinaus sind die Förderregionen mit weiteren Phänomenen von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit konfrontiert, wenngleich der Problemdruck nicht immer als hoch wahrgenommen wird.	Eine offene, demokratische Gesellschaft soll auf kommunaler Ebene gefördert und entsprechende Kompetenzen bzw. Werte vermittelt sowie möglichst viele Personen hinter ihnen vereint werden. Die Befähigung zur aktiven Wahrnehmung einer Staatsbürger/innenrolle stellt ein zentrales Ziel dar.	Partnerschaften wählen einen präventiven Ansatz und zielen auf langfristige Wirkungen ab. Dabei lehnen sie an Grundsätzen der politischen bzw. der Wertebildung an und vermitteln neben Wissen z.B. zum politischen System Kompetenzen u.a. zu Selbstbestimmung und zur bürgerschaftlichen Mündigkeit.

Quelle: Eigene Darstellung.

hen Anzahl fokussierter Themen einher (Anzahl Schwerpunkte je Partnerschaft 2016: $M = 4,8$) und bilden sich letztlich in den zu ihrer Bearbeitung entwickelten Konzepten, bzw. ihrer breiten Ausrichtung ab.

4.2.1 Strategie der demokratischen Gegenwehr

„Strategien der demokratischen Gegenwehr“ werden vorrangig in Regionen umgesetzt, die sich mit konkreten Herausforderungen des Rechtsextremismus konfrontiert sehen.¹⁴³ Die qualitativ befragten Koordinator/innen berichten von einem hohen Problemdruck, der u.a. auf lokal verortete Gruppen und bekannte Personen extrem rechter Szenen zurückgeführt wird. Dabei manifestiert sich das Phänomen deutlich wahrnehmbar im öffentlichen Raum, z.B. in Form von Schmierereien, Festen oder Aufmärschen. Über den Erwerb von Immobilien hinaus wird auch die Existenz sogenannter Angstzonen beschrieben.

„Das geht über ein offenes Bedrohungsszenario in bestimmten Räumen - damit meine ich auch öffentliche, das ging über Bedrohungsszenarien gegenüber wesentlichen anerkannten Menschen in dieser XXX [Förderregion, Anm. d. Verf.], XXX [Träger/in eines politischen Amtes, Anm. d. Verf.], Chefredakteur bis hin zu Hausbesuchen vor der Haustür XXX [Zeitbezug, Anm. d. Verf.] dieser Menschen, über Todesdrohungen gegen Journalisten.“ (SInt 9_84)

In Anbetracht dieser fest umrissenen Ausformungen ist die Zivilgesellschaft vor Ort in hohem Maß sensibilisiert und mobilisiert ($M=3,8$).¹⁴⁴ An den Standorten des qualitativen Samples trat sie zudem als Agenda-Setterin auf und bildete eine Keimzelle des demokratischen Engagements. Aufgrund ihres Einsatzes sehen sich die Aktiven jedoch teils massiven Anfeindungen ausgesetzt. So gaben überproportional viele Koordinator/innen an, dass zivilgesellschaftliche Akteur/innen infolge ihrer Bemühungen für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen und Übergriffen geworden seien.¹⁴⁵

Im Fokus der Strategie stehen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus.

Obschon sich in den jeweiligen Förderregionen neben den beschriebenen Herausforderungen durchaus weitere programmrelevante Problemlagen abzeichnen, weist die „Strategie der demokratischen Gegenwehr“ einen deutlichen inhaltlichen Fokus auf. Die Auseinandersetzung mit Erscheinungsformen des Rechtsextremismus wird angesichts des hohen Problemdrucks explizit in den Vordergrund der Bemühungen gerückt und auf ihre Einhegung bzw. Zurückdrängung abgezielt. Große Bedeutung kommt dabei der Organisation klarer und zeitnaher Reaktionen des demokratischen Spektrums auf die Verletzungen normativer Grenzen zu. Entsprechend lässt sich die Handlungsebene dieses streitbaren Ansatzes durch eine Trias aus „Wahrnehmen“, „Deuten“ und „Handeln“¹⁴⁶ charakterisieren.

143 Die Verteilung der Partnerschaften, die eine Strategie der demokratischen Gegenwehr verfolgen, verläuft entlang der Verwaltungseinheiten (Kommune, Landkreise, Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften) weitgehend proportional. Auffällig ist jedoch, dass diese Strategie vorrangig in den alten Bundesländern umgesetzt wird. Vgl. Tabellen 177 und 178 im Anhang des Strukturdatenbandes.

144 Vgl. Tabelle 179 im Anhang des Strukturdatenbandes.

145 75 % ($n=9$) der Koordinator/innen, die Partnerschaften dieser Gruppe ($n=12$) begleiten, gaben an, dass in ihrer Förderregion zivilgesellschaftliche Akteur/innen aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen wurden. Über sämtliche Strategietypen hinweg liegt dieser Wert bei 62 % ($n=204$). Die Angaben zu den Übergriffen beziehen sich auf die Jahre 2015 bzw. 2016. Vgl. Tabelle 180 im Anhang des Strukturdatenbandes.

146 Die Benennung dieser drei wiederkehrenden Elemente rekurriert im Kern auf die „mobile beratung gegen rechtsextremismus berlin“. Die MBR beschreibt unter diesen Schlagworten ihre lokal ausgerichtete Arbeitsweise. Auch Schellenberg merkt an, dass wirksame Maßnahmen gegen „die radikale Rechte“ (vgl. Schellenberg 2009, S. 6) ein breites, umfassendes Konzept zu Grundliegen müsse, und nutzt dabei ähnliche Schlagworte: „Probleme erkennen, benennen und der radikalen Rechten entgegen“ (ebenda, S. 6).

Normverletzungen wird begegnet und demokratische Werte vertreten.

Im Sinne des „Erkennens“ werden lokale Erscheinungsformen von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit identifiziert („Wahrnehmen“), bewertet und öffentlich problematisiert („Deuten“). Im Sinne des „Handelns“ wird für die Einnahme von Gegenpositionen mobilisiert und so die Grenzen des Akzeptierbaren durch sichtbare Zeichen des gesellschaftlichen Widerspruchs markiert ($M=3,7$).¹⁴⁷ Ein solcher Widerspruch kann durchaus unterschiedliche Formen annehmen - etwa Demonstrationen, Kundgebungen oder Aktivitäten in sozialen Netzwerken. Sie alle eint die Grundidee, wonach die Aktiven Normverletzungen mit wahrnehmbarer Missbilligung („shaming“) begegnen, derart die Unangemessenheit des entsprechenden Vorgehens signalisieren und die Geltungskraft demokratischer Werte unterstreichen bzw. erneuern.¹⁴⁸

„Woran würde ich das erkennen können? Also ich denke tatsächlich, dass es da, wenn es einen kritischen Umgang letztlich mit solchen Erscheinungsformen gibt, ein kritischer Umgang im weitesten Sinne, das heißt, es wird abgelehnt, es wird widersprochen, es wird ja, das Widersprechen ist manchmal ja nicht nur ein Sprechen, sondern manchmal auch ein sich bei einer Facebook-Gruppe entsprechend dagegen zu positionieren, zu äußern. Also Widerschreiben könnte man dann sagen. Dass es hier quasi im öffentlichen Raum auch ein Zurückdrängen davon gibt.“ (SInt-8_109)

Auch die Marginalisierung bzw. die Einschränkung der Präsenz demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen spielt eine Rolle. Gemeinsam mit entsprechenden Behörden werden Konflikte teilweise mit rechtlich-juristischem Zuschnitt ausgetragen und so z.B. Demonstrationsverbote erwirkt oder Immobilienerwerbe verhindert.

„Und dass hier sowohl Bürgermeister, als auch zivilgesellschaftlich Engagierte, oder einfach alle einfach sensibel dafür sind, wenn sich irgendwo hier Rechtsextreme eine Immobilie billig kaufen wollen. Dass sie dann natürlich auch wissen, aha, wie erkenne ich das, und wie wüsste ich es zu verhindern, oder wen muss ich vielleicht anrufen, um öffentlich dagegen mobilisieren zu können.“ (SInt 8_95).

Mobilisierung und Vernetzung stellen zentrale Bestandteile der Strategie dar.

Die Auseinandersetzung mit den Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und ihre Zurückdrängung bzw. Eindämmung wird dabei nicht nur als Kern- sondern als eine Daueraufgabe verstanden, die auch bei nachlassendem Problemdruck eng mit dem Ziel verbunden bleibt, dass die Beschäftigung mit dem Phänomen – statt reaktiv auf bestimmte Vorfälle – kontinuierlich erfolgt.

„Grundsätzlich ist es eine Daueraufgabe und immer mit dem Ziel, neue Partnerinnen und Partner zu gewinnen [...].“ (SInt 9_145)

Entsprechend gelte es, neue Akteur/innen zu erreichen und das bestehende Engagement aufrechtzuerhalten. Hierzu kooperieren die Partnerschaften mit bestehenden Netzwerken und Bündnissen bzw. suchen sie zu stützen oder zu reaktivieren und nehmen sich mitunter selbst als Bestandteil eines thematisch fokussierten Netzwerkes aus erfahrenen Streiter/innen für Demokratie wahr.

¹⁴⁷ Vgl. Tabelle 176 im Anhang des Strukturdatenbandes.

¹⁴⁸ Unter anderem Klein, Küpper und Zick (2009) verweisen auf kulturelle Normalisierungsprozesse, in deren Verlauf sich demokratiefeindliche Gruppen etablieren. Der fortwährende Einspruch gegen demokratiefeindliche Normverletzungen im Rahmen der beschriebenen Strategie kann diesen Normalisierungsprozessen ggf. entgegenwirken.

„Also was, denke ich, erreicht werden soll, ist, dass die Zivilgesellschaft, dass diese Bündnisse, die hatten sich alle mal wegen sehr konkreter Anlässe aus den Vorjahren gegründet, vernetzt, aufgestellt, und die Anlässe sind verflogen. [...] . Und da besteht die Gefahr, dass diese Netzwerke sich auch wieder entsprechend zurückziehen. Dass Leute sozusagen wieder sich rausziehen. Und da würde ich es schon auch als einen strategisch wichtigen Punkt sehen, nein, die Netzwerke müssen am Laufen bleiben, damit sozusagen sich nicht wieder hier vor Ort eine rechtsextreme Immobilie entsprechend gründet, oder auch sozusagen neue Leute rekrutieren. Ich denke, da geht es darum, diese Netzwerke am Laufen zu halten. Die Zivilgesellschaft im weitesten Sinne sprachfähig zu halten, handlungsfähig zu halten.“ (SInt 8_79)

Die dominante Rolle rechtsextremer Erscheinungsformen zeichnet sich schließlich nicht nur in der inhaltlichen Fokussierung und der fortwährenden Aktivierung, sondern auch darin ab, dass die problemzentrierte Ausrichtung weniger als eine unter mehreren Optionen, sondern vielmehr aufgrund der aktuellen Situation als nahezu alternativlos beschrieben wird. So sei eine defensive Haltung angesichts der demokratiefeindlichen Aktivitäten kaum angebracht.

„Also ich denke, der Ansatz selbst ist jetzt nicht gewählt worden als Option von vielen möglichen verschiedenen Typen, sondern vor allem eben aufgrund der Problemlage.“ (SInt 8_33).

Dennoch bleibt die Strategie keinesfalls auf eine reagierende bzw. intervenierende Anlage beschränkt. Mit der Erhöhung personaler Kompetenzen (s. Abbildung 11) zeichnet sich ein zweiter Schwerpunkt ab, der die mobilisierende Ausrichtung auf den öffentlichen Raum flankiert. Kompetenzen im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Personen ($M=3,4$) und zur Positionierung gegen entsprechende Phänomene werden ebenso gefördert wie eine kritische Reflexionsfähigkeit ($M=3,5$).¹⁴⁹ An sämtlichen Standorten des qualitativen Samples werden darüber hinaus Präventionsprojekte für Kinder- und Jugendliche umgesetzt.

Zusammenfassend zeichnet sich die „Strategie der demokratischen Gegenwehr“ also durch einen deutlichen inhaltlichen Fokus auf Erscheinungsformen des Rechtsextremismus, die Identifizierung und Deutung seiner Erscheinungsformen sowie die Mobilisierung für die öffentliche Einnahme von Gegenpositionen aus. Ein gelingender und dauerhafter Umgang mit und die Zurückdrängung von demokratiefeindlichen Phänomenen stellen demnach übergeordnete Zielstellungen dar. Dieses eher reaktive Element gewinnt in Form der Kompetenzentwicklung junger Menschen zudem einen allgemein- bzw. primärpräventiven Moment.

4.2.2 Strategie der demokratischen Ermunterung

Partnerschaften, die eine „Strategie der demokratischen Ermunterung“ verfolgen, sind überproportional häufig in den neuen Bundesländern (2016: 56 %) bzw. in Landkreisen verortet (2016: 44 %)¹⁵⁰ und setzen sich unter vergleichsweise schwierigen Rahmenbedingungen für eine demokratische politische Kultur ein. So beurteilen Koordinator/innen dieser Gruppe die strukturellen Voraussetzungen einer aktiven Beteiligungskultur eher zurückhaltend.¹⁵¹ Sie engagieren sich mitunter in Förderregionen, die nur wenige Kristallisationspunkte gelebter Demokratie aufweisen und sehen sich mit fehlenden Anknüpfungsmöglichkeiten zur Aktivierung bzw. Bündelung zivilgesellschaftlicher Potentiale konfrontiert. Diese nachteilige Ausgangslage korrespondiert mit

¹⁴⁹ Vgl. Tabelle 176 im Anhang des Strukturdatenbandes.

¹⁵⁰ Insgesamt 44 % ($n=8$) der 18 Partnerschaften dieser Gruppe sind in Landkreisen der neuen Bundesländer aktiv.

¹⁵¹ Vergleiche hierzu Tabelle 179 im Anhang des Strukturdatenbandes.

einer politischen Kultur, die in den qualitativen Interviews zwar nicht als explizit politikverdrossen oder demokratiedistanziert, jedoch als passiv beschrieben wird.

„Wir haben eigentlich Demokratie auf der denkbar untersten Ebene, des Ortes, der Gemeinde, der Stadt. Und da nehme ich einfach wahr, dass ganz viele [...] junge Menschen, aber auch natürlich Erwachsene [...] überhaupt nicht wissen, welche Entscheidungen gerade erheblich sind und anstehen, warum sie wie diskutiert werden, mit welchen Argumenten. Und wer die Akteure sind, wer sich da engagiert und wie man sich einbringen kann.“ (SInt 10_19)¹⁵²

Engagementförderung bildet den Kern der „Strategie demokratischer Ermunterung“.

Obschon manifeste Ausprägungen demokratiefeindlicher Phänomene (z.B. regelmäßige Feste extrem rechter Akteur/innen) in den Regionen vorkommen, betonen Partnerschaften dieser Gruppe zunächst die grundlegende Förderung einer demokratischen Kultur und die Aktivierung von Engagement an sich. Mit ihrer „Strategie der Ermunterung“ suchen sie die politische Kultur vor Ort zu beleben und zu Partizipation anzuregen, indem vorhandene Beteiligungsmöglichkeiten bekannt gemacht ($M=3,2$) und neue geschaffen werden ($M=3,2$).¹⁵³

„Na ja, es geht ja darum, Menschen erst mal dahin zu bringen, sich zu engagieren und ihnen [...] positive Gefühle mit Engagement auch zu vermitteln. Denn, wenn Menschen einfach in sich gekehrt sind oder die Bevölkerung eher Zuhause ist oder eher die Meinung vertritt, wir können hier eh nichts ändern [...], dann ist, glaube ich, der erste Schritt zu mehr Engagement, erst mal die Motivation sozusagen. Also die Menschen anzuregen, was zu tun. Zu informieren in Teilen, wo es eben geht und, ja, einfach sie zu begeistern für das Thema und das ist der erste Schritt. Also ich denke, das muss hier vorausgehen, bevor Menschen wirklich selbst kommen und sagen, ich möchte was tun.“ (SInt 5_81)

Je nach Zielgruppe werden dabei unterschiedliche Zugangswege genutzt und inhaltliche Schwerpunkte gesetzt. Um die örtliche „Starre“ zu lösen, setzen die Governance-Arrangements bisweilen niedrigschwellige Impulse für ein aktives Gemeinwesen. Im Rahmen offener Angebote und in Kooperation (mit z.B. Jugendpfleger/innen) werden Interessen und Bedarfe junger Menschen in den Mittelpunkt gerückt. Dabei steht die Vermittlung konkreter Inhalte nicht immer im Vordergrund. Vielmehr wird versucht, grundsätzlich positive Erfahrungen mit Engagement zu ermöglichen.

„Da würde ich auch sagen, also mit der Gelegenheitsstruktur da auch ganz eng die Zusammenarbeit einfach mit den Jugendpflegern, um diese Gelegenheitsstrukturen zu schaffen; [...] dass die Jugendlichen auch irgendwo eine Mitentscheidung haben und auch einfach bestimmte Sachen demokratisch für sich entscheiden können, ohne permanente Aufsicht von oben.“ (SInt 10_209)

Über diese niedrigschwelligen, aktivierenden Angebote hinaus vermitteln die Aktiven durchaus auch programmrelevante Inhalte. Über Schul- und Theaterprojekte werden Bekanntheit und Akzeptanz von Menschenrechten ($M=2,8$) oder das demokratische System und seine Vorzüge ($M=2,7$) thematisiert, so dass die Stärkung demokratischer Grundwerte und die Erhöhung personaler Kompetenzen zwei weitere strategische Zielstellungen dieser Partnerschaften darstel-

¹⁵² In Anlehnung an Überlegungen von Verba et al. („Civic Voluntarism“) deutet dieses Zitat auf Defizite „partizipationsrelevanter Faktoren“ hin. Mit Blick auf die Ebene des politischen Involvements („they don't want to“) fällt die Einschätzung der befragten Person zur Situation in der Förderregion sowohl bezüglich des politischen Interesses (u.a. Ausmaß, mit dem politische Entwicklungen verfolgt werden) als auch zur politischen Informiertheit (u.a. Kenntnisse über politische Abläufe, Zusammenhänge, Themen und das Institutionengefüge) zurückhaltend aus (vgl. Verba et al. 1995).

¹⁵³ Vgl. Tabelle 176 im Anhang des Strukturdatenbandes.

len können (s. Abbildung 11).¹⁵⁴ Die Förderung von Partizipation setzt schließlich nicht nur bei jungen Menschen an, sondern kann sich auch auf deren Akzeptanz, z.B. bei Verwaltung und Politik erstrecken. Unter anderem in der gemeinsamen Fortschreibung von Jugendförderplänen finden sich hier Beispiele gelingender Kooperation.

„Also die Entwicklung des Jugendförderplans XXX [Name der Förderregion, Anm. d. Verf.] basiert ganz wesentlich auf den Erfahrungen, die man bei der Implementierung des Lokalen Aktionsplans gemacht hat. Es werden [...] die Trägerstrukturen mit einbezogen und es werden auch Jugendliche mit einbezogen. Also es gibt dort Interviews, es gibt Runde Tische, es gibt Workshops, wo das Jugendamt wirklich versucht, hier auch die Expertise der Menschen, [...] mit einzubeziehen und [...] auf diesen Erkenntnissen dann versucht, den Jugendförderplan vorzuschreiben.“ (Slnt 5_61)

Erwachsene hingegen werden in den Standorten des qualitativen Samples eher über Sachthemen angesprochen. Die Vermittlung von Informationen zu aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen bzw. von Wissen z.B. über Minderheiten (M=3,2) spielt hierbei eine zentrale Rolle,¹⁵⁵ die in den qualitativen Interviews vor allem mit dem Themenschwerpunkt „Anerkennungs- und Willkommenskultur“ in Verbindung gebracht wird. Mit den beschriebenen Impulsen fokussiert die Strategie also zunächst eine allgemeinere Demokratieförderung bzw. die Beteiligungsbereitschaft an sich. Hierauf aufbauend könne dann die Auseinandersetzung mit konkreten demokratiefeindlichen Phänomenen erfolgen.¹⁵⁶

„Also wir arbeiten gerade daran, wirklich Menschen ein Stück weit zu motivieren, sich in so einem Bürgerbündnis [im Themenfeld Rechtsextremismus, Anm. d. Verf.] vielleicht zu engagieren, aber wir arbeiten nicht daran, dass wirklich hier die breite Masse das am Ende der Förderperiode tut. Also das wäre aus meiner Sicht absolut unrealistisch.“ (Slnt 5_143)

„Demokratieförderung, Toleranzerziehung ist da natürlich ein ganz großes... - Also ich sage immer ganz gerne, es ist so den Boden bereiten für was da in der nächsten Zeit einfach so kommt.“ (Slnt 10_97)

In der Gesamtschau werden vorrangig positiv konnotierte Ziele beschrieben (Toleranz, Akzeptanz von Vielfalt) und die breite Bevölkerung angesprochen, so dass der Ansatz eher präventiv ausgerichtet ist. Aufgrund der schwierigen Kontextbedingungen hängt seine Umsetzung insbesondere von einer Zusammenarbeit mit dem vorhandenen Akteur/innenspektrum ab (Vereine, Kirchen, Ämter, Parteien), die auch mit wiederholten, aufsuchenden und vertrauensbildenden Tätigkeiten der Koordinator/innen verbunden sein kann.

¹⁵⁴ Vgl. Tabellen 175 und 176 im Anhang des Strukturdatenbandes.

¹⁵⁵ Vgl. Tabelle 176 im Anhang des Strukturdatenbandes.

¹⁵⁶ Eine erste Einordnung der Strategie vor dem Hintergrund der Überlegungen von Verba et al. („Civic-Voluntarism“) erscheint naheliegend. Die Autoren widmen sich der Leitfrage „Why do citizens partizipate in political life?“ und fokussieren drei „Bündel“ hinderlicher Faktoren: Ressourcen („because they can't“), politische Involvierung („because they don't want to“) und politische Rekrutierung („because nobody asked“). Politische Involvierung bezieht sich etwas verkürzt auf die Motivation einer/s Bürger/in sich zu beteiligen (vgl. Verba et al. 1995). Die qualitativen Interviews legen zunächst ein starkes Gewicht auf die politische Rekrutierung nahe, also den direkten Versuch zum Engagement „zu verführen“. Jedoch werden auch die weiteren Bereiche berücksichtigt. So wird politische Involvierung über die politische Informiertheit angesprochen und durch den Versuch flankiert, an Interessen der Zielgruppen („Issue-Orientierung“, z.B. Thema Zuwanderung) anzuknüpfen. Der Bereich Ressourcen („because they can't“) wird schließlich über die Vermittlung von allgemeinen Kompetenzen (z.B. „Selbstwirksamkeitserwartung“) bearbeitet.

4.2.3 Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung

Partnerschaften mit einer „Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung“ sind leicht überproportional in den alten (60 %, 28), seltener hingegen in den neuen Bundesländer (28 %, 13) aktiv. Sie können auf durchschnittliche strukturelle Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung zurückgreifen¹⁵⁷ und berichten von einer gelingenden Zusammenarbeit mit Politik und Verwaltung. Rechtsextremismus und -populismus stellen besonders häufig zentrale inhaltliche Schwerpunkte dar,¹⁵⁸ wenngleich es durchaus mehrere und nicht immer klar abgrenzbare Problemlagen zu geben scheint.

„Die Ausgangssituation ist, dass eine rechtsextreme Szene existiert [...], aber das natürlich verschimmt im Zuge anderer Bestrebungen, die ich als rechtspopulistisch oder rassistisch benennen möchte [...]. Aber das Problem ist tatsächlich auch, [...] dass es einfach gesellschaftlich wirkt, bestimmte Bereiche, sei es Rassismus oder Antiziganismus oder auch antimuslimische Tendenzen und Rassismus. Also ganz verschiedene Bereiche.“ (SInt 6_64)

Stärker noch als in den Förderregionen mit einer „Strategie der demokratischen Gegenwehr“ formulieren die qualitativ befragten Koordinator/innen die Sorge davor, dass demokratie- und menschenfeindliche Einstellungen nicht nur durch einschlägige Akteursgruppen transportiert, sondern auch in der breiten Bevölkerung auf Zustimmung treffen könnten. Populistische Bewegungen schürten demnach fremdenfeindliche Ressentiments bzw. suchten an diese anzuknüpfen. Neben vor allem öffentlichkeitswirksamen Formaten, wie z.B. Demonstrationen, werden kleinere Austauschrunden, Bürger- oder Stammtische beobachtet. Darüber hinaus werden auch Rekrutierungsversuche extrem rechter bzw. religiöser Gruppierungen beschrieben.

„Und bei diesen rechtspopulistischen Demonstrationen konnten mehrere tausend Menschen mobilisiert werden. [...]. Tatsächlich hat sich auch Gegenprotest geregt, der auch sehr groß war am Anfang, und dann aber auch abgenommen hat. Also auf beiden Seiten hat es tatsächlich abgenommen. Und es zeigt sich jetzt in so alltäglichen Sachen. Es gibt diverse Stammtische, Bürgertische und hier Veranstaltungen und Gesprächsrunde, wo Bürgerinnen und Bürger eingeladen sind, mitzudiskutieren, wie das in Anführungszeichen Problem Geflüchtete, Zugewanderte und Überfremdung, alles in Anführungszeichen, Überfremdung der deutschen Gesellschaft verhindert werden kann.“ (SInt 6_82)

Die Strategie fokussiert auf die demokratische Verfasstheit der breiten Bevölkerung.

Diese Ausgangslage induziert zwei charakteristische Merkmale des strategischen Profils. Erstens scheint die Problemvielfalt bzw. die Abwesenheit eines dominierenden Themas in den Fällen des qualitativen Samples zu einer vergleichsweise breiten inhaltlichen Ausrichtung zu führen, welche mit einer Orientierung am Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit einhergeht. Diese Orientierung ermögliche aus Perspektive der Befragten u.a. die Bewahrung einer grundlegenden inhaltlichen Flexibilität sowie die Einbindung unterschiedlicher Akteursgruppen. In der Hoffnung die „demokratische Bürgerschaft“ als Gegenpol demokratie- und menschenfeindlicher Bemühungen zu stärken, richtet sich das Engagement der Partnerschaften

157 Die durchschnittlichen Bewertungen der strukturellen Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung entsprechen hier weitgehend dem arithmetischen Mittel der Gesamtverteilung. Vgl. Tabelle 179 im Anhang des Strukturdatenbandes.

158 100 % der Partnerschaften dieser Gruppe gaben im Jahr 2016 an, durch ihre Arbeit im Bereich „Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl“ Fortschritte bzw. Verbesserungen anzustreben, 85 % im Bereich „Rechtsextremismus“.

ten zweitens neben Jugendlichen, Erwachsenen und Multiplikator/innen vor allem an die „breite Bevölkerung“.

„Aber auch allgemein die Gesellschaft. Also es lässt sich nicht so gut trennen tatsächlich. Aber so grundsätzlich lässt sich eher sagen, dass wir nicht die extreme Rechte erreichen wollen, sondern alle, die demokratisch organisiert sind oder sich eben als nicht rechts verstehen bzw. vielleicht noch unentschlossen sind oder so zwiespältig sind.“ (SInt 6_139)

Sie soll sensibilisiert ($M=3,6$) werden,¹⁵⁹ indem z.B. die gesellschaftlichen Folgen demokratie- und menschenfeindlicher Einstellungen thematisiert ($M=3,6$)¹⁶⁰ und u.a. an Informationsständen oder im Kontext von historischen Stadtrundgängen verdeutlicht werden. Dabei kann das Element des „Aufklärens“ auch mahnenden Charakter annehmen – z.B. dann, wenn es darum geht, zur kritischen Auseinandersetzung mit den eigenen Vorurteilen anzuregen.

„[...] und dann eben zu mahnen und den Finger in die Wunde zu legen, reflektiert euch selber, liebe Stadtgesellschaft, reflektiert euch selber, wenn ich jetzt gegen Schwule hetze oder gegen Obdachlose oder sexistisch bin, also dieses Aufwerten von: Das ist ja weniger schlimm, um das einfach zu entkräften. Das ist so ein Ziel. Oder diese Ungleichwertigkeit dann rauszunehmen. Das ist so ein Ziel.“ (SInt 6_58)

Bürgerinnen und Bürger sollen sensibilisiert und zum Eintreten für demokratische Überzeugungen ermutigt werden.

In der Gesamtschau zeichnet sich ein Fokus auf die Individualebene ab, welcher zudem durch den Bereich der Kompetenzentwicklung betont wird. Auch hier geht es vorrangig darum, die Zielgruppen im Umgang mit demokratiefeindlichen Positionen zu stärken ($M=3,7$)¹⁶¹ bzw. zu immunisieren. Die Überführung dieser Haltungen in Handlungen im Sinne der Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung spielt schließlich ebenfalls eine bedeutende Rolle. Es steht jedoch weniger das öffentlichkeitswirksame Engagement für Demokratie und Vielfalt im Fokus als das Eintreten für demokratische Überzeugungen im Alltag, auch gegen mögliche soziale Widerstände z.B. in familiären oder beruflichen Kontexten ($M=3,5$).¹⁶²

„Wir haben gesagt, für uns ist es wichtig, dieses öffentliche Engagement zu stärken. Aber nicht unbedingt dahingehend, dass man sich bei irgendwelchen Demonstrationen auf die Straße setzt. Sondern, dass man sich im Alltag im Sinne von Argumentieren und Konflikte austragen und Gegenbeispiel geben einfach positioniert.“ (SInt 1_146)

Ähnlich wie die Strategie der demokratischen Gegenwehr kann diese vorrangig präventiv ausgerichtete Strategie auch intervenierende Züge im Umgang mit konkreten demokratiefeindlichen Phänomenen aufweisen. Es geht jedoch nur bedingt um das Marginalisieren bzw. Verdrängen entsprechender Akteure im repressiven bzw. juristischen Sinne. Hierfür seien aus Perspektive der Befragten andere zuständig. Vielmehr stehen die Erhöhung der Reaktionsfähigkeit sowie das setzen sichtbarer Zeichen im öffentlichen Raum im Zentrum der Bemühungen – der

159 Vgl. Tabelle 175 im Anhang des Strukturdatenbandes.

160 Vgl. Tabelle 176 im Anhang des Strukturdatenbandes.

161 Vgl. Tabelle 176 im Anhang des Strukturdatenbandes.

162 Jonas (2009) gibt einen anschaulichen Überblick zu unterschiedlichen Aspekten von staatsbürgerlichem Engagement und Zivilcourage. In Anlehnung an Lopez, Koetting O'Byrne und Petersen (2003) unterscheidet er dabei zwischen „physical courage“ und „moral courage“. Die hier beschriebene Form der Zivilcourage würde unter den Bereich der „moral courage“ fallen. Sie liegt vor, wenn sich die handelnde Person nicht in körperliche Gefahr begibt, sondern für eigene Überzeugungen mit dem Risiko der sozialen Ächtung einsteht.

Fokus bleibt also auch hier auf das vermeintlich demokratische Spektrum und dessen Stärkung gerichtet.

Mit der „Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme gesellschaftlicher Verankerung“ verbinden die Befragten insbesondere die Möglichkeit, langfristig zu wirken und ein breites Akteursspektrum für die Themen der Partnerschaft zu gewinnen. Dabei wählen sie angesichts der diffusen Ausgangslage einen breiten Ansatz und versuchen die Bevölkerung gegen demokratie- und menschenfeindliche Bestrebungen zu stärken, indem sie informieren und sensibilisieren. Die Reaktion auf demokratiefeindliche Bestrebungen wird zwar nicht ausgeklammert, sie steht jedoch nicht im Fokus des Engagements.

*„Wir lassen uns nicht treiben von diesen paar Typen, die hier Wellen machen.“
(SInt 1_69)*

4.2.4 Strategie der pluralen Gemeinschaft

Die „Strategie der pluralen Gemeinschaft“ wird zu gleichen Teilen im östlichen (49 %, 33) bzw. im westlichen Bundesgebiet (50 %, 34) und relativ häufig in Landkreisen (43 %, 29) umgesetzt. Darüber hinaus entsprechen die Angaben der Koordinator/innen zu den Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung weitgehend der Gesamtverteilung. Sie weisen in dieser Hinsicht also weder auf Strukturschwäche noch -stärke als charakteristische Kontextmerkmale hin. Ähnliches gilt auch für die Aufnahme von Asylsuchenden/Geflüchteten. Wie in den übrigen Fällen wurden in sämtlichen Förderregionen entsprechende Personengruppen aufgenommen. Nichtsdestoweniger legen die qualitativen Interviews nahe, dass die Förderung gesellschaftlicher Teilhabe ($M=3,1$) bei Partnerschaften dieser Strategie von besonderer Bedeutung ist. So werden die zugehörigen Handlungsdimensionen Partizipation bzw. Integration betont und die Anerkennung von Pluralität bzw. Werten, die ein einander zugewandtes Zusammenleben stützen, als Gegenstand des Engagements beschrieben (Toleranz, Vielfalt etc.).

„Also der Schwerpunkt der Integration ist einfach dem geschuldet, dass wir den Bedarf haben; dass einfach viele Menschen da sind, mit denen es sich zu beschäftigen gilt, die es zu unterstützen gilt. Und Partizipation ist ein Punkt, mit dem wir uns schon lange beschäftigen, der für unsere Region sehr schwer umzusetzen ist und dem wir uns einfach darum verstärkt widmen und der einfach sehr wichtig ist. Die jungen Leute an ihrer Lebenswelt teilhaben zu lassen und ihnen eine Stimme zu geben, also einfach an dem Landkreis einfach teilhaben zu lassen.“ (SInt 4_381)

Die gemeinsame Gestaltung des Zusammenlebens wird angeregt.

Auf der Handlungsebene bemühen sich die Partnerschaften darum, die breite Bevölkerung zur gemeinsamen Gestaltung des Zusammenlebens anzuregen und Gelegenheiten des Engagements zu schaffen bzw. bekannt zu machen ($M=3,3$).¹⁶³ Dabei kann sich dieses Engagement sowohl explizit auf die Integration von Minderheiten bzw. benachteiligten Gruppen, als auch auf die beteiligungsoffene Auseinandersetzung mit dem kommunalen Gemeinwesen als verbindenden Sozialraum beziehen.¹⁶⁴ Bürgerinnen und Bürger sollen in letzterem Fall als Akteur/innen

¹⁶³ Der Versuch die „breite Bevölkerung“ anzusprechen bildet sich in quantitativer Hinsicht auf der Ebene der Zielgruppen ab. So benennen Partnerschaften mit einer „Strategie der pluralen Gemeinschaft“ vor allem ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteur/innen (97 %, 66) und Jugendliche (97 %, 66) als Zielgruppen. Häufiger als in den übrigen Standorten werden darüber hinaus Erwachsene (88 %, 60), Senior/innen (43 %, 29) und Menschen mit Beeinträchtigung bzw. Behinderung (31 %, 21) adressiert. Vgl. Tabelle 181 im Anhang des Strukturdatenbandes.

¹⁶⁴ Vgl. Lynen von Berg 2010, S. 269ff.

und Gestalter/innen des eigenen Nahfeldes dazu aktiviert werden, ihre Interessen zu vertreten und im Engagement gemeinsame Schnittmengen zu finden.

„Also Demokratie stärken in dem Sinne, dass man jedem einzelnen Bürger klarmacht, egal welchen Alters mit welchem Hintergrund, ich selber kann die Stadt gestalten. Und dazu muss ich mich aber beteiligen. Und dazu muss ich eben auch Angebote nutzen, mich beteiligen zu können. Oder ich muss sie einfordern, und muss sagen, hallo, ich hätte gerne, und wie mache ich das, wenn ich es selber nicht weiß. Oder ich habe auch schon eine Idee, und wer macht mit. Also eben nicht dieses Abgeben und sozusagen sagen, ihr müsst, und ich will das haben, und du musst dafür sorgen, dass das so ist hier. Sondern eben tatsächlich eher: wie gestalte ich selber, und wie kann das aussehen, gemeinsam mit anderen.“ (Slnt 7_168)

Interkulturelle Kontakte sollen gefördert und Gefühle der Fremdheit abgebaut werden.

Hiermit einher geht bisweilen die Hoffnung, neben der Vermittlung zentraler Kompetenzen wie Selbstwirksamkeit auch Gefühle der Fremdheit, z.B. im Kontext kultureller Pluralisierung, zu reduzieren und zu einer offeneren lokalen Kultur beizutragen. U.a. über interkulturelle Feste wird die Vielfalt lokaler Milieus sichtbar gemacht und Berührungspunkte geschaffen, die zum Abbau von Ängstlichkeit und Distanz führen können. In Anlehnung an Ansätze des interkulturellen Lernens wird also versucht, etwaige Vorbehalte zwischen unterschiedlichen Gruppen aufzulösen, indem verstärkt Begegnungsmöglichkeiten geschaffen und Wissensbestände über Minderheiten (Kulturen, Religionen, Lebenswelten etc.) vermittelt ($M=3,2$) bzw. gesellschaftliche Folgen von demokratie- und menschenfeindlichen Einstellungen thematisiert werden ($M=3,0$).¹⁶⁵

„Also auch gerade, weil wir eben diesen positiven Ansatz sehen, dass wir sagen, wenn ich um Unterschiedlichkeiten weiß, wenn ich um Vielfalten weiß, wenn ich sie kenne, wenn ich damit lebe, wenn ich sie selber erfahre oder sogar mitarbeite, wenn wir uns immer wieder in Projekten begegnen, und es irgendwann in Anführungsstrichen egal wird, ob das jemand von XXX [Migrant/innenselbstorganisation, Anm. d. Verf.] oder ein Kind oder Jugendlicher aus einer Flüchtlingsfamilie ist oder ein XXX [Bewohner/in der Förderregion, Anm. d. Verf.], der hier schon seit fünf Generationen lebt, und wir selbstverständlich etwas zusammen für diese Stadt erreichen wollen, dann ist das für uns definitiv gelebte Integration.“ (Slnt 7_50)

Auch im Kontext „Flucht und Asyl“ werden Teilhabe-Optionen geschaffen und ein plurales Zusammenleben gestärkt. So sollen die Beteiligungschancen am gesellschaftlichen Leben erhöht ($M=3,0$) bzw. Minderheiten dazu befähigt werden, selbstständig ihre Interessen zu vertreten ($M=3,0$). Diesbezüglich setzen die Partnerschaften z.B. Projekte zur Erkundung des sozialen Nahraums um und fördern Begegnungsprojekte bzw. -stätten. Die Strategie ist also nicht ausschließlich auf die Öffnung der Mehrheitsgesellschaft ausgerichtet, sondern möchte über die beschriebenen Aspekte hinaus Minderheiten mit dem demokratischen System ($M=3,1$) sowie zentralen Normen und Werten ($M=3,1$) vertraut machen. Einen weiteren Bestandteil der Strategie stellt zudem der Versuch dar, Werten, die einem pluralen Zusammenleben zugrundeliegen (Toleranz, Vielfalt etc.), in Zusammenarbeit mit Entscheidungsträger/innen bzw. Meinungsführer/innen Geltung zu verschaffen. Diese sollen zu Achtsamkeit und Engagement motiviert ($M=3,1$) und für die Themen der Partnerschaften gewonnen werden.

„Und das war dann auch für uns ein Grund, dass wir gesagt haben, also wir wollen jetzt irgendwie mal aus denen rauskitzeln, dass die sich auch mal staten. Also dass da irgendwie auch mal so ein Statement kommt. Und die selber kriegen es schein-

165 Vgl. Tabelle 176 im Anhang des Strukturdatenbandes

bar nicht hin, aus welchen Gründen auch immer. Und haben dann eben gesagt, gut, dann schreiben wir die doch mal an und sagen, Mensch, wir haben hier doch so tolle Spielregeln, auf die sich XXX [Name eines im Themenfeld aktives Netzwerk, Anm. d. Verf.] geeinigt haben. Wollt Ihr nicht mal eine Resolution machen, also haben denen im Endeffekt so ein bisschen die Arbeit abgenommen und gesagt, hier, sagt doch mal, dass ihr auch findet, dass XXX [Name der Förderregion, Anm. d. Verf.] tolerant und offen und vielfältig sein soll, [...] schon mit diesem Hintergedanken, also Politik, bitte merkt mal, dass ihr euch auch mal dazu äußern solltet.“ (SInt 7_76)

Die qualitativen Analysen deuten zudem auf die Bedeutung der themenspezifischen Vernetzung und die Aktivierung bzw. Organisation eines breiten Spektrums engagierter Akteur/innen hin. So suchen die Standorte des Samples u.a. engagierte Personen, Vereine und Verbände sowie weitere soziale Unterstützungssysteme in Kontakt zu bringen und vorhandene Potentiale zu bündeln.

„Das ist ein Netzwerk, was nach der ersten Entwicklungsphase mehr oder weniger alle Vereine und Verbände im Stadtgebiet XXX [Name der Förderregion, Anm. d. Verf.] umfasst, [...] und auch darüber hinaus viele soziale Unterstützersysteme. Also jetzt nicht eben nur dieser Bereich Freizeitgestaltung, sondern eben tatsächlich auch – da bin ich dann auch so ein bisschen bei dem Thema Integration – tatsächlich auch in dem Sinne soziale Unterstützersysteme schwerpunktmäßig für Kinder und Jugendliche, aber auch für Eltern oder betroffene Erwachsene. [...]. Deswegen, also das Netzwerk selber, die ursprüngliche Idee der Schaffung war, dass man eben Kinder und Jugendlichen aufzeigen kann, was es für Freizeitangebote in XXX [Name der Förderregion, Anm. d. Verf.] gibt, und wie ich mich eben selber auch engagieren kann, [...], wir uns aber als Netzwerk eben auch zur Aufgabe gestellt haben, dass wir auch selber als Netzwerk eben dazu beitragen wollen, dass wir ein offenes und tolerantes XXX [Name der Förderregion, Anm. d. Verf.] haben. [...]. Und aus dieser Ursprungsidee heraus ist dann auch immer wieder die Frage entstanden, wo sehen wir zum Beispiel als Netzwerk unsere Aufgabe in der Flüchtlingsarbeit. Als dass dann letztes Jahr akuter wurde. [...]“ (SInt 7_19)

Die „Strategie der pluralen Gemeinschaft“ ist also insbesondere auf die positive Gestaltung eines heterogenen Zusammenlebens ausgerichtet und sucht u.a. die Vielfalt lokaler Milieus sichtbar zu machen. Gefühle der Fremdheit werden z.B. durch Begegnungsprojekte abgebaut. Darüber hinaus werden Teilhabe-Optionen z.B. im Kontext der Gestaltung des Gemeinwesens geschaffen. Werte und Normen bzw. Zugänge zu unterschiedlichen Kulturen werden an Menschen mit und ohne Migrationshintergrund vermittelt und nicht zuletzt auch Politiker/innen zu Achtsamkeit und Engagement angehalten.

4.2.5 Strategie der Förderung demokratischer Bürgertugenden

Partnerschaften, die eine „Strategie der Förderung demokratischer Bürgertugenden“ umsetzen, sind leicht überproportional in Kommunen (61 %, 36), seltener hingegen in Landkreisen (27 %, 16) angesiedelt.¹⁶⁶ In Entsprechung zu diesen urbaneren Gebietskulissen werden die (strukturellen) Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung vergleichsweise positiv beurteilt.¹⁶⁷ Darüber hinaus ergeben sich jedoch mit Blick auf die Kontexte kaum Auffälligkeiten und auch hinsichtlich

¹⁶⁶ Vgl. Tabelle 178 im Anhang des Strukturdatenbandes.

¹⁶⁷ Dennoch zeichnen sich auf dieser übergeordneten Ebene nur leichte systematische Abweichungen von der Gesamtverteilung ab. Allgemein deuten die bivariaten Analysen auf schwache Zusammenhänge zwischen den Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung und den Strategien hin. Das Zusammenhangsmaß Cramers V beträgt zwischen ,15 und ,21.

der Problemlagen verbleibt das Profil eher unscharf.¹⁶⁸ So schildern die qualitativ befragten Koordinator/innen ähnlich wie in Regionen mit einer „Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung“ mehrere programmrelevante Herausforderungen, die sich mitunter im Wandel befinden und nicht immer eindeutig zu konturieren sind. Aktivitäten der extremen Rechten/Linken sind demnach ebenso Gegenstand der Ausführungen wie rechts-populistische Bestrebungen bzw. islamistische Orientierungen/Handlungen. Über dies wird eine politische Kultur beschrieben, die trotz der guten Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung von einer gewissen Demokratiedistanz geprägt sei.

„Also ursprünglich wurde der Antrag gestellt, glaube ich, weil es hier eine Problemlage gab in Richtung [...] Salafismus. [...]. Es ist [...] aber jetzt nicht das Kernproblem, genauso wie es auch jetzt so einen latenten Rechtsruck vielleicht gibt, und aber andere Sachen auch, auch Linksextremisten.“ (SInt 2_33)

„Also ich sag mal, XXX [Name der Förderregion, Anm. d. Verf.] hat ja auch eine Wendung im [...] Auftreten von [...] den sogenannten Rechtspopulisten gehabt in den letzten zwei Jahren. Die uns alle nicht sehr glücklich stimmt. [...]. Aus den umliegenden Landkreisen haben sich also die [...] 'harten Rechten' zusammengetan und haben sich dann im Prinzip als die Bürgerfreundlichen hier dargestellt. Und [...] die XXXer [Name der Förderregion, Anm. d. Verf.] Bevölkerung ist da also ein Stückweit auch hinterhergelaufen.“ (SInt 3_53)

Die Bedeutung einer nachhaltigen Perspektive wird betont und Demokratieförderung in den Vordergrund gerückt.

Angesichts der vielfältigen Herausforderungen fokussieren die Partnerschaften des qualitativen Samples mit der Demokratieförderung einen Bereich, der am Schnittpunkt der jeweilig relevanten Phänomene steht¹⁶⁹ und ergänzen diesen mit Blick auf aktuelle Entwicklungen um weitere Themen. Dabei wird bewusst ein eher genereller, als auf eine spezifische Problemlage ausgerichteter Ansatz gewählt und die Bedeutung nachhaltiger Prävention hervorgehoben.¹⁷⁰

„Also ich würde das jetzt nicht auf eine Problemlage fokussieren. Sondern allgemein die ganzen Problemlagen, die wir jetzt aufgezählt haben, also die würde ich da schon ein bisschen gleichberechtigt nebeneinander sehen. Für mich ist das oder für uns ist das eigentlich so eine allgemeine Einstellungsfrage, die man da stellen muss. Und das hat jetzt nichts im Prinzip mit - sag ich mal - einer Gewichtung der unterschiedlichen Problemlagen zu tun. Eine generelle Herangehensweise - so würde ich es vielleicht nennen. [...].“ (SInt 3_142)

„Es war uns von Anfang an wichtig, präventiv zu arbeiten, also wirklich, ja, an demokratischen Grundwerten zu arbeiten und an so einem allgemeinen Umgang miteinander und einer Toleranz füreinander, und nicht jetzt so explizit bestimmte Problemgruppen zu benennen und herauszugreifen und damit zu arbeiten, sondern eben ganz allgemein, [...].“ (SInt 2_23)

168 So gestaltet sich u.a. die Verteilung der Partnerschaften über die alten und neuen Bundesländer weitgehend proportional. Vgl. Tabelle 177 im Anhang des Strukturdatenbandes.

169 Dieser Befund deckt sich mit den Ergebnissen des prozessbegleitenden Monitorings. 90 % (53) der Koordinator/innen dieser Gruppe gaben an, im Bereich „Demokratiedistanz“ Fortschritte bzw. Verbesserung erzielen zu wollen. Vgl. Tabelle 182 im Anhang des Strukturdatenbandes.

170 Die generelle Herangehensweise und die hiermit einhergehende Breite des Handlungsrepertoires bestätigt die Befunde der quantitativen Erhebung. Vgl. Abbildung 11.

Demokratie als Lebensform und eine mündige Bürgerschaft stehen im Fokus.

Im Zentrum des langfristig orientierten Engagements steht die Stärkung einer mündigen Bürgerschaft, welche Demokratie als Lebensform verinnerlicht¹⁷¹ und eine aktive Rolle im kommunalen Gemeinwesen einnimmt („Citoyen“). Hierzu setzen die Partnerschaften vorrangig auf der Individualebene an. Jedoch liegt das Hauptaugenmerk im Gegensatz zur „Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme gesellschaftlichen Verantwortung“ weniger darauf zu mahnen bzw. das alltägliche Eintreten für demokratische Überzeugungen zu befördern. Vielmehr stärken sie zuvorderst personale Kompetenzen ($M=3,7$) sowie relevante Grundwerte ($M=3,6$) und suchen drittens Möglichkeiten des demokratischen Austauschs bzw. Wirkens zu schaffen. Dabei richtet sich diese Strategie häufiger als andere z.B. an Kinder (71 %, 42), Menschen mit Migrationshintergrund (86 %, 51) und Asylsuchende/Geflüchtete (83 %, 49). Nahezu jeder Standort gibt zudem Jugendliche als Zielgruppe an (98 %, 58).

„Also ich würde schon sagen XXX [zeitlicher Bezug, Anm. d. Verf.], dass es eigentlich eher in die Richtung vom Demokratieverständnis, demokratisches Handeln geht. Und das ist der Schwerpunkt. [...] Und Kompetenzen [...] zu fördern beziehungsweise zu entwickeln bei den verschiedensten Zielgruppen. Damit es dann im Prinzip nachhaltig wirken kann. [...] Wir wollten mit den Mitteln, die uns hier zur Verfügung gestellt worden sind, keine kurzzeitig wirkenden Projekte. Es sei denn, man hat mal ein Themengebiet, was man einfach bearbeitet, und es ist dann wieder gut. Aber das ist es ja bei sozialen Kompetenzen oder so nie. Da muss man immer dranbleiben.“ (SInt 3_84)

Auf der Handlungsebene wird der Kompetenzentwicklung besonderes Gewicht zuteil. Unter anderem im Rahmen von Schulprojekten, Anti-Aggressionstrainings bzw. von Projekten der politischen Bildung werden Fähigkeiten der bürgerschaftlichen Mündigkeit und Selbstbestimmung ($M=3,8$) oder Konfliktlösungsstrategien ($M=3,8$) gefestigt. In Verbindung mit der Vermittlung relevanter Wissensbestände (z.B. zum politischen System) sollen Prinzipien eines demokratischen Zusammenlebens an die Zielgruppen herangetragen und diese beim Erwerb von Schlüsselkompetenzen wie Selbstwirksamkeit, Empathie und Eigeninitiative unterstützt werden. Bezüglich zentraler demokratischer Prinzipien bzw. relevanter Grundwerte engagieren sich die Partnerschaften zudem für die Bekanntheit und Akzeptanz der Menschenrechte ($M=3,7$) und setzen diesbezüglich unter anderem Schulprojekte um.

„Warum wollen wir und warum brauchen wir eine Demokratie oder auch nicht? Und was sind denn überhaupt die Werte? Und das fängt ja auch da an, wenn man überhaupt in einer Gruppe arbeitet, erst mal zu klären: Wie reden wir überhaupt miteinander und wie gehen wir denn miteinander um? Und warum kann jetzt nicht jeder einfach dazwischen schreien? Und wie kann ich jemandem auch vielleicht sagen, wenn ich etwas nicht so gut finde, ohne den gleich irgendwie zu beleidigen? [...]“ (SInt 2_142)

„Sie sollen eigentlich - sag ich mal - handlungsfähiger gemacht werden als bisher. So würde ich es jetzt mal nennen. Im Prinzip mit den Problemen, die sich so im Alltäglichen [...] ergeben, auch umzugehen. [...] Zu gucken, dass sie also mit Regeln und Normen umgehen können. [...] Also sag ich mal, ihnen die Möglichkeit zu geben, sie zu befähigen, selber mit den Dingen klarzukommen. Und natürlich dann auch entsprechend zu agieren. [...]“ (SInt 3_138)

171 Vgl. z.B. Edelstein 2009 für eine kursorische Darstellung.

Die gelebte demokratische Praxis vor Ort wird zum Gegenstand des Engagements.

Die Strategie zielt also in hohem Maße auf die Subjektebene und mutet insbesondere in der Zusammenarbeit mit Heranwachsenden als Ansatz der Demokratie- und Toleranzerziehung an. Aber auch die gelebte demokratische Praxis vor Ort kann zum Gegenstand der Bemühungen werden. Entscheidungsträger/innen bzw. Meinungsführer/innen werden zu Achtsamkeit und Engagement angeregt ($M=3,6$), der konstruktive Dialog als Grundlage eines friedlichen Zusammenlebens erlebbar gemacht ($M=3,8$) und Formen des Austauschs zu aktuellen Themen geschaffen. Z.B. im Rahmen von Bürgerdialogen und -foren oder innovativen, aufsuchenden Ansätzen wie Demokratiemobilen sollen u.a. gesellschaftliche Entwicklungen entlang der Interessen und Sorgen vor Ort aufgegriffen, relevante Wissensbestände vermittelt ($M=3,7$) und zur Diskussion zwischen Politik und Zivilgesellschaft ermuntert werden.¹⁷² Derart könne nicht nur der Verbreitung demokratiefeindlicher Positionen entgegen gewirkt, sondern auch eine mögliche Distanz zwischen Bürger/innen und politischem Personal verringert werden.

„Distanz ist, glaube ich, das eine. Sich zu trauen, mit dem Bürger ins Gespräch zu kommen und ihn auch wahrzunehmen, dass er Sorgen, Nöte und auch Wut hat. Ja? Das Wutthema ist wirklich so auch mein Thema. Wo ich immer sage: Wir müssen mit den Bürgerforen da einfach nochmal das Podium auch eröffnen. Und auf der anderen Seite ihn wirklich, ja, auch ernstnehmen. Und einbeziehen. [...]“ (SInt 3_132)

In Übereinstimmung mit den quantitativen Ergebnissen berichten die Partnerschaften des qualitativen Samples über die Initiierung demokratischer Diskurse hinaus von Versuchen, auch weitere Formen der demokratischen Beteiligung zu fördern ($M=3,5$). So wird z.B. Jugendbeteiligung in relevanten Gremien angeregt oder bei der Gestaltung von Jugendförderplänen mitgewirkt.

„Wir haben dafür gesorgt, dass Jugendbeteiligung ein Schwerpunkt im aktuellen Jugendförderplan wird und dass sich die Jugendförderplanung daraufhin auch geändert hat und dass es einmal öffentlich festgeschrieben ist, dass das ein Bereich sein soll, mit dem wir uns hier beschäftigen.“ (SInt 2_232)

„Also wir haben in XXX [Name der Förderregion, Anm. d. Verf.] schon sehr gute Erfahrungen mit verschiedenen Beteiligungsmöglichkeiten gemacht. Ob das jetzt Jugendbeirat, Jugendforum, Jugendrat, Kinder- und Jugendbeirat/ Ach, was weiß ich nicht alles. Wir haben immer noch einen Sitz im Jugendhilfeausschuss, auf dem ich immer sitze. Den festhalte, dass er nicht wegkommt. Dass die irgendwann, wenn sie soweit sind, das auch wahrnehmen können. Und da kann man ganz einfach hoffen, dass solche Aktivitäten auch wirklich anerkannt werden.“ (SInt 3_150)

Der eher generelle und auf eine allgemeine Demokratieförderung ausgerichtete Ansatz wird bisweilen um zusätzliche Schwerpunkte ergänzt. Von einer direkten, öffentlich-mobilisierenden Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Phänomenen wie zum Beispiel im Rahmen der „Strategie demokratischer Gegenwehr“ wird jedoch Abstand genommen. Zwar finden sich entsprechende Handlungselemente wieder, ihr Stellenwert ist mit Blick auf das Gesamtrepertoire etwas relativiert, so dass sich nicht den Kern des Ansatzes zu bilden scheinen.¹⁷³ Neben der bewussten Entscheidung für einen allgemein-präventiven Ansatz und einem als eher gering erlebten Problemdruck kann hierfür mitunter die Existenz weiterer Akteur/innen im Themenfeld

172 Vgl. Tabelle 176 im Anhang des Strukturdatenbandes.

173 Zum Beispiel werden öffentlich wahrnehmbare Zeichen des gesellschaftlichen Einspruchs gesetzt ($M=3,5$). Vergleiche Tabelle 176 im Anhang des Strukturdatenbandes.

von Bedeutung sein. So wird u.a. von Netzwerken oder Gruppen berichtet, die bereits eine mobilisierungsorientierte Strategie verfolgen.

„Und ich sag mal, wir haben natürlich auch hier das Problem gehabt, dass die autonome Antifa, die ja bei Demonstrationen in der ganzen Bundesrepublik ein Akteur ist, [...] aktiv ist. Ob jetzt immer mit den ganz richtigen Mitteln, das sei jetzt mal dahingestellt. Die sind natürlich hier auch gut aufmarschiert. Und haben also das Lager der Gegendemonstranten verstärkt. Allerdings auch mit den entsprechenden Sprüchen, die so der eine oder andere Demokrat hier nicht so ganz versteht. Und auch nicht verstehen muss. [...]. Deswegen ist zum Beispiel auch die autonome Antifa nicht unbedingt in unserem Bündnis aktiv.“ (SInt 3_110)

4.3 Verortung der Strategien im Bereich der Prävention

In den vorangehenden Abschnitten wurde aufgezeigt, dass die Partnerschaften bei der Entwicklung eines demokratischen Gemeinwesens auf ein breites Repertoire zurückgreifen. Sie setzen unterschiedliche Schwerpunkte und entwickeln individuelle Vorgehensweisen, die sich in der Kombination bzw. der Akzentuierung verschiedener Handlungselemente abbilden. In diesen Kombinationen wurden wiederkehrende Muster nachgezeichnet und fünf Gruppen integrierter Handlungsstrategien beschrieben. Die fünf Strategien beziehen sich sämtlich auf den Umgang mit Vielfalt bzw. die Prävention von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit. Um sie über die profilierende Einzeldarstellung hinaus voneinander abzugrenzen und weitere Anhaltspunkte ihrer Entwicklungsbedingungen zu bergen, bieten sich demgemäß zwei Konzepte der Präventionsforschung an.¹⁷⁴

- **Verhaltens- und Verhältnisprävention:** Als „Präventionsstrategien“ lassen sich die Ansätze der Partnerschaften zunächst danach unterscheiden, ob sie „direkt Veränderungen bei Individuen, in ihrem Handeln und ihren Einstellungen zu erreichen suchen (personelle beziehungsweise Verhaltensprävention) oder ob sie über die Veränderung von Umweltbedingungen (vor allem Strukturen) eine Risikoeindämmung beziehungsweise -minimierung intendieren (institutionelle beziehungsweise Verhältnisprävention).“¹⁷⁵
- **Ressourcen-, Stress- und Störungsorientierung:** Zweitens lassen sich die Partnerschaften anhand ihrer Zugangsweisen unterscheiden, also durch die Beantwortung der Frage, ob sie eher unspezifisch ausgerichtet sind und allgemeine Schutzfaktoren stützen bzw. Risikofaktoren vermindern („ressourcenorientiert“) oder ob sie spezifisch auf ein konkretes „Problem“ ausgerichtet sind („stressorientiert“ oder „störungszentriert“).¹⁷⁶ Zielen Ansätze der ersten Gruppe (unspezifisch bzw. ressourcenorientiert) verstärkt auf Sozialisations- und Erziehungsbedingungen bzw. auf ein gelingendes Hineinwachsen in die Gemeinschaft ab, fokussieren letztere eher vorhandene Risikofaktoren („stressorientiert“),

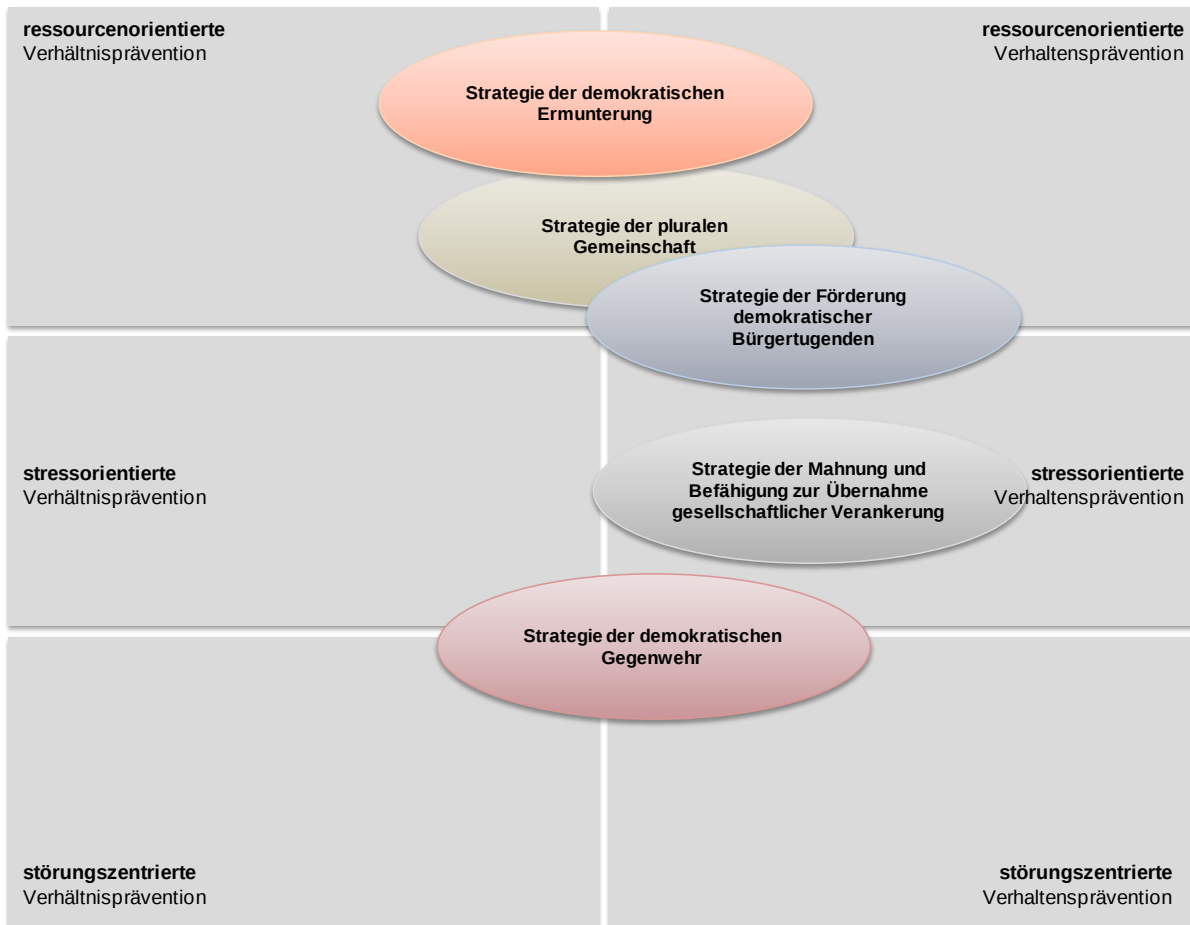
174 Dieser ersten Systematisierung liegt ein vergleichsweise breiter Präventionsbegriff zugrunde. In Anlehnung an Günther Gugel möchten wir die Prävention von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit als die Gesamtheit „aller staatlichen und privaten Bemühungen, Programme und Maßnahmen definieren“, welche die entsprechenden Phänomene „verhüten, mindern oder in ihren Folgen gering halten sollen“ (Gugel 2006, S. 31). Entsprechend ist das Begriffsverständnis auch mit jenem von Gerald Caplan (1964) in Einklang zu bringen – Maßnahmen, die die Eindämmung einer bereits eingetretenen Störung zum Ziel haben, lassen sich also nachwievor mit dem Präventionskonzept fassen.

175 BMFSFJ 2014, S. 70.

176 Diese zweite Ebene der Heuristik entstammt dem Bereich der Gesundheitsprävention und rekurriert im Kern auf die Einteilung von Perrez und Hilti (2005, S. 402). Sie unterscheiden zwischen störungszentrierter, stressorientierter und ressourcenorientierter Prävention. Bezieht sich erstere auf spezifische Präventionen für bestimmte Störungen (z.B. rechtsextreme Aufmärsche), zielt die zweite auf Präventionen ab, welche konkrete Stressoren zum Gegenstand haben (z.B. Desintegration). Die ressourcenorientierte Prävention gestaltet sich schließlich eher unspezifisch und ist auf Störungsverhinderungen bezogen, welche im Dienst einer allgemeinen Gesundheitsförderung (z.B. allgemeine Demokratieförderung) stehen (vgl. Leipold 2015, S. 177).

situative Aspekte und manifeste Erscheinungsformen demokratiefeindlicher Phänomene („störungszentriert“).

Abbildung 12: Verortung der Strategien im Bereich Prävention¹⁷⁷



Quelle: Eigene Darstellung.

Die Strategien sind schwerpunktmäßig verhaltenspräventiv und ressourcen- bzw. stressorientiert.

Abbildung 12 verortet die Strategien sichtbar entlang der beschriebenen Konzepte. Ihr ist zu entnehmen, dass sie vorrangig im Bereich der ressourcenorientierten Verhaltensprävention zu verorten sind. Zwar reagieren Partnerschaften aus sämtlichen Gruppen auf manifeste Formen von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit, einen *störungszentrierten* Kern legen jedoch hauptsächlich die Interviews zur „**Strategie der demokratischen Gegenwehr**“ nahe. Hier wird u.a. aufgrund des wahrgenommenen Problemdrucks die öffentliche Auseinandersetzung mit konkreten Erscheinungsformen des Rechtsextremismus in den Vordergrund gerückt. Dabei steht deutlicher als bei anderen Ansätzen die Risikoeindämmung über eine Veränderung von Umweltbedingungen im Fokus. Es werden Netzwerke und breite gesellschaftliche Bündnisse unterstützt, Reaktionsschemata entwickelt und sichtbare Zeichen im öffentlichen Raum gesetzt, so dass Elemente der *Verhältnisprävention* erkennbar sind. Die Stärkung personaler Kompetenzen stellt ein zweites Merkmal dieses Ansatzes dar (s. Abschnitt 4.2.1) und ist auf der individuellen Ebene zu verorten (*Verhaltensprävention*).

¹⁷⁷ Vgl. BMFSFJ 2014, S. 70.

Zwar sind auch Partnerschaften mit einer „**Strategie der Förderung demokratischer Bürger-tugenden**“ mit manifesten Problemlagen konfrontiert, einzelne Phänomene stellen jedoch nicht den Fokuspunkt des strategischen Engagements dar. Im Mittelpunkt steht vielmehr eine „generelle Herangehensweise“ die auf allgemeine Demokratieentwicklung bzw. die Förderung einer demokratischen Bürgergesellschaft abzielt. Hierbei richtet man sich sowohl eher unspezifisch z.B. an Jugendliche bzw. Schüler/innen (*Ressourcenorientierung*) als auch an die breite Bevölkerung. U.a. sollen aktuelle Fragen und Sorgen (*Stressorientierung*) aufgegriffen und zum Gegenstand eines konstruktiven Dialogs gemacht werden. Mittels der Erhöhung personaler Kompetenzen und der Stärkung demokratischer Grundwerte (*Verhaltensprävention*) werden vor allem auf der individuellen Ebene Effekte angestrebt. Über die Verhaltensprävention hinaus suchen Partnerschaften dieser Gruppe auch auf Strukturen und Konzepte einzuwirken, indem sie z.B. bei der Entwicklung von Jugendhilfeplänen mitwirken oder die Jugendbeteiligung in politischen Gremien stärken (*Verhältnisprävention*).

In Förderregionen, in denen die „**Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung**“ umgesetzt wird, beschreiben die qualitativ befragten Akteur/innen eine Situation, die durch die Sorge gekennzeichnet ist, dass Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in der breiteren Bevölkerung auf Anklang stoßen könnten. Vor diesem Hintergrund richten sich die Partnerschaften vorrangig an die vermeintlich bedrohte Bürgerschaft und machen vorhandene Risikofaktoren (*Stressorientierung*) zum Gegenstand des Engagements. Jedoch suchen die zugehörigen Fälle im Gegensatz zur Strategie der demokratischen Gegenwehr Veränderungen eher direkt bei Individuen zu erreichen. Insoweit scheint dieser Ansatz stärker subjektbezogen bzw. *verhaltenspräventiv* ausgerichtet.

Wie in Abschnitt 4.2.2 ausgeführt, streben Partnerschaften mit einer „**Strategie der demokratischen Ermunterung**“ danach, junge Menschen über niedrigschwellige Angebote zu Partizipation anzuregen und positive Engagementserfahrungen zu vermitteln. Veränderungen werden also zunächst unmittelbar bei den Zielgruppen angestrebt, so dass Elemente der *Verhaltensprävention* im Vordergrund stehen. Da nur eingeschränkt auf vorhandene organisatorische Knotenpunkte bürgerschaftlichen Engagements zurückgegriffen werden kann, kommt auch der Strukturentwicklung und der Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen ein gewisser Stellenwert zu (*Verhältnisprävention*). Die qualitativen Interviews deuten zudem daraufhin, dass es weniger um den Umgang mit konkreten „Störungen“ oder Vorfällen (z.B. Aufmärsche rechtsextremer Akteur/innen) geht, als um die Erhöhung der Beteiligungsbereitschaft an sich bzw. eine allgemeine Demokratieförderung. Mit Blick auf die zweite Ebene der Präventionskonzepte ist also die Einordnung im Bereich „*Ressourcenorientierung*“ naheliegend.

Mit der „**Strategie der pluralen Gemeinschaft**“ zielen Partnerschaften schließlich auf die Gestaltung des Zusammenlebens heterogener Gruppen ab. Dabei befördern sie Integration indem Beteiligungsmöglichkeiten und Teilhabe-Optionen eröffnet werden. Z.B. mit Begegnungsstätten werden Strukturen geschaffen bzw. unterstützt, so dass Elemente der Verhältnisprävention erkennbar sind. Mit der Stärkung der Akzeptanz sozialer Konventionen der Vermittlung von Wissen werden nahezu gleichrangig Elemente der Verhaltensprävention umgesetzt.

Partnerschaften richten sich also nicht entweder ressourcen- oder störungszentriert bzw. verhaltens- oder verhältnispräventiv aus, sondern berücksichtigen je nach lokalspezifischen Besonderheiten Facetten mehrerer Dimensionen. Welche Ausgestaltungsoptionen letztlich überwiegen hängt von mehreren Faktoren ab. Zwar war ihre weitere Bestimmung nicht Gegenstand

der Untersuchungen, den qualitativen Interviews können dennoch erste Hinweise auf konkrete Einflussgrößen entnommen werden.¹⁷⁸

Partnerschaften des qualitativen Samples mit einem eher *störungszentrierten Zugang*

- berichten von einem hohen Problemdruck,
- der aus einer klar abgrenzbaren Problemlage resultiert,
- sind in Förderregionen aktiv, in denen die Zivilgesellschaft Keimzelle des jeweiligen Engagements war und
- haben diese in das Kernnetzwerk eingebunden.

Partnerschaften des qualitativen Samples mit einem eher *stressorientierten Zugang*

- berichten von eher diffusen Problemlagen und
- teilen die Einschätzung, wonach demokratie- und menschenfeindliche Positionen auch in der breiteren Bevölkerung auf Anklang stoßen könnten.

Partnerschaften des qualitativen Samples mit einem eher *ressourcenorientierten Zugang*

- beschreiben den Problemdruck in der Förderregion und/oder
- die Beteiligungsbereitschaft der Zivilgesellschaft als gering und/oder
- sind von einem stärker verwaltungsseitigen Einfluss gekennzeichnet.

Zusammenfassend hat die Systematisierung der Strategien deutlich gemacht, dass die Partnerschaften in ihrem Engagement für Demokratie und Vielfalt auf ein umfassendes Repertoire zurückgreifen. Es zeichnet sich eine breite Bezugnahme auf die jeweiligen Handlungsdimensionen bzw. die zugehörigen -elemente ab, so dass sich die fachlichen Vorgehensweisen wechselseitig keineswegs völlig auszuschließen scheinen. Die spezifischen Mischungen bzw. Betonungen der einzelnen Handlungselemente ergeben dennoch fünf wiederkehrende Muster, die das Vorgehen der Partnerschaften charakterisieren. Dabei kennzeichnet die Strategien mehrheitlich eine längerfristige Perspektive, die zwar bisweilen um reaktive Elemente ergänzt wird, jedoch vorrangig auf die dauerhafte Stärkung der Bürger/innen bzw. des demokratischen Spektrums abhebt.

4.4 Lokales Klima der Bedrohung in den Partnerschaften für Demokratie

Die bundesweiten Entwicklungen zu Anfeindungen von Geflüchteten und zivilgesellschaftlich Engagierten sowie vereinzelte Rückmeldungen von Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen, selbst Opfer von Bedrohungen, Beleidigungen und Übergriffen geworden zu sein, veranlassten das ISS-Frankfurt a.M. im Jahr 2016 erstmalig dazu, standardisierte Daten zur aktuellen Situation hinsichtlich der Bedrohungslagen in den Förderregionen der Partnerschaften für Demokratie zu erheben.

Im Ergebnis zeigte sich, dass polarisierte öffentliche Auseinandersetzungen und Proteste gegen Zuwanderung das öffentliche Klima und die Diskurse in sozialen Medien prägten. 60 % der Koordinator/innen (131) gaben an, dass in ihren Standorten Geflüchtete Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen geworden waren.¹⁷⁹ Sie meldeten ebenfalls zu 61 % (133) zurück, dass in ihrem Standort auch zivilgesellschaftliche Akteure aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft von Beleidigungen, Bedrohungen oder

178 Bezüglich der Einordnung in Verhaltens- und Verhältnisprävention lassen die Untersuchungen bislang kaum eindeutige Aussagen zu. Es weisen sämtliche Strategien entsprechende Elemente auf, so dass kaum generalisierende Schlüsse möglich erscheinen.

179 Vgl. ISS/Camino 2016, S. 221, Tabelle 106.

Übergriffen betroffen waren.¹⁸⁰ Opfer waren ferner Politiker/innen und Mitarbeiter/innen der Verwaltung sowie in Einzelfällen Koordinator/innen selbst.

Diese Befunde machten deutlich, dass demokratisch engagierte Akteur/innen ebenso häufig von Anfeindungen und Übergriffen betroffen waren wie Geflüchtete und darüber hinaus, dass die Mehrzahl der Fördergebiete Anfeindungen zu verzeichnen hatte. Vor diesem Hintergrund wurde eine Abwertungs- und Bedrohungslage konstatiert, die sich weit über die bekannten Phänomene der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit hinaus erstreckte und auch Personen mit einschloss, die demokratische Werte offen vertreten, leben und für diese beruflich aktiv sind.

Im diesjährigen Monitoring wurde die Fragestellung nach den Bedrohungslagen in den Fördergebieten erneut aufgegriffen und vertiefend untersucht. Zusätzlich zu den menschenfeindlichen Vorkommnissen wurden Informationen zu den in den Fördergebieten vertretenen demokratiefeindlichen Akteursgruppen, zur Formierung der zivilgesellschaftlichen Akteur/innen, zu lokalen Vorkommnissen und demokratischen Gegenmaßnahmen erfasst. Auf diese Weise soll ein detaillierter Einblick in die Situation in den lokalen Gemeinwesen – über eine Erfassung der Anfeindungen und Übergriffe hinaus – gegeben werden. Hierzu gehört schließlich auch ein Überblick zu den Auswirkungen demokratie- und menschenfeindlicher Vorfälle auf die kommunale Verfasstheit der Fördergebiete.

Die präsentierten Daten sind nicht im Duktus einer Kriminalitätsstatistik zu lesen. Sie geben keine objektiven Daten wider, sondern spiegeln vielmehr die Einschätzungen der Koordinator/innen als Expert/innen für ihr jeweiliges Fördergebiet zurück. Sie dokumentieren ferner nicht den aktuellen Stand der Vorkommnisse für das laufende Jahr 2017, sondern wurden überjährig für den Zeitraum eines Jahres vom 01. Juli 2016 bis 30. Juni 2017 erhoben.

4.4.1 Auftreten demokratiefeindlicher Akteur/innen in den Fördergebieten der Partnerschaften für Demokratie

Nach Angaben der Koordinator/innen sind in 75 % der Förderregionen (196) rechtsextreme Organisationen und/oder Gruppierungen vertreten und auch öffentlich wahrnehmbar aktiv. Aus 41 % (107) der Partnerschaften wird von einem wiederholten öffentlichen Auftreten dieser Zusammenschlüsse berichtet. Während Verantwortliche nahezu ebenso häufig (73 %, 192) zurückmelden, dass es aktive mit populistischen Positionen sympathisierende Bürger/innen gibt, treten rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen hingegen in etwas mehr als der Hälfte der Standorte (54 %, 141) öffentlich wahrnehmbar handelnd auf. Aktive rechtsaffine subkulturelle Gruppen gibt es nach Angaben der Koordinator/innen in 41 % der Partnerschaften (107).¹⁸¹ In 158 Standorten (60 %) sind sowohl aktive rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen als auch mit rechtspopulistischen Positionen sympathisierende Bürger/innen anzutreffen.¹⁸² Damit haben rechtsextreme Akteur/innen zumindest potentiell die Gelegenheit, in Teilen der Bevölkerung anschlussfähige öffentliche Diskurse zu lancieren.

Die Vielfalt der Akteur/innen des rechtsgerichteten demokratie- und menschenfeindlichen Spektrums nimmt zu.

Die vor Ort aktiven rechten Gruppierungen und/oder Organisationen werden von den Koordinator/innen als sich stetig verändernde Akteurszusammenschlüsse wahrgenommen. So würden z.B. einschlägige Personen der „rechten Szene“ sich über längere Zeiträume hinweg in unterschiedlichen Aktions- bzw. Organisationsformen zusammenschließen bzw. sich überschnei-

¹⁸⁰ Vgl. ISS/Camino 2016, S. 222, Tabelle 108.

¹⁸¹ Vgl. Tabelle 154 im Anhang des Strukturdatenbandes.

¹⁸² Vgl. Tabelle 134 im Anhang des Strukturdatenbandes.

dende Gruppen bilden. Die Szene sei fluide, durchaus auch zeitweise inaktiv, um dann wieder – z.T. neu formiert – öffentlich in Erscheinung zu treten.

Neben einer Veränderung der Zusammenschlüsse rechtsextremer Gruppierungen nehmen die Mitarbeiter/innen vor Ort auch eine Erweiterung der Akteursgruppen wahr. Während zuvor identifizierbare Organisationen und eindeutig zuordenbare Personen existiert hätten, würden zunehmend Akteur/innen in unterschiedlichen Funktionen öffentlich in Erscheinung treten.

„[...] Die Akteursvielfalt ist breiter geworden. [...] Früher gab es die lokale Kameradschaft. Irgendwann ist die lokale Kameradschaft XXX [Name der Kameradschaft, Anm. d. Verf.] ihr Stützpunkt geworden. Das war aber der gleiche begrenzte Teilnehmerkreis. Jetzt haben wir Abgeordnete des Landtages, Identitäre, Kameradschaften, XXXgida [lokaler Ableger der Pegida, Anm. d. Verf.]. Die sich dann auch mal gespalten hatten. [...] Also ich glaube, für die Leute, die sich engagieren, ist es schwierig geworden. Weil die Akteursvielfalt so unterschiedlich ist und auch die Partei XXX [Name der Partei, Anm. d. Verf.] nicht so zu packen ist.“ (BLInt 9_39)

Zudem erweitere sich bei Aktionen der Teilnehmer/innenkreis um Mitglieder der jeweils vor Ort agierenden weiteren Gruppierungen. Insbesondere mit dem Auftreten rechtspopulistischer und parteigebundener Akteur/innen seien Veränderungen aufgetreten, wonach ein Mehr an Infrastruktur und auch an Manpower bereitstünden, um Aktionen durchzuführen und Positionen wahrnehmbar zu vertreten, an die rechtsextreme Akteur/innen, aber auch Teile der Bürgerschaft, anschließen könnten. Opferberatungsstellen konstatieren in diesem Zusammenhang zudem, dass sich im Zuge der geführten Asyldebatte rechtsextreme Gruppierungen vitalisieren konnten.

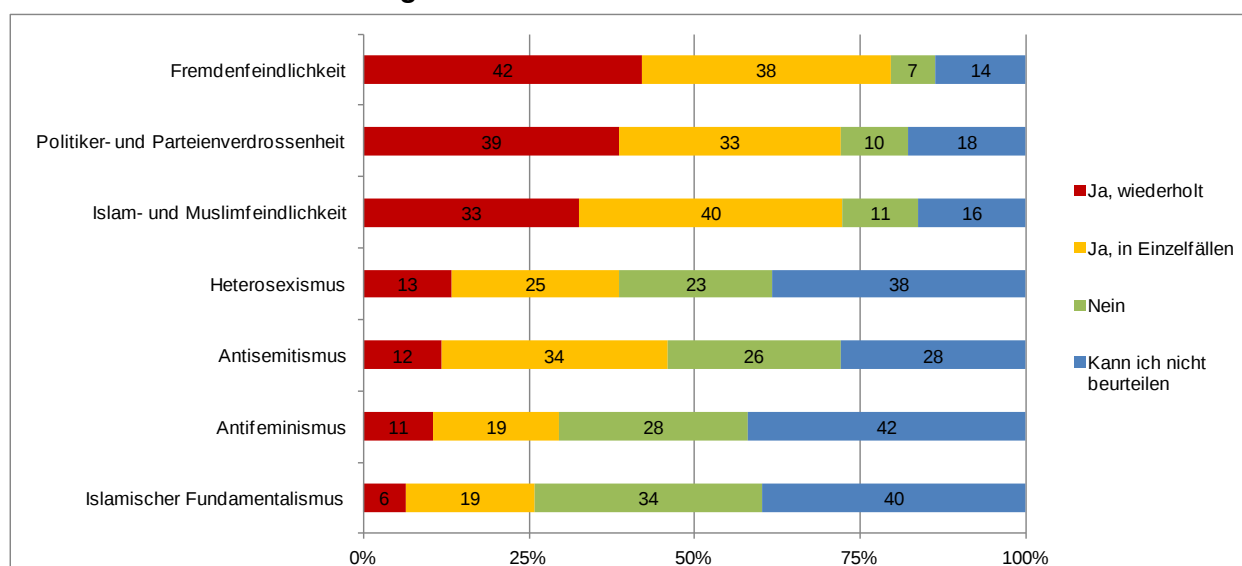
„Momentan ist die Situation die, dass man sagen kann, jawohl, die rechtsextremistische Szene konnte sich reorientieren im Zuge des asylbezogenen Veranstaltungssystems. Wir haben in der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene, die Skinheads, Konzertbesuche und ähnliches mehr, haben wir auch starke Politisierungsprozesse erlebt, die dazu geführt haben, dass eigentlich weitere Bereiche der Szene, die so ein bisschen in Wartehaltung waren, Richtung bekommen haben.“ (OBInt 82_3)

4.4.2 Demokratiefeindliche Diskurse und Aktionen in den Fördergebieten der Partnerschaften für Demokratie

Den Angaben der Koordinator/innen zufolge werden in 80 % der Förderregionen (210) vor allem fremdenfeindliche sowie islam- bzw. muslimfeindliche Diskurse (73 %, 191) öffentlich geführt und auch Politiker- bzw. Parteienverdrossenheit (72 %, 190) offensiv formuliert. Öffentlich geäußerte antisemitische Positionen nehmen knapp die Hälfte der Koordinator/innen (46 %, 121) in ihren Förderregionen wahr.¹⁸³

¹⁸³ Antisemitische Diskurse oder Vorkommnisse werden von den Koordinator/innen nicht thematisiert. Mitarbeiter/innen der Opferberatungsstellen urteilen auf Nachfrage, dass antisemitischen Vorfällen zu wenig systematische Beachtung geschenkt würde.

Abbildung 13: Einschätzung der Koordinator/innen zu den offensiv im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017¹⁸⁴



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Fremdenfeindliche Diskurse werden weiterhin vor allem in Verbindung mit der Thematisierung der Anwesenheit Geflüchteter und Asylsuchender in den Fördergebieten zurückgemeldet. Während im vergangenen Jahr allerdings insbesondere Protestbewegungen gegen den Zuzug dominierten, identifizieren die Akteur/innen zuwanderungskritische Zusammenschlüsse nunmehr in 35 % der Standorte.¹⁸⁵ Auch die Mehrzahl der interviewten Koordinator/innen berichtet zum Zeitpunkt der Befragung nicht explizit von Protestkundgebungen gegen Geflüchtete.

Fremden- sowie islam-, bzw. muslimfeindliche Diskurse werden jedoch als präsente Themen im öffentlichen Raum beschrieben, an die einschlägige Akteur/innen vor Ort in zweierlei Hinsicht anschließen würden, um Zustimmung für zuwanderungskritische Positionen zu erhalten. Zum einen sind dies wohlstandschauvinistische Positionen, also z. B. eine öffentliche Thematisierung des Standpunktes, dass Geflüchtete eine bessere wohlfahrtstaatliche Versorgung erhielten als einheimische Bürger/innen. Zum anderen eine gezielte diskursive Verquickung und Gleichsetzung von Islam mit einer kulturell-religiös begründeten Differenz, mit Terrorismus und Bedrohung.

„Die Strategie der rechtsextremistischen Szene [...] ist die, dass man versucht, nachdem das Flüchtlingsthema jetzt nicht mehr so der Bringer ist, dass man versucht über die Muslimfeindlichkeit auch zu gehen. [...]. Das zieht auch, muss man deutlich sagen. [...]. Es geht wirklich darum, Infostände zu machen und auf diesem Ticket ‚Unintegrierbarkeit aufgrund Islam‘, ‚Versagen der Bundesregierung‘, ‚Verrat am Volk‘, für Sympathie natürlich zu werben.“ (OBInt 2_7)

¹⁸⁴ Vgl. Tabelle 149 im Anhang des Strukturdatenbands.

¹⁸⁵ Vgl. Tabelle 164 im Anhang des Strukturdatenbands.

Hate Speech im Netz und raumorientiertes Dominanz- und Provokationsverhalten sind als wenig organisationsaufwendige Aktionsformen in der Mehrzahl der Fördergebiete anzutreffen.

74 % der Koordinator/innen melden aus ihren Fördergebieten (196) zurück, dass es Vorfälle von Hate Speech gegeben hat, knapp die Hälfte der Akteur/innen (44%, 117) nehmen hier auch wiederholte Vorfälle zur Kenntnis.¹⁸⁶ In den Interviews werden solche Aktivitäten hingegen nicht thematisiert. Vielmehr weisen die Koordinator/innen darauf hin, dass der Umgang mit sozialen Medien und der gezielten Widerrede keine Selbstverständlichkeit in den Partnerschaften sei, da nicht immer die hierfür notwendigen Kompetenzen vorlägen. So kommt es, dass lediglich 12 % der Akteur/innen vor Ort (32) von nicht singulären Gegenmaßnahmen der Gegenrede im Netz berichten.¹⁸⁷

Raumorientiertes Dominanzverhalten wird aus einer Mehrzahl von Standorten (72 %, 191) zurückgemeldet. Es beinhaltet das Anbringen von Spuckies bzw. Plakatierungen und reicht von demonstrativer Präsenz in öffentlichen Räumen bis hin zu gezielten Maßnahmen, diese als „Nazi-Räume“ zu markieren und den Eindruck zu evozieren, das Gewaltmonopol in den Händen zu halten.¹⁸⁸

„Also das Thema Flüchtlinge ist sowohl den Rechtspopulisten als auch den Rechts-extremen nicht recht. [...] Deswegen gibt es ja hier diese Zuschreibung 'Nazi-Ort' und so weiter, ja? 'Das ist unsere Stadt, das ist unsere Region', ja? 'Wir zeigen mal, wer hier Herr im Hause ist.'“ (BLInt 6_71)

Wiederholte Wortergreifungen und Störungen bei Veranstaltungen werden zwar eher von einer Minderheit der Koordinator/innen berichtet, insgesamt kommen sie aber nahezu in ebenso vielen Förderregionen vor (45 %, 119) wie öffentliche Demonstrationen und Kundgebungen, die insbesondere im Zuge von Wahlkämpfen abgehalten wurden.¹⁸⁹ In diesem Zusammenhang beschreiben Koordinator/innen in den Interviews wiederholt ernst zu nehmende Störungen und Bedrohungsinszenierungen, die Bürger/innen emotional verunsichern sollen. So ist es eine gängige Strategie einschlägiger Akteur/innen, Personen, die sich z.B. auf Bürgerversammlungen äußern, zu fotografieren, um sie einzuschüchtern und andere von einer Wortmeldung abzuhalten.

„Aber dann gibt es eben auch wieder Zeiten, in denen massive Einflussnahme oder versucht wird, auf die Gesellschaft sozusagen zuzugehen im Rahmen von großen Festen, Stadtfest zum Beispiel, Banneraktionen mit Bengalos [stattfinden Anm. d. Verf.]. Wo man sich hinstellt, und in der Nacht die ganze Stadt zuflaggt und zuplakatiert. Beim 'Christopher Street Day' mit schwarzen Regenschirmen auftaucht, wo draufsteht: 'Fuck Homo' und 'No CSD'. Oder die Bühne, die Planen kaputtschlitzt. Das ist in diesem Jahr alles passiert. [...] Mit Megafon und dann hier, ach, Allahu Akbar, und alle legen sich auf den Boden und Maschinengewehrgeräusche und so.“ (BLInt 4_78)

¹⁸⁶ Vgl. Tabelle 164 im Anhang des Strukturdatenbands.

¹⁸⁷ Vgl. Tabelle 163 im Anhang des Strukturdatenbands.

¹⁸⁸ Vgl. Tabelle 164 im Anhang des Strukturdatenbands.

¹⁸⁹ Vgl. ebenda.

Der Anteil der Standorte aus denen Koordinator/innen Anfeindungen gegenüber Geflüchteten, zivilgesellschaftlich Engagierten und Politiker/innen rückmelden ist nicht rückläufig.

Im vergangenen Jahr gaben 131 (60 %) Koordinator/innen an, dass Geflüchtete Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen geworden seien.¹⁹⁰ In diesem Jahr ist ein Anstieg der Standorte, aus denen Übergriffe gegen diese Zielgruppe zurückgemeldet werden, um 14 Prozentpunkte zu verzeichnen.¹⁹¹ So gaben 74 % (195) der Koordinator/innen an, dass Geflüchtete wiederholt (30 %) oder in Einzelfällen (44 %) Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen und/oder Übergriffen wurden.¹⁹² Damit sind Geflüchtete die am häufigsten betroffene Opfergruppe.

Die Anteile der Förderregionen, aus denen von Anfeindungen gegenüber zivilgesellschaftlich engagierten Akteur/innen berichtet wird, bleiben mit 61 % (161) in diesem Jahr unverändert hoch. Bezüglich Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen gegenüber Politiker/innen und Mitarbeiter/innen der Verwaltung ist dabei ein leichter Anstieg um fünf Prozentpunkte zu verzeichnen.¹⁹³ Letztere wurden in insgesamt 42 % (110) der Förderregionen Opfer von Anfeindungen. Insgesamt melden lediglich vier Koordinator/innen zurück, dass in ihren Förderregionen gar keine Anfeindungen und Übergriffe stattgefunden haben, 40 Verantwortliche vor Ort können hierzu keine Angaben machen. Somit melden insgesamt 83 % der Koordinator/innen Übergriffe und Anfeindungen zurück.¹⁹⁴

190 Vgl. ISS/Camino 2016, S. 221, Tabelle 106

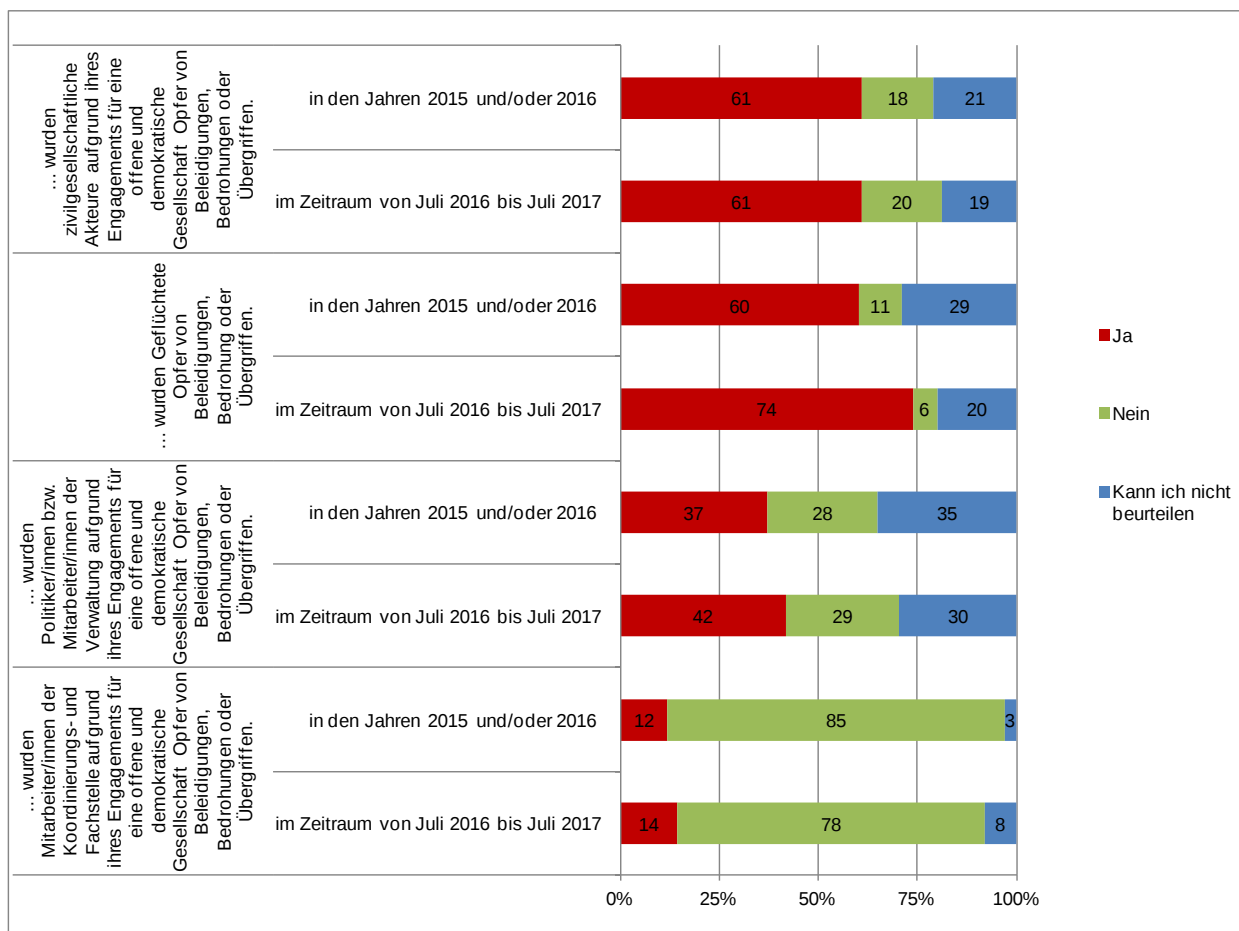
191 Vgl. Tabelle 131 im Anhang des Strukturdatenbands.

192 Vgl. ebenda.

193 Vgl. ebenda sowie ISS/Camino 2016, S. 222, Tabelle 108.

194 Werden die Daten ausschließlich für die vier Opfergruppen ausgewertet, die bereits im vergangenen Jahr erhoben wurden, so geben 81% an, dass mindestens eine Zielgruppe betroffen war. Vgl. Tabelle 129 im Anhang des Strukturdatenbands.

Abbildung 14: Einschätzungen der Koordinator/innen zur Situation in ihrem Fördergebiet hinsichtlich Anfeindungen und Bedrohungen verschiedener Akteursgruppen für die Jahre 2015/2016 sowie den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017¹⁹⁵



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264) und 2016 (N=218).

Eine Gegenprüfung der Angaben der Koordinator/innen ist nur sehr bedingt möglich, da das Bundeskriminalamt keine Halbjahresstatistiken vorlegt und eine Vergleichbarkeit der Daten ohnehin nicht gegeben ist. Als Richtwert können jedoch die in der Polizeikriminalstatistik Rechts registrierten Daten einzelner Monate für 2016 und 2017 dienen.¹⁹⁶ Sie dokumentieren, dass im Juni 2016 881 rechtsextrem motivierte Straftaten erfasst wurden und im Juli 2017 ein Anstieg auf 1102 Straftaten zu verzeichnen ist.¹⁹⁷ Im Juni 2016 wurden 269 Straftaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund erfasst, im Juli 2017 waren es 232 Straftaten. Ebenso zeigen spezifische Auswertungen, dass die Übergriffe gegenüber Politiker/innen im Vergleich zum Jahr 2016 zu-

¹⁹⁵ Vgl. Tabelle 131 im Anhang des Strukturdatenbandes und ISS/Camino 2016, S. 221f., Tabellen 106 und 108. Da in der vorjährigen Befragung nur die Antwortmöglichkeiten „Ja“, „Nein“ und „Kann ich nicht beurteilen“ gegeben waren, wurden zum Vergleich die Antwortkategorien „Ja, wiederholt“ und „Ja, in Einzelfällen“ der diesjährigen Befragung zusammengefasst. Für die Situationen der Anfeindung gegenüber Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung addieren sich die Werte für die Kategorien „Ja, wiederholt“ und „Ja, in Einzelfällen“ in Tabelle 131 auf 41 %, in der Abbildung ist jedoch die Zahl 42 % abgetragen. Die Abweichung ergibt sich durch Rundungen in Tabelle 131 (der Wert für „Ja, wiederholt“ beträgt ungerundet 9,47, der für „Ja, in Einzelfällen“ 32,20), also dem Rundungsergebnis vor oder nach der Addition.

¹⁹⁶ Hier sei darauf hingewiesen, dass die Daten der durch das BKA und der durch die zivilgesellschaftlichen Akteure dokumentierten Übergriffe voneinander abweichen.

¹⁹⁷ Vgl. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/093/1809359.pdf> sowie <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/135/1813545.pdf>.

genommen haben.¹⁹⁸ Mitarbeiter/innen der Opferberatungsstellen bestätigen z.T. diesen Eindruck:

„Also sprich ein Beispiel, es kommt jetzt vermehrt zu Übergriffen auf Repräsentanten von Parteien, Parteibüros, wo ich eben sage, da kann ich relativ daraus ableiten, wie so ein Seismograf, gut, wir laufen auf die Landtagswahl zu, wir laufen auf die Bundestagswahl zu. Und kann natürlich dann die Straftaten gut einordnen.“ (OBInt 3_25)

Über alle Förderregionen mit Anfeindungen, Bedrohungen oder Übergriffen hinweg, melden die Koordinator/innen für den Zeitraum zwischen Juli 2016 und Ende Juni 2017 insbesondere auch Übergriffe vor dem Hintergrund einer Gruppenzugehörigkeit der Opfer (67 %, 177) zurück.¹⁹⁹ Hierunter fallen insgesamt 140 (79 %) Regionen mit islam- und muslimfeindlichen Übergriffe.²⁰⁰ Die Expert/innen berichten sowohl direkte Anfeindungen als auch gezielte Provokationen durch rechtspopulistische Akteur/innen, um Konfrontationen zwischen z.B. LGBTIQ zugehörigen Menschen und Muslimen heraufzubeschwören. Hinzu kommen Proteste und Provokationen, im Zusammenhang mit Moscheebauten.

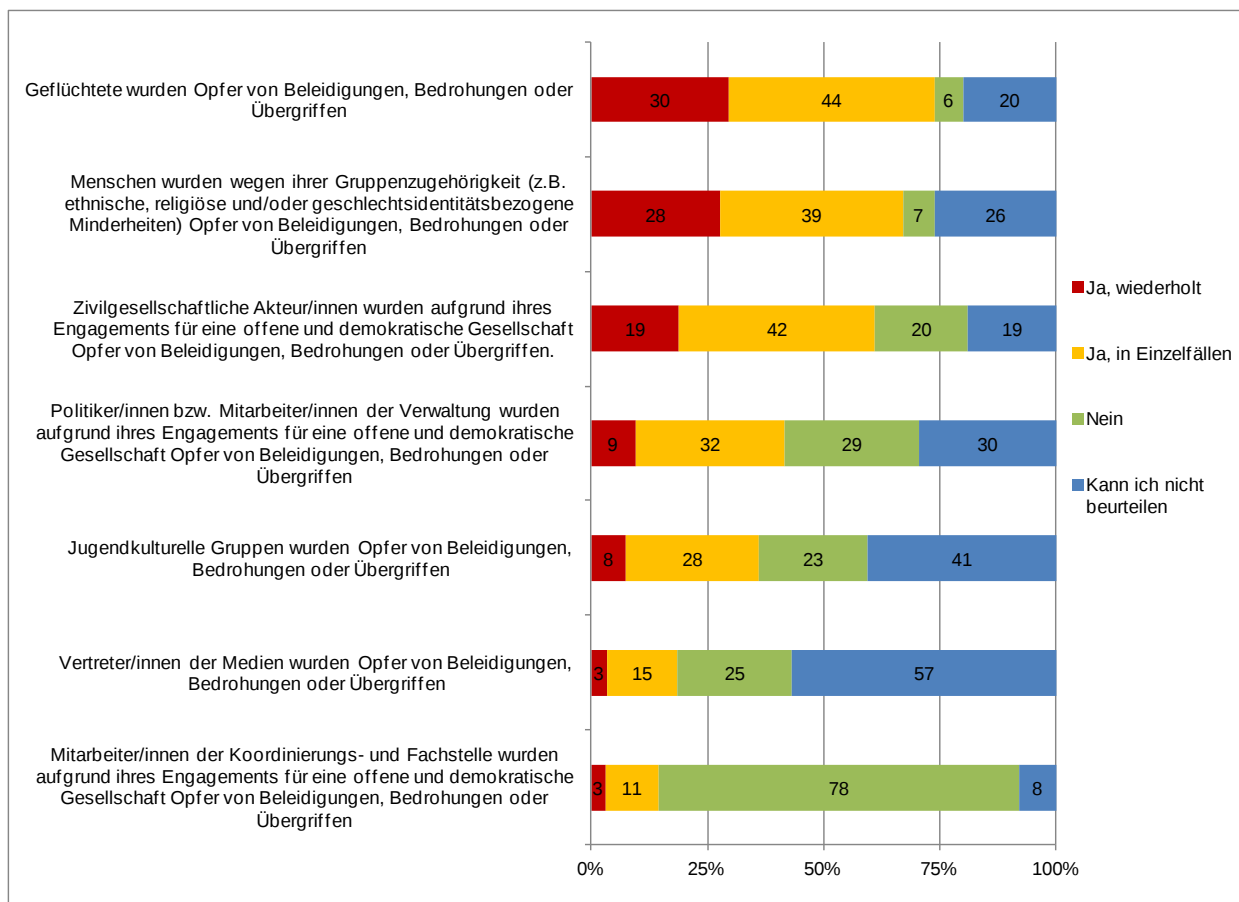
„In XXX [Name der Förderregion, Anm. d. Verf.] gibt es eine XXX-Gemeinde [Name der muslimischen Gemeinde, Anm. d. Verf.]. Die möchte hier gern eine Moschee bauen. [...] Und dagegen hat sich massiver Protest gebildet. Und nach längerem Hin und Her haben die ein Gelände gefunden, was sie auch erwerben mit eigenen Geldern - die kriegen keine öffentlichen Gelder - diese Moschee zu bauen. Und da haben Leute halt einfach auf diesem Gelände, was ja Privatgelände ist, Kreuze errichtet. Und provozieren da massiv. Es hat sich auch scheinbare bürgerliche Gruppierungen gebildet, um dagegen vorzugehen. Und das sind solche Graubereiche, wo auch immer wieder diese Leute angefeindet werden, diese Leute provoziert, diskriminiert werden.“ (OBInt 1_27)

198 Vgl. http://www.huffingtonpost.de/2017/09/16/huffpost-exklusiv-links-gegen-rechts-gewalteskalation-in-ostdeutschland_n_18004156.html#.

199 Vgl. Tabelle 131 im Anhang des Strukturdatenbandes.

200 Vgl. Tabelle 132 im Anhang des Strukturdatenbandes.

Abbildung 15: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von verschiedenen Akteursgruppen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017²⁰¹



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Koordinator/innen bestätigen, dass es weiterhin zielgruppenspezifische Anfeindungen gibt. Diese betreffen Geflüchtete, politisch Andersdenkende, insbesondere am Rand von öffentlichen Kundgebungen, sowie Engagierte, die als sog. „Gutmenschen“ im Fokus von verbalen Angriffen stehen. Dabei beschreiben die Akteur/innen vor Ort, dass sie eine Abnahme der Hemmschwelle zu verbalen Übergriffen in der bürgerlichen Mitte beobachten, es seien längst nicht mehr nur einschlägige Akteur/innen, die offen ausfällig würden.

„Es gibt aber nach wie vor Übergriffe auf Geflüchtete. Es gibt Übergriffe auf Leute, die linken Szenen zuzuordnen sind. Also die Linksjugend berichtet da relativ regelmäßig drüber. Es gibt Mobbing in Schulen. Wenn rauskommt, dass Eltern einer Schülerin, eines Schülers Paten sind, ist das ein Problem für das Kind mitunter.“
(BLInt 6_59)

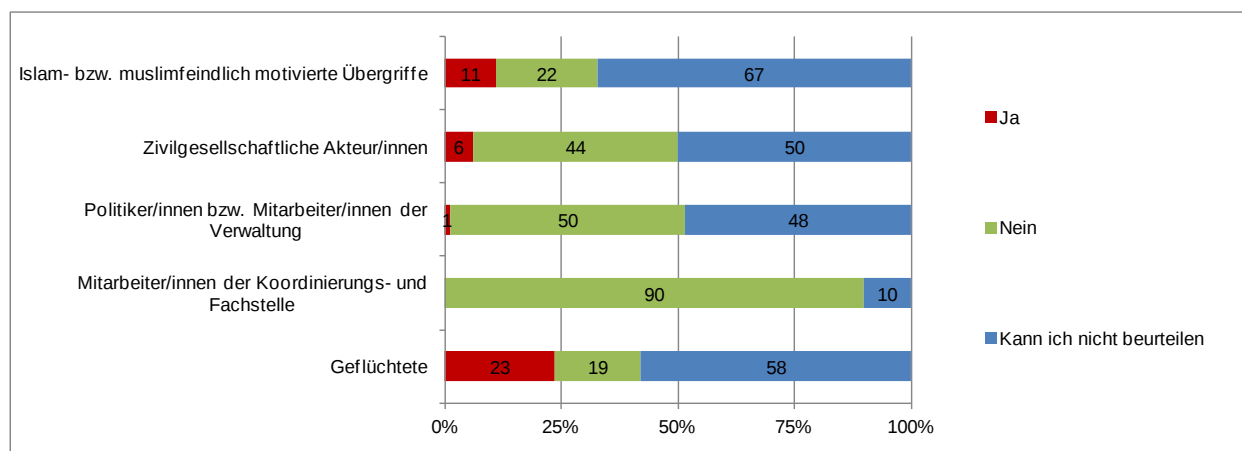
Geflüchtete werden in den meisten Regionen Opfer von Körperverletzungen, aber auch von Bedrohungen, Einschüchterungen und/oder Nötigung.

23 % der Koordinator/innen (62) berichten, dass in ihren Förderregionen Körperverletzungsdelikte gegenüber Geflüchteten stattgefunden haben. Menschen muslimischen Glaubens wurden

²⁰¹ Vgl. Tabelle 131 im Anhang des Strukturdatenbandes.

in 29 Fördergebieten Opfer von Körperverletzungen. Aus 16 Partnerschaften melden Akteur/innen gewaltsame Übergriffe gegen zivilgesellschaftliche Akteur/innen zurück.

Abbildung 16: Einschätzungen der Koordinator/innen zu Körperverletzungen gegen spezifische Personengruppen für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017²⁰²



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Unter den „Nein“-Angaben finden sich sowohl diejenigen Befragten, die angeben, dass es gar keine Übergriffe auf die spezifische Personengruppe gab als auch diejenigen Befragten, die angeben, dass es Übergriffe gab, aber keine Körperverletzungen. Unter den „Kann ich nicht beurteilen“-Angaben finden sich sowohl diejenigen Befragten, die angeben, dass sie es nicht beurteilen können, ob es Übergriffe auf die spezifische Personengruppe gab als auch diejenigen Befragten, die Übergriffe gegen die spezifische Personengruppe melden, aber angeben, dass sie es nicht beurteilen können, ob es Körperverletzungen gegenüber dieser Personengruppe gab.

Bedrohungen, Einschüchterungen und/oder Nötigungen kamen in 111 Fördergebieten (42 %) gegen Geflüchtete und in 106 gegen zivilgesellschaftliche Akteur/innen (40 %) vor. Aus 75 Regionen (28 %) berichten die Koordinator/innen ferner, dass auch Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung betroffen waren.²⁰³

Straftaten gegen die Ehre, also Beleidigungen, üble Nachrede und Verleumdungen, werden aus 126 Fördergebieten (48 %) gegenüber Geflüchteten zurückgemeldet. Diese Formen von Anfeindungen werden aus jeweils 37 % der Partnerschaften auch für islam- bzw. muslimfeindlich motivierte Übergriffe (97) und zivilgesellschaftliche Akteur/innen (98) registriert.²⁰⁴

Anfeindungen und/oder Übergriffe gegenüber Geflüchteten werden aus den neuen Bundesländern (85 %, 79) insgesamt häufiger gemeldet als aus den alten Bundesländern (66 %, 102). Sie kommen in den Standorten der neuen Bundesländer zudem öfter in wiederholter Form vor.²⁰⁵

Übergriffe bzw. Anfeindungen gegenüber Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen haben im Jahr 2017 gegenüber 38 Koordinator/innen (14 %) stattgefunden. Die differenzierte Analyse zeigt hierbei, dass 16 Koordinator/innen, die vergangenes Jahr bereits betroffen waren, auch weiterhin angefeindet und bedroht wurden, und dass 22 Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen erstmalig von solchen Formen der Bedrohung berichten.²⁰⁶ Damit lässt sich eine Erweiterung der Gruppe der betroffenen Akteur/innen feststellen.

²⁰² Vgl. Tabelle 138 im Anhang des Strukturdatenbandes.

²⁰³ Vgl. Tabelle 139 im Anhang des Strukturdatenbandes.

²⁰⁴ Vgl. Tabelle 140 im Anhang des Strukturdatenbandes.

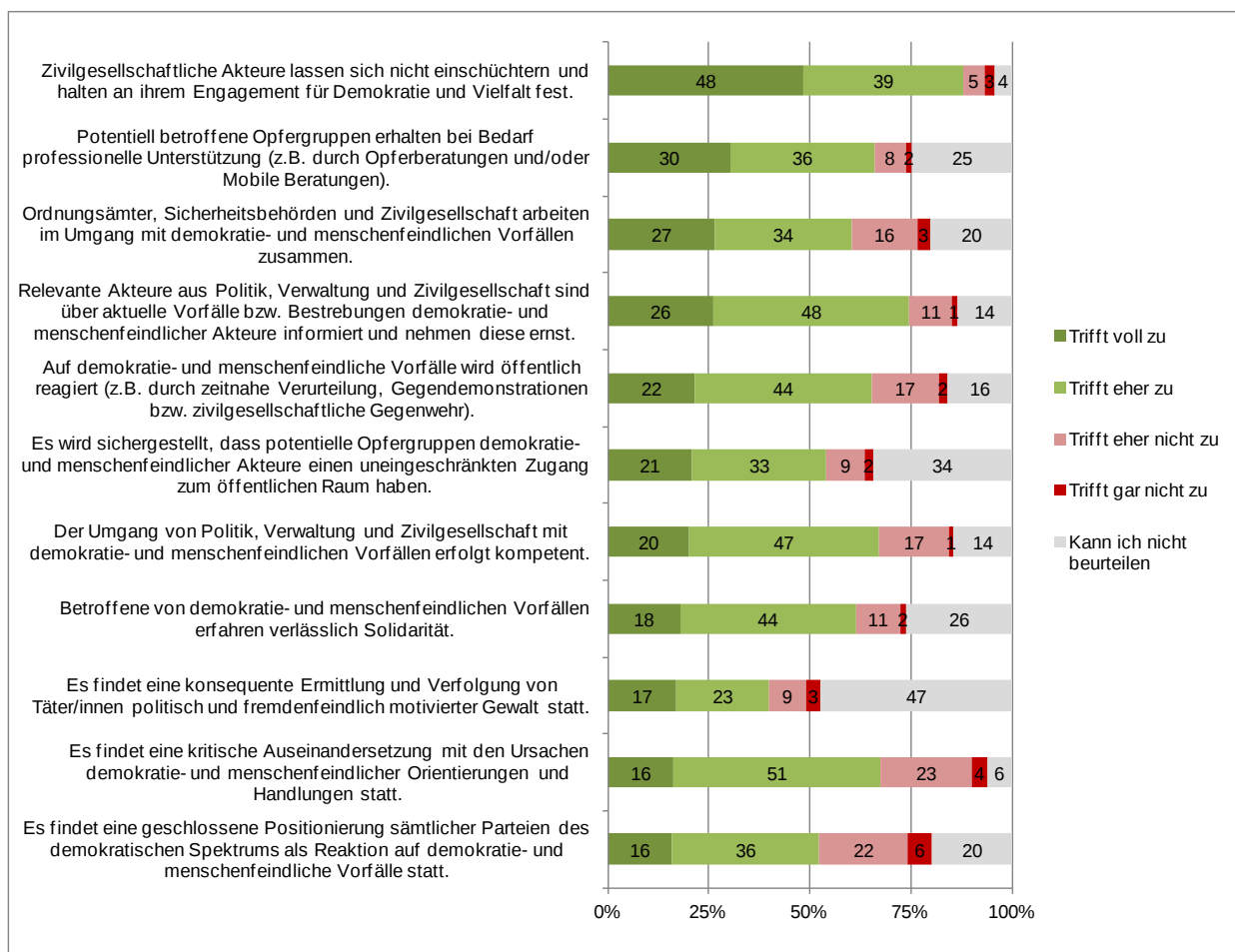
²⁰⁵ Vgl. Tabellen 135 und 136 im Anhang des Strukturdatenbandes.

²⁰⁶ Vgl. Tabelle 133 im Anhang des Strukturdatenbandes.

4.4.3 Reaktionen demokratisch engagierter Akteur/innen in den Fördergebieten der Partnerschaften für Demokratie

Die Rückmeldungen der Koordinator/innen zu den Auswirkungen demokratie- und menschenfeindlicher Vorkommnisse zeichnen ein Bild, wonach in den Partnerschaften auf vielfältige Weise reagiert wird. Zunächst wird deutlich, dass sich zivilgesellschaftliche Akteur/innen in der überwiegenden Mehrzahl der Standorte (87 %, 232) eher bzw. gar nicht einschüchtern lassen und an ihrem Engagement festhalten. Lediglich in sieben Standorten verneinen Koordinator/innen eine solche Haltung der Zivilgesellschaft. Auf Vorfälle wird in 66 % der Standorte, z.B. durch zeitnahe öffentliche Verurteilungen, Gegendemonstrationen oder zivilgesellschaftliche Gegenwehr reagiert (172). Etwa zwei Drittel der Koordinator/innen schätzen ferner ein, dass relevante Akteur/innen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft über akute Vorfälle bzw. Bestrebungen demokratie- und menschenfeindlicher informiert sind und diese ernst nehmen (197).²⁰⁷

Abbildung 17: Einschätzung der Koordinator/innen zu Reaktionen auf Situationen von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017²⁰⁸



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Dass auf kompetente Weise durch Verantwortliche aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft auf Vorfälle reagiert wird, melden 67 % der Koordinator/innen (177) zurück, ebenso geben 61 %

²⁰⁷ Vgl. Tabelle 170 im Anhang des Strukturdatenbandes.

²⁰⁸ Vgl. ebenda.

der Mitarbeiter/innen an, dass in ihren Fördergebieten Ordnungsämter, Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft bei Vorfällen zusammenarbeiten (159).²⁰⁹

Opfer bzw. potentiell betroffene Opfergruppen erhalten bei Bedarf professionelle Unterstützung (66 %, 174) und erfahren aus Sicht der Koordinator/innen Solidarität (62 %, 162).²¹⁰ Hierbei zeigt sich, dass in 59 % (130) der Standorte, in denen Anfeindungen bzw. Übergriffe stattfanden, eine Zusammenarbeit mit mindestens einer spezialisierten Beratungsstelle (Mobile Beratung oder Opferberatung) erfolgte. In 55 % (121) der Fördergebiete wurden Mitarbeiter/innen der Mobilen Beratung und in 35 % (77) Mitarbeiter/innen der Opferberatungsstellen zu Rate gezogen.²¹¹

In einer von fünf Partnerschaften für Demokratie wird auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle eher oder gar nicht öffentlich reagiert.

Trotz dieser überwiegend positiven Rückmeldungen geben 28 % (74) der Koordinator/innen an, dass in ihren Fördergebieten eine geschlossene Positionierung sämtlicher Parteien des demokratischen Spektrums als Reaktion auf Vorfälle eher nicht bzw. gar nicht erfolgt. 27 % (70) schätzen ferner ein, dass eine kritische Auseinandersetzung mit den Ursachen eher nicht bzw. gar nicht stattfindet. Jeweils 19 % melden darüber hinaus zurück, dass eine zivilgesellschaftliche und staatliche Kooperation mit den Ordnungsämtern und Sicherheitsbehörden im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen (52) eher nicht bzw. nicht erfolge und auf Vorfälle eher oder gar nicht öffentlich reagiert würde (50).²¹²

Koordinator/innen in mehreren Standorten registrieren nunmehr eine verstärkte Verunsicherung engagierter Bürger/innen, die insbesondere darin besteht, sich mit einer Positionierung zurückzuhalten, da sie nicht sicher sein können, dass ihre Gesprächspartner/innen, ihre Nachbar/innen oder ihre Kolleg/innen keine rechtspopulistische Positionen vertreten.

„Wenn man sich die Statistiken anguckt, gibt es natürlich sozusagen Angriffe auf Asylbewerber. Demzufolge wird es mutmaßlich auch eine bestimmte Angst unter den Leuten geben, klar. Die kommt aber bei uns de facto nicht wirklich an. Also deswegen kann ich da zu wenig sagen. Was ich aber durchaus wahrnehme - und damit sind wir bei dem, was wir vorhin schon anskizziert hatten: Es gibt sozusagen eine neue Angst. Das ist nicht mehr die Angst, abends an den Bahnhof um 22 Uhr nicht mehr hinzugehen. Sondern Angst, in die Diskussion einzusteigen mit Leuten, die ich nur marginal kenne. Das war für mein Dafürhalten vor fünf Jahren noch anders. Heute ist man vorsichtig geworden. Sogar im persönlichen Umfeld vorsichtig. Weil selbst der Nachbar geht ja eventuell zu Pegida oder wählt [eine rechtspopulistische Partei, Anm. d. Verf.].“ (BLInt 4_159)

4.4.4 Förderliche und hinderliche Bedingungen für die Herausbildung einer aktiven Widerstandskraft gegen ein lokales Klima der Bedrohung in den Partnerschaften für Demokratie

Die diesjährigen Befunde zu den Bedrohungslagen in den Fördergebieten der Partnerschaften für Demokratie geben keinen Anlass zur Entwarnung. Demokratiefeindliche Akteur/innen sind in

²⁰⁹ Vgl. ebenda.

²¹⁰ Vgl. ebenda.

²¹¹ Vgl. Tabelle 146 im Anhang des Strukturdatenbandes.

²¹² Vgl. Tabelle 170 im Anhang des Strukturdatenbandes.

den Standorten nach wie vor in hohem Maß präsent, sie prägen aktiv öffentliche Diskurse und verantworten Anfeindungen und Übergriffe gegenüber einer Vielzahl von Zielgruppen.

Gleichzeitig sind in der überwiegenden Mehrzahl der Standorte die zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteur/innen gut aufgestellt. Sie reagieren zeitnah auf Vorfälle, engagieren sich und kooperieren miteinander, um kommunale Gegenwehr zu formieren und für Demokratie einzustehen.

Im folgenden Abschnitt werden die Befunde der vergleichenden Auswertung der qualitativen Interviews vorgestellt. Leitende Fragestellung war hierbei, welche spezifischen Konstellationen in Fördergebieten anzutreffen sind, die eine hohe bzw. niedrige Reaktionsfähigkeit des demokratiefreundlichen Spektrums angesichts lokal aktiver demokratie- und menschenfeindlicher Gruppierungen/Organisationen entwickeln. Ziel der Auswertung war die Identifizierung förderlicher und hinderlicher Bedingungen für die Herausbildung kommunaler Gegenwehr.

Ausgewertet wurden jeweils vier Interviews mit Koordinator/innen je Fördergebietstypus (hohe bzw. niedrige Reaktionsfähigkeit). Aufgrund dieser begrenzten Datenlage werden die Befunde zu den förderlichen und hinderlichen Bedingungen für die Herausbildung kommunaler Gegenwehr zunächst als Hypothesen formuliert.²¹³

4.4.4.1 Förderliche Faktoren für die Herausbildung von Widerstandsfähigkeit

Koordinator/innen von Partnerschaften, die in Förderregionen mit einer hohen Gegenreaktion auf aktive demokratie- und menschenfeindliche Gruppierungen/Organisationen verortet sind, beschreiben nicht nur das Handeln zivilgesellschaftlicher Initiativen vor Ort, sie benennen zudem vier relevante Faktoren, die zusammenfassend als breiter zivilgesellschaftlicher Zusammenhalt beschrieben werden können.

Fördergebiete mit überdurchschnittlicher Widerstandsfähigkeit des demokratiefreundlichen Spektrums sich durch einen breiten zivilgesellschaftlichen Zusammenhalt aus.

Es fällt zunächst auf, dass das zivilgesellschaftliche Engagement als Bewegung heterogener Akteursgruppen beschrieben wird, zu denen Bürger/innen unterschiedlicher Weltanschauungen, Konfessionen und/oder auch z.B. in Vereinen und Gewerkschaften organisierte Personen gehören. Als besonderes Kennzeichen dieser Zusammenschlüsse engagierter Menschen wird hervorgehoben, dass sie sich aus Bürger/innen unterschiedlicher Milieus zusammensetzten und dass es insbesondere auch gelingt, bürgerliche bzw. konservative Kreise einzubinden.

„Also auch bei dieser Veranstaltung in der Uni, da hat mich diese Bandbreite dann doch stärker überrascht. Weil da waren von - jetzt mal klischeemäßig gesprochen - den linken Aktivisten bis eher konservativen Stadträten eigentlich die ganze Bandbreite dann im Publikum da.“ (BLInt 9_47)

Koordinator/innen dieser Partnerschaften beschreiben ferner, dass zu der Gruppe zivilgesellschaftlich engagierter Menschen Personen mit Standing gehören, also sog. deutungsmächtige Akteur/innen. Ihre Beteiligung wird als wichtig eingeschätzt, da sie eine Signalwirkung erzeugt, die einerseits Menschen zum Mitmachen bewegt und andererseits andere Personen des öffentlichen Lebens davon abhält, sich sichtbar rechtspopulistischen Initiativen anzuschließen.

Die Zivilgesellschaft, so die Koordinator/innen, sei zudem durch ein Vertrauensverhältnis verbunden, das sich über die Jahre des gemeinschaftlichen Engagements entwickelt hätte. Die

²¹³ Vgl. zur Differenzierung der Partnerschaften mit einem überdurchschnittlichen und einem unterdurchschnittlichen Aktivitätsgrad bei lokalen Bedrohungslagen und zum weiteren methodischen Vorgehen S. 24ff.

Menschen würden sich kennen, hätten spezifische respektvolle aber auch klare Formen der inhaltlichen Auseinandersetzung entwickelt und seien sich sicher, dass keine Animositäten nach außen getragen würden. Zudem seien sie über gemeinsame Erlebnisse zusammengeschweißt, sie wüssten, dass sie sich aufeinander verlassen könnten und würden auch Solidarität erfahren, wenn sie sich Anfeindungen oder Übergriffen ausgesetzt sähen.

„Ja, wenn man da so ein paar Jahre gemeinsam das gemacht hat, von kreisenden Neonaziflugzeugen über einem oder Sperrung aller XXXbrücken [Name des Flusses, Anm. d. Verf.]. Wenn man das erstmal gemeinsam durch hat, ist da so ein Vertrauen da, dass man gemeinsam etwas machen kann. Und dann ist auch bei schwierigen anderen Dingen ein Vertrauen da.“ (BLInt 9_55)

In Standorten, die denen eine überdurchschnittliche Widerstandsfähigkeit des demokratiefreundlichen Spektrums auf das Vorhandensein demokratie- und menschenfeindlicher Akteursgruppen vorliegt, positionieren sich politische Akteur/innen.

Aus den Förderregionen mit einem überdurchschnittlichen Aktivitätsgrad gegen aktive demokratie- und menschenfeindliche Gruppierungen/Organisationen berichten die Koordinator/innen ferner, dass sich politische Akteur/innen, allen voran die Bürgermeister/innen und Landrät/innen, gegen rechtsextreme, rechtspopulistische und rassistische Erscheinungsformen positionieren und demokratische Haltung zeigen. Sie treten öffentlich bei Veranstaltungen auf, nehmen an Aktionen der Zivilgesellschaft teil und oder werden selbst aktiv, z.B. indem sie Banner mit demokratischen Positionen am Rathaus anbringen lassen oder selbständig Ideen einbringen und Aktionen anstoßen.

„Wo dann der XXX [Name, Anmerkung d. Verf.] Oberbürgermeister auch gesagt hat: Wir kriegen die aktuell nicht weg. [...] Und jetzt müssen wir gucken, wie wir zivilgesellschaftlich dort auch nochmal gegenhalten können. Und dann hat unser Oberbürgermeister gesagt: Solange, wie die in der Stadt sind, gehen wir mit Spendenbüchern durch die Stadt und sammeln Geld. Und zwar genau für Asylbewerber.“ (BLInt 4_33)

Zwar sind nicht in allen Standorten Politiker/innen geschlossen und über sämtliche Parteien des demokratischen Spektrums hinweg aktiv, dennoch berichten sämtliche Koordinator/innen, dass sich politische Vertreter/innen unterschiedlicher Parteien in ihren Standorten öffentlich engagieren und demokratisch bekennen.

Fördergebiete mit überdurchschnittlicher Widerstandsfähigkeit des demokratiefreundlichen Spektrums auf das Vorhandensein demokratie- und menschenfeindlicher Akteursgruppen zeichnen sich durch eine Kooperationskultur zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur/innen aus.

Die Partnerschaften für Demokratie, die eine überdurchschnittliche Widerstandskraft entwickeln, werden von den Koordinator/innen als Förderregionen beschrieben, in denen die Zusammenarbeit zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur/innen gut gelingt. Sie beschreiben zunächst, dass insbesondere die Mitarbeiter/innen der Ordnungs- und Strafverfolgungsbehörden die im Rahmen ihrer Zuständigkeiten liegenden Handlungsmöglichkeiten weitestgehend nutzen.

„Und in diesen ersten zwei Gremien sitzen natürlich die Polizei, Verfassungsschutz, Landespolizei, Bundespolizei, Landratsamt, Vertreter auch der großen Kommunen [...] mit drinnen und stimmen sich regelmäßig ab. Tauschen sich aus und agieren grundsätzlich, denke ich, auch positiv über dieses Gemeinsame. Und man schafft es, den harten Kern, diese 5 Prozent [...] einzukesseln. Also wenn wir irgendwo Strukturen wahrnehmen, die sich verdichten, dann kann man die zumindest von Leitungsseite - sage ich mal - einhausen. [...] Das sind eben die Dinge mit Baurecht, mit Versammlungsrecht und so weiter. Also das funktioniert für mein Dafürhalten ausgesprochen gut.“ (BLInt 4_18)

Nichtsdestoweniger sind die Sicht- und Handlungsweisen von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur/innen bei Aktionen im öffentlichen Raum nicht immer vollumfänglich kompatibel. In Standorten, die einen überdurchschnittlichen Aktivitätsgrad bei Bedrohungslagen ausweisen, existieren jedoch ausnahmslos Gremien des Austauschs und ein konstruktiver Dialog zwischen den Akteur/innen, relevante Absprachen gelingen. Die Koordinator/innen berichten von einem respektvollen Umgang miteinander und von einem gestiegenen Bewusstsein über die Rolle, Aufgaben und Sichtweisen der jeweils anderen Akteursgruppe.

„Das erstmal hinzubekommen, dass wir in einer erweiterten Runde die NGOs zusammen mit den behördlichen Vertretern in ein vertrauliches Gespräch bringen. Dass ein Sozialarbeiter wirklich versteht, warum der Polizist vor Ort so handelt und warum der Polizist den Sozialarbeiter immer noch ganz schrecklich findet, weil der nichts tut. Dieser Prozess hat ja jahrelang gedauert. Es ist ja nicht so, dass wir die Runde installiert haben und dann lief es wie am Schnürchen.“ (BLInt 4_67)

In einzelnen Standorten agieren Zivilgesellschaft und Verwaltung zudem regelmäßig gemeinsam, indem sie Veranstaltungen zusammen planen und umsetzen.

Standorte mit überdurchschnittlicher Widerstandsfähigkeit des demokratiefreundlichen Spektrums auf das Vorhandensein demokratie- und menschenfeindlicher Akteursgruppen zeichnen sich durch eine integrativ-diskursive Ausrichtung aus.

Koordinator/innen aus Fördergebieten, in denen ein hoher Grad an Widerstandsfähigkeit demokratiefreundlicher Akteursgruppen entwickelt wird, berichten zudem, dass eine grundsätzliche Diskursbereitschaft mit zuwanderungskritischen Bürger/innen zum Konzept ihrer Partnerschaft gehöre. Es wurden Bürgerdialoge organisiert und durchgeführt oder solche Formate z.B. auf dem Demokratiekonferenzen gemeinsam mit vielen Akteur/innen geplant. Sie dienen vor allem dem Austausch zwischen Menschen unterschiedlicher Ansichten.

„Sondern wir haben auch gesagt: Okay, wir bieten denen auch Bürgerdialoge. Es haben mehrere Bürgerdialoge [...] stattgefunden. Bieten den Leuten auch einen Raum, um sich über das Thema [Asyl, Anm. d. Verf.] auszutauschen und auch kritisch sein zu dürfen in dem gewissen Rahmen. Und da ist sehr viel passiert. Also über hundert Leute beim Bürgerdialog an mehreren Orten. Und auch mit Arbeitstischen sozusagen. Also nicht nur dieses Frontale, vorne, hinten sozusagen. Sondern wirklich: Ich darf reden mit meinen Leuten an meinem Tisch und so über die Sachen. Das war, glaube ich, gut.“ (BLInt 1_21)

Diese grundsätzliche Dialogbereitschaft bedeutet nicht, dass die Akteur/innen der Partnerschaften für Demokratie ihre klare Linie gegen rechtsextreme und rechtspopulistische Akteure aufgeben und z.B. keine öffentlichen Aktionen der Gegenwehr mehr durchführen. Es ist aber aus Sicht von Koordinator/innen die Mischung aus Positionierung, Information, Dialog und Begegnung, die in ihren Regionen von Bedeutung sei.

In Hinblick auf eine integrativ-diskursive Ausrichtung erwähnen die verantwortlichen Akteur/innen vor Ort ferner, dass es auch notwendig sei, die Programmsprache auf Zielgruppen hin anzupassen, die sich zwar für eine Verbesserung der jeweiligen Situation in ihrem Gemeinwesen einsetzen würden, sich aber von den Schlagwörtern „Demokratie“, „Partnerschaft“ oder „Bundesprogramm“ abgeschreckt fühlten. Dies sei wichtig, weil neue und/oder mehr Akteur/innen gewonnen werden müssten.

„Und ich glaube, das ist eine Frage [...]: Wie können wir mit Menschen ins Gespräch kommen, [...] die Abwehr haben an staatlichen Förderprogrammen, die keine neuen Projekte machen wollen. Und die auch eine ganz andere Sprache reden. Also ich merke das in Gesprächen mit manchen Akteuren hier in der Stadt oder mit Leuten hier in der Stadt. Da kann ich nicht von Partnerschaft für Demokratie reden. Die fassen sich an den Kopf dann.“ (BLInt 4_194)

In Fördergebieten mit überdurchschnittlicher Widerstandsfähigkeit des demokratiefreundlichen Spektrums auf das Vorhandensein demokratie- und menschenfeindlicher Akteursgruppen verstehen sich die Koordinierungs- und Fachstellen als Netzwerkknoten.

Demokratiefreundliche Akteursgruppen können in widerstandsfähigen Fördergebieten auf die Unterstützung durch die Koordinator/innen und Ressourcen aus dem Aktions- und Initiativfonds zurückgreifen. Die Koordinator/innen in diesen Regionen verstehen sich weniger als Impulsgeber/innen, sondern als Knotenpunkt eines Netzwerkes, bei dem die Aktivitäten der unterschiedlichen Partner/innen vor Ort aufeinander abgestimmt werden sowie Bedarfe und Notwendigkeiten geklärt werden.

„Ganz häufig ist es so, dass dann, wenn irgendetwas passiert, relativ schnell [...] bei mir entweder das Handy klingelt oder jemand anruft. Oder bei jemand anderes dann irgendwie die Meldung reinkommt oder der Wunsch da ist: Machen wir etwas? Macht ihr etwas? Wollen wir etwas machen? Insofern ist die Partnerschaft, genau, in meiner Rolle als Koordinierungsstelle dann da so ein Knotenpunkt.“ (BLInt 9_91)

4.4.4.2 Hinderliche Faktoren für die Herausbildung von Widerstandsfähigkeit

Die Partnerschaften für Demokratie, die eine unterdurchschnittliche Widerstandsfähigkeit auf das Vorhandensein demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen aufweisen, sind entweder erst seit kurzer Zeit als solche aktiv oder blicken bereits auf eine lange Phase der kommunalen Auseinandersetzung mit sehr präsenten rechten Akteursgruppen und Vorfällen zurück.

Fördergebiete, die eine unterdurchschnittliche Widerstandsfähigkeit des demokratiefreundlichen Spektrums auf das Vorhandensein demokratie- und menschenfeindlicher Akteursgruppen aufweisen, haben bereits rechtsextreme lokale Konfliktlagen bewältigt und/oder setzen bei ihrer Arbeit keinen Schwerpunkt auf eine offensive Gegenwehr.

Zu der Gruppe von Fördergebieten, die eine unterdurchschnittliche Widerstandsfähigkeit aufweisen, gehören Standorte, die bundesweit rezipierte Vorfälle zu verzeichnen hatten, sowie auch Standorte, die als rechtsdominierte Gebiete markiert waren. In diesen letzteren Fällen beschreiben die Koordinator/innen, dass sie die aktuelle Situation als deutlich verbessert wahrnehmen und dass von Seiten der Kommune und/oder der Zivilgesellschaft viele Angebote geschaffen bzw. Aktionen umgesetzt wurden. Somit sind bereits erzielte Erfolge bei der Zurückdrängung rechtsextremer Akteur/innen ein identifizierbarer Faktor für den niedrigen Aktivitätsgrad angesichts neuer Bedrohungslagen. Einzelne Koordinator/innen berichten in diesem Zusammenhang von Schwierigkeiten bei der Aufrechterhaltung zivilgesellschaftlicher Gegenwehr. Zum Einen verändere sich die Zusammensetzung der Bevölkerung im Stadtteil und würden neue Akteur/innen nicht gezielt aktiviert, zum Anderen sei über einen langen Zeitraum hinweg das hohe Maß an Engagement nicht zu halten, insbesondere dann, wenn der äußere spezifisch rechtsextreme Anlass nicht mehr gegeben sei.

„Und es ist, glaube ich, nichts Neues, wenn man versucht, sehr lange immer wieder gegen dasselbe Gegendemonstrationen zu organisieren, [...] wird [es; Anm. d. Verf.] immer schwieriger. Also die Leute zu motivieren und zu sagen, kommt noch mal, kommt noch mal, kommt noch mal. also das Bündnis war ja lange sehr aktiv gegen die extrem rechten Treffpunkte hier im Fördergebiet. [...] Und dann hat man das auf einem sehr hohen Niveau bis vor drei, vier Jahren gehalten, das Engagement. Und danach war so: Okay, jetzt sind die Treffpunkte weg – Erleichterung. Und mit dem Satz: Wir müssen jetzt aufpassen, dass die nicht wiederkommen, bekommt man ja niemanden auf die Straße.“ (BLInt 10_17/19)

Es zeigt sich zudem, dass in Fördergebieten mit einem unterdurchschnittlichen Aktivitätsgrad bei Bedrohungslagen, mehrere Partnerschaften für Demokratie einen dezidierten strategischen Arbeitsschwerpunkt auf niedrigschwellige aktivierende Beteiligungsverfahren für Bürger/innen und Jugendliche legen und bewusst provokative Aktionen vermeiden bzw. über keine praktizierten Formen des öffentlichen Protestes berichten.

„Also wir [...] werden jedes Mal angefeindet, weil [...] wir eben nicht wie verrückt auf Rechts einschlagen. Und ein Podium, ein permanentes Podium zur Diskussion bieten und sie immer wieder hervorheben, sondern sagen: Leute, wir müssen die Bürger mitnehmen. Wir brauchen die Mitte der Gesellschaft. Und dahingehend haben sich in den letzten Jahren auch unsere Leitziele entwickelt.“ (BLInt 3_124)

In einem Standort ist auf der Grundlage der Schilderungen des/der Koordinator/in davon auszugehen, dass die vor Ort aktiven rechtsextremen Gruppierungen und Organisationen nicht dezidiert in den Blick genommen werden. Hierfür spricht die Tatsache, dass zunächst die Existenz dieser Organisationen negiert wird, auf Nachfrage jedoch aktuelle Vorfälle und Akteur/innen geschildert werden. Die Strategie dieser Partnerschaft ist insbesondere auf die Bereitstellung jugendfokussierter partizipativer und integrativer Angebote ausgerichtet. Der/die Koordinator/in verweist explizit darauf, dass es mit den vorhandenen Beratungsstellen (Mobile Beratung, Opfer- und Ausstiegsberatung) eine ausreichende Infrastruktur gebe, um rechtsextreme Themenstellungen und Vorfälle zu bearbeiten. An diese würde sie dann auch verweisen.

Koordinator/innen aus Standorten mit einer unterdurchschnittlichen Widerstandsfähigkeit des demokratiefreundlichen Spektrums auf das Vorhandensein demokratie- und menschenfeindlicher Akteursgruppen berichten, dass die Verwaltung nicht alle zur Ver-

fügung stehenden Mittel nutzt, um öffentliche Aktivitäten von rechtsextremen Akteursgruppen zu verhindern, dass die Kooperation von Zivilgesellschaft und Polizei nicht reibungslos funktioniert und/oder dass die politischen Akteur/innen vor Ort keine ausreichende öffentliche und interne Präsenz zeigen.

In den Fördergebieten mit einem unterdurchschnittlichen Aktivitätsgrad bei Bedrohungslagen sehen mit graduellen Unterschieden die Befragten weiterhin einen höheren Bedarf an Präsenz und/oder Positionierung von politisch Verantwortlichen im öffentlichen Kontext. Einzelne Koordinator/innen berichten, dass sie zwar ideelle Unterstützung durch politische Akteur/innen erfahren, sich aber ein für Bürger/innen wahrnehmbares Auftreten wünschen, andere hingegen kritisieren, dass sich die Politik inaktiv zeigt, im Begleitausschuss unterrepräsentiert sei oder gar öffentlich Positionen der extremen Rechten mit vertrete, so dass eine Zusammenarbeit mit der zivilgesellschaft unmöglich sei.

„Und es gibt zum Glück eine vitale Zivilgesellschaft in der Stadt. Aber die ist natürlich von mehreren Ebenen her unter Druck, ja? Also unter Druck sozusagen erstmal von den Feinden der Demokratie her. Und aber auch unter Druck durch das nicht klare Bekenntnis sozusagen zu demokratischen Werten, Aushandlungsprinzipien und so weiter, auch von Verwaltung und Politik. Das ist ein Problem, das wir hier haben.“ (BLInt 6_19)

Es zeigt sich in den Standorten ferner, dass auch die Zusammenarbeit mit der Verwaltung, insbesondere den Ordnungsämtern und dem Schulamt, aber auch mit der Polizei, nicht reibungslos funktioniere. Dies gelte insbesondere dann, wenn rechte Akteursgruppen und Zivilgesellschaft bei Manifestationen im öffentlichen Raum aufeinandertreffen. Hier formulieren die Koordinator/innen, dass es immer wieder zu Rollenkonflikten kommt und dass die Polizei zuweilen das Machtmonopol bei den rechten Akteur/innen belasse. Mehrere verantwortliche Personen vor Ort verweisen zusätzlich darauf, dass durch die Personalfuktuation und Zuständigkeitswechsel es nicht ausreiche, einmalige Verabredungen zu treffen oder Schulungen für Verwaltungsmitarbeiter/innen durchzuführen, sondern dies regelmäßig erfolgen müsse, um eine zufriedenstellende Kooperation zu gewährleisten.

„Es gibt natürlich nichtsdestotrotz die Schwierigkeit auch für das Bündnis, dass man einmal mit der Polizei spricht in einer sehr kooperativen Form. Also man nimmt gemeinsam das Problem extreme Rechte wahr und die Akteure. Und gleichzeitig ist das Bündnis ein paar Tage später wieder, wenn es die Gegenproteste organisiert, in einer ganz anderen Rolle. Da steht einem die Polizei noch mal ganz anders gegenüber. Und da ist man sich natürlich nicht immer so einig, wie es jetzt gehen soll an dem Tag. Und das ist natürlich einfach auch eine Schwierigkeit für so ein Bündnis und für die Akteure, wie gehen wir damit um. Es hat mit Blick auf das Ordnungsamt vor vielen Jahren mal Schulungen gegeben für das Ordnungsamt zu extrem rechten Sprüchen, Graffitis und so, damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das auch erkennen können. Da hat sicherlich mittlerweile ein so großer Mitarbeiterwechsel stattgefunden, dass ich gar nicht sagen kann, ob da irgendwie noch was dort ist.“ (BLInt 10_31)

Im Hinblick auf das Schulamt wird insbesondere das Desinteresse an einer Beteiligung an der Partnerschaft für Demokratie z.B. als Mitglied im Begleitausschuss moniert und eine mangelhafte

te Unterstützung, wenn es darum geht, Projektansätze an Schulen zu etablieren oder antirassistische Sensibilisierungsmaßnahmen für Lehrer/innen anzuregen.

4.4.5 Hypothesen zu förderlichen und hinderlichen Faktoren für die Herausbildung von Widerstandsfähigkeit des demokratiefreundlichen Spektrums auf das Vorhandensein demokratie- und menschenfeindlicher Akteursgruppen

Rechtsextreme Gruppierungen und Organisationen sind in der Mehrzahl der Fördergebiete aktiv und haben z.T. auch vor dem Hintergrund der bundesweit polarisiert geführten Asyldebatte eine Wiederbelebung erfahren. Die Szenen sind fluide, es treten verstärkt freie Zusammenschlüsse wie „Der III. Weg“, „Die Identitären“ oder „Reichsbürger“ auf den Plan, die zuvor lokal nicht aktiv waren und die sich zunehmend mit Akteuren rechtspopulistischer Vereinigungen vermischen. Angesichts dieser Herausforderungen, gelingt es den Akteur/innen des demokratiefreundlichen Spektrums in unterschiedlichem Ausmaß Widerstandskraft zu entwickeln.

Im Überblick über die vorliegenden Befunde können zum gegenwärtigen Zeitpunkt die folgenden Hypothesen formuliert werden:

- Eine ausbleibende Positionierung politischer Verantwortungsträger/innen und eine nicht ausgereifte Kooperationskultur zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung, insbesondere den Ordnungs- und Strafverfolgungsbehörden, sind hinderliche Bedingungen für die Herausbildung von Widerstandskraft gegenüber demokratie- und menschenfeindlichen Akteuren sind.
- Ein breiter zivilgesellschaftlicher Zusammenhalt, eine integrativ-diskursive Ausrichtung von einzelnen Aktivitäten der Partnerschaften sowie eine Unterstützung durch eine Fach- und Koordinierungsstelle als Netzwerkknoten konturieren förderliche Bedingungen für die Entwicklung von lokaler Widerstandskraft gegenüber demokratie- und menschenfeindlichen Akteur/innen.

4.5 Entwicklung einer umfassenden Gesamtkoordination

Die Koordinierungs- und Fachstelle hat eine zentrale Stellung in den Partnerschaften für Demokratie (PfD). Sie ist Erstansprechpartner für Programmakteur/innen, Projektträger, Bürger/innen und Verwaltung in der jeweiligen Förderregion und soll die Vernetzung und die Kooperation der Akteur/innen untereinander fördern. Neben der Beratung der Projektträger soll sie dazu beitragen, dass in der jeweiligen Förderregion Gelegenheitsstrukturen und Möglichkeitsräume für die Entwicklung von Fachlichkeit geschaffen werden und ein besseres Wissen über die Problemlagen aufgebaut wird. Um diesem anspruchsvollen Profil besser gerecht werden zu können, wurde im Jahr 2016 entschieden, das Budget für die Koordinierungs- und Fachstellen von 25.000 auf 45.000 € aufzustocken. Diese finanzielle Ausstattung wird in derselben Höhe auch für das Jahr 2018 fortgeführt.

Zur Bewertung, inwieweit die Koordinierungs- und Fachstellen vor Ort ihre Aufgaben erfüllen und somit in der Lage sind, einen fachlichen Transfer in die Region zu ermöglichen, hat die Wissenschaftliche Begleitung das Konzept der umfassenden Gesamtkoordination entwickelt. Diese ist gegeben, wenn die Koordinierungs- und Fachstelle über relevantes Wissen sowie über Zugänge zu den relevanten Akteursgruppen verfügt. Es zeigte sich, dass zur Erbringung der Koordinationsleistung das federführende Amt neben der Koordinierungs- und Fachstelle häufig eine gewichtige, zum Teil gestaltende Rolle einnimmt. Entsprechend wird die Koordination einer Partnerschaft als Gesamtleistung, die auf Basis verschiedener Arrangements zwischen Koordinierungs- und Fachstelle und dem federführenden Amt beruht, in den Blick genommen.

Auf Basis dieses Konzepts hat die Wissenschaftliche Begleitung in den 24 untersuchten Förderregionen den Entwicklungsstand hinsichtlich der erbrachten Koordinationsleistung bewertet. Mit dem Konzept einer umfassenden Gesamtkoordination wird davon ausgegangen, dass es der Verfügbarkeit von Wissensbeständen bedarf, die es ermöglichen, die fachlichen sowie organisatorischen Impulse zur Umsetzung einer Partnerschaft für Demokratie zu geben. Hierbei wird unterschieden zwischen fachlich-inhaltlicher Expertise, Handlungswissen und Kontextwissen.

Für eine fachlich-inhaltliche Expertise ist es entscheidend, auf welche professionelle Erfahrung und welche fachlichen Kenntnisse die Gesamtkoordination bei der Umsetzung der Partnerschaft zu den von ihr verfolgten Themenschwerpunkten – wie Rechtsextremismus, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Demokratieförderung etc. – jeweils zurückgreifen kann. Wichtig ist außerdem ein spezifisches Handlungswissen, das Erfahrungen im Projektmanagement sowie in der Netzwerkarbeit und der Prozessmoderation umfasst. Drittens bedarf es zur Initiierung einer strategischen Planung eines auf die Förderregion bezogenen spezifischen Kontextwissens, das die Kenntnis der regionalen Ressourcen, d.h. regionale Netzwerke, Trägerstrukturen etc. beinhaltet.

Neben Wissensressourcen ist es für eine gelingende Koordination wichtig, Zugänge zu den regional relevanten Strukturen zu erlangen, um diese im Sinne der Partnerschaft für Demokratie zu aktivieren. Hier werden drei für die Umsetzung einer Partnerschaft zentrale Bereiche betrachtet: regionale Netzwerke, die für die Themenstellung der Partnerschaft von Relevanz sind, die Verwaltung sowie die lokale Politik.

Der Zugang zu förderthemenrelevanten regionalen Netzwerken, z.B. Bündnissen gegen Rechtsextremismus, Zusammenschlüssen von Jugendsozialarbeiter/innen u.a., ist für die Gesamtkoordination bedeutsam, um einerseits Informationen über die Partnerschaft für Demokratie zu verbreiten und andererseits Impulse für die inhaltliche Arbeit aufzugreifen und Akteur/innen zu mobilisieren.

Der Zugang zu Verwaltungsakteur/innen ist für die Arbeit der Koordinierungs- und Fachstelle wichtig in Hinblick auf die Förderung der Zusammenarbeit von Kommune und Zivilgesellschaft, die Einbeziehung der Verwaltungsperspektive und ggf. den unkomplizierten Zugriff auf Verwaltungsressourcen, wie z.B. Presseverteiler, Verwaltungsräume etc. Eine Zusammenarbeit der Koordinierungs- und Fachstelle und des federführenden Amts ergibt sich bereits aus den Programmvorgaben; daher wird hier insbesondere betrachtet, inwieweit darüber hinaus Zugänge zu weiteren Verwaltungsressorts erschlossen werden können. Drittens ist der Zugang zu lokalpolitischen Akteur/innen, wie Kreistagsabgeordneten, Landrät/innen und Bürgermeister/innen wichtig, um Themen der Partnerschaft in den lokalpolitischen Raum zu bringen, um eine größere Legitimität herzustellen und um Unterstützung zu erhalten.

Diesem Konzept liegt die begründete Annahme zugrunde, dass eine Partnerschaft, die nur über Zugänge, nicht aber über ausreichende Wissensbestände verfügt, keine umfassende Koordinationsleistung erzielen kann, da sie nicht in der Lage ist, fachliche Impulse in die regionalen Strukturen zu geben. Umgekehrt wird auch keine umfassende Koordination erzielt, wenn die koordinierenden Akteur/innen zwar im Sinne des Konzepts über einen hohen Wissensstand verfügen, bisher aber keine oder nur geringe Zugangsmöglichkeiten zu zentralen regionalen Strukturen – Verwaltung, Lokalpolitik und Netzwerken – erschlossen haben. Auf dieser Grundlage wurde in den 24 Partnerschaften des qualitativen Samples der Entwicklungsstand bewertet.

Zu Beginn der Förderung hing die Entwicklung einer umfassenden Gesamtkoordination in hohem Maß von den Ausgangsbedingungen des Trägers und den strukturellen Bedingungen einer Förderregion ab.

Mittels einer vergleichenden Analyse der 24 Partnerschaften des qualitativen Samples konnten darüber hinaus Gelingensbedingungen identifiziert werden, die einer umfassenden Gesamtkoordination zuträglich sind. Hierbei handelte es sich häufig um strukturelle Faktoren, die stark von den Ausgangsbedingungen einer Förderregion bestimmt waren. Es erwiesen sich u.a. als wichtige Bedingungen, inwieweit der Träger der Koordinierungs- und Fachstelle in der Anfangsphase bereits auf Programmerfahrung zurückgreifen konnte, ob im Fördergebiet Engagementstrukturen vorhanden waren und ob eine geographische Nähe der wichtigen Akteur/innen gegeben war. Für den vorliegenden Bericht wurde untersucht, welche Handlungsoptionen den Koordinator/innen und den federführenden Ämtern offenstehen, um jenseits der strukturellen Ausgangsbedingungen ihre Koordinationsleistung fortzuentwickeln.

4.5.1 Entwicklungsstände hinsichtlich der umfassenden Gesamtkoordination in den Förderregionen

In den 24 Partnerschaften ließ sich auf dieser Bewertungsgrundlage in der Anfangsphase des Programms folgendes Bild zeichnen: Etwa zwei Drittel der Partnerschaften (15) verfügten bereits über eine umfassende Koordination. Ein Drittel (9) konnte erst eine unzureichende Koordination erbringen, da Wissensbestände oder regionale Zugänge nicht oder nur teilweise gegeben waren.

Bei den 15 Partnerschaften des qualitativen Samples, die eine umfassende Koordinationsleistung erzielten, ließen sich drei Typen unterscheiden:

- eine Gruppe von Partnerschaften, bei denen sowohl das federführende Amt als auch die Koordinierungs- und Fachstelle über gute Zugänge und gute Wissensbestände verfügen und eine enge inhaltliche Zusammenarbeit zwischen federführendem Amt und Koordinierungs- und Fachstelle umgesetzt wird,
- eine weitere Gruppe von Partnerschaften, bei denen erfahrene Koordinierungs- und Fachstellen die inhaltliche Arbeit der Partnerschaft dominieren und über gute Wissensbestände und Zugänge verfügen, während sich das federführende Amt auf die administrative Arbeit beschränkt,
- eine letzte Gruppe, bei der die Koordinierungs- und Fachstellen über Wissensbestände verfügen, bezüglich Zugängen zu regionalen Strukturen aber auf die Zugänge der federführenden Ämter angewiesen sind. Hier sind insbesondere federführende Ämter vertreten, die bereits als interne Koordinierungsstellen gewirkt hatten und dementsprechend einen hohen Anspruch an die inhaltliche Mitgestaltung haben.

Bei den neun Partnerschaften, die in der Anfangsphase keine umfassende Gesamtkoordination erzielten, handelt es sich in der Mehrheit um neue, noch unerfahrene Koordinator/innen und neue Förderregionen oder Förderregionen neuen Zuschnitts. Zwar sind auch hier Regionen vertreten, die bereits im Rahmen der Vorgängerprogramme gefördert wurden, diese wurden aber durch neue Koordinierungs- und Fachstellen begleitet, die durch die programmerfahrenen Ämtervertreter/innen eingearbeitet werden sollten. Die federführenden Ämter nahmen hier explizit eine Mentorenfunktion wahr.

4.5.2 Gelingensbedingungen für die Entwicklung einer umfassenden Gesamtkoordination der Partnerschaften

Welche Bedingungen erwiesen sich für die Partnerschaften als förderlich, um eine umfassende Gesamtkoordination zu erzielen? Als wichtige Gelingensbedingungen zeigten sich zunächst die Ausgangsbedingungen des Trägers der Koordinierungs- und Fachstelle: Natürlich war es hier von Bedeutung, inwieweit deren Träger in der Anfangsphase bereits auf Erfahrungen aus Vorgängerprogrammen zurückgreifen konnte. Jenseits der Programmerfahrung war es von Bedeutung, inwieweit der Träger weitere themennahe Projekte oder Programme umsetzte, aus denen sich Synergien für die fachliche Arbeit des Koordinators/der Koordinatorin ergaben. Wenn etwa der Träger neben der Koordination einer Partnerschaft zusätzlich auch als Träger einer Mobilen Beratung oder als Fachstelle für Interkulturelle Öffnung fungiert, ergeben sich für die Gesamtkoordination oft hohe Synergiepotenziale für die fachliche Arbeit. Wir bezeichnen diese Träger als Multifunktionsträger.

Neben den Gelingensbedingungen, die sich aus Eigenschaften des Trägers ergeben, erwiesen sich weitere Kontextfaktoren als relevant:

In Förderregionen, in denen eine geographische Nähe der zentralen Akteur/innen einer Partnerschaft besteht, konnte eine „Politik der kurzen Wege“ realisiert werden, die die Abstimmung zwischen federführendem Amt und Koordinierungs- und Fachstelle und damit die Gesamtkoordination unterstützte. Als wichtiger Faktor erwies sich auch, inwieweit in der Förderregion bereits Engagementstrukturen vorhanden waren, an die eine Partnerschaft ohne großen Aufwand anknüpfen konnte, beispielsweise Bündnisse gegen Rechtstextremismus.

Auch eine Eindeutigkeit des Problemdrucks in einer Förderregion trug dazu bei, dass eine umfassende Koordinationsleistung einfacher zu erzielen war. Wenn relevante regionale Akteur/innen in ihrer Problemwahrnehmung übereinstimmten, war die Bereitschaft vorhanden, sich an der Umsetzung einer Partnerschaft zu beteiligen. Folglich konnten entsprechende Zugänge für die Gesamtkoordination leichter erschlossen werden.

Im Folgenden wird diskutiert, welche Handlungsoptionen von Koordinator/innen genutzt wurden, um ihre Wissensbestände zu erweitern und Zugänge zu zentralen Akteur/innen zu erlangen.

4.5.3 Handlungsoptionen zur Erweiterung von Wissensbeständen

Ein häufiger Grund für die Einschätzung der Koordinationsleistung von Partnerschaften als unzureichend lag in den eingeschränkten Wissensbeständen neuer Koordinator/innen. Bei diesen Koordinierungs- und Fachstellen lassen sich aber, insbesondere in Hinblick auf Kontext- und Handlungswissen, positive Entwicklungen im Sinne eines Learning by Doing erkennen. Ein solcher Lernprozess wurde stark erschwert, wenn ein personeller Wechsel stattfand. Konnten die Koordinierungs- und Fachstellen eine personelle Kontinuität gewährleisten, wird ein Aufbau von Wissen und Handlungssicherheit deutlich.

Handlungsoptionen zum Aufbau von Wissensbeständen (fachlich, handlungspraktisch, kontextuell)

- Wissenstransfer durch erfahrene federführende Ämter (Mentorenfunktion)
- Erstellung von Ressourcen- und Akteursanalysen, Nutzung des Kontextwissens lokaler, regionaler Strukturen (z.B. Quartiersmanagement)
- Enge Kooperation mit professionellen lokalen Expert/innen (insbesondere Mobilen Beratungsteams (MBT))
- Fachaustausch mit Koordinator/innen „benachbarter“ Partnerschaften für Demokratie
- Nutzung von Fachtagen/Fachforen zu Erweiterung fachspezifischer Kenntnisse
- Nutzung des Regiestellenangebots zur Fortbildung von Koordinator/innen

Waren diese Koordinator/innen zu Beginn noch sehr viel stärker auf externe Expertise angewiesen, fördern ihre erweiterten Kenntnisse später auch die Zusammenarbeit und ihre Akzeptanz als Fachakteur/innen in der Region:

„Da gibt es dann sicherlich auch Themen, wo ich dann nicht nur von außen entsprechende Referenten hole, sondern es gibt durchaus Bereiche, die ich dann auch selber gestalten kann oder mitgestalten kann. Das hat sich verändert. Und dadurch wächst dann natürlich auch die Zusammenarbeit mit den unterschiedlichen Institutionen, also in bestimmten Bereichen werde ich, denke ich, so auch als Fachfrau wahrgenommen zu bestimmten Themen.“ (KuF23/2_35)

Ein Zugewinn an Handlungs- und Kontextwissen wird von neuen Koordinator/innen auch als Schritt beschrieben, der dazu beiträgt, sich als Ansprechpartner/innen in der Förderregion zu prononcieren. Dies ermöglicht es ihnen auch, mit den relevanten Akteur/innen der Region hinsichtlich „strategischer Planung“ in einen fortlaufenden Austausch zu treten:

„... also da wirklich konkret Hintergrundwissen einfach zu haben und auch damit dann wieder Ideen davon, wer überhaupt als Zielgruppe zum Beispiel sinnig ist ... Wer ist im Themenfeld aktiv und was können wir vielleicht schon selber für Fragen beantworten? ... Also das zahlt sich auf jeden Fall aus. Und da, denke ich, muss man eben auch dranbleiben, weil sich ja das auch im laufenden Prozess immer wieder ändert.“ (KuF22/2_1209)

In Regionen, in denen die federführenden Ämter bereits Erfahrung in den Vorgängerprogrammen gesammelt hatten, übernahmen sie häufig Mentorenfunktion, um neue Koordinator/innen einzuarbeiten. Bei Koordinator/innen, die über geringe fachliche Vorkenntnisse und noch keine regionale Verankerung verfügen, wird die Einarbeitung durch federführende Ämter als durchaus komplexe Herausforderung beschrieben. Gerade in Bezug auf Kontextwissen können aber neue Koordinator/innen in hohem Maß von den Erfahrungen der federführenden Ämtern profitieren:

„Wo gibt es welche Fördermittel? Wo gibt es welche Informationen dazu? Wo sind meine Ansprechpartner? Wen kann ich mit einbeziehen, um bestimmte Veranstaltungen zu organisieren? ... Dass sie sich, ich sag' mal, einen Überblick macht über ihre Netzwerkpartner. Über Angebote, über Ansprechpartner. Aber das wissen Sie selber, das ist unendlich lang und weit. ... Das ist schwierig. Ich [das federführende Amt] habe hier eine große, große Kiste mit Ansprechpartnern für verschiedenste Projekte. Und um auch Frau X nicht gleich zu überfordern, weil sie muss ja auch noch Veranstaltungsmanagement, Organisationsmanagement ein bisschen lernen, das gehört ja auch mit dazu. Und da unterstützen wir eigentlich. Und Wissenstransfer muss nach und nach auch aufgebaut werden. Das ist Erfahrungswissen ...“ (FA18/2_358)

Wenn neue Koordinator/innen von erfahrenen federführenden Ämtern eingearbeitet werden, wird dies von Koordinator/innen als wichtige Unterstützung ihrer Arbeit beschrieben, insbesondere in Hinblick auf Kontextwissen und Zugänge zu regionalen Strukturen:

*„Weil sie so viel Erfahrungen schon aus den ganzen Vorgängerprojekten hat und so viele Vernetzungen ... ich hab' es auf dem Silbertablett serviert bekommen.“
(KuF05/2_187)*

In diesen Förderregionen ergab sich durch den Erfahrungsvorsprung des federführenden Amts eine klare Rollenverteilung, bei der das federführende Amt eine prägende Rolle einnahm. In der Mehrheit dieser Regionen scheint ein gewinnbringender Wissenstransfer vom Amt zur Koordinierungs- und Fachstelle gelungen zu sein. Koordinator/innen beschreiben, dass ihre *„Spielräume größer geworden“* (KuF23/2_155) seien und sich ein produktives Miteinander zwischen Koordinierungs- und Fachstelle und federführendem Amt entwickelt habe.

In einigen Regionen ist es den Koordinierungs- und Fachstellen allerdings bis heute nicht gelungen, mehr Eigenverantwortung zu entwickeln. Die Ausgestaltung der Koordinationsaufgabe wird weiterhin stark durch das Amt dominiert, was zu Unzufriedenheit bei den Beteiligten führt:

*„Was meine Arbeit halt schwierig macht, ist, dass ich halt in meiner Freiheit und Eigenständigkeit sehr eingeschränkt bin. ... Also, wie ich halt dargestellt habe, auch wenn wir als Träger den Antrag stellen, mischt sie [das federführende Amt] halt da immer mit 'rein, also man kann es jetzt nicht so durchführen. ... Also da hat man immer die doppelte Arbeit damit. ... Das macht die Arbeit halt schwierig, wenn man einmal ‚hüh‘ sagt und dann das erarbeitet und dann sagt man auf einmal ‚hott‘.“
(KuF_18/2_97)*

Zusammenfassen lässt sich feststellen, dass es von Vorteil ist, wenn ein federführendes Amt in der Anfangsphase eine Mentorenfunktion für wenig erfahrene Koordinator/innen einnimmt und dementsprechend einen hohen Anspruch an die inhaltliche Mitgestaltung hat. Wichtig ist aber, dass sich auf lange Sicht eine Kooperation auf Augenhöhe entwickelt und der/die Koordinator/in eigene Handlungsspielräume gewinnt.

Programmerfahrene federführende Ämter können für wenig erfahrene Koordinator/innen zu Beginn eine Mentorenfunktion einnehmen, wobei entscheidend ist, dass die Koordinator/innen zunehmend eigene Handlungsspielräume erlangen.

In Förderregionen, in denen sowohl die Koordinator/innen als auch die federführenden Ämter auf wenig Kontextwissen zurückgreifen konnten, haben sich systematische Ansätze bewährt, um einen Überblick über die Ressourcen in der Region zu erhalten. So wurden auf verschiedenen Wegen Akteurs- und Ressourcenanalysen erstellt, die ein strategisches Vorgehen förderten:

„Wir haben auch eine Auflistung gemacht, ... um herauszufinden, welche Netzwerke gibt es eigentlich und wie kommen wir da 'rein und wie sehen unsere Kapazitäten aus? ... Der erste Schritt, wo wir einfach recherchiert haben und dann... im zweiten dann versucht, zu gucken, okay, welche Personen sind denn da mit Einfluss, wen müssen wir mit einbinden.“ (KuF11/2_97)

Solche Akteursanalysen wurden z.T. als Auftrag an externe Akteur/innen bzw. Institutionen vergeben oder in partizipativen Prozessen im Begleitausschuss, auf Demokratiekonferenzen oder in Arbeitskreisen erarbeitet. In mehreren Förderregionen gründeten die neuen Koordinator/innen auch gezielt Steuerungsrunden, die neben dem federführenden Amt regionale Strukturen mit breitem Kontextwissen, wie z.B. das Quartiersmanagement, einbezogen. Solche Run-

den erfüllen zum einen die Funktion, Wissen über die Region und ihre Ressourcen zu bündeln. Zum anderen tragen sie dazu bei, Akteur/innen zu versammeln, die bereits über günstige Zugänge zu relevanten regionalen Akteur/innen verfügen.

Eine wichtige Quelle für den Aufbau von Fachlichkeit ist für die Koordinator/innen die Zusammenarbeit mit lokalen Expert/innen, insbesondere Mobilen Beratungsteams.

Der Aufbau von Kontextwissen ist für die Umsetzung von Partnerschaften in neuen Förderregionen von essentieller Bedeutung. Daneben stellt sich insbesondere für solche Koordinierungs- und Fachstellen, die nicht über die Vorteile eines Multifunktionsträgers verfügen, die Herausforderung, fachliche Expertise aufzubauen. Eine wichtige Handlungsoption, um fachliche Expertise nutzbar zu machen, ist hierbei die Zusammenarbeit mit lokalen Expert/innen und fachlich spezialisierten Organisationen in der Region. Dies können je nach Problemlage und Themenstellung verschiedene Akteur/innen sein. Besonders häufig wird aber der Kontakt zu Mobilen Beratungsteams genannt. Diese unterstützen die Partnerschaften bei der Aufklärung über die örtlichen rechtsextremen Strukturen und die Durchführung entsprechender Veranstaltungen. Teilweise geben sie auch Hinweise zur Projektplanung. In einigen Regionen werden Mobile Beratungen zu diesem Zweck auch als beratende Mitglieder in die Begleitausschüsse geladen:

„Also die Fachlichkeit kann aus meiner Sicht vor allen Dingen in einer Region erhöht werden, indem man diese Verweisungskompetenz nicht nur mitdenkt, sondern sie umsetzt. ... und das heißt, auch die professionellen Strukturen da aktiv mit einzu binden. Also mit ‚professionelle Strukturen‘ meine ich zum Beispiel die Mobilen Beratungsteams von ‚Demokratie leben!‘, die Opferberatungsstelle, und zwar nicht nur in der Antragstellung, also wenn es darum geht, rechte Gewalt und die phänomenologischen Bereiche des organisierten oder eben kulturell verfassten Rechtsextremismus zu beschreiben, sondern auch oftmals auf Ebene von Einzelprojekten. Also dass man sagt, Mensch, dann frag doch mal das MBT, ja? Oder: Hast du die Opferberatung schon mal gefragt?“ (KuF14/2_330)

Für Koordinator/innen, die selbst nur über geringe fachliche Vorkenntnisse verfügen, stellt sich die Aufgabe, sich zumindest partiell in Programmenthemen wie Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Diskriminierung oder Rechtsextremismus einzuarbeiten. Zugleich betonen die Koordinator/innen, dass es im Rahmen eines Arbeitsprozesses nur begrenzt möglich sei, die eigenen Kenntnisse auszubauen. Vor diesem Hintergrund wird insbesondere der Austausch mit Koordinator/innen „benachbarter“ oder inhaltlich ähnlich ausgerichteter Partnerschaften als zentral für den Aufbau von handlungspraktischen und fachlichen Kenntnissen hervorgehoben.

Die Organisation eines Erfahrungs- und Wissensaustauschs zwischen Koordinator/innen verschiedener Partnerschaften ist für essentiell für die fachliche und handlungspraktische Fortentwicklung der Koordinierungs- und Fachstellen.

Zur Aneignung und Erweiterung fachlicher sowie handlungspraktischer Kenntnisse hat sich das Fortbildungsangebot der Regiestelle als sehr hilfreich erwiesen. Nahezu alle Koordinator/innen des qualitativen Samples, die zu Beginn der Förderung über geringe Kenntnisse verfügten, haben an der Fortbildung teilgenommen und beschreiben diese als sehr hilfreiche Unterstützung.

Darüber hinaus berichten viele Koordinator/innen, dass sie spezifische Fortbildungen und Fachtagungen nutzen, um ihre Kenntnisse zu Themen wie Rechtsextremismus, Diskriminierung, Islamismus, Jugendpartizipation auszubauen. Auch die durch die Regiestelle organisierten Fachforen und andere übergreifende Veranstaltungen werden als wichtige Ressourcen zur Weiterbildung genannt. Aber auch hier wird insbesondere die Möglichkeit zum Erfahrungsaus-

tausch mit anderen Koordinator/innen und Akteur/innen des Bundesprogramms in den Mittelpunkt gestellt, die durch die Gewinnung langfristiger Austauschmöglichkeiten auch einen nachhaltigen Effekt mit sich bringe:

„Solche Veranstaltungen mit sehr viel hochkarätigem Input und hochkarätigen Kollegen, mit denen man sich austauschen konnte, da hab' ich sehr von profitiert, weil einfach, wenn man mit jemandem ... zusammen zu einem Thema ... wirklich arbeitet, ... hat man zu bestimmten Leuten einfach einen Draht, die man über ganz Deutschland befragen kann. Und sozusagen sich austauschen kann, relativ problemlos und unkompliziert.“ (KuF24/2_332)

In der Gesamtschau wird angesichts zeitlich limitierter Möglichkeiten zur Weiterbildung dem Erfahrungsaustausch mit anderen Partnerschaften ein besonders hoher Stellenwert für den Aufbau von Wissensbeständen beigemessen. Viele, insbesondere neue, unerfahrene Koordinator/innen profitieren von dem Austausch mit anderen Koordinierungs- und Fachstellen sowohl bei Unsicherheiten in der Programmumsetzung als auch durch einen fachlich-inhaltlichen Wissenserwerb. So beschreiben einige Koordinator/innen die Nutzung von Referent/innen und Formaten aus anderen Förderregionen als wichtige Unterstützung ihrer Arbeit, um in ihrer Region fachliche Impulse entsprechend weitergeben zu können. Um einen solchen Erfahrungsaustausch weiter auszubauen und ihn nicht allein auf die Ebene der Koordinator/innen zu beschränken, haben Partnerschaften auch versuchsweise Demokratiekonferenzen zweier oder mehrerer benachbarter Partnerschaften zusammengeführt.

4.5.4 Handlungsoptionen: Eröffnung regionaler Zugänge

Um Zugang zu regionalen Strukturen zu erlangen oder auszubauen, ergeben sich für die Koordination verschiedene Handlungsoptionen. Zu diesen Strukturen gehören themenrelevante Netzwerke, Verwaltung und Lokalpolitik.

Handlungsoptionen zur Eröffnung von Zugängen zu regionalen Strukturen (Netzwerke, Verwaltung, Lokalpolitik)

Zugänge zu Netzwerken

- Durch Akteursanalysen Schlüsselfiguren identifizieren
- Kontakte von Begleitausschussmitgliedern nutzen
- Gremien/Runden von Wohlfahrtsverbänden und Jugendträgern nutzen

Zugänge zu Verwaltung und Lokalpolitik

- Berichte in Fachausschüssen
- Weitergabe von Informationen über bestehende Ämternetzwerkrunder
- Bei Demokratiekonferenzen lokalpolitischen bzw. Verwaltungsakteur/innen Funktionen zuweisen
- Persönlicher Kontakt der Koordinierungs- und Fachstelle zu Amtsträger/innen, z.B. Bürgermeister/innen
- Gezielte Einbeziehung lokalpolitischer Akteur/innen in den Begleitausschuss
- Fortbildungen/Fachtage organisieren, die relevante Themen von Verwaltungsakteur/innen und/oder lokalpolitischen Akteur/innen aufgreifen

Für Träger von Koordinierungs- und Fachstellen, die bereits in der Anfangsphase über eine gute regionale Verankerung verfügten, stellte der Zugang zu themenrelevanten Netzwerken in der Regel kein Problem dar, da er sich aus der Alltagspraxis der Organisationen ergab. In einigen Fällen konnten die Koordinierungs- und Fachstellen unmittelbar an bestehende Netzwerke

anknüpfen. Bereits bei der Implementierung der Partnerschaften konnten hier Synergien geschaffen werden.

Insbesondere in Regionen, in denen kaum Netzwerke bestehen, die sich mit den Themen der Partnerschaften beschäftigen, stellt es für Koordinator/innen eine Herausforderung dar, Zugänge zu Netzwerken zu schaffen. Es gilt in diesem Fall, regional relevante Netzwerkstrukturen, insbesondere auch mitgliederstarke Organisationen, zu identifizieren, um sie für die spezifischen Themenstellungen der Partnerschaften für Demokratie zu gewinnen.

Für Koordinierungs- und Fachstellen, die in der Anfangsphase des Programms über wenig Kontextwissen und regionale Verankerung verfügten, haben sich, wie oben dargestellt, Ressourcen- und Akteursanalysen als sinnvolle Instrumente erwiesen, um relevante Akteur/innen zu ermitteln. Zudem ist der Begleitausschuss ein wichtiges Gremium, über dessen Mitglieder Zugänge zu Netzwerken identifiziert werden können. Häufig bildet er so den Kern eines partnerschaftlichen Netzwerks.²¹⁴

Ressourcen- und Akteursanalysen sind probate Instrumente, um die relevanten Akteur/innen einer Region zu identifizieren.

Koordinator/innen aus Regionen mit wenig zivilgesellschaftlichen Strukturen berichten, dass sich insbesondere Wohlfahrtsverbände als geeignete Organisationen erwiesen haben, um für eine breitere Beteiligung an Partnerschaften zu werben und Interesse für die Förderthemen zu wecken. Anknüpfungspunkte waren hier regionale Runden der Wohlfahrtsverbände oder Mitgliedertreffen, bei denen die Koordinator/innen durch ihre persönliche Teilnahme die Partnerschaft für Demokratie auf die Agenda setzen konnten. Durch diese offensive Kontakthanbahnung konnten wechselseitige Austauschprozesse in Gang gesetzt werden:

„Also und wenn sie nicht in die Gremien 'reinkommen, dann muss ich gucken, dass ich in deren Gremien [der Wohlfahrtsverbände] 'reinkomme, dass sich da also ein Transfer, sage ich jetzt mal so, entwickelt, von ‚Was macht ihr eigentlich zu dem Thema?‘, ‚Was mach ich zu dem Thema?‘ und ‚Wo sind Überschneidungen und wo können wir ja so gemeinsame Netzwerke jetzt bündeln?‘.“ (KuF11/2_2158)

Eine Strategie, Zugangsmöglichkeiten zu solch größeren Organisationen zu finden, war es auch, Begleitausschusssitzungen oder kleine Workshops bei verschiedenen Organisationen und Trägern durchzuführen und dadurch Interesse zu wecken:

„Also dann zum Teil bin ich zu den Trägern hin, also ich hab' die erst mal kennengelernt irgendwie, also ich war jetzt im AWO-Freizeitheim. Und was wir machen, ist, dass die Begleitausschüsse immer an anderen Orten und bei anderen Trägern stattfinden. Also wir wandern durch die Stadtteile.“ (KuF11/2__2082)

Eine weitere Handlungsoption, die von Koordinator/innen gewählt wurde, in deren Regionen kaum Netzwerke und Träger existieren, die bereits zu den Themen der Partnerschaft arbeiten, war das Angebot von Unterstützungs-Workshops zur Antragstellung und Ideenentwicklung. Dadurch konnten den Netzwerkakteur/innen und Trägern die Ziele der Partnerschaft nahegebracht werden und die Koordinierungsstellen konnten einen Kontakt zu diesen Akteur/innen etablieren.

Für Zugänge zur Verwaltung stehen den Koordinator/innen andere Handlungsoptionen zur Verfügung. So ergibt sich ein wichtiger und zudem regelmäßiger Kontakt zu Verwaltungsakteur/innen zunächst im Rahmen der Begleitausschusssitzungen, an denen, wie in den Förder-

214 Vgl. ISS/Camino 2016, S. 39.

leitlinien festgelegt, Vertreter/innen „aus möglichst allen relevanten Ressorts der kommunalen Verwaltung“²¹⁵ teilnehmen sollen.

Für darüberhinausgehende Zugänge in die Verwaltung spielt, wie oben dargestellt, meist das federführende Amt eine wichtige Rolle, da es als Teil der Verwaltung einen direkteren Zugang zu weiteren Ressorts hat. Zur Information der verschiedenen Verwaltungsressorts und zur Berichterstattung über die Partnerschaft werden meist Fachausschüsse, z.B. der Jugendhilfeausschuss oder der Sozialausschuss, sowie andere bestehende Ämternetzwerkgruppen genutzt. Ein in dieser Hinsicht aktives federführendes Amt nutzt die bestehenden Gremien und Netzwerke zur Informationsweitergabe und zum Agenda Setting für die Förderthemen der Partnerschaft für Demokratie. Für ein federführendes Amt ist die Weitergabe von Informationen an verschiedene Abteilungen und Fachämter der Verwaltung die wichtigste Aufgabe:

*„... dann [die Partnerschaft für Demokratie] auch bei den Ausschüssen auf die Tagesordnung zu setzen ... Und dann, ja, laufe ich eigentlich 'rum. ... Also in unseren Dienstbesprechungen, dann entsprechend, wie gesagt, gebe ich das in die Fachausschüsse, ... ich gebe das auf die Tagesordnung für den Integrationsbeirat ...“
(KuF19/2_217)*

Entscheidet sich eine Partnerschaft im Rahmen der Gesamtkoordination für eine Arbeitsteilung, bei der Zugänge und Kommunikation durch das federführende Amt organisiert werden, ist für einen kontinuierlichen Zugang unabdinglich, dass das federführende Amt seine Rolle als Bindeglied in die Verwaltung ernst nimmt und eine Zwei-Wege-Kommunikation fördert. Dies erfordert eine enge Abstimmung mit der Koordinierungs- und Fachstelle. Ansonsten kann eine solche Arbeitsteilung dazu führen, dass der Informationsaustausch auf die Verwaltung beschränkt bleibt und das Schnittstellenpotenzial einer Koordinierungs- und Fachstelle nicht ausgeschöpft wird:

„Das federführende Amt musste von Dienst wegen her in verschiedene Netzwerke ... Und dann war natürlich klar, man geht nicht zu zweit. Es geht nur einer. Und da gab es ganz viel Informationsverluste auch.“ (KuF8/2_77)

In einigen Partnerschaften wurde daher entschieden, dass in wichtigen Ausschüssen, z.B. dem Jugendhilfeausschuss, bei regelmäßigen Terminen das federführende Amt und die Koordinierungs- und Fachstelle gemeinsam oder im Wechsel auftreten. So soll der/die Koordinator/in bekannt und die Ansprechbarkeit erhöht werden.

Um verschiedene Verwaltungsressorts und lokalpolitische Akteur/innen für die Partnerschaft für Demokratie zu erreichen, nutzen viele Koordinator/innen Fachausschusssitzungen zur regelmäßigen Berichterstattung.

Neben der Information von Verwaltungsvertreter/innen bedienen sich Koordinator/innen auch Handlungsoptionen, die darauf abzielen, Verwaltungsvertreter/innen aktiver in die Partnerschaft einzubinden. Dies geschieht über die Einladung zu Veranstaltungen der Partnerschaft, insbesondere zu Demokratiekonferenzen. Dadurch, dass den Verwaltungsakteur/innen aktive Rollen bei der Durchführung solcher Veranstaltungsformate zugewiesen werden, ist sichergestellt, dass die Verwaltungsperspektive zur Geltung kommt; für spätere Kooperationsanfragen an die Ressorts kann somit die Verbindlichkeit erhöht werden. So berichten Koordinator/innen, dass durch diese Form der aktiven Einbindung eine Identifikation der Verwaltungsakteur/innen mit der Partnerschaft gefördert werden konnte:

²¹⁵ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2016, S. 9.

„Also zum Beispiel ... dieses Jahr ist die gesamte Verwaltung eingebunden in die Organisation und Durchführung dieser Demokratiekonferenz. Also alle Beauftragten haben dort einen Part. Und das haben wir früher nie erreicht. Das war undenkbar.“ (KuF8/2_168)

Eine Entwicklung, die sich bereits in den Vorgängerprogrammen nachzeichnen ließ, besteht darin, dass die Einbeziehung von lokalpolitischen Akteur/innen an Priorität gewinnt, je länger das Programm läuft. Ein Grund hierfür ist darin zu sehen, dass zu Beginn des Programms insbesondere die Organisation der Projektförderung und damit verbunden der Zugang zur lokalen Zivilgesellschaft und zu Netzwerken im Vordergrund stand, während bei Fortschreiten des Programms gerade auch in Hinblick auf die Absicherung einer strukturellen Nachhaltigkeit der Partnerschaft der Zugang zu lokalpolitischen Akteur/innen verstärkt gesucht wird. Einige Koordinator/innen beschreiben auch, dass sich lokalpolitische Akteur/innen gegenüber den Themen der Partnerschaft offener zeigen, wenn rechtsextreme bzw. rechtspopulistische Akteur/innen in der Region eine höhere öffentliche Aufmerksamkeit erhalten. Allerdings sei es oft schwierig, die Partnerschaft auch in das Bewusstsein von ehrenamtlichen Bürgermeister/innen oder Vertreter/innen von Ortsbeiräten zu heben.²¹⁶ Für die Etablierung eines Zugangs zu lokalpolitischen Amtsträger/innen wird von den Koordinator/innen die persönliche Kontaktaufnahme herausgestellt. Hier erweist sich die Autonomie einer Koordinierungs- und Fachstelle als klarer Vorteil. Anders als das federführende Amt, das an den Amtsweg gebunden ist, kann der freie Träger lokalpolitische Amtsträger/innen direkt kontaktieren und ggf. einen „kurzen Draht“ zum/zur Oberbürgermeister/in etablieren:

„Die Verwaltung darf ja nicht an die Politik herantreten. Sondern das ist ja immer irgendwie ein hoheitlicher Akt. Aber ich als freier Träger kann das. Kann einfach bei einem Ratsmitglied anrufen und kann sagen: ‚Hier, wollt Ihr nicht beim Beirat mitmachen?‘ oder: ‚Ich hab‘ hier eine Demokratiekonferenz. Wir suchen noch einen Partner.‘ Also das können wir viel einfacher und das nutzen wir natürlich gnadenlos aus.“ (KuF10/2_55)

Handlungsoptionen, um Parlamentsvertreter/innen zu erreichen, bestehen außerdem, wie bereits in Hinblick auf die Verwaltungsakteur/innen beschrieben, in der Berichterstattung in Fachausschüssen, wie dem Jugendhilfeausschuss.

Eine naheliegende Option, um die Ansprechbarkeit lokalpolitischer Akteur/innen zu erhöhen, besteht darin, diese für den Begleitausschuss zu gewinnen. Das Monitoring zeigt, dass sich mittlerweile mehr als die Hälfte der Partnerschaften dazu entschieden hat, lokalpolitische Akteur/innen in den Begleitausschuss aufzunehmen. Wenn es etwa gelingt, Ortsbürgermeister/innen oder Mitglieder von Ortsbeiräten, die verschiedene Regionen der Förderregion vertreten, für den Begleitausschuss zu gewinnen, kann dies für die Gesamtkoordination ein großer Gewinn sein.

„Jeder [Orts-]Beirat ist im Begleitausschuss mit vertreten mit einer Person, einmal ist es ein Ortsamtsleiter und bei den anderen beiden ist es eine stellvertretende Ortsamtsleiterin und ein Mitglied aus dem anderen [Orts-]Beirat und das klappt sehr gut, dass die dann mit dran teilnehmen, dass die das in ihre Stadtteile tragen und sagen: ‚Ja, was ist denn da jetzt mit meinem Stadtteil, warum passiert hier denn nicht so viel?‘“ (KuF11/2_247)

Eine Befürchtung von Partnerschaften, die sich bisher dagegen entschieden haben, Lokalpolitiker/innen in den Begleitausschuss einzubeziehen, besteht darin, dass hierdurch parteipolitische

²¹⁶ Vgl. den Abschnitt zu Handlungsoptionen zur Erreichung lokaler politischer Öffentlichkeit in diesem Bericht.

Kontroversen in den Begleitausschuss getragen werden könnten. Ein weiterer kontroverser Aspekt, der in diesem Zusammenhang zunehmend diskutiert wird, ist der Umgang mit Vertreter/innen rechtsextremer oder rechtspopulistischer Parteien, die im Lokalparlament der Förderregion vertreten sind. Wenn Vertreter/innen aller Fraktionen im Begleitausschuss vertreten sein sollen und zu anderen Aktivitäten der Partnerschaften eingeladen sind, muss ein Umgang mit Vertreter/innen von Parteien gefunden werden, die ggf. menschenfeindliche Positionen vertreten.

Eine weitere Option, um den Zugang sowohl zu lokalpolitischen als auch zu Verwaltungsakteur/innen zu verbessern, ist das Aufgreifen von Themen im Rahmen von Veranstaltungen oder Fortbildungen, die von praktischer Relevanz für die genannten Akteur/innen sind. Ein Beispiel hierfür sind Angebote für eine Fortbildung zum Thema interkulturelle Kommunikation in Förderregionen, in denen Verwaltungsakteur/innen in ihrem Arbeitsalltag viel mit ausländischen Studierenden und/oder Geflüchteten konfrontiert sind. Ein weiteres Beispiel ist eine Informationsveranstaltung zum Thema „Reichsbürger“ – für einige Verwaltungsvertreter/innen in Förderregionen ein neues Phänomen, bei dem sich Unsicherheiten im Verwaltungsalltag ergeben.

4.5.5 Die Koordinierungs- und Fachstellen in der Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus

Da in vielen der Regionen, in denen Partnerschaften für Demokratie existieren, rechtspopulistische Parteien, Gruppen und/oder Bewegungen aktiv sind, ist es nur folgerichtig, dass die meisten Koordinierungs- und Fachstellen dieser Thematik im Rahmen ihrer Arbeit eine hohe Bedeutung zumessen. Daher soll im Folgenden darauf eingegangen werden, wie sich Fachlichkeit und Koordinationsleistungen der Koordinierungs- und Fachstellen in der Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus niederschlagen.

Arbeit gegen Rechtspopulismus ist Bürgerarbeit.

Von den Partnerschaften des qualitativen Samples sieht die überwiegende Mehrheit Rechtspopulismus als wichtiges Problem an, auf das mit unterschiedlichen Maßnahmen reagiert wird: zum einen im Rahmen der Projektförderung, zum anderen durch Aktivitäten, die die Koordinierungs- und Fachstelle eigenständig oder in Kooperation mit anderen Organisationen durchführt. Hierbei geht es häufig in erster Linie um Arbeit mit „normalen“ Bürger/innen und Angebote für diese: Überwiegend sehen die befragten Koordinator/innen eine zentrale Aufgabe in der Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus darin, Bürger/innen zu erreichen, die nicht bereits in Engagementstrukturen eingebunden sind, und mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Es gilt also, „die Sitzungsräume zu verlassen“ und vor Ort niedrigschwellige Möglichkeiten der Aussprache und Diskussion zu schaffen, die – wenn möglich – Beispiele und Probleme aus dem Alltag aufgreifen. Umgesetzte Formate sind beispielsweise Aktionstage, Podiumsdiskussionen, Bürgergespräche, Vorträge und Vortragsreihen. Einige Partnerschaften für Demokratie halten Veranstaltungen dieser Art für erfolversprechend:

„Also die Wirksamkeit dieser kleinen Vorträge ist insofern spürbar, weil man ja gut auch so eine Rückmeldung hat. Wie will man sonst evaluieren? Man kriegt halt die Rückmeldung, ach, das ist ja interessant. Also einfach dieses Anregen, Dinge erst mal nicht einfach so zu glauben. ... Aber im Prinzip, die Botschaft ist, ... man kann diesen Schwachsinn entlarven und man darf darüber lachen und es ist so die Strategie dieser Vorträge. Und die Wirksamkeit ist, soweit wir das wahrnehmen können, sehr gut – schon dadurch, dass die Leute sagen, da musst du hingehen, das ist gut.“ (KuF10/2_1906)

Andere hingegen problematisieren, dass zu solchen Veranstaltungen in erster Linie diejenigen kämen, die schon sensibilisiert sind:

„Also da haben wir jetzt auch noch nichts gefunden, weil das Problem auch bei unseren Veranstaltungen ist, dass wir mit den Veranstaltungen, die wir machen, Leuten anlocken, die, ich sage mal so, eh schon erstens sich dafür interessieren und zweitens halt dann auch, sage ich mal, in eine Richtung denken.“ (KuF02/2_1282)

Andererseits lassen sich durch gelungene Veranstaltungen Menschen, die bereits für Rechtspopulismus und damit zusammenhängende Fragen sensibilisiert sind, aktivieren und zu (mehr) Engagement motivieren. Öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen gelingt es darüber hinaus, auch bei weiteren Akteur/innen eine Aufmerksamkeit für das Thema Rechtspopulismus zu erzeugen.

Wenngleich mit bürgernahen öffentlichen Veranstaltungen schwerlich Personen erreicht werden, die in rechtspopulistischen Bewegungen engagiert sind, ist es dennoch wichtig, Veranstaltungen so zu konzipieren, dass nicht nur die „üblichen Verdächtigen“ teilnehmen, sondern auch diejenigen, die zumindest in Teilen rechtspopulistischen Argumenten zustimmen, so die Erfahrungen der Koordinator/innen.

Bei einem konstatierten Mangel an bewährten Formaten existiert in der Praxis ein buntes Spektrum an Maßnahmen gegen Rechtspopulismus.

Mehrere Koordinator/innen halten resümierend fest, dass es an bewährten Formaten fehle, mithilfe derer man Rechtspopulismus mit jugendlichen und/oder erwachsenen Bürger/innen bearbeiten könne, und dass Handlungsbedarf in Bezug auf die Entwicklung und den Austausch von Handlungsansätzen bestehe. Gleichzeitig werden unterschiedliche Aktivitäten und Ideen benannt, die deutlich machen, dass in diesem Feld Bewegung herrscht und mittlerweile einige Maßnahmen entwickelt wurden und werden, die mittels verschiedener Ansätze versuchen, die Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Bewegungen und Gruppierungen zu fördern. So setzt eine Partnerschaft für Demokratie in unterschiedlichen Stadtteilen so genannte „Demokratiefanclubs“ um:

„... dass wir Demokratiefanclubs in einzelnen Stadtteilen verankern wollen. Aber da, wo man es nicht vermutet. ... Und das eine ist ein Männergesangsverein im Stadtteil X. Und das andere, eine Kirchengemeinde in irgendwo. Und bei denen machen wir Workshops, wo wir gemeinsam aushecken: Was können wir machen, um das Grundgesetz wieder in die Herzen der Menschen zu bringen. Das ist halt super spannend mit Leuten da zu arbeiten, die eigentlich überhaupt nichts mit diesem Thema zu tun haben.“ (KuF06/2_633)

Eine andere Koordinierungs- und Fachstelle bietet Workshops zum Umgang mit Bedrohungen aus dem rechtspopulistischen und rechtsradikalen Spektrum für ehrenamtliche Bürgermeister/innen an, eine weitere hat für die Begleitausschussmitglieder eine Fortbildung zum Umgang mit rechtspopulistischen Gruppen und Parteien durchgeführt. Eine Partnerschaft plant eine Veranstaltung, um Journalisten mit „besorgten Bürger/innen“ ins Gespräch zu bringen. Mehrere Koordinator/innen thematisieren die Bedeutung der Medien in Bezug auf das Thema Rechtspopulismus und beabsichtigen, auch Themen wie Fake News und Hate Speech zu bearbeiten – wenngleich hierfür noch keine Erfahrungen vorliegen, welche Ansätze als erfolgversprechend gelten können.

Ein weiteres wichtiges Thema in Bezug auf Rechtspopulismus ist für die Koordinator/innen der Umgang mit der AfD. Einig sind sich die befragten Koordinator/innen, dass auf jeden Fall ver-

hindert werden muss, der AfD eine Bühne zu geben. Dies kann z.B. erreicht werden, indem sie zu eigenen Veranstaltungen nicht eingeladen wird, oder durch konsequentes Ignorieren, denn „... je mehr ich das polemisiere und aufgreife, umso mehr schaffe ich ja für solche Sachen auch Raum“ (KuF18/2_1601).

Auch wenn überwiegend die Position vertreten wird, es sei richtig, die AfD nicht zu eigenen Veranstaltungen einzuladen, wird von einigen Koordinator/innen thematisiert, ob eine konsequente Ausgrenzung der richtige Weg sei:

„... und dann aber auch die Frage, ja, wie demokratisch seid ihr denn noch, wenn ihr euch nur mit denen [den etablierten Parteien] trifft. ... Ich habe das Gefühl, irgendwann muss das wieder möglich sein, transparent zu agieren, und die Bürger müssen befähigt werden, Dummheiten von Klugheiten zu unterscheiden.“
(KuF09/2_1518)

Wie das Monitoring zeigt, gibt es bisher fünf Begleitausschüsse, die AfD-Vertreter/innen als Mitglieder aufgenommen haben. Wie sich eine solche Form der Einbindung auf die Arbeit der Partnerschaften auswirkt, bleibt abzuwarten.

Deutlich wird, dass es in der Frage, wie mit Vertreter/innen der AfD umzugehen ist, keinen Königsweg gibt, sondern die jeweiligen Lösungen stark von den Gegebenheiten vor Ort abhängen. Wichtig ist in jedem Fall die Unterstützung der Koordinierungs- und Fachstelle durch das federführende Amt bzw. die lokalpolitischen Spitzen in dieser Frage:

„... dass immer jemand hinter uns steht, also wie jetzt so der Bürgermeister, und da immer die Hand drüber hält. Also es gab auch so eine merkwürdige Anfrage, warum das federführende Amt auf Facebook aktiv ist und so ein Screenshot davon, dass sie während der Arbeitszeit was gepostet hat und so, und da brauchst du halt einen Chef, der dahintersteht und sagt: ‚Ja, das gehört auch dazu‘.“ (KuF13/2_1231)

Weiterhin sehen in mehreren Partnerschaften für Demokratie die Koordinierungs- und Fachstellen eine wichtige Aufgabe darin, bei Aufmärschen von rechts für Gegendemonstrationen zu mobilisieren und die aufrufenden Organisationen zu unterstützen.

In Bezug auf die Projektförderung durch den Aktions- und Initiativfonds sehen sich mehrere Koordinator/innen in der Rolle, Projekte anzuregen, die sich mit Rechtspopulismus beschäftigen. So wird ein breites Spektrum von Projekten umgesetzt – beispielsweise Schul-Workshops, Bildungs- und Kulturprojekte, Informations- und Aufklärungsveranstaltungen u.a. –, die sich die Auseinandersetzung mit und Sensibilisierung für Rechtspopulismus zum Ziel setzen.²¹⁷ Es wird allerdings problematisiert, dass es in einigen Regionen schwierig sei, geeignete oder „willige“ Träger zu finden, die in der Lage sind, entsprechend aktiv zu werden.

Eine Diskursverschiebung nach rechts erschwert die Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus.

Bezogen auf Rechtspopulismus werden unterschiedliche Faktoren benannt, die die Auseinandersetzung erschweren:

Eine „Diskursverschiebung nach rechts“ und z.T. auch Bedrohungen werden von einigen Koordinator/innen als hinderlicher Faktor für ihre Arbeit beschrieben. Das gesellschaftliche Klima ändere sich auf eine Art und Weise, die Aktivitäten gegen rechts deutlich erschwere und die Partnerschaft für Demokratie eindeutig in eine politisch „linke Ecke“ stelle:

²¹⁷ Vgl. ISS/Camino 2016, S. 160ff.

„Ein Vorstand eines Vereins hat gesagt, wenn wir bei der Partnerschaft einen Antrag stellen, dann markieren wir uns ja politisch. Also im Sinne von, wo Toleranz draufsteht und Demokratie, ist links schon drin. Und das hat, glaube ich, auch mit der Diskursverschiebung zu tun. Das merken wir an vielen Stellen. Das ist manchmal nicht greifbar, manchmal ist es sehr konkret und dieser Gegenwind, der ist spürbar stärker geworden. Das ist klar ein Hindernis.“ (KuF14/2_383)

Eine solche Diskursverschiebung wird jedoch nicht von allen befragten Partnerschaften konstatiert; andere betonen das große zivilgesellschaftliche Engagement gegen rechts:

„X ist die absolute Insel der Glückseligen hier. Also so auf 200 X-gida-Demonstranten kommen 20.000 Gegendemonstranten mit Kerzen in der Hand.“ (KuF06/2_97).

Als ein weiterer problematischer Faktor, der die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen gegen Rechtspopulismus erschwert, lässt sich eine mangelnde Expertise feststellen, die sich auf unterschiedlichen Ebenen äußert. So beklagt eine/e Koordinator/in, dass es vor Ort keine Expert/innen für die Thematik gebe; ein/e andere/r stellt fest, dass Aufklärungs- und Infostände bei öffentlichen Veranstaltungen auch deshalb problematisch seien, da die Mitarbeiter/innen nicht immer in der Lage seien, überlegen zu argumentieren:

„Du brauchst Leute, die an einem Stand stehen, die sich das auch zutrauen, die auch eben entsprechend geschult sind. ... Weil, meine Erfahrung ist ganz einfach die, dass die Menschen, mit denen wir so tagtäglich zu tun haben, die so im sozialen Bereich sind, einfach auch auf Grund ihrer Persönlichkeit oder Verfasstheit, sage ich mal, nicht in der Lage sind, diesen Rechtspopulisten wirklich was entgegen bieten zu können, ja? Weil ... man einfach da eine gewisse Schwelle überschreiten muss, um wirklich mit den Leuten in eine Diskussion zu treten, die für viele sehr hoch liegt, ja? Und wenn man sich halt mit jemandem, der laut 'rumgeifert oder so, dann auseinandersetzt, ist es für viele Leute einfach keine schöne Situation.“ (KuF02/2_1305)

Folgerichtig werden in mehreren Partnerschaften auch Argumentationstrainings gegen rechts bzw. gegen Stammtischparolen umgesetzt. Eine weitere Strategie liegt darin, eng mit den Mobilien Beratungsteams vor Ort zusammenzuarbeiten und sich konsequent mit anderen Organisationen zu vernetzen, die in der Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus aktiv sind.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die meisten Partnerschaften für Demokratie Rechtspopulismus als relevantes Problem wahrnehmen und hier auf unterschiedlichen Ebenen aktiv werden. Eine wichtige Rolle nimmt dabei die Arbeit mit den „normalen“ Bürger/innen ein, wenngleich viele Koordinator/innen noch auf der Suche nach erfolgversprechenden Formaten sind. Gleichzeitig wird bereits ein breites Spektrum unterschiedlicher Maßnahmen und Aktivitäten umgesetzt, die die Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus zum Ziel haben; hier wäre ein breiter Erfahrungsaustausch innerhalb der Partnerschaften für Demokratie und darüber hinaus, beispielsweise mit den Modellprojekten des Programms „Demokratie leben!“, eine wertvolle Bereicherung der Arbeit.

4.5.6 Fazit

Es hat sich gezeigt, dass in der Anfangsphase das Gelingen einer umfassenden Koordination innerhalb einer Partnerschaft für Demokratie stark davon abhängig war, auf welche Ressourcen und Programm erfahrung der Träger der Koordinierungs- und Fachstelle zurückgreifen konnte, sowie davon, welche strukturellen Ausgangsbedingungen die Förderregion bot.

Die Analyse zeigt, dass auch Koordinator/innen, die in der Anfangsphase noch über wenig Vorerfahrung verfügten, auf geringe Wissensbestände zurückgreifen konnten oder in der jeweiligen Förderregion noch über wenige Zugänge zu relevanten Akteur/innen verfügten, Möglichkeitsräume finden, um als Koordinator/in mehr Handlungswirksamkeit zu entfalten. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist die Gewährleistung einer personellen Kontinuität. Sowohl der Wissensaufbau als auch der regionale Kontaktaufbau gehen stark mit einer sich entwickelnden Arbeitspraxis und -routine des jeweiligen Koordinators/der jeweiligen Koordinatorin einher.

Für den Wissensaufbau zeigt sich, dass für Koordinator/innen insbesondere der Erfahrungsaustausch mit den Koordinator/innen anderer Partnerschaften im Mittelpunkt steht. Fortbildungen, Fachforen und Workshops, die von der Regiestelle oder der Wissenschaftlichen Begleitung auf Landes- oder Bundesebene durchgeführt wurden, werden insbesondere in Hinblick darauf gelobt, dass sie neben fachlichem Input den Erfahrungs- und Fachaustausch mit anderen Koordinator/innen oder weiteren Programmakteur/innen ermöglichen. Ferner wird der Austausch mit „benachbarten“ Partnerschaften als wichtige Quelle eines Erfahrungs- und Wissenstransfers beschrieben. Auch das Fortbildungsangebot der Regiestelle hat sich bewährt, da die Koordinator/innen betonen, dass die Möglichkeiten zur individuellen Weiterbildung für sie zeitlich und finanziell begrenzt sind.

In Förderregionen, in denen die Koordinierungs- und Fachstellen in der Anfangsphase nur auf eher schwache regionale Vernetzungen zurückgreifen konnten, gelang es den Koordinator/innen, im Laufe der Umsetzung der Partnerschaft Zugänge zu regionalen Akteur/innen zu finden. Insbesondere in Regionen, in denen kaum zivilgesellschaftliche Strukturen zu finden sind, haben sich hierbei Akteursanalysen bewährt, um Schlüsselfiguren zu identifizieren. Lokalpolitische Akteur/innen sind bei den Koordinator/innen als Ansprechpartner/innen dabei stärker in den Fokus gerückt als zu Beginn des Programms.

4.6 Leistungsfähige Netzwerke

Laut Leitlinie sollen Partnerschaften für Demokratie „die zielgerichtete Zusammenarbeit aller vor Ort relevanten Akteurinnen und Akteure“ gegen Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und für ein demokratisches Gemeinwesen ermöglichen.²¹⁸ Diese Zusammenarbeit soll sich zudem nicht in anlassbezogenen Kooperationen erschöpfen, sondern „zur nachhaltigen Entwicklung lokaler und regionaler Bündnisse in diesen Themenfeldern beitragen“.²¹⁹ Damit sind der Aufbau und die Verstetigung von lokalen Netzwerken als zentrale Aufgaben der Partnerschaften benannt.

Um die Umsetzung dieser Aufgaben durch lokale Partnerschaften untersuchen zu können, hat die Wissenschaftliche Begleitung das Konzept der „leistungsfähigen Netzwerke“ entwickelt: Netzwerke bezeichnen wir als leistungsfähig, wenn sie sowohl eine umfassende Einbindung relevanter lokaler Akteur/innen erreichen als auch die notwendigen Grundlagen für ihre zielgerichtete Zusammenarbeit geschaffen haben. Durch die umfassende Einbindung unterschiedlicher Akteurstypen werden akteursspezifische Potenziale für die Netzwerkarbeit erschlossen, während die Grundlagen der zielgerichteten Zusammenarbeit es ermöglichen, diese Potenziale für die Zielerreichung der Partnerschaften effizient zu nutzen.

Das Konzept schließt damit an gängige sozialwissenschaftliche Definitionen von Netzwerken an, die mit diesem Begriff eine Gruppe von Akteur/innen bezeichnen, welche über Interaktion gegenseitige Verhaltenserwartungen aufbauen.²²⁰ Auf lokale Partnerschaften angewandt, sind

²¹⁸ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2016, S. 5.

²¹⁹ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2016, S. 5.

²²⁰ Vgl. Fuhse 2016, S. 16.

deshalb alle Akteur/innen als Teil des Netzwerks zu betrachten, die über eine der zentralen Beteiligungsformen an der Umsetzung der Partnerschaften mitgewirkt haben. Dazu gehören die Teilnahme an Demokratiekonferenzen, die Übernahme von Projektträgerschaften und die Mitwirkung in Steuerungsgremien. Als Kern eines so verstandenen Netzwerks kann der Begleitausschuss der Partnerschaften gelten.²²¹

Basierend auf diesem Konzept hat die Wissenschaftliche Begleitung in den beiden vorangegangenen Zwischenberichten die Anfangsphase der Partnerschaften für Demokratie hinsichtlich der Entwicklung und Integration von lokalen Netzwerken bewertet. Wir haben außerdem Gelingensbedingungen für diesen Prozess identifiziert. Deren Analyse hat gezeigt, dass in der Anfangsphase die Erfolge in der Entwicklung leistungsfähiger Netzwerke stark von strukturellen Ausgangsbedingungen geprägt waren.

Diese Analyse kann im vorliegenden Bericht erstmals mit den Ergebnissen einer Untersuchung der Vernetzung von Einzelmaßnahmenträgern verschiedener Partnerschaften angereichert werden. Die erneute Befragung der Koordinierungs- und Fachstellen der 24 Partnerschaften des qualitativen Samples ermöglicht es, in diesem Bericht außerdem Handlungsoptionen der zentralen Akteur/innen der Partnerschaften hinsichtlich der Verbreiterung und Verdichtung lokaler Netzwerke aufzuzeigen.

Im vorliegenden Kapitel wird zunächst der Stand der Netzwerkentwicklung am Ende der Anfangsphase dargestellt. Im Anschluss werden die Kombinationen von Gelingensbedingungen diskutiert, die hinter dem Erfolg der Partnerschaften in der Entwicklung leistungsfähiger Netzwerke in der Anfangsphase standen. Die Netzwerkanalyse unter Einzelmaßnahmenträgern wird dazu weitere Erkenntnisse liefern.

Der Schwerpunkt des Kapitels liegt auf einer Darstellung der Handlungsoptionen der Partnerschaften hinsichtlich der Erweiterung ihrer Netzwerke und der Intensivierung der Koordination und Kooperation von Netzwerkmitgliedern. Die Diskussion dieser Handlungsoptionen wird zeigen, dass Koordinierungs- und Fachstellen sowie federführende Ämter signifikante strategische Spielräume in der Ausgestaltung ihrer Netzwerkarbeit haben. Diese Handlungsoptionen werden allerdings unterschiedlich wahrgenommen und genutzt. Dabei zeigt sich, dass es mit fortschreitender Dauer des Bundesprogramms für die zentralen Akteur/innen der Partnerschaften wichtiger wird, Handlungsoptionen im Aufbau leistungsfähiger Netzwerke zu erkennen und strategische Entscheidungen so zu treffen, dass sie die vorhandenen strukturellen Ausgangsbedingungen für die Entwicklung lokaler Netzwerke bestmöglich nutzen.

4.6.1 Entwicklungsstände leistungsfähiger Netzwerke in der Anfangsphase

Von leistungsfähigen Netzwerken kann unserem Verständnis nach dann gesprochen werden, wenn es Partnerschaften gelungen ist, sowohl die relevanten Akteur/innen des lokalen Gemeinwesens umfassend einzubinden als auch die notwendigen Grundlagen zu entwickeln, um eine zielgerichtete Zusammenarbeit dieser Akteur/innen zu gewährleisten. Die unterschiedlichen Entwicklungsstände werden wir zunächst für die Leistungsfähigkeit der Netzwerke insgesamt und sodann mit Bezug auf die beiden Teilkonzepte „Einbindung relevanter Akteur/innen“ sowie „Grundlagen zielgerichteter Zusammenarbeit“ wiedergeben.

221 Vgl. ISS/Camino 2016, S.39.

Die umfassende Einbindung von Akteur/innen stellt eine besondere Schwierigkeit für die Herstellung leistungsfähiger Netzwerke dar.

Im letzten Zwischenbericht hatten wir festgestellt, dass in der Anfangsphase mit sechs von 24 untersuchten Partnerschaften nur in einem Viertel der Fälle Netzwerke existierten, die als leistungsfähig eingestuft werden konnten. In neun Fällen führte die mangelnde Einbindung relevanter Akteur/innen zu einer negativen Gesamtbeurteilung der Leistungsfähigkeit. In fünf Fällen waren es die fehlenden Grundlagen zielgerichteter Zusammenarbeit, die zu einer Einstufung als nicht leistungsfähig führten. Vier weitere Partnerschaften ließen noch keine erfolgreichen Ansätze für den Aufbau leistungsfähiger Netzwerke erkennen. Die umfassende Einbindung von Akteur/innen ist damit eine besondere Herausforderung bei der Entwicklung leistungsfähiger Netzwerke.

Wer sind die relevanten Akteur/innen des lokalen Gemeinwesens, die es einzubinden gilt, um die Voraussetzungen für eine hohe Netzwerk-Performanz zu schaffen? Es ist davon auszugehen, dass es für den Auftrag der Partnerschaften zunächst von größter Relevanz ist, Fachakteur/innen einzubinden. Als Fachakteur/innen werden diejenigen Akteur/innen bezeichnet, die einen fachlichen oder professionellen Bezug zu den Themen der Partnerschaften haben oder einen Bezug zu Zielgruppen, die für die Themenfelder der Partnerschaften relevant sind. Außerdem schätzen wir auch mitgliederstarke oder anderweitig deutungsmächtige zivilgesellschaftliche Akteur/innen, die zuvor nicht öffentlichkeitswirksam zu den Themen der Partnerschaft in Erscheinung getreten sind, als relevant für den Erfolg einer lokalen Partnerschaft ein. Schließlich können lokalpolitische Akteur/innen die Potenziale von Partnerschaften zur Zielerreichung begünstigen.

Unserem Verständnis nach überschreitet ein Netzwerk die Grenze zur umfassenden Einbindung relevanter Akteur/innen dann, wenn es gelungen ist, sowohl alle bedeutenden lokalen Fachakteur/innen einzubinden als auch einige mitgliederstarke oder anderweitig deutungsmächtige zivilgesellschaftliche Akteur/innen, die nicht als Fachakteur/innen einzuordnen sind. Eine umfassende Einbindung liegt dann eindeutig vor, wenn auch lokalpolitische Akteur/innen durch die Netzwerkarbeit eingebunden wurden.

In der Anfangsphase war es bereits elf der 24 untersuchten Partnerschaften gelungen, neben Fachakteur/innen auch andere deutungsmächtige Akteur/innen in ihre lokalen Netzwerke einzubinden. Mit 13 der 24 Partnerschaften verfügte jedoch eine Mehrheit der Partnerschaften zu diesem Zeitpunkt über ein reines „Fachnetzwerk“. In zweien dieser Fälle war selbst die Einbindung von Fachakteur/innen lückenhaft.

Zu den entscheidenden Grundlagen für die zielgerichtete Zusammenarbeit im Netzwerk einer Partnerschaft zählen für uns ein partizipativer Zielentwicklungsprozess sowie der Grad, zu dem die Arbeit der Netzwerkakteur/innen aufeinander abgestimmt ist. Ein gelungener Zielentwicklungsprozess liegt dann vor, wenn dieser inklusiv ausgestaltet wird und Ziele gemeinsam konkretisiert wurden. Der Integrationsgrad des Netzwerks bemisst sich an der Intensität des Wissensaustauschs der Netzwerkakteur/innen untereinander, an der Routine, mit der die Beteiligten Netzwerkarbeit leisten, an dem Raum, den die gemeinsame Entwicklung von Netzwerkaktivitäten einnimmt, und an dem Maß, in dem die Netzwerkarbeit auf einer gemeinsamen Problemdiagnose basiert.

Insgesamt zeigte sich, dass zum Ende der Anfangsphase in 15 der 24 untersuchten Partnerschaften die Grundlagen zielgerichteter Zusammenarbeit für ein leistungsfähiges Netzwerk ausreichend entwickelt waren. Vier von ihnen verfügten sogar über besonders gute Grundlagen. Es wurde außerdem festgestellt, dass die Konkretisierung der Ziele und die Inklusivität des Ziel-

entwicklungsprozesses in einem Spannungsverhältnis stehen: Ein Prozess der Zielentwicklung, der auf die Beteiligung vieler Akteur/innen setzte, kostete Zeit, die für die Ausarbeitung von Handlungszielen in der Anfangsphase oft fehlte. Unter den weiteren Grundlagen der zielgerichteten Zusammenarbeit fehlten der Wissensaustausch unter den Mitgliedern des Netzwerks und die gemeinsame Problemdiagnose besonders häufig.

4.6.2 Gelingensbedingungen für die Entwicklung leistungsfähiger Netzwerke

Fünf Gelingensbedingungen erwiesen sich als zentral für die Entwicklung leistungsfähiger Netzwerke während der Anfangsphase: eine umfassende Gesamtkoordinationsleistung, die Programmierung der Koordinierungs- und Fachstelle, die Verfügbarkeit zusätzlicher finanzieller Mittel für die Partnerschaft, die geografische Nähe der wichtigsten Akteur/innen und die Zugänglichkeit des Netzwerks für Außenstehende. Eine qualitativ-vergleichende Analyse unserer Fälle ergab vier Kombinationen der fünf benannten Gelingensbedingungen, die unter den 24 von uns untersuchten Partnerschaften zu leistungsfähigen Netzwerken führten. Diese „Pfade“ wurden im letzten Zwischenbericht detailliert behandelt.

Umfassende Wissensbestände und etablierte Zugänge zu regionalen Strukturen sind notwendige Voraussetzungen, damit Partnerschaften leistungsfähige Netzwerke aufbauen können.

In der Gesamtschau stellte sich eine umfassende Gesamtkoordinationsleistung als notwendige Bedingung für den Aufbau leistungsfähiger Netzwerke heraus. In allen sechs Fällen, in denen es Partnerschaften bereits in der Anfangsphase gelungen war, ein leistungsfähiges Netzwerk zu entwickeln, verfügten die Koordinierungs- und Fachstelle sowie das federführende Amt gemeinsam über die relevanten Wissensbestände und zweckdienlichen Zugänge zu Verwaltung, zivilgesellschaftlichen Netzwerken und Lokalpolitik.

Eine ähnlich wichtige Rolle spielte die Programmierung der Koordinierungs- und Fachstelle. In nur einem Fall konnte eine Partnerschaft ein leistungsfähiges Netzwerk entwickeln, das von einem Träger koordiniert wurde, der nicht bereits in einem der Vorgängerprogramme von „Demokratie leben!“ vor Ort mit dem Aufbau eines lokalen Netzwerks betraut war.

Die Analyse der Gelingensbedingungen zeigte außerdem, dass die Partnerschaften nur unter idealen Voraussetzungen in der Anfangsphase auf eine hohe Zugänglichkeit zu Begleitausschuss, Projektträgerschaften und Demokratiekonferenzen verzichten konnten, ohne die Leistungsfähigkeit ihrer Netzwerke zu gefährden. Nur wenn eine umfassende Gesamtkoordinationsleistung erbracht wurde, ein programmierender Träger die Partnerschaft koordinierte und zudem zusätzliche finanzielle Mittel vorhanden waren, konnte das Netzwerk den Zugang zu den hauptsächlichsten Mitwirkungsformen im Netzwerk stark beschränken und dennoch leistungsfähig sein.

4.6.3 Erkenntnisse aus der Analyse der Netzwerke unter Einzelmaßnahmenträgern

Einzelmaßnahmenträger stellen einen wichtigen Teil der Netzwerke lokaler Partnerschaften dar. Im Jahr 2015 banden Partnerschaften, die im Programm „Demokratie leben!“ erstmals gefördert wurden, über Projektträgerschaften bis zu 25 verschiedene Akteur/innen an sich. Durchschnittlich integrierten sie auf diese Weise neun Akteur/innen in ihr lokales Netzwerk. Partnerschaften, die bereits zuvor als Lokale Aktionspläne gefördert wurden, bezogen im gleichen Zeitraum sogar bis zu 49 Einzelmaßnahmenträger in ihre Arbeit ein. Der Durchschnittswert lag hier bei elf Akteur/innen. Im Jahr 2016 haben sich neue und bereits zuvor geförderte Partnerschaften mit durchschnittlich zehn über Projektträgerschaften eingebundenen Akteur/innen auf hohem Ni-

veau angeglichen. Aufgrund der zentralen Bedeutung von Projektträgerschaften für die Netzwerkarbeit ist anzunehmen, dass eine Untersuchung der Koordination und Kooperation unter Einzelmaßnahmenträgern Rückschlüsse auf die Qualität der Gesamtnetzwerke lokaler Partnerschaften erlaubt.

Die Beschaffenheit der Netzwerke der Partnerschaften reflektiert die Zugänge der Koordinierungs- und Fachstellen zur lokalen Zivilgesellschaft.

Bezüglich der umfassenden Einbindung von Akteur/innen weist die Analyse der Netzwerkdaten erstmals geförderter Partnerschaften für die Anfangsphase darauf hin, dass es bis dato den wenigsten Partnerschaften gelungen war, ein Netzwerk aufzubauen, das die Diversität der lokalen Zivilgesellschaft abzubilden vermochte. Stattdessen hatte der Organisationstyp des Trägers der Koordinierungs- und Fachstelle einen starken Einfluss auf die Zusammensetzung der Netzwerke lokaler Partnerschaften. Ist die Koordinierungs- und Fachstelle beispielsweise bei einer Jugendorganisation angesiedelt, ist die Wahrscheinlichkeit, dass weitere Jugendorganisationen wichtige Rollen im Netzwerk übernehmen, signifikant höher. Der gleiche Effekt ließ sich im Falle von Bürgerinitiativen, Trägern der Erwachsenenbildung und Wohlfahrtsverbänden feststellen. Bemühungen der Koordinierungs- und Fachstellen, das Netzwerk über das unmittelbare organisationale Umfeld des eigenen Trägers hinaus zu öffnen, scheinen deshalb unerlässlich, um die Entwicklung umfassender Netzwerke voranzubringen.

Je mehr Koordinierungs- und Fachstellen mit Mitgliedern ihres Netzwerks kommunizieren, desto häufiger kommunizieren diese auch untereinander.

Eine zentrale Rolle bei der Integration der Netzwerkakteur/innen einer Partnerschaft kommt den Koordinierungs- und Fachstellen zu. Die Netzwerkanalyse ergab: Je aktiver die Koordinator/innen in der Anfangsphase Informationen mit Einzelmaßnahmenträgern austauschten, desto häufiger entstanden solche Austauschbeziehungen auch zwischen den übrigen Netzwerkmitgliedern. Je häufiger wiederum der Informationsaustausch der Netzwerkmitglieder untereinander war, umso stärker identifizierten sich die Projektverantwortlichen mit dem Netzwerk. Das heißt, je intensiver die Koordinierungs- und Fachstellen den Austausch von Informationen zwischen den Netzwerkakteur/innen anregten, umso wichtiger war es Einzelmaßnahmenträgern mit ihrem projektbezogenen Engagement, ihre Verbundenheit mit der lokalen Partnerschaft auszudrücken. Eine solche Verbundenheit ist wiederum ein wichtiger Faktor bei der Entwicklung von Grundlagen der zielgerichteten Zusammenarbeit eines Netzwerks.²²²

4.6.3.1 Handlungsoptionen zur Steigerung der Leistungsfähigkeit lokaler Netzwerke

Die Analyse der Gelingenbedingungen für die Entwicklung leistungsfähiger Netzwerke in der Anfangsphase zeigte, dass die Erfolge lokaler Partnerschaften in der Netzwerkarbeit stark durch die strukturelle Ausgangslage geprägt waren. Gleichzeitig identifizierte sie die Netzwerk-Zugänglichkeit als eine erste Handlungsoption von Koordinierungs- und Fachstellen sowie federführenden Ämtern, die Folgen für die Leistungsfähigkeit von Netzwerken hat. Denn es liegt allein in der Hand der zentralen Akteur/innen einer Partnerschaft, wie offen Begleitausschuss, Projektträgerschaft und Demokratiekonferenzen gegenüber dem Gemeinwesen sind. Die Analyse der Netzwerke unter Einzelmaßnahmenträgern deutete zudem darauf hin, dass die Koordinator/innen eine Steigerung der Leistungsfähigkeit ihrer Netzwerke erreichen können, wenn sie mit mehr Netzwerkmitgliedern regelmäßig Informationen austauschen.

²²² Vgl. Polletta/Jasper 2001.

Strategische Entscheidungen der Koordinierungs- und Fachstellen prägen in zunehmendem Maß den Erfolg der Partnerschaften.

Die erneuten Interviews mit den Koordinierungs- und Fachstellen der 24 Partnerschaften des qualitativen Samples in der ersten Jahreshälfte 2017 machen deutlich, dass inzwischen sowohl die wahrgenommenen Handlungsspielräume der zentralen Akteur/innen der Partnerschaften als auch der Einfluss ihrer strategischen Entscheidungen auf die Leistungsfähigkeit ihrer Netzwerke zugenommen haben. Die Interviews förderten eine Vielzahl von Handlungsoptionen für die Verbreiterung und die Verdichtung lokaler Netzwerke zutage, die im Folgenden diskutiert werden. Sie machen deutlich, dass Koordinierungs- und Fachstellen sowie federführende Ämter durch ihre Aktivitäten sowohl die Einbindung relevanter Akteur/innen als auch die Schaffung von Grundlagen zielgerichteter Zusammenarbeit aktiv beeinflussen können.

4.6.3.2 Handlungsoptionen zur umfassenden Einbindung relevanter Akteur/innen

Als relevante Akteur/innen des Gemeinwesens, die es gilt, in die Netzwerke der Partnerschaften zu integrieren, haben wir Fachakteur/innen, sonstige deutungsmächtige zivilgesellschaftliche Akteur/innen und lokalpolitische Akteur/innen identifiziert. Diese Einschätzung basiert auf den Ergebnissen unserer langjährigen Begleitforschung der Bundesprogramme und entspricht den Zielsetzungen der meisten Partnerschaften. Sie wird jedoch nicht von allen Koordinierungs- und Fachstellen geteilt. Einige Koordinator/innen argumentieren, dass eine Beschränkung der Zusammenarbeit auf ausgewählte Fachakteur/innen in ihrer Partnerschaft sinnvoll ist, und gestalten ihre Netzwerke entsprechend aus.

Die Debatte zur Reichweite der Netzwerkarbeit und die daraus resultierenden strategischen Entscheidungen sollen im Folgenden nachgezeichnet werden. Im Anschluss werden Handlungsoptionen zur Einbindung einzelner Akteurstypen diskutiert, die sich aus der Praxis der von uns untersuchten Partnerschaften ergeben. Sie können als ein Repertoire strategischen Handelns zur Einbindung relevanter Akteur/innen verstanden werden, aus dem Partnerschaften anlassbezogen wählen können.

Handlungsoptionen zur Einbindung relevanter Akteur/innen
▪ Zweistufiges Vorgehen zur Einbindung von Akteursinteressen: Abfrage von Einzelbedarfen im Rahmen von Demokratiekonferenzen, Überführung in eine inhaltliche Strategie durch den Begleitausschuss; ggf. Schaffung von Mikrofonds zur Befriedigung von Einzelbedarfen ▪ Federführendes Amt als Schlüssel zur Einbindung von Verwaltungsakteur/innen ▪ Bindung der Expertise großer Trägerorganisationen über die Vergabe von Mikrofonds ▪ Persönliche Ansprache und bedarfsgerechte Angebote zur Einbindung der Lokalpolitik ▪ Abbau von Informationsdefiziten auf Seiten der lokalen Zivilgesellschaft, um Kooperationen mit migrantischen Selbstorganisationen (MSO) zu fördern ▪ Entlastung von MSO in der Gremienarbeit durch Einbindung über bestehende Vernetzungen ▪ Einbindung von Vertreter/innen der allgemeinen Öffentlichkeit durch niedrigschwellige Ausschreibungen von Fördermitteln und eine intensive wertschätzende Begleitung von der Antragstellung bis zur Projektabrechnung

Zentrale Argumente der Koordinierungs- und Fachstellen für den Aufbau eines umfassenden Netzwerks lokaler Akteur/innen sind (1) die Legitimität der Partnerschaft als Sprecherin des Gemeinwesens, (2) die Bedeutung des Netzwerks als Arbeitszusammenhang für Mitglieder, (3) die Relevanz der Zielstellungen und Ansätze der Partnerschaft sowie (4) die Entlastung von zentralen Akteur/innen im Themenfeld.

Viele Partnerschaften formulieren es als ihren Auftrag, in der lokalen Öffentlichkeit Zeichen für Demokratie und Toleranz zu setzen. Daraus leiten sie die Aufgabe ab, eine breite Beteiligung an der Partnerschaft zu ermöglichen, um durch eine umfassendere Repräsentation der lokalen Zivilgesellschaft Legitimität für ihr öffentliches Eintreten gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit zu gewinnen.

„Partnerschaft für Demokratie ist eben, ... dass es offen für viele Initiativen und Vereine ist. Dass es quasi nichts Übergestülptes ist, sondern dass jeder sich daran beteiligen kann, vernetzen kann.“ (KuF13/2_596)

Im Zusammenhang mit der Legitimitätsfrage zeigt sich auch, warum deutungsmächtige Akteur/innen wichtig für lokale Partnerschaften sind. Durch ihr Engagement im Rahmen der Partnerschaft wird Bürger/innen der Anspruch des Netzwerks deutlich, für das gesamte Gemeinwesen sprechen zu wollen.

„Positiv gewirkt hat, ... dass man so deutungsmächtige Akteure mithat, ja? Also ich mach' das mal bei dem Netzwerk an dem Oberstaatsanwalt fest. Das ist schon mal eine Hausnummer, wenn der dann mal um die Ecke kommt und wo dann viele Leute auch sagen: ‚Oh, wie jetzt? Da macht ein Staatsanwalt bei euch mit?‘“ (KuF14/2_1041)

Eine umfassende Vernetzung ist in den Augen einiger Koordinator/innen auch wichtig, um das Netzwerk als Arbeitszusammenhang für die lokale Zivilgesellschaft zu etablieren. Je breiter das Netzwerk aufgestellt ist, umso größer ist die „Bühne“, die es kleinen und großen Initiativen für ihre Aktivitäten bieten kann.

„[Das Netzwerk] macht ein Angebot: Kommt zu uns, wir machen uns sichtbar, ihr werdet sichtbarer, ihr kriegt neue Impulse, ... wir vernetzen euch.“ (KuF21/2_605)

Hat ein Netzwerk schließlich eine relevante Größe erreicht, entwickelt es eine eigene Zugkraft, die bereits eingebundene Akteur/innen bindet und neue Akteur/innen hineinzieht.

Ein dritter Beweggrund für den Aufbau eines umfassenden Netzwerks ist der Erhalt der Relevanz der Zielstellungen und Ansätze der Partnerschaft. Erstens wird eine breite Beteiligung der lokalen Zivilgesellschaft als Indikator dafür gesehen, dass die Partnerschaft relevante Problemlagen bearbeitet. Zweitens geht mit einer breiten Beteiligung die Hoffnung einher, dass eingebundene Akteur/innen neue Bedarfe melden und die Partnerschaft ihre strategische Ausrichtung rechtzeitig anpassen kann.

„Viele der Problemlagen sind von vornherein mit denen, die so im Begleitausschuss sitzen, bekannt gewesen. ... Diese Rückkopplung mit den Leuten, die lange Zeit schon dort leben, die lange Zeit dort schon arbeiten, einfach um zu gucken, was ist hier im Stadtteil konkret möglich ... also das ist, glaube ich, sehr wichtig.“ (KuF19/2_467)

Breit aufgestellte Netzwerke entlasten die zentralen Akteur/innen des Gemeinwesens.

Schließlich ist der Aufbau eines umfassenden Netzwerks auch wichtig, um zentrale Akteur/innen des Gemeinwesens zu entlasten. Die Erfahrungen der von uns untersuchten Partnerschaften legen die These nahe, dass je weniger eine Partnerschaft um breite Beteiligung am Netzwerk wirbt, desto höher der Anteil derjenigen im Netzwerk ausfällt, die mehrfach engagiert sind.

„Da hast du natürlich in den ganzen Netzwerken nur die unheimlichen Aktivisten, ... die alle nicht ‚Nein‘ sagen können. ... Da tatsächlich noch mal neue Leute ‚reinzukriegen, die auch, sagen wir mal so, Kapazitäten haben, ... ist eben oft schwierig.“ (KuF12/2_387)

Koordinator/innen, die eine umfassende Einbindung von Akteur/innen befürworten, berichten jedoch auch von Schwierigkeiten, die eine breit angelegte Vernetzung für die Arbeit der Partnerschaften mit sich bringt. Als Nachteile eines großen Netzwerks werden am häufigsten benannt, dass (1) die Diversität der Akteur/innen das Sprechen des Netzwerks mit einer Stimme erschwert und (2) die Mitwirkung von vielen Akteur/innen einer inhaltlichen Schwerpunktsetzung entgegenlaufen kann.

Wenn die Behauptung stimmt, dass die Diversität der eingebundenen Akteur/innen die Fähigkeit des Netzwerks, mit einer Stimme zu sprechen, einschränkt, dann besteht ein Spannungsverhältnis zwischen der Legitimität der Partnerschaft als Sprachrohr für das Gemeinwesen einerseits und der Sprechfähigkeit des Netzwerks andererseits. Mit anderen Worten: Eine umfassende Einbindung von Akteur/innen kann gleichzeitig ein Vorteil und ein Nachteil für die Netzwerkarbeit der Partnerschaften sein.

„Das wurde uns recht schnell klar, wenn wir jetzt so ein breites Netzwerk aufbauen mit so einer Heterogenität, müssen wir uns von dem Gedanken verabschieden, dass dieses Bündnis selbst ein Akteur sein könnte, wie andere Netzwerke, wo zehn Einrichtungen drin sind und die verständigen sich und hauen da eine gemeinsame Pressemitteilung 'raus.“ (KuF21/2_591)

„Das ist halt immer das Problem bei einem sehr breit aufgestellten Bündnis, wie die dann inhaltlich arbeiten. Die müssen ja den kleinsten gemeinsamen Nenner dann irgendwo finden.“ (KuF07/2_466)

Wenn eine Partnerschaft Zielsetzungen ausgearbeitet hat, dann kann ein Wunsch von vielen Akteur/innen eines Gemeinwesens nach Teilhabe an der Partnerschaft die Implementierung der inhaltlichen Schwerpunktsetzungen erschweren. Dieses Problem tritt insbesondere bei der Vergabe der finanziellen Fördermittel für Einzelmaßnahmen auf.

„Wenn wir jetzt sagen, es kommen ganz viele Anträge, dann gibt es auch bestimmt viele Bedarfe. Aber ... die sind zum Teil nicht unbedingt passend zu der Strategie, die mit dem Begleitausschuss erarbeitet wurde.“ (KuF22/2_505)

„Es ist ja einfach schade zu sehen, wenn Leute auf uns zukommen und Unterstützung brauchen und wir dann aber sagen: ‚Nein, wir haben intern beschlossen, wir wollen gerne das und das machen‘.“ (KuF02/2_556)

Die geringe Fördersumme für Einzelmaßnahmen ist zugleich der Grund für die Beschränkung der Netzwerkgröße, der von den Befürworter/innen eines Netzwerks ausgewählter Fachakteur/innen am häufigsten angeführt wird. Ob die Fördersumme als gering eingestuft wird, hängt wiederum vom Umfeld der Partnerschaft ab. Die Interviews legen nahe, dass Partnerschaften in Großstädten entweder zusätzliche Förderung einwerben oder sich beim Aufbau des Netzwerks auf die Einbindung ausgewählter Fachakteur/innen beschränken.

„Wenn man sagt, wir machen hier den großen Paukenschlag und führen alles zusammen ... und zum Schluss wird klar, ja, jetzt hat man uns alle aufgescheucht, aber es ist doch klar, das kostet Geld, und jetzt sagt ihr einfach nur, wir machen mal eine Fortbildung zum Thema Fundraising und dann seid ihr doch trotzdem noch alle dabei, da verliert man Glaubwürdigkeit. Das heißt, wenn man die große Trommel wirbelt, dann braucht man natürlich auch Ermöglichungsstrukturen. Und genau, finanzielle Mittel gehören auch zu den Ermöglichungsstrukturen.“ (KuF21/2_148)

Um ein breites Netzwerk aufbauen zu können, müssen Koordinierungs- und Fachstellen vielfältige Einzelbedarfe und den Wunsch nach inhaltlichen Schwerpunktsetzungen ausartieren.

In den Interviews mit den Koordinierungs- und Fachstellen konnten wir zwei Strategien identifizieren, mittels derer versucht wird, mit den Bedingungen knapper Fördermittel umzugehen. Beide Handlungsoptionen versuchen, einen Mittelweg zu finden zwischen den vielfältigen Einzelbedarfen einerseits und dem Wunsch zentraler Akteur/innen nach inhaltlichen Schwerpunktsetzungen andererseits.

Die erste Vorgehensweise besteht darin, die Einzelbedarfe im Rahmen einer Demokratiekonferenz abzufragen und durch den Begleitausschuss in eine inhaltliche Strategie zu überführen. Ideen für passende Einzelmaßnahmen werden mit den Mitgliedern des Begleitausschusses entwickelt, zu deren Umsetzung potenzielle Träger direkt angesprochen werden. So wird einerseits ein Mindestmaß an Mitgestaltung durch die lokale Zivilgesellschaft ermöglicht, während gleichzeitig vermieden wird, dass durch eine öffentliche Ausschreibung der Einzelmaßnahmenförderung Begehrlichkeiten geweckt werden, die durch die Partnerschaft nicht befriedigt werden können.

Die zweite Strategie besteht darin, einen Teil der finanziellen Förderung durch den Aktions- und Initiativfonds in sogenannte Mikrofonds zu überführen, die öffentlich beworben werden. Ein Mikrofonds wird als Einzelmaßnahme durch den Begleitausschuss genehmigt und stellt geringe Summen für Kleinstprojekte unbürokratisch zur Verfügung. Einen weiteren Teil der Projektförderung behält sich der Begleitausschuss vor, um damit seine inhaltlichen Schwerpunktsetzungen zu implementieren.

„[Mit dem Mikrofonds] lösen wir uns von der Verpflichtung ... in diese Regionalstrategie mit 'reinzuarbeiten. Weil wir halt schon sehen, es gibt vereinzelt Bedarf. Aber der passt halt nicht so richtig dazu, dass wir gerne Projekte fördern möchten, die Prozesse lostreten, die nachhaltig sind. Wenn jetzt aber jemand kommt und sagt, ich möchte gerne jemanden einladen, der einen tollen Vortrag hält, ... ohne dann die nächsten Jahre an diesem Thema unbedingt weiter dran arbeiten zu wollen, dann wollen wir das auch zukünftig unterstützen können.“ (KuF02/2_538)

Ungeachtet des angestrebten Gesamtumfangs des Netzwerks sind die zentralen Akteur/innen der Partnerschaften dazu angehalten, verschiedene Akteurstypen in ihre Netzwerkarbeit miteinzubeziehen. Selbst in einer leitlinienkonformen Minimalvariante des Netzwerks müssen federführendes Amt und Koordinierungs- und Fachstelle Fachakteur/innen aus Zivilgesellschaft und Verwaltung in die Partnerschaft einbinden. Ambitioniertere Koordinator/innen stellen sich zusätzlich die Aufgabe, lokalpolitische Akteur/innen, migrantische Selbstorganisationen sowie Einzelpersonen und Organisationen der allgemeinen Öffentlichkeit einzubinden. Für alle fünf Akteurstypen konnten in den Interviews Handlungsoptionen identifiziert werden, die zu deren erfolgreicher Einbindung in lokale Partnerschaften beigetragen haben.

Die Handlungsoptionen zur Einbindung einzelner Akteurstypen knüpfen dabei an die jeweiligen Strategien zur Erreichung von Öffentlichkeitswirksamkeit in den drei Teil-Öffentlichkeiten allgemeine Öffentlichkeit, Fachöffentlichkeit und lokalpolitische Öffentlichkeit an. Dies folgt der Logik, dass nur über Mitwirkungsformen der Partnerschaft eingebunden werden kann, wer zuvor mit Informationen erreicht und aktiviert wurde. Im Folgenden wird deshalb an einigen Stellen auf das nachfolgende Kapitel zur Öffentlichkeitswirksamkeit verwiesen.

Um Fachakteur/innen aus der Verwaltung für eine konstante Mitarbeit in der Partnerschaft zu gewinnen, ist laut Aussagen der Koordinator/innen die Vermittlung durch das federführende

Amt unerlässlich. Will oder kann das federführende Amt die diesbezügliche Netzwerkarbeit nicht mitgestalten, dann erfordert die regelmäßige Information und sporadische Aktivierung von Verwaltungsakteur/innen einen hohen Ressourceneinsatz seitens der Koordinierungs- und Fachstellen. Eine arbeitsintensive Vorgehensweise, die auch gewählt wird, um Öffentlichkeitswirksamkeit zu erzeugen, ist die persönliche Ansprache ausgewählter Kontaktpersonen mit thematischen Stellungnahmen.

„Wir versuchen, nicht jede Woche, aber immer zu einem kontroversen Thema eine Position, eine Stellungnahme herauszubringen, die wir aber auch nicht nur auf einer Homepage veröffentlichen, sondern auch gezielt an Personen [in Verwaltung und Politik] herantragen, die da auch dafür empfänglich sind.“ (KuF15/2_59)

Durch dieses Vorgehen habe man zumindest „in verschiedenen kleinen Bereichen ... einen Zugriff zu Verwaltung und Politik“ (KuF15/2_57) herstellen können.

Große Trägerorganisationen können ihre Expertise als Verwalter von Mikrofonds in die Partnerschaften einbringen.

Bezüglich der Einbindung zivilgesellschaftlicher Fachakteur/innen wird als Hindernis häufig eine Übersättigung mit Vernetzungsangeboten genannt. Große Träger wie Wohlfahrtsverbände oder Jugendorganisationen seien häufig über mehrere Arbeitskreise und Runde Tische miteinander vernetzt. Zudem stellten die beschränkten Fördersummen für Einzelmaßnahmen einen geringen Anreiz für etablierte Organisationen dar, in der Partnerschaft mitzuarbeiten.

Auf die Expertise der großen Trägerorganisationen sowohl bezüglich der Themen als auch bezüglich der Projektabwicklung wollen Partnerschaften in der Regel jedoch nicht verzichten. Um deren Interesse an der Mitarbeit zu steigern, erhöhen sie beispielsweise die Fördersummen, die an einzelne Träger vergeben werden, indem sie Mikrofonds zur Abwicklung an sie auslagern oder indem sie mehrere Einzelmaßnahmen zu „Projektpaketen“ zusammenfassen.

Ein dritter Akteurstyp sind Lokalpolitiker/innen. Deren Einbindung sehen viele Partnerschaften als umso dringlicher an, je länger das Bundesprogramm andauert. Erstens verknüpfen sie die kommunalpolitische Legitimation der Partnerschaft mit der Erreichung einer nachhaltigen Wirkung auf das Gemeinwesen. Zweitens sehen sie die Unterstützung der Lokalpolitik als wichtigen Baustein in der Absicherung der strukturellen Nachhaltigkeit der Partnerschaft. Andere Partnerschaften befürchten hingegen, dass durch die Einbeziehung von Lokalpolitiker/innen parteipolitische Kontroversen in den Begleitausschuss getragen werden könnten.²²³

Um die Einbindung von Lokalpolitiker/innen zu verbessern, sind einige Partnerschaften zu einem hohen Einsatz von Ressourcen bereit. Während die einen sich in Arbeitsgruppen zusammentun, um innovative Lösungen für die Netzwerkarbeit mit Lokalpolitiker/innen zu finden, setzen andere auf die bewährte, aber zeitraubende Strategie der persönlichen Kontaktaufnahme.

„Alleine schon die Abgeordneten mitzunehmen, das ist ja schon ein Fall für mindestens eine Person mit einem Fulltime-Job. Weil, der ist ja in der und der Partei, und der ist in der und der Partei. Und da versteht man sich nicht immer miteinander. ... Das heißt, erst trinkst du mit allen einzeln Kaffee und dann kommt immer eine Person dazu. Und dann kann man sich nachher auf grundlegende Sachen einigen.“ (KuF05/2_809)

Wo die Einbindung gelingt, sind Verwaltungsakteur/innen oftmals in einer zusätzlichen vermittelnden Rolle tätig. Im ländlichen Raum hat sich zudem gezeigt, dass die Zusammenarbeit über Angebote, die auf die Bedarfe von ehrenamtlichen Lokalpolitiker/innen eingehen, intensiviert

223 Vgl. hierzu den Abschnitt „Handlungsoptionen: Eröffnung regionaler Zugänge“ in diesem Bericht.

werden kann. Die Partnerschaft eines Landkreises veranstaltete beispielsweise ein „Bürgermeister-Coaching“ zum Umgang mit Bedrohungen aus dem rechtspopulistischen und rechtsradikalen Spektrum. Dort seien *„sehr konkrete Bedarfe ... ermittelt worden, mit denen wir weitergearbeitet haben“* (KuF22/2_386). Handlungsoptionen, die bereits bei der Information und Sensibilisierung ehrenamtlicher Lokalpolitiker/innen ansetzen, werden im Kapitel zur Öffentlichkeitswirksamkeit im Bereich der lokalen politischen Öffentlichkeit diskutiert.

Wissensdefizite auf Seiten der organisationalen Vertreter/innen der Mehrheitsgesellschaft erschweren die Einbindung migrantischer Selbstorganisationen in die Netzwerke der Partnerschaften.

Bezüglich der Einbindung von migrantischen Selbstorganisationen nennen Partnerschaften drei Hindernisse, die sie durch geeignete Handlungsoptionen zu überwinden versuchen. Erstens beschreiben einige Koordinator/innen ihre Unsicherheit in der Auswahl geeigneter Partnerorganisationen aus den migrantischen Communities. Diese Unsicherheiten bestehen bezüglich der weltanschaulichen Positionierung der betreffenden Organisationen, besonders wenn sie muslimisch geprägt sind. Aus dieser Verunsicherung heraus entscheiden sich einige Partnerschaften beispielsweise zur Zusammenarbeit mit vermeintlich einfach einzuordnenden DITIB-Gemeinden.

Die angesprochene Unsicherheit speist sich jedoch auch aus der mangelnden Kenntnis der kulturellen Vielfalt und politischen Konfliktlinien innerhalb der migrantischen Communities. Bei den Überlegungen zur Einbindung von MSO deutet sich bei einigen Koordinierungs- und Fachstellen der Wunsch an, mit wenigen migrantisch geprägten Organisationen die Vertretung eines möglichst breiten Spektrums der Menschen mit Migrationshintergrund in ihrem Gemeinwesen zu erreichen.

„Warum sitzt eigentlich einer aus der türkischen Community, der sogar im ... Migrationsrat [des Landes] ist, [nicht] in unserem Begleitausschuss? Das war dann die Meinung, dass der eben ja nur eine Migrantengruppe vertritt. Wenn, dann müsste es jemand sein, der alle vertritt, und das scheint in den Augen der Kommune eher dann der Integrationsbeauftragte zu sein.“ (KuF07/2_833)

Zweitens nennen Koordinator/innen mangelnde Sprachkenntnisse als eine Hürde bei der Beteiligung von MSO an der Netzwerkarbeit. Einige Partnerschaften sehen unter anderem deshalb von der Einbindung von MSO-Vertreter/innen in den Begleitausschuss ab. Mangelnde Sprachkenntnisse führten außerdem dazu, dass MSO Schwierigkeiten hätten, die Anknüpfungspunkte zwischen ihrer Arbeit und dem Bundesprogramm zu erkennen.

Drittens beobachten einige Partnerschaften, dass MSO häufig wenig organisationale Ressourcen haben und besonders stark vom Ehrenamt getragen sind. Damit seien dem Engagement von MSO in der Vernetzung und Projektträgerschaft enge Grenzen gesetzt.

„[MSO] haben sehr viel ehrenamtliche Arbeit und haben dann eben nicht Ressourcen, noch zusätzlich irgendwie zu verschiedenen Treffen zu kommen, an verschiedenen Gesprächen teilzunehmen oder Aktionen mitzumachen.“ (KuF20/2_742)

Um die Einbindung von MSO in die Netzwerkarbeit zu stärken, versuchen einige Partnerschaften, (1) die Informationsdefizite auf Seiten der organisationalen Vertreter/innen der Mehrheitsgesellschaft abzubauen und damit Kooperationen mit MSO zu fördern und (2) MSO über bestehende Vernetzungen einzubinden. Workshops zur Mitarbeit im Bundesprogramm, die speziell auf Menschen mit geringen Deutschkenntnissen zugeschnitten sind, wurden bisher von keiner

der von uns untersuchten Partnerschaften angeboten. Sie wären eine weitere Handlungsoption, um die Einbindung von MSO in Partnerschaften zu verbessern.

Um Informationsdefizite abzubauen und Kooperationen zu fördern, versuchen Koordinierungs- und Fachstellen, zivilgesellschaftlichen Organisationen aus der Mehrheitsgesellschaft MSO als Kooperationspartner zu vermitteln. Dies geschieht beispielsweise im Rahmen der Beratung zur Beantragung von Einzelmaßnahmen. So achte man beispielsweise darauf, Antragsteller/innen *„schon in der Antrags- und Konzeptentwicklung darauf hinzuweisen, hier gibt es noch die spezialisierten Träger, denkt die bitte mit“* (KuF14/2_344). Außerdem führen manche Partnerschaften Begegnungstreffen zwischen Vertreter/innen von MSO und Organisationen aus der Mehrheitsgesellschaft durch, die dem gegenseitigen Austausch dienen.

Einige Partnerschaften binden MSO ausschließlich über Vertreter/innen migrantischer Dachorganisationen oder bestehender Vernetzungen in die Netzwerkarbeit ein. Darunter sind Landesnetzwerke von Migrantenorganisationen, kommunale Migrationsräte und „Interkulturelle Tische“. Dadurch gewinnen Partnerschaften kompetente Sprecher/innen als Vermittler/innen zwischen Partnerschaft und MSO, sie erreichen die Vertretung einer Vielzahl migrantischer Communities und vermeiden die Überforderung einzelner MSO mit Netzwerkarbeit.

Schließlich sehen es viele Partnerschaften als ein wichtiges Ziel ihrer Netzwerkarbeit an, Einzelpersonen und Organisationen der allgemeinen Öffentlichkeit mit Mitwirkungsangeboten zu erreichen. Dazu zählen in diesem Zusammenhang insbesondere organisational ungebundene Bürger/innen und ehrenamtlich geprägte gemeinnützige Organisationen außerhalb des Themenbereichs der Partnerschaften, wie Kulturvereine, Sportvereine und freiwillige Feuerwehren. Damit mehr Bürger/innen an den Aktivitäten der Partnerschaften teilnehmen, bemühen sich die Partnerschaften zunächst, die allgemeine Öffentlichkeit zu informieren und zu sensibilisieren. Sie wenden dabei die Handlungsoptionen zur Erreichung von Öffentlichkeitswirksamkeit²²⁴ in der allgemeinen Öffentlichkeit an, die im nachfolgenden Kapitel detailliert dargestellt werden. Um Einzelpersonen und ehrenamtlich geprägte gemeinnützige Organisationen als Projektverantwortliche zu gewinnen, gestalten Partnerschaften die Ausschreibungen für Fördermittel möglichst alltagsbezogen und bieten ehrenamtlichen Akteur/innen eine intensive, wertschätzende Begleitung von der Antragstellung bis zur Projektabrechnung.

Wie bereits ausgeführt, ist die Trägerschaft von Einzelmaßnahmen eine wichtige, allerdings voraussetzungsreiche Form der Mitwirkung in lokalen Partnerschaften. Eine erste Hürde für die Einbindungen von Bürger/innen über Projektträgerschaften bestehe laut Koordinierungs- und Fachstellen darin, dass sich unerfahrene Antragsteller/innen die Umsetzung einer Einzelmaßnahme oft nicht zutrauten. Dies habe auch damit zu tun, dass es für Bürger/innen schwer sei, ihre konkreten Bedarfe mit den zentralen Begrifflichkeiten des Bundesprogramms, wie Demokratie und Toleranz, in Verbindung zu bringen.

Ausschreibungen von Mitteln des Aktions- und Initiativfonds müssen Bürger/innen dazu ermutigen, sich auch mit unausgereiften Ideen an die Koordinierungs- und Fachstellen zu wenden.

Einige Partnerschaften formulieren deshalb bei der Ausschreibung von Fördermitteln konkrete Fragestellungen, zu denen Bürger/innen Projekte entwickeln können. Außerdem habe sich die ausführliche Beschreibung von bereits geförderten Einzelmaßnahmen auf den Internetseiten der Partnerschaften als hilfreich erwiesen. So biete man Interessierten Anschauungsmaterial.

224 Vgl. hierzu den Abschnitt zu Handlungsoptionen zur Erreichung der allgemeinen Öffentlichkeit in diesem Bericht.

Schließlich müsse eine Ausschreibung Bürger/innen dazu ermutigen, sich auch mit unausgereiften Ideen an die Koordinierungs- und Fachstellen zu wenden, um ihnen die Angst vor dem ersten eigenen Projekt zu nehmen.

Damit aus Projektideen unerfahrener Antragsteller/innen Förderzusagen des Begleitausschusses werden, bieten einige Partnerschaften vorbereitende Workshops für Erstantragsteller/innen und eine intensive Begleitung von der Projektkonzeption bis zum Projektabschluss. Koordinierungs- und Fachstellen schaffen damit eine bessere Chancengleichheit für ehrenamtliche Antragsteller/innen bei der Vergabe von Fördermitteln.

„[Ehrenamtliche Antragsteller] werden vorher gebrieft ... wie sie ... in Interaktion treten mit dem Begleitausschuss und das klappt auch. ... Und wenn ich Zweifel habe und eben sehe, ja die sind einfach gut in ihrem Tun, aber mit Sicherheit nicht gut in ihrem ganzen Schriftlichen, na ja, dann muss man das auffangen. Man kann ja nicht das davon abhängig machen, dass nur Leute mitspielen dürfen, die Profi sind.“ (KuF08/2_1630)

4.6.3.3 Handlungsoptionen zur Entwicklung von Grundlagen der Zusammenarbeit

Zu den Grundlagen zielgerichteter Zusammenarbeit gehören unserem Verständnis nach ein partizipativer Zielentwicklungsprozess sowie ein hoher Integrationsgrad des Netzwerks. Letzterer beinhaltet unter anderem einen intensiven Wissensaustausch der Netzwerkakteur/innen untereinander, eine gemeinsame Problemdiagnose und die gemeinsame Entwicklung von Netzwerkaktivitäten.

In den Interviews mit den Koordinator/innen konnten für einige dieser Aspekte Handlungsoptionen identifiziert werden, die zur Schaffung der Grundlagen zielgerichteter Zusammenarbeit beitragen. Die zentralen Akteur/innen der Partnerschaften versuchten unter anderem, (1) Formate zu finden, die eine gemeinsame Zielentwicklung ermöglichen, (2) den Austausch von Informationen und Wissensbeständen zu befördern, (3) die Zusammenarbeit zwischen Netzwerkmitgliedern zu intensivieren und (4) verantwortliche Positionen innerhalb des Netzwerks gegenüber neuen Akteur/innen zu öffnen.

Handlungsoptionen zur Entwicklung von Grundlagen der Zusammenarbeit
▪ Starke Strukturierung des Zielentwicklungsprozesses mittels inhaltlicher Schwerpunktsetzungen, Gruppenarbeitsmethoden oder externer Moderation ▪ Förderung des Wissensaustauschs durch Raum für organisationsspezifische Anliegen bei Netzwerktreffen und die Schaffung von Möglichkeiten zur gegenseitigen Fortbildung ▪ Intensivierung der Zusammenarbeit durch Kooperation als Bedingung für die Vergabe von Fördermitteln für Einzelmaßnahmen ▪ Bündelung von Einzelmaßnahmen zu mehrtägigen öffentlichen Veranstaltungen ▪ Öffnung verantwortlicher Positionen im Netzwerk gegenüber neuen Akteur/innen

Das bereits angesprochene Spannungsverhältnis zwischen der Inklusivität des Zielentwicklungsprozesses und der Konkretisierung von Handlungszielen hat einige Koordinator/innen veranlasst, nach Wegen zu suchen, den fortlaufenden Prozess effizienter zu gestalten.

Eine stärkere Strukturierung des Prozesses hat sich dabei als hilfreich herausgestellt. Dies wurde unter anderem durch inhaltliche Schwerpunktsetzungen, Gruppenarbeitsmethoden wie World Café oder Zukunftswerkstatt und externe Moderation erreicht. Außerdem wenden viele Partnerschaften weiterhin ein zweistufiges Verfahren an: Zunächst werden Ideen in großer Runde, beispielsweise auf Demokratiekonferenzen, gesammelt und dann in Workshops durch eine kleine Gruppe ausgewählter Akteur/innen, wie zum Beispiel den Begleitausschuss, zu einem Zielsystem ausgearbeitet.

Zur Verbesserung des Informations- und Wissensaustauschs unter Netzwerkmitgliedern achten die Koordinator/innen darauf, dass Netzwerktreffen Raum bieten zum Austausch über Problemlagen und Bedarfe einzelner Träger. Manche Partnerschaften haben es sich zur Regel gemacht, Begleitausschusssitzungen mit einem solchen Austausch zu beginnen, der protokolliert und anderen Netzwerkmitgliedern zur Verfügung gestellt wird. Andere setzen einen solchen Gedankenaustausch an das Ende von Treffen, um persönliche Gespräche im Anschluss an die Veranstaltungen zu ermöglichen.

„Es gibt zwar immer ein konkretes Thema, was besprochen werden muss, aber die Akteure, die dabei sind, [haben] auch immer Zeit und Raum, ihr persönliches Anliegen vorzutragen.“ (KuF13/2_1409)

Wissensaustausch in ihren Netzwerken fördern Partnerschaften auch dadurch, dass sie Fortbildungen für das Netzwerk als Einzelmaßnahmen an lokale Akteur/innen vergeben, auch wenn diese sich die entsprechende Expertise erst erarbeiten müssen. Dies erfordert allerdings eine intensivere Begleitung der Veranstaltungen.

„Du kannst ja nicht nur immer Leute von außen einkaufen. Das macht ja auch auf Dauer [keinen] Sinn, sondern du sollst ja eigentlich die Leute auch aktivieren, die dann hier vor Ort auch sind ... Aber wie gesagt, das ist ... vom Aufwand her dann schon enorm.“ (KuF12/2_1403)

Die Zusammenarbeit von Netzwerkmitgliedern bei der Umsetzung gemeinsamer Aktivitäten zu fördern, ist ein zentrales Anliegen der meisten Koordinierungs- und Fachstellen. Dazu machen eine Vielzahl von Partnerschaften Kooperationen von mindestens zwei Netzwerkmitgliedern zur Bedingung für die finanzielle Förderung von Einzelmaßnahmen. Dadurch wird insbesondere die Zusammenarbeit etablierter Fachakteur/innen mit ehrenamtlichen Gruppen gefördert. Daraus ziehen gerade ehrenamtliche Akteur/innen einen großen Nutzen: Erstens können Träger wie Wohlfahrtsverbände und Jugendorganisationen ehrenamtlich Aktiven geregelte Zugänge zu Zielgruppen wie Geflüchteten oder Jugendlichen bieten. Zweitens stellen sie ihnen einen rechtlichen Rahmen und Erfahrung in der Administration von Projekten zur Verfügung.

Die Bündelung von Einzelmaßnahmen zu mehrtägigen öffentlichen Veranstaltungen ermöglicht es Partnerschaften, die Zusammenarbeit innerhalb des Netzwerks zu intensivieren.

Die Kooperation von Netzwerkmitgliedern können Partnerschaften auch dadurch intensivieren, dass sie Einzelmaßnahmen zu mehrtägigen öffentlichen Veranstaltungen bündeln, wie zum Beispiel zu einer „Woche gegen Rassismus“ oder „Tagen der Toleranz“. Sowohl in der gemeinsamen Vorbereitung als auch im Rahmen der Umsetzung einzelner Beiträge ergeben sich vielfältige Möglichkeiten zur Zusammenarbeit zwischen Netzwerkmitgliedern.

Schließlich kann die Öffnung verantwortlicher Positionen im Netzwerk gegenüber neuen Akteur/innen die Kooperation innerhalb des Netzwerks befördern. Eine solche Öffnung ist wichtig, um einer Wagenburg-Mentalität derer entgegenzuwirken, die über die strategische Ausrichtung und Vergabe von Fördermitteln innerhalb der Partnerschaft entscheiden. Einige Partnerschaften haben Begleitausschüsse, deren Zusammensetzung seit vielen Jahren unverändert geblieben ist. Dies kann zu einer Atmosphäre im Netzwerk beitragen, die neue Akteur/innen als ausgrenzend wahrnehmen.

Um die Kooperation im Netzwerk zu verbessern, kann es deshalb hilfreich sein, regelmäßig neue Mitglieder in den Begleitausschuss aufzunehmen. Aber auch die Einrichtung von Arbeits-

kreisen zur strategischen Fortentwicklung der Partnerschaft kann weniger etablierten Netzwerkmitgliedern Gelegenheit bieten, sich einzubringen.

„Es sind maximal sechs Mann in den Gruppen drin und die können dann wieder im Begleitausschuss berichten von dem, was sie getan haben, denn das bringt denen auch noch mal eine ganz andere Reputation.“ (KuF08/2_977)

4.6.4 Fazit

Die Ergebnisse der Analysen zur Netzwerkentwicklung in den vorangegangenen Zwischenberichten haben gezeigt, dass die Erfolge bei der Entwicklung leistungsfähiger Netzwerke in der Anfangsphase stark von strukturellen Ausgangsbedingungen geprägt waren. Dennoch ließen sich bereits zu diesem Zeitpunkt Defizite in der Einbindung von Akteur/innen oder dem Aufbau von Grundlagen der zielgerichteten Zusammenarbeit auch auf das Handeln von Koordinierungs- und Fachstellen sowie federführenden Ämtern zurückführen. Eine Analyse der Netzwerke unter Einzelmaßnahmenträgern trug hierzu die Erkenntnis bei, dass Koordinierungs- und Fachstellen ihre Netzwerke stärken können, wenn sie mit mehr Netzwerkmitgliedern regelmäßig Informationen austauschen.

Nachdem in der Anfangsphase die Arbeit vieler Partnerschaften stark von der Etablierung oder Wiederbelebung zentraler Arbeitsstrukturen geprägt war, sind die Handlungsspielräume der zentralen Akteur/innen inzwischen gewachsen. Die Interviews mit den Koordinator/innen der 24 Partnerschaften des qualitativen Samples haben gezeigt, dass sie in der Ausgestaltung ihrer Netzwerkarbeit sehr unterschiedliche Wege eingeschlagen haben.

Bezüglich der Einbindung relevanter Akteur/innen argumentieren einige Koordinator/innen für die Beschränkung der Partnerschaften auf ausgewählte Fachakteur/innen, während andere den Aufbau möglichst umfassender Netzwerke anstreben. Als zentraler Grund für eine Beschränkung der Netzwerkgröße wird die geringe Fördersumme für Einzelmaßnahmen angeführt. Die Analyse der Interviews mit den Koordinator/innen brachte jedoch zwei Strategien zutage, die auch bei beschränkten Fördermitteln eine breit angelegte Netzwerkarbeit ermöglichen können.

Unabhängig vom angestrebten Gesamtumfang der Netzwerke sind Partnerschaften vor die Aufgabe gestellt, verschiedene Akteurstypen in die Netzwerkarbeit einzubeziehen. Für fünf Akteurstypen konnten Handlungsoptionen zur Verbesserung ihrer Einbindung identifiziert werden: Verwaltungsakteur/innen, Fachakteur/innen aus der Zivilgesellschaft, lokalpolitische Akteur/innen, migrantische Selbstorganisationen sowie Vertreter/innen der allgemeinen Öffentlichkeit. Die Aktivitäten reichen von einfachen Maßnahmen, wie dem Verweis auf MSO als Kooperationspartner bei der Antragstellung für Einzelmaßnahmen, bis hin zu ressourcenintensiven Interventionen, wie der Organisation von Workshops zur Projektadministration für ehrenamtlich Aktive.

Auch zur Entwicklung von Grundlagen der zielgerichteten Zusammenarbeit konnten Handlungsoptionen identifiziert werden, die zu einer besseren Koordination und Kooperation im Netzwerk führen. Koordinierungs- und Fachstellen haben unter anderem Formate gefunden, die eine effizientere gemeinsame Zielentwicklung ermöglichen. Sie haben außerdem durch verschiedene Maßnahmen den Austausch von Informationen und Wissensbeständen gefördert, durch Richtlinien zur Umsetzung von Einzelmaßnahmen und gemeinsame Projekte die Zusammenarbeit zwischen Netzwerkmitgliedern intensiviert und verantwortliche Positionen innerhalb des Netzwerks gegenüber neuen Akteur/innen geöffnet.

4.7 Öffentlichkeitswirksamkeit

4.7.1 Begriffsdefinition und Fragestellung

Das Programm „Demokratie leben!“ strebt an, eine breite Öffentlichkeit zu erreichen.²²⁵ Dies soll insbesondere durch die Partnerschaften für Demokratie geschehen. Damit wird die erfolgreiche Umsetzung kommunaler Strategien im Bereich Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention ermöglicht. Deshalb ist es für die Wissenschaftliche Begleitung eine wichtige Frage, ob und wie die Partnerschaften öffentlichkeitswirksam werden. Neben einer grundsätzlichen Bewertung der Öffentlichkeitswirksamkeit gehört hierzu auch die Frage nach den Faktoren, die eine Öffentlichkeitswirksamkeit beeinflussen, und nach den Handlungsoptionen, die Partnerschaften für Demokratie finden, um ihre Öffentlichkeitswirksamkeit zu erhöhen.

Kommunale Strategien setzen voraus, dass sich eine Vielzahl kommunaler Akteur/innen hinter den Zielen der Partnerschaft für Demokratie versammelt und sie durch ihr Engagement unterstützt. Gleichzeitig streben es die Partnerschaften an, mit ihren Angeboten auch jene Akteur/innen zu erreichen, die sich noch nicht im Rahmen der Partnerschaft engagieren. Öffentlichkeitswirksamkeit wird hier als eine Voraussetzung für Teilhabe verstanden. Damit wird auf eine normative demokratie-theoretische Perspektive Bezug genommen, die in Öffentlichkeit ein wichtiges Moment erkennt, um demokratische Prozesse zu ermöglichen. Die Herstellung von Öffentlichkeit sei ein „Vehikel für die Mobilisierung öffentlicher Meinung als eine politische Kraft“ und soll die Bürger/innen ermächtigen, Einfluss auszuüben.²²⁶ Öffentlichkeitswirksamkeit meint, dass ein Bewusstsein für relevante Probleme, für die eigene Verantwortung und für Handlungsmöglichkeiten geschaffen²²⁷ und so der Grundstein für eine aktive Beteiligung gelegt wird.

Öffentlichkeit meint einen bestimmten Kreis von Personen, die Zugang zu Informationen haben und miteinander über diese kommunizieren.²²⁸ Um Öffentlichkeit empirisch und analytisch zu betrachten, ist es sinnvoll, zwischen verschiedenen Teil-Öffentlichkeiten zu unterscheiden.²²⁹ Relevante Teil-Öffentlichkeiten für die Partnerschaften für Demokratie sind:

- die allgemeine Öffentlichkeit,
- die Fachöffentlichkeit,
- die lokale politische Öffentlichkeit.

Öffentlichkeitsarbeit ist mehr als Informieren: Erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit regt Kommunikationsprozesse an und erzeugt Anschlusshandlungen.

Um diese Teil-Öffentlichkeiten zu erreichen, leisten die Partnerschaften für Demokratie Öffentlichkeitsarbeit (auch Public Relations). Dabei geht es um das „Management von Informations- und Kommunikationsprozessen zwischen Organisationen einerseits und ihrer internen oder externen Umwelt (Teil-Öffentlichkeiten) andererseits. Funktionen von Public Relations sind Information, Kommunikation, Persuasion,²³⁰ Image-Gestaltung, kontinuierlicher Vertrauens-

225 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2016, S. 10.

226 Fraser 2005, S. 1; Lang 1997, S. 46; Wimmer 2010.

227 Forberg et al. 2013, S. 4.

228 Pöttker 2006, S. 205.

229 Ebenda.

230 Persuasion ist eine Form der Kommunikation, deren Ziel eine Einstellungsänderung ist.

werb, Konfliktmanagement und die Herstellung von gesellschaftlichem Konsens²³¹. Mittels Öffentlichkeitsarbeit soll nicht nur Aufmerksamkeit erregt werden, sondern ebenso Anschlusshandeln, zumindest aber ein Dialog erzeugt werden.²³² Öffentlichkeitsarbeit ist insofern ein Weg, auf dem Öffentlichkeitswirksamkeit erreicht wird.

Eine Partnerschaft für Demokratie ist dann öffentlichkeitswirksam, wenn sie alle drei Teil-Öffentlichkeiten erreicht. Dies bedeutet, dass die regionalen Akteur/innen, die diesen Teil-Öffentlichkeiten zugerechnet werden, über die Ziele der Partnerschaft für Demokratie informiert sind, diese teilen und sich dafür engagieren.

Um eine abgestufte Bewertung der Öffentlichkeitswirksamkeit der Partnerschaften für Demokratie vornehmen zu können, wurde die Öffentlichkeitswirksamkeit zunächst in Bezug auf die drei Teil-Öffentlichkeiten bewertet und diese Bewertungen dann zusammengeführt, wobei die Erreichung der allgemeinen Öffentlichkeit höher gewichtet wurde.

Im Folgenden werden zunächst die Befunde zur Öffentlichkeitswirksamkeit vorgestellt und wichtige Faktoren benannt, die diese beeinflussen. Danach werden die Befunde differenziert nach den jeweiligen Teil-Öffentlichkeiten dargestellt und die Handlungsoptionen benannt, die die Partnerschaften für Demokratie gefunden haben, um Öffentlichkeitswirksamkeit zu erreichen.

4.7.2 Typen der Öffentlichkeitswirksamkeit und Einflussfaktoren

Für die Akteur/innen der Partnerschaften für Demokratie hatte die Erreichung von Öffentlichkeit bereits zu Programmbeginn einen hohen Stellenwert. Dennoch wurden im ersten Förderjahr kaum entsprechende zielgerichtete Aktivitäten umgesetzt.²³³ Die Schaffung von Strukturen, die Qualifizierung von Akteur/innen und die Beratung von Projekten standen zunächst im Vordergrund. Die für die Öffentlichkeitsarbeit verfügbaren Mittel wurden im ersten Förderjahr ganz überwiegend für die Finanzierung der Demokratiekonferenzen genutzt.²³⁴

Gezielte Aktivitäten oder eine strategische Planung, wie Öffentlichkeitswirksamkeit erreicht werden kann, wurden zumeist erst im Verlauf des zweiten Förderjahres erarbeitet. In dieser Zeit erreichte lediglich ein Drittel der qualitativ befragten Partnerschaften eine gute Öffentlichkeitswirksamkeit.²³⁵ Für die 24 untersuchten Partnerschaften können in Bezug auf ihre Öffentlichkeitswirksamkeit vier Typen unterschieden werden:

231 Gesellschaftlicher Konsens meint eine Übereinkunft über geteilte Werte und Normen (Bentele 1995, S. 12f.).

232 Röttger 2006, S. 10.

233 ISS/Camino 2015, S. 104.

234 Ebenda.

235 ISS/Camino 2016, S. 143.

Abbildung 18: Typen von Öffentlichkeitswirksamkeit



Quelle: Eigene Darstellung.²³⁶

Während für Typ 1 und Typ 2 die allgemeine Öffentlichkeit eine wichtige Zielgruppe ist, konzentrieren Partnerschaften, die Typ 3 zugeordnet werden, ihre Strategien zur Erreichung von Öffentlichkeit bewusst auf die Fachöffentlichkeit und die lokale politische Öffentlichkeit. Die allgemeine Öffentlichkeit wird entsprechend schlecht erreicht. Partnerschaften des Typs 4 verfolgen keine gezielte Strategie, eine Öffentlichkeitswirksamkeit bei den jeweiligen Teil-Öffentlichkeiten ergibt sich, wenn überhaupt, zufällig.²³⁷

Die Wissenschaftliche Begleitung identifizierte Faktoren, die in unterschiedlichen Kombinationen Einfluss darauf haben, ob eine Partnerschaft öffentlichkeitswirksam ist oder nicht.

Ein wichtiger Faktor ist (naheliegenderweise) eine kompetente Öffentlichkeitsarbeit. Viele Partnerschaften des untersuchten Samples nutzten die Mittel für die Aufstockung der Koordinierungs- und Fachstelle, um ihre Kompetenzen in diesem Bereich zu erhöhen.²³⁸

Dort, wo eine kompetente Öffentlichkeitsarbeit noch nicht oder erst eingeschränkt umgesetzt wurde, wird dennoch Öffentlichkeitswirksamkeit erreicht, wenn

- die Problemlagen vor Ort durch die relevanten Akteur/innen anerkannt werden und diese einen Handlungsbedarf sehen,
- es eine umfassende Gesamtkoordinationsleistung gibt,²³⁹
- eine zielgerichtete Zusammenarbeit der Akteur/innen stattfindet²⁴⁰ und
- die Partnerschaft durch die politischen Spitzen öffentlich sichtbar unterstützt wird.²⁴¹

Es ist davon auszugehen, dass eine positive Beeinflussung dieser Faktoren in Kombination mit einer kompetenten Öffentlichkeitsarbeit ein großes Maß an Öffentlichkeitswirksamkeit herzustellen vermag.

In den Partnerschaften ist ein implizites Wissen über diese Faktoren vorhanden, beobachtbare Strategien zur Erreichung von Öffentlichkeitswirksamkeit knüpfen zum Teil an diesen Faktoren an. In den Logischen Modellen zur Erreichung von Öffentlichkeitswirksamkeit, die gemeinsam mit Akteur/innen ausgewählter Partnerschaften erstellt wurden, ist beispielsweise die Sensibili-

²³⁶ ISS/Camino 2016, S. 143.

²³⁷ Ebenda.

²³⁸ ISS/Camino 2016, S. 33.

²³⁹ Vgl. hierzu das Kapitel „Entwicklung einer umfassenden Gesamtkoordination“ in diesem Bericht.

²⁴⁰ Vgl. hierzu das Kapitel „Leistungsfähige Netzwerke“ in diesem Bericht.

²⁴¹ ISS/Camino 2016, S. 144.

sierung für Problemlagen vor Ort ein häufig formuliertes Ziel der Öffentlichkeitsarbeit. Als Zielgruppen werden sehr heterogene Akteursgruppen benannt – Bürgermeister/innen, kommunale Verwaltung, Unternehmen und Fachakteur/innen, aber auch weniger einschlägige, regional jedoch bedeutsame Akteur/innen, wie beispielsweise ein Kleintierverband. Auch die Gewinnung der politischen Spitzen zur Unterstützung der Partnerschaften für Demokratie bildet sich als Strategie zur Erreichung von Öffentlichkeitswirksamkeit in den Logischen Modellen ab. Politische Akteur/innen sind eine zentrale Zielgruppe der Öffentlichkeitsarbeit und werden für viele Zielbereiche derselben als relevant angesehen. Ebenfalls thematisiert wird die zielgerichtete Zusammenarbeit. Strategien zur Erreichung von Öffentlichkeitswirksamkeit benennen Aktivitäten, die darauf abzielen, viele Akteur/innen einzubinden. Diese sollen nicht nur als Umsetzende von oder Teilnehmende an Projekten gewonnen werden, sondern sich auch inhaltlich einbringen und gestaltend mitwirken. Die Gesamtkoordination ist ein wichtiger Faktor, da sie Zugänge zu Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Netzwerken schafft, die für eine erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit genutzt werden können.

4.7.3 Handlungsoptionen zur Erreichung der verschiedenen Teil-Öffentlichkeiten

Im Folgenden werden auf der Basis der 2017 geführten Interviews sowie anhand der in sieben Regionen erstellten Logischen Modelle für Öffentlichkeitswirksamkeit mögliche Strategien dafür benannt, wie die einzelnen Teil-Öffentlichkeiten – allgemeine Öffentlichkeit, Fachöffentlichkeit und lokale politische Öffentlichkeit – durch die Partnerschaften für Demokratie erreicht werden können. Zur Bewertung der Ausgangslage werden zusätzlich die Befunde der Wissenschaftlichen Begleitung aus den Jahren 2015 und 2016 genutzt.

4.7.3.1 Allgemeine Öffentlichkeit

Die allgemeine Öffentlichkeit ist schon seit Beginn der Förderung durch das Programm „Demokratie Leben!“ Zielgruppe fast aller Partnerschaften für Demokratie. Es sollen Informationen vermittelt werden, um Bürger/innen zu sensibilisieren und zu aktivieren, aber auch demokratische Werte. Eine strategische Planung, wie die allgemeine Öffentlichkeit erreicht werden kann, gab es zunächst in keiner der untersuchten Partnerschaften für Demokratie. In der Regel wurden singuläre Aktivitäten umgesetzt, wie beispielsweise die Präsenz der Koordinierungs- und Fachstelle auf Veranstaltungen, Plakataktionen oder Pressemeldungen. Ziel dieser Aktivitäten war es zumeist, die Partnerschaft für Demokratie als „Marke“ bekanntzumachen und über Fördermöglichkeiten zu informieren. In der Anfangsphase des Programms erreichte lediglich ein Drittel der Partnerschaften für Demokratie eine gute Öffentlichkeitswirksamkeit im Bereich der allgemeinen Öffentlichkeit. Insbesondere großstädtische Regionen geben hier Schwierigkeiten an. Aus Sicht der Koordinator/innen ist es in diesen Regionen schwierig, die Partnerschaft innerhalb der Vielzahl von Angeboten und Vernetzungen, die es im großstädtischen Raum gibt, sichtbar zu machen.²⁴²

„Das ist nicht so, dass die PfD tatsächlich das Zentrum des Kampfs gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist und da die letzten Aufrechten irgendwie die Demokratie verteidigen. Überall, in jedem Stadtteil, gibt es irgendwelche Initiativen und Leute.“ (KuF06/2_136)

Partnerschaften in ländlichen Regionen, insbesondere in Flächenlandkreisen, gelingt es zwar, eine gute Sichtbarkeit der Partnerschaft in einzelnen Kommunen herzustellen, allerdings ist es für diese Partnerschaften schwierig, eine Flächendeckung zu erreichen.

242 ISS/Camino 2016, S. 140f.

Die qualitative Befragung der Koordinierungs- und Fachstellen verdeutlicht, dass die allgemeine Öffentlichkeit in vielen Partnerschaften für Demokratie 2017 deutlicher in den Fokus gerückt ist.²⁴³

„Ja, also wir haben da versucht, eine Art Schwerpunktverlagerung vorzunehmen. Also nicht, dass wir ganz weg von der Fachöffentlichkeit wollen, da wollen wir auch weiter drin vernetzt sein, aber eben schon mehr in die allgemeine Öffentlichkeit zu gehen ...“ (KuF03/2_43)

Es werden verstärkt Aktivitäten umgesetzt, um die allgemeine Öffentlichkeit zu erreichen, die sich aber nur bei etwa der Hälfte der Partnerschaften für Demokratie zu einem inhaltlich begründeten Konzept zusammenfügen.

Erfolgversprechende Konzepte zur Erreichung der allgemeinen Öffentlichkeit bauen auf attraktive und niedrigschwellige Informationsvermittlung und Angebote und auf die Belebung und Nutzung des öffentlichen Raums. Sie stellen einen regionalen Bezug her oder arbeiten stadtteilbezogen, sprechen Bürger/innen direkt an oder nutzen Soziale Medien.

Wichtige strategische Elemente für die Erreichung der allgemeinen Öffentlichkeit sind:
▪ Attraktive und niedrigschwellige Informationsvermittlung/Angebote ▪ Belebung und Nutzung des öffentlichen Raums ▪ Regionaler Bezug, stadtteilbezogene Öffentlichkeitsarbeit ▪ Direkte Ansprache von Bürger/innen ▪ Nutzung einer Homepage und Sozialer Medien

Diese Elemente kommen in der Regel nicht einzeln zum Einsatz, sondern werden miteinander verschränkt, d.h. eine Aktivität kann durch mehrere der genannten Aspekte gekennzeichnet sein.

Attraktive und niedrigschwellige Angebote sprechen die allgemeine Öffentlichkeit in einer Form an, die Aufmerksamkeit erregt und zur Teilnahme motiviert. Als erfolgreiche Aktivität wird beispielsweise die Verknüpfung einer Autorenlesung mit einer anschließenden Information über die Ziele der Partnerschaft für Demokratie und Beteiligungsmöglichkeiten geschildert. Gerade im ländlichen Räumen, in denen es wenige kulturelle Angebote gibt, konnte so eine Vielzahl von Akteur/innen erreicht werden. Ein anderes Beispiel ist die Durchführung eines Straßenbahnquiz zu Fragen von Demokratie, Flucht und Asyl. Über die Verknüpfung von politischer Bildung mit Erlebniselementen konnten Akteur/innen angesprochen werden, die über klassische Informationswege nur schwer zu erreichen sind. Auch die Verbindung der Demokratiekonferenz mit einem Strandfestival oder mit einem interkulturellen Festival auf einem öffentlichen Platz sicherten den jeweiligen Partnerschaften ein hohes Maß an öffentlicher Aufmerksamkeit.

„... und auch wieder das Credo der Partnerschaft: Das findet nicht in irgendeiner Halle oder so statt, sondern das findet draußen auf dem Markt statt, am helllichten Tag, mit Musik.“ (KuF15/2_467)

Aufmerksamkeit für einzelne Veranstaltungen der Partnerschaft für Demokratie wird durch unkonventionelle Aktionen erzeugt, die sich aktiv an die Bürger/innen wenden:

„... zum Beispiel, dass wir im Vorfeld des Stadtfestes einfach mal durch die gesamte Region getingelt sind, mit einer Musikanlage und Infomaterial, und Gespräche mit

²⁴³ Lediglich eine der befragten Partnerschaften sieht die allgemeine Öffentlichkeit explizit nicht als Zielgruppe der Öffentlichkeitsarbeit.

mehr oder weniger jungen Leuten geführt haben, auch mit älteren Leuten ... also einfach mal informiert haben, ganz niedrigschwellig.“ (KuF03/2_43)

Wenn es darum geht, die allgemeine Öffentlichkeit zu erreichen, haben Angebote, die auf die Bürger/innen zugehen, eine größere Erfolgsaussicht als sogenannte „Komm-Angebote“.

Die geschilderten Aktivitäten unterscheiden sich von klassischen Informationsinstrumenten dadurch, dass sie sich aktiv an die zu informierende Zielgruppe wenden, während die häufig genutzten Informationsstände auf Stadtfesten ein „Komm-Angebot“ unterbreiten und so bereits eine Eigenmotivation der Zielgruppe voraussetzen. Der Wirkungsgrad eines Informationsstands auf die allgemeine Öffentlichkeit wird entsprechend gering eingeschätzt.

„Und die Leute, die bei dir auf dem Stand aufschlagen, das sind die Leute, die dich schon kennen, und mir ist halt aufgefallen, dass die Leute sonst zum Großteil nur hin sind, damit sie sich Sachen holen können, wie Stifte und so was.“ (KuF02/2_263)

Die Belebung und Nutzung des öffentlichen Raums ist eine Möglichkeit, Öffentlichkeitswirksamkeit zu erreichen, weil hierdurch die Sichtbarkeit der Partnerschaft für Demokratie und ihrer Anliegen erhöht wird. Darüber hinaus wird dieses Vorgehen als eine wirkungsvolle Strategie angesehen, um fehlenden Möglichkeiten der Begegnung und einem zunehmenden Rückzug der Bürger/innen ins Private entgegenzuwirken und so mit den Bürger/innen ins Gespräch zu kommen.

„... weil viele Leute, die sowieso selten das Haus verlassen, und wenn sie das Haus verlassen, tatsächlich auch nur die nötigsten kurzen Wege gehen und vielleicht zum Supermarkt oder wo sie auch immer hin müssen ... und ja, auch so einen gewissen Rückzug ins Private, den man ja teilweise beobachten kann, und die gehen dann halt nicht in irgendwelche Stadtteilzentren und gucken, ach, was sind denn hier für tolle Plakate, vielleicht gehe ich da irgendwann mal auf so ein Fest oder so was.“ (KuF03/2_141)

Wird der öffentliche Raum so gestaltet, dass er Begegnungsmöglichkeiten schafft, kann hier eine Kommunikation zwischen und mit den Bürger/innen stattfinden.

Aktivitäten, die eine Öffentlichkeitswirksamkeit durch die Belebung des öffentlichen Raums anstreben, versuchen, Orte umzugestalten. Dabei werden durch die Umgestaltung – die temporär oder dauerhaft sein kann – Begegnungsmöglichkeiten geschaffen und die Themen der Partnerschaft sichtbar gemacht. Ermöglicht werden soll eine Kommunikation zwischen den Bürger/innen über die entsprechenden Themen, aber auch eine Kommunikation zwischen der Koordinierungs- und Fachstelle und den Bürger/innen. So wurde beispielsweise ein leerstehender Laden in einer Einkaufszone als Sitz der Koordinierungs- und Fachstelle eingerichtet.

„Aber es war einfach eine Entscheidung, weil wir gesagt haben, hier ist die Kreisstadt, hier kommen die meisten Leute auch hin, wenn Markttag ist oder so was, da kommen die hierher aus allen Ecken gerannt und sind dann hier.“ (KuF02/2_285)

Die Schaufenster werden für die Darstellung von Projekten und die Ankündigung von Veranstaltungen genutzt. Ziel ist es, über die Information im Schaufenster Bürgerbeteiligung zu fördern bzw. zu erleichtern. Den Bürger/innen ist es möglich, in den Laden – und damit in die Koordinierungs- und Fachstelle – zu treten und zu den ausgehängten Informationen Nachfragen zu stellen oder auch Kritik zu üben.

„Und man sieht es auch, gerade wenn man hier sitzt, die Leute bleiben wirklich häufig stehen und lesen sich dann durch, was praktisch da draußen angeschlagen ist. Und ich glaube, das ist auf jeden Fall auch eine wichtige Wirkung von so einem Laden, den man dann direkt im Stadtraum hat.“ (KuF02/2_41)

Ein Beispiel für die temporäre Belebung des öffentlichen Raums ist ein mobiler Kiosk („Späti“), der durch die Koordinierungs- und Fachstelle einmal im Monat genutzt wird, um für unterschiedliche Themen Aufmerksamkeit zu erzeugen. Dies gelingt mit großem Erfolg.

„Die NSU-Gedenkbänke, die aufgestellt wurden, da wurde eine geklaut. Da haben wir einen ‚Gedenk-Späti‘ gemacht, haben den Späti da hingestellt und Tee und Glühwein ausgeschenkt und einfach noch mal der Opfer des NSU gedacht. Es kommen wahnsinnig viele Leute, teilweise bis zu 500 Leute an einem Abend, die einfach zusammenkommen und sich ein Bierchen holen und reden über das Thema, was gerade irgendwie präsent an dem Tag ist oder einfach so. Also es ist allein für die Gesellschaft hier schon ein großes Ding, weil da halt vom Obdachlosen bis zum Studenten, bis zum Rentner alles kommt.“ (KuF15/2_149)

Andere temporäre Aktionen zielen ebenfalls darauf ab, dass Bürger/innen im öffentlichen Raum zusammenkommen und auch von denen, die sich nicht beteiligen, zumindest wahrgenommen werden:

„Genau, also so eine Sichtbarmachung, sodass die Leute zusammenkommen und auch das halt so ein Zeichen gesetzt wird. Dass auch, ja, ein Zeichen für Demokratie und Toleranz quasi dann einfach durch die Straßen zieht und dann teilweise, selbst wenn die Leute gar nicht ’runterkommen und mitmachen und das toll finden, sondern das vielleicht sogar auch blöd finden, stehen sie ja trotzdem auch auf den Balkonen und sehen, da ist irgendwas Buntes, was sich für entsprechende Inhalte einsetzt.“ (KuF03/2_199)

Durch die Wiederholung solcher Aktionen erhoffen sich die Koordinierungs- und Fachstellen, die Partnerschaft „in das Sichtfeld der Bürger zu bringen“ (KuF03/2_43).

Durch einen regionalen Bezug soll eine emotionale Brücke zwischen den Projekten der Partnerschaft für Demokratie und den Bürger/innen geschaffen werden.

Ein weiteres Element der Konzepte zur Erreichung von Öffentlichkeitswirksamkeit ist die Herstellung eines regionalen Bezugs. Dies kann erreicht werden, indem die Ziele der Partnerschaft mit einem regionalen Bezug formuliert werden. Hierdurch sollen abstrakte Begriffe wie Demokratie emotional besetzt und konkretisiert werden. Auf diesem Weg soll sich ein höheres Aktivierungspotenzial ergeben.

„... also praktisch ‚Heimat‘ als Überschrift ... weil, wenn sie so was lesen, dann kommen sie eher mal und gucken so, was machen die denn da. ‚Heimat gestalten oder selber was machen, das interessiert mich.‘ Also das ist jetzt eher so unser Zugang, dass wir nicht so intellektuell kommen mit Demokratie, sondern dass wir versuchen, die Leute irgendwie emotional anzusprechen.“ (KuF02/2_273)

Gerade in großen Städten ist es sinnvoll, in der Öffentlichkeitsarbeit nicht nur einen regionalen Bezug herzustellen, sondern eine Öffentlichkeitswirksamkeit stadtteilbezogen anzustreben.

„Im Stadtteil kann ich etwas erreichen. Oder im Stadtbezirk. Auf der Ebene funktioniert das. Also wenn ich mir einen Stadtbezirk vornehme, da kann ich sichtbar werden.“ (KuF06/2_138)

So wurde beispielsweise in einer Großstadtregion nicht eine übergreifende Demokratiekonferenz umgesetzt, sondern Veranstaltungen in mehreren Stadtteilen durchgeführt. Dadurch konnten die Formate der Demokratiekonferenz und der Öffentlichkeitsarbeit besser an konkrete Bedarfe angepasst werden, sodass ein höheres Maß an Öffentlichkeitswirksamkeit entstand.

„Das heißt, wir gehen nicht hin und sagen, wir wollen das so und so machen, sondern in X zum Beispiel, da haben wir gestartet. Das war unser erster Stadtteil. Da sind wir hingegangen, haben im Arbeitskreis auch gefragt, was sie sich wünschen, wenn wir mit denen eine Demokratiekonferenz machen. Da hat sich eine Jugendfreizeiteinrichtung gemeldet und gemeint, ich möchte, dass wir etwas für Jugendliche machen. Dann haben wir die Demokratiekonferenz inhaltlich und konzeptionell nur an Jugendliche gerichtet ... In Stadtteil Y waren das alle Bürger. Das war ein Demokratiefest, wo alle mit dabei waren. Wir gehen tatsächlich nicht hin und sagen: ‚Ja, hier wir haben die Idee, wir haben das Geld und wir sind irgendwie die ... Fach- und Koordinierungsstelle und wir wollen es machen‘, sondern wir schauen genau hin, was die Bedarfe sind, was die Wünsche sind, und formen das natürlich ein bisschen.“ (KuF20/2_129)

Die direkte Ansprache von Bürger/innen, um mit ihnen über Anliegen der Partnerschaft für Demokratie zu kommunizieren, verfolgt zwei Ziele: Zum einen sollen so die Themen der Partnerschaft im öffentlichen Raum platziert werden und zu einer Sensibilisierung beitragen. Zum anderen sollen insbesondere die Bürger/innen, die sich noch nicht engagieren, über die Aktivitäten der Partnerschaft informiert und zur Beteiligung motiviert werden.

„Und wir haben eben auch bewusst versucht, über die üblichen Verdächtigen hinauszuwirken, nicht?“ (KuF03/2_107)

Dieses Vorgehen schließt an das Konzept der Belebung und Nutzung des öffentlichen Raums an, ist aber noch stärker auf aktive Kommunikation fokussiert. Darin unterscheidet es sich auch von klassischen Instrumenten der Öffentlichkeitsarbeit, wie Plakataktionen oder Informationsständen, deren Anliegen es ebenfalls ist, die Themen der Partnerschaft im öffentlichen Raum zu platzieren.

Die direkte Ansprache von Bürger/innen ist eine erfolgversprechende, aber auch ressourcenfordernde Methode.

In einer Region wurde die direkte Ansprache von Bürger/innen als Strategie zur Erreichung von Öffentlichkeitswirksamkeit im Vorfeld der Bundestagswahl eingesetzt. Ziel war es, auf die Bedeutung von Demokratie aufmerksam zu machen. Aus Sicht der Koordinierungs- und Fachstellen hat dieses Vorgehen den Vorteil, dass nicht nur solche Akteur/innen angesprochen und für Probleme sensibilisiert werden können, die bereits einen Bezug zum Thema haben, wie dies bei thematischen Veranstaltungen oft der Fall ist.

Die Koordinierungs- und Fachstellen, die ein solches Vorgehen praktizieren, beschreiben es als erfolgreich, wenngleich mühevoll.

„... dass man einfach auf der Straße ist und dann irgendwelche Passanten ... wirklich halt mal anspricht. Und natürlich sagen dann auch manche: ‚Ich habe jetzt keine Lust, mit dir zu sprechen‘, aber manche eben halt auch doch und die sich dann halt doch noch mal einen Flyer angucken.“ (Kuf03/2_141)

Schwierig ist es insbesondere, eine gemeinsame Sprache mit den Bürger/innen zu finden.

Als Schwierigkeit wird beschrieben, mit den Bürger/innen eine gemeinsame Sprache zu finden: Das Bundesprogramm und die Strukturen und Anliegen der Partnerschaft für Demokratie sind nur schwer in einem kurzen Dialog zu vermitteln.

Auch die Darstellung der Partnerschaft für Demokratie auf einer Homepage und die Nutzung Sozialer Medien bieten Möglichkeiten für die Partnerschaften, Öffentlichkeitswirksamkeit im Bereich der allgemeinen Öffentlichkeit zu erzielen. Allerdings kann ganz überwiegend eine gewisse Skepsis der Koordinierungs- und Fachstellen, aber auch der federführenden Ämter bezüglich der Nutzung dieser Medien festgestellt werden. Obwohl fast alle untersuchten Partnerschaften eine Homepage haben, wird dieser oft nur eine geringe Wirksamkeit zugesprochen. Der Aufwand für die Nutzung Sozialer Medien wird als zu hoch erachtet oder die eigene Kompetenz, damit zu arbeiten, als zu niedrig.

Sollen Soziale Medien oder eine Homepage Öffentlichkeitswirksamkeit entfalten, ist es notwendig, regelmäßig neue Inhalte zu präsentieren.

Partnerschaften, die in der Nutzung Sozialer Medien und einer Homepage wichtige Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit sehen, knüpfen deren Erfolg an bestimmte Voraussetzungen: So ist es sinnvoll, den Internetauftritt der Partnerschaft für Demokratie mit dem anderer Akteur/innen zu verbinden, indem beispielsweise die Homepage der Partnerschaft für Demokratie in den Internetauftritt eines regionalen Bündnisses integriert wird. Wichtig ist weiterhin, aktuelle und interessante Informationen zu kommunizieren. Hierzu gehört es, auf Themen, Probleme und Aktivitäten der Partnerschaft aufmerksam zu machen sowie eigene, aber themenverwandte Termine bekanntzugeben.

Mittels Sozialer Medien können insbesondere Jugendliche erreicht werden. Hierfür ist es aber wichtig, dass Informationen in einer attraktiven Form vermittelt werden.

*„Es gibt von allem so viel, also kein Flyer sticht mehr heraus, sage ich mal. ... Soziale Medien spielen ja eine große Rolle ... es hat einfach einen Riesennutzen, auch was die Zielgruppen wieder angeht, junge Leute. Also man kann da auch schon mit ein paar witzigen Bildern und ein paar flotten Sprüchen viel erreichen.“
(KuF15/2_307)*

Zusätzlich zu den angeführten Strategien werden von den Partnerschaften für Demokratie die klassischen Elemente der Öffentlichkeitsarbeit, wie Pressemeldungen, Zusammenarbeit mit regionalen Radio- oder Fernsehsendern, Plakataktionen und Flyer, genutzt, um die allgemeine Öffentlichkeit zu erreichen.

4.7.3.2 Fachöffentlichkeit

Wie die allgemeine Öffentlichkeit war auch die Fachöffentlichkeit bereits 2015 ein wichtiger Bereich, in dem die Partnerschaften für Demokratie eine Öffentlichkeitswirksamkeit erreichen wollen. Ziel ist es hier, Fachakteur/innen zu gewinnen, die die Umsetzung und Weiterentwicklung der Partnerschaft unterstützen: Fachakteur/innen sollen über die Strategie der Partnerschaft sowie die sich daraus ergebenden Beteiligungs- und Fördermöglichkeiten informiert werden.²⁴⁴ Aufgrund der Bedeutung der Fachakteur/innen für die Umsetzung der Partnerschaft gab es bereits zu Programmbeginn intensive Bemühungen, diese zu erreichen. Da es innerhalb dieser

244 ISS/Camino 2015, S. 106.

Zielgruppe bereits eine grundsätzliche Aufmerksamkeit für die Themen der Partnerschaft für Demokratie gibt und diese in Form von Fördermöglichkeiten konkrete Angebote unterbreiten kann, konnte diese Teil-Öffentlichkeit sehr gut erreicht werden. Entsprechend wiesen nahezu alle Partnerschaften bereits in der Anfangsphase eine sehr hohe oder hohe Öffentlichkeitswirksamkeit in diesem Bereich auf. Um Fachakteur/innen zu erreichen, wurden insbesondere Rundmails, Newsletter, Fachveranstaltungen und Netzwerkstreifen genutzt.²⁴⁵ Lediglich in vier der 24 untersuchten Partnerschaften konnte nur eine geringe Öffentlichkeitswirksamkeit in diesem Bereich erzielt werden. Hier gelang es zwar, Fachakteur/innen aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich, nicht jedoch umfassend Fachakteur/innen aus dem kommunalen Bereich zu erreichen.²⁴⁶

Die Fachöffentlichkeit wird durch die Partnerschaften für Demokratie weiterhin als eine wichtige Akteursgruppe angesehen.

„Ja, das würde ich schon sagen, also das [Erreichen der Fachöffentlichkeit] ist immer alles noch gut, aber da kann noch mehr kommen. Aber ich würde sagen, das entwickelt sich gut. ... Also es ist oftmals so, dass ich gar nicht auf die anderen zukommen muss, sondern die die Partnerschaft irgendwie schon in dem Blick haben oder von dieser Stelle gehört haben und sagen: ‚Hier, wir hätten gerne Kontakt‘, und man stellt sich dann so gegenseitig vor. Also daran merke ich schon auch, dass ich da mehr im Blick bin, und ich bemühe mich einfach auch, zu den unterschiedlichen Fachstellen, Institutionen immer wieder auch den Kontakt zu halten.“ (KuF23/2_103)

Da Fachakteur/innen aber als bereits gut informiert gelten, in die Partnerschaft eingebunden sind und sich in Netzwerken einbringen, werden zwar Aktivitäten umgesetzt, um die Fachöffentlichkeit zu erreichen, jedoch keine gezielten und inhaltlich begründeten Strategien entwickelt. Dies gilt auch für jene Partnerschaften, denen es bisher noch nicht allzu gut gelang, die Fachöffentlichkeit zu erreichen.

Teilbereiche der Fachöffentlichkeit – besonders kommunale Fachöffentlichkeit, Akteur/innen aus dem Bildungsbereich sowie Vereine im ländlichen Raum – werden noch nicht in ausreichendem Maß erreicht.

Bei der Erstellung der Logischen Modelle wurde deutlich, dass es – trotz der insgesamt guten Öffentlichkeitswirksamkeit im Bereich der Fachöffentlichkeit – hier auch Akteursgruppen gibt, die nur schwer von den Partnerschaften erreicht werden. Dies betrifft die kommunale Fachöffentlichkeit, Akteur/innen aus dem Bildungsbereich sowie Vereine im ländlichen Raum.

„Wir haben auch im Kreisfeuerwehrverband Gespräche geführt und im Sport – hat hier und da funktioniert, aber eben auch nur im Ansatz.“ (KuF01/2_543)

Trotz dieser Defizite konzentrieren sich die Aktivitäten zur Erreichung der Fachöffentlichkeit insbesondere darauf, Informationen über die Partnerschaft aktuell zu halten. So ist es Ziel, mittels medialer Berichterstattung gerade die Fachöffentlichkeit ganz allgemein über die Partnerschaft und deren Aktivitäten zu informieren. Konkrete Informationen über aktuelle Entwicklungen werden durch Newsletter, Rundmails oder im Rahmen von Veranstaltungen übermittelt.

Wichtigstes Instrument, um die Fachöffentlichkeit zu informieren und zu beteiligen, sind jedoch die Netzwerke der Partnerschaft beziehungsweise jene Netzwerke, in die die Partnerschaft eingebunden ist.

²⁴⁵ ISS/Camino 2015, S. 107.

²⁴⁶ ISS/Camino 2016, S. 141.

„Also ich denke, dass diese Fachöffentlichkeit irgendwie stetig wächst. Also eben gerade über dieses Vernetzungstreffen, was irgendwie ein wichtiger Baustein in unserer Region geworden ist, kommen jetzt auch mehr und mehr Initiativen. Jetzt ist auch das Theater dabei zum Beispiel, also das zieht irgendwie so seine Kreise und das finde ich eigentlich ... also diese Fachöffentlichkeit, wenn man es so bezeichnen will, wird größer.“ (KuF13/2_413)

Trotz erklärter Defizite werden kaum neue Strategien zur Erreichung der Fachöffentlichkeit entwickelt.

Neue Wege zur Erreichung von Öffentlichkeitswirksamkeit unter den Fachakteur/innen werden nur selten beschritten. Wie solch ein Weg aussehen kann, soll am Beispiel einer Partnerschaft skizziert werden, die im Rahmen der Erstellung des Logischen Modells zur Erreichung von Öffentlichkeitswirksamkeit insbesondere ihre Defizite bei den Vereinen im ländlichen Raum thematisierte. Um diese zukünftig besser zu erreichen, soll eine Strategie umgesetzt werden, die unterschiedliche Kommunikationsebenen²⁴⁷ berücksichtigt: Wichtigstes Instrument ist die Umsetzung einer Imagekampagne, die sich aus den Elementen mediale Berichterstattung über die Partnerschaft, Homepage und Flyer zusammensetzt. Wichtig hierbei ist, dass nicht nur über die Partnerschaft informiert wird, sondern die Beteiligung als attraktiv dargestellt wird. Um die Vereine zu erreichen, sollen neue ansprechende Begriffe gefunden werden, die das Angebot erläutern. Die Imagekampagne soll kreative Projekte sichtbar machen und so zu eigenen Ideen anregen.

Weiterhin soll es Aktivitäten geben, die einerseits einen Servicecharakter haben, andererseits Transparenz herstellen und Beteiligung erleichtern. Hierzu gehören eine Handreichung zur Unterstützung der Projektbeantragung, die öffentliche Bekanntgabe von Projektbewilligungen sowie die Dokumentation von Fachveranstaltungen. Außerdem sollen Möglichkeiten der Beteiligung, die den Bedingungen des ländlichen Raums entsprechen, entwickelt und kommuniziert werden, wie beispielsweise Videokonferenzen. Ferner sollen Akteur/innen, die in Vereinen aktiv sind, direkt angesprochen werden. Die Vereine sollen auf die Möglichkeiten des Programms sowie auf den ihnen daraus erwachsenden Gewinn aufmerksam gemacht werden. Als Gewinn wird dabei nicht nur die finanzielle Fördermöglichkeit von Projekten gesehen, sondern auch der Imagegewinn, den ein Verein aus einer Beteiligung an der Partnerschaft ziehen kann.

4.7.3.3 Lokale politische Öffentlichkeit

Zu Beginn der Förderung durch „Demokratie leben!“ wurde die lokale politische Öffentlichkeit deutlich seltener als Zielgruppe der Öffentlichkeitsarbeit angegeben als die anderen beiden Teil-Öffentlichkeiten. Um diesen Öffentlichkeitsbereich zu erreichen, setzten die Partnerschaften auf Presseberichte über die Partnerschaft für Demokratie und deren Projekte, auf die direkte Ansprache politischer Akteur/innen sowie auf die Einladung zu Veranstaltungen. Ganz überwiegend kamen die Beteiligten der Partnerschaften zu der Einschätzung, ihnen sei es in der Anfangsphase gut gelungen, die lokalen politischen Akteur/innen mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit zu erreichen. Lediglich fünf Partnerschaften erreichten hier eine geringe oder keine Öffentlichkeitswirksamkeit.²⁴⁸

²⁴⁷ Vgl. hierzu ISS/Camino 2015, S. 104.

²⁴⁸ ISS/Camino 2016, S.142.

Die Partnerschaften für Demokratie haben den Anspruch, eine bessere Öffentlichkeitswirksamkeit in der lokalen politischen Öffentlichkeit zu erreichen.

Gleichwohl sehen die Partnerschaften für Demokratie inzwischen einen stärkeren Handlungsbedarf, was die Erreichung der lokalen politischen Öffentlichkeit betrifft. Dabei geht es oft nicht darum, die politischen Spitzen einer Region – wie den/die Oberbürgermeister/in, den/die Landrät/in – zu erreichen. Da diese bereits in die Entscheidung über die Implementierung einer Partnerschaft in ihrer Region eingebunden waren, wird von einem grundlegenden Interesse dieser Akteur/innen an den Themen und der Umsetzung der Partnerschaft ausgegangen. Defizite der Öffentlichkeitswirksamkeit werden jedoch bei den ehrenamtlichen Gemeindebürgermeister/innen und den Ortsbeiräten, also den Vertretungsgremien kleinerer Kommunen bzw. kommunaler Teilregionen, sowie bei den Stadtparlamenten und Kreistagen gesehen.

Keinen Handlungsbedarf bezüglich der Öffentlichkeitswirksamkeit im Bereich der politischen Öffentlichkeit sehen lediglich fünf Partnerschaften.

„Also natürlich sind grundsätzlich auf Veranstaltungen etc. auch gerne Leute, die sich in der Politik engagieren, gesehen. ... Aber ich würde nicht sagen, da liegt unser Schwerpunkt.“ (KuF03/2_235)

Aktivitäten, die die Öffentlichkeitswirksamkeit der Partnerschaften für Demokratie im Bereich der lokalen politischen Öffentlichkeit erhöhen sollen, müssen den Nutzen der Partnerschaft verdeutlichen.

Um ihre Öffentlichkeitswirksamkeit in den genannten Bereichen zu erhöhen, setzen die Partnerschaften weiterhin auf Presseberichte, Einladungen zu Veranstaltungen und persönliche Ansprache. Nur wenige entwickeln inhaltlich begründete Strategien zur Erreichung der politischen Öffentlichkeit. Eine solche Strategie verbindet beispielsweise den regelmäßigen Versand eines Newsletters mit persönlicher Ansprache. Ziel des Newsletters sollte es nicht nur sein, über die Partnerschaft für Demokratie allgemein zu informieren, sondern er sollte den Erfolg und den Nutzen der Partnerschaft sichtbar machen und Kommunikationsanlässe bieten. Um innerhalb der Vielzahl der Informationen, die an die politischen Akteur/innen herangetragen werden, wahrgenommen zu werden, ist es wichtig, dass ein Newsletter sowohl inhaltlich als auch gestalterisch eine hohe Qualität aufweist. Kommunikationsanlässe können durch das Aufgreifen aktueller Themen oder Entwicklungen, die für die jeweilige Region bedeutsam sind, erreicht werden. So könnten beispielsweise konkrete Fragen an die Abgeordneten formuliert werden. Gelingt es, über einen Newsletter die Bedeutung der Partnerschaft für die Region sichtbar zu machen, ist auch eine persönliche Ansprache politischer Akteur/innen durch die Koordinator/innen leichter umzusetzen. Eine Partnerschaft berichtet, dass eine solche Ansprache dann erfolgreich ist, wenn Jugendliche einbezogen werden.

„Das andere ist aber auch, wenn ein Jugendlicher den Brief schreibt, ist es auch noch mal was anderes. Wir haben die Erfahrungen gemacht, dass tatsächlich ein paar Bürgermeister ein großes Interesse daran haben, Jugendbeteiligung zu fördern. Und es dann schon eher auch mal zu einem Treffen kommt, wenn ein Jugendlicher sagt: ‚Ich möchte was verändern‘.“ (KuF01/2_499)

Als besonders problematisch wird die Erreichung ehrenamtlicher Bürgermeister/innen in ländlichen Regionen erachtet.

„Manche Bürgermeister, na, ich möchte jetzt keinem zu nahe treten, die haben das auch gar nicht auf dem Schirm. Die kümmern sich um ihre Gemeinde mit allen Problemen, die da irgendwo mit unterwegs sind, und sind da in der Sache gar nicht so

eingebunden und nehmen das eben für sich dann gar nicht so wahr. Muss man eben auch ganz ehrlich so sagen.“ (KuF01/2_527)

Gleichzeitig wird betont, dass es gerade die ehrenamtlichen Bürgermeister/innen sind, die es Partnerschaften ermöglichen, auch in ländlichen Regionen wirksam zu sein.²⁴⁹

„Wenn man die nicht mit ins Boot bekommt, hat man keine Chance in einer solchen Gemeinde.“ (Protokoll LoMo 03)

Hier ist es wichtig, in persönlichen Gesprächen sowohl die Erwartungen an das Gegenüber als auch den Nutzen, der für die jeweilige Gemeinde aus dem Engagement im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie entstehen kann, deutlich zu benennen.

4.7.4 Die Bundeskampagne „Wer, wenn nicht wir?“

In der zweiten Hälfte des ersten Quartals 2017 startete das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ eine Kampagne mit dem Titel „Wer, wenn nicht wir?“. Ziel der Kampagne ist, für ein vielfältiges und demokratisches Miteinander sowie für gesellschaftliches Engagement zu werben.²⁵⁰ Insbesondere die großformatigen Plakate erzielten eine hohe öffentliche Aufmerksamkeit.

Die Bundeskampagne wird als Unterstützung der Arbeit der Partnerschaften wahrgenommen.

Durch die befragten Akteur/innen der Partnerschaften für Demokratie wurde die Kampagne überwiegend positiv bewertet.

„Ist auch eine echte Unterstützung für unsere Arbeit, muss ich auch mal wirklich sagen, ja? Das ist einfach vom gestalterischen Anspruch und vom Wiedererkennungswert, denn man muss ja auch davon ausgehen, dass auch Akteure aus unserer Region sich in andere Kommunen bewegen und man sieht dann schon, ja, da sind wir auch dabei. Also irgendwie, es erhebt einen so ein bisschen, wenn man es kennt, ja definitiv. Ja, finde ich klasse.“ (KuF08/2_161)

„Also, ich finde an sich die Kampagne gar nicht schlecht, also man guckt schon erst mal hin, weil es auch so ein bisschen provokant ist.“ (KuF13/2_405)

Bedauert wurde, dass die Plakataktion (zumindest bis Mai 2017) nicht in allen Regionen, in denen das Bundesprogramm umgesetzt wird, wahrnehmbar war.

„Nein, in X sind sie. Da habe ich sie gesehen, aber hier nicht. ... Nein, also ich habe es weder am Bahnhof gesehen noch woanders.“ (KuF13/2_377-385)

Die Möglichkeit, Plakate und Karten der Kampagne mitzugestalten, entspricht den Bedarfen der Partnerschaften für Demokratie und ermöglicht es, die Kampagne in die lokale Strategie zur Erzielung von Öffentlichkeitswirksamkeit einzubeziehen.

Anfängliche Kritik richtete sich insbesondere darauf, dass es zunächst schwierig war, eine Verbindung zwischen lokalen Aktivitäten und der Kampagne darzustellen.

„Ja, ich weiß nicht, ob man da irgendwie etwas draufmachen könnte: ‚Gibt es auch hier‘. Also dass man halt darauf achtet, wo man welches Plakat aufhängt, und dann noch mal in den Städten, wo es das Programm gibt, noch mal Hinweise auf das lokale Projekt macht. Das wäre dann sehr wahrscheinlich für die lokalen Projekte toll.“ (KuF19/2_289)

²⁴⁹ Vgl. Kapitel „Entwicklung einer umfassenden Gesamtkoordination“ in diesem Bericht.

²⁵⁰ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Schreiben vom 26.04.2017.

Inzwischen gibt es die Möglichkeit, dass die Partnerschaften für Demokratie mit den Plakaten für eigene Veranstaltungen und Projekte werben können. Dadurch ist es möglich, die Bundeskampagne als Teil der regionalen Strategie zur Erreichung von Öffentlichkeitswirksamkeit zu nutzen.

Allerdings stellt eine Nutzung der Druckvorlagen relativ hohe technische Anforderungen an die Akteur/innen. Erforderlich sind Programme, die nicht zu den Standardanwendungen von PC oder Mac gehören und deren Installation – zumindest aktueller Versionen – mit nicht unerheblichen Kosten verbunden ist.

4.7.5 Fazit

Es hat sich gezeigt, dass Öffentlichkeitswirksamkeit für die Partnerschaften für Demokratie eine hohe Bedeutung hat. Dennoch konnte sie nicht überall in ausreichendem Maß erreicht werden. Schwierigkeiten zeigten sich insbesondere bezüglich der Wirkungen auf die allgemeine Öffentlichkeit, während die Fachöffentlichkeit und die lokale politische Öffentlichkeit zumeist erreicht werden konnten.

Dementsprechend konzentrieren sich Strategien der Partnerschaften zur Erreichung von Öffentlichkeitswirksamkeit insbesondere auf die allgemeine Öffentlichkeit, während bezüglich der anderen beiden Teil-Öffentlichkeiten kaum ein inhaltlich und strategisch begründetes Vorgehen beobachtet werden konnte. Wichtige Handlungsoptionen, um die allgemeine Öffentlichkeit zu erreichen, umfassen eine attraktive und niedragschwellige Informationsvermittlung, die Belebung und Nutzung des öffentlichen Raums, die Herstellung eines regionalen Bezugs bzw. eine stadtteilbezogene Arbeit, die direkte Ansprache von Bürger/innen sowie die Nutzung Sozialer Medien.

Erfolgversprechend in Bezug auf Öffentlichkeitswirksamkeit sind Angebote, die die genannten Elemente berücksichtigen, insbesondere dann, wenn sie an Bedarfe anknüpfen und aktiv auf die Bürger/innen zugehen. Wenn es darum geht, die allgemeine Öffentlichkeit zu erreichen, werden sogenannte „Komm-Angebote“ deshalb als ungeeignet betrachtet.

4.8 Der Aktions- und Initiativfonds

Die Förderung von Einzelmaßnahmen aus den Mitteln des Aktions- und Initiativfonds stellt ein zentrales Instrument der Partnerschaften dar, um die lokale Zivilgesellschaft zu aktivieren und Strategien zur Veränderung des Gemeinwesens umzusetzen. Im letzten Zwischenbericht wurden auf Grundlage einer Online-Befragung von Einzelmaßnahmenträgern Charakteristika der Projekte und ihrer Träger, das Verhältnis von Projektumsetzenden zu ihren Partnerschaften sowie die Umsetzung der Leitprinzipien zu Gender, Diversity und Inklusion durch Einzelmaßnahmen beleuchtet. Die Grundgesamtheit der Befragung waren Einzelmaßnahmenträger, die 2015 zur Umsetzung ihrer Projekte Mittel aus den Aktions- und Initiativfonds jener Partnerschaften für Demokratie erhielten, die im Programm „Demokratie leben!“ erstmals gefördert wurden.

Im vorliegenden Bericht werden die zentralen Ergebnisse der Befragung zu Zielgruppen, Themen und Trägern zusammenfassend wiedergegeben und um weitere Auswertungen zu den Wirkungen des Aktions- und Initiativfonds ergänzt. Einen zusätzlichen Schwerpunkt legt das Kapitel auf die Bedeutung des Ehrenamts für die Umsetzung von Projekten. Die Befragung von Einzelmaßnahmenträgern hat die entscheidende Rolle ehrenamtlich Aktiver eindrücklich belegt. Aufbauend auf diesen Ergebnissen sollen im vorliegenden Bericht die Chancen und Herausforderungen der Arbeit mit Ehrenamtlichen diskutiert werden, die in den Interviews mit Koordinator/innen und ausgewählten Einzelmaßnahmenträgern zur Sprache gekommen sind.

4.9 Die Entwicklung des Aktions- und Initiativefonds

Die hohe Bedeutung von Einzelmaßnahmen zur Aktivierung der lokalen Zivilgesellschaft und der nachhaltigen Veränderung des Gemeinwesens deutet sich durch die Gesamtzahl der Teilnehmer/innen an, die im Verlauf des Bundesprogramms nach Angabe der Koordinierungs- und Fachstellen durch die bewilligten Projekte anvisiert wurden. In die Projektdatenbank der Regiestelle wurden für den Zeitraum vom 01.01.2015 bis zum 30.06.2017 insgesamt 6.227 Projekte eingetragen, die aus Mitteln des Aktions- und Initiativefonds gefördert wurden.²⁵¹ Demnach wurden mit diesen Projekten des Aktions- und Initiativefonds seit 2015 insgesamt etwas mehr als 970.000 Teilnehmende anvisiert.

Die Befragung von Einzelmaßnahmenträgern beschränkte sich auf die Projektdurchführenden, die 2015 zur Umsetzung ihrer Einzelmaßnahmen Mittel aus den Aktions- und Initiativefonds jener Partnerschaften für Demokratie erhielten, die im Programm „Demokratie leben!“ erstmals gefördert wurden. Sie kann deshalb nur einen kleinen Ausschnitt der Entwicklung des Aktions- und Initiativefonds beleuchten.²⁵² Im Gegensatz zu den Monitoringdaten erlaubt die Befragung von Einzelmaßnahmenträgern Aussagen über die Umsetzung des Aktions- und Initiativefonds auf der Ebene der geförderten Projekte.

Im Rahmen des Aktions- und Initiativefonds wurden vor allem kleine Projekte mit geringem Budget und von kurzer Dauer gefördert.

Laut dieser Befragung hatte der überwiegende Teil aller Projekte (87%) eine Laufzeit von unter sechs Monaten, die meisten (64%) verfügten über 1.001 bis 5.000 €. Der häufigste Trägertyp waren Jugendorganisationen (18%), gefolgt von Vereinen für Kunst, Musik und Kulturelles (16%) und religiösen Organisationen (9%).

52% der Projekte erreichten mit ihren Aktivitäten unmittelbar mehr als 100 Menschen, 19% mehr als 500. Die häufigsten Zielgruppen waren Menschen mit Migrationshintergrund (65% der Projekte), Kinder und Jugendliche (62%) und die allgemeine Öffentlichkeit (59%). Die häufigsten Maßnahmenarten waren pädagogische Angebote (50% der Projekte), kulturelle Angebote (36%) und Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit (33%).

Mit ihren Projekten verorteten sich die meisten Träger in mehr als einem Themenfeld. Das mit Abstand am häufigsten benannte Themenfeld war die Willkommenskultur gegenüber Flüchtlingen und Asylbewerber/innen (69%). Ebenfalls bedeutende Anteile hatten die Themen Demokratiestärkung im ländlichen Raum (36% der Projekte), Islam- und Muslimfeindlichkeit (25%), rechtsextreme Orientierungen und Handlungen (24%) sowie Antisemitismus (21%). Mit ihren Projekten wollten Einzelmaßnahmenträger in den anvisierten Themenbereichen vor allem zum Abbau von Vorurteilen (61%), zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit (55%) und zur Information und Weiterbildung (39%) beitragen.

Die Wiederholung der Befragung von Einzelmaßnahmenträgern im kommenden Jahr wird es ermöglichen, Entwicklungen in der Förderungspraxis der „neuen“ Partnerschaften für Demokratie nachzuzeichnen. Besonders bezüglich der Themenstellungen der Einzelmaßnahmen sind starke Veränderungen zu erwarten, die sich bereits durch die Eintragungen in der Projektdatenbank der Regiestelle andeuten. So nahm der Anteil der eingetragenen Einzelmaßnahmen im

251 Neben dem Aktions- und Initiativefonds fördern Partnerschaften Einzelmaßnahmen auch für Partizipations-, Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit und über den Jugendfonds. 2015 kamen so 418 weitere Einzelmaßnahmen zu den Projekten, zu deren Umsetzung Mittel aus dem Aktions- und Initiativefonds bewilligt wurden. Für 2016 wurde die Förderung von 570 zusätzlichen Einzelmaßnahmen beschlossen.

252 Die nachfolgende Zusammenfassung der Ergebnisse der Einzelmaßnahmenträger-Befragung basiert auf der Darstellung in ISS/Camino 2016, S. 148ff.

Themenfeld Willkommenskultur seit der zweiten Jahreshälfte 2015 stetig ab, während der Anteil der bewilligten Projekte zur Demokratiestärkung im ländlichen Raum stetig zunahm.

4.9.1 Wirkungen des Aktions- und Initiativefonds

Exemplarisch für die vielfältigen Wirkungen des Aktions- und Initiativefonds soll hier auf zwei Effekte der Förderung auf die Träger der Einzelmaßnahmen eingegangen werden. Erstens zeichnen wir die Wirkung des Aktions- und Initiativefonds auf die Mobilisierung von Projektverantwortlichen für Einzelmaßnahmenträger nach. Zweitens untersuchen wir, welche neuen Verbindungen sich zwischen Projektträgern im Rahmen ihres Engagements für eine lokale Partnerschaft gebildet haben.

Durch Einzelmaßnahmen bauen Trägerorganisationen ihre Bindungen zu ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeitenden aus.

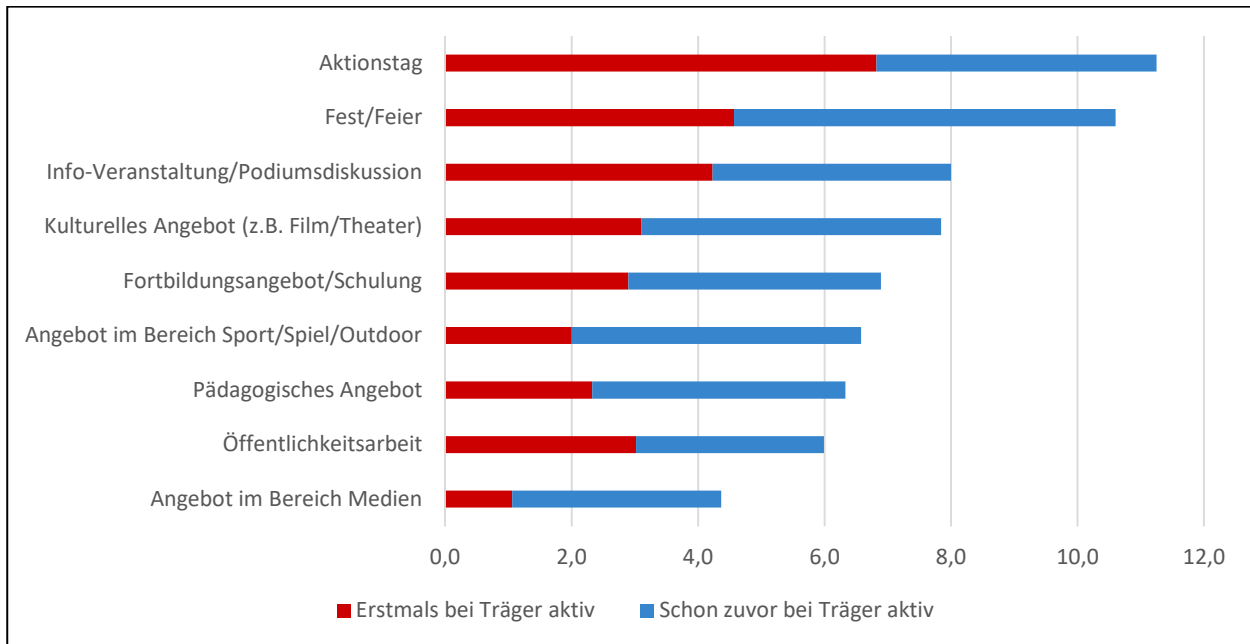
Als Träger von Einzelmaßnahmen des Aktions- und Initiativefonds profitieren zivilgesellschaftliche Organisationen von ehrenamtlichen wie hauptamtlichen Projektverantwortlichen, die sie über Einzelmaßnahmen des Aktions- und Initiativefonds an sich binden können. Die Befragung der Träger von Einzelmaßnahmen erstmals geförderter Partnerschaften ergab, dass 2015 durchschnittlich sieben Personen in verantwortlicher Rolle an der Planung und Umsetzung eines Projekts beteiligt waren. Davon waren durchschnittlich drei Personen im Rahmen dieses Engagements zum ersten Mal für den Träger aktiv. Das heißt, dass knapp die Hälfte der Mitwirkenden von den durchführenden Organisationen neu mobilisiert werden konnte. Ein Nutzen der Förderung liegt demnach für Einzelmaßnahmenträger darin, neue Aktive in verantwortlichen Positionen an ihre Organisationen zu binden. Dadurch profitieren sie von neuen Perspektiven, können sich die Erfahrungen und das Fachwissen der Projektverantwortlichen sichern und schaffen die personelle Grundlage, um sich als Träger weiterzuentwickeln.

Die Mobilisierung von Projektverantwortlichen geschieht in unterschiedlichem Umfang, abhängig von Projektformaten und Trägertypen. Die unten stehende Abbildung schlüsselt die Verteilung nach verschiedenen Maßnahmenarten auf. So binden Einzelmaßnahmenträger besonders bei Projekten im öffentlichen Raum, wie Aktionstagen, Festen, Informationsveranstaltungen, Podiumsdiskussionen und kulturellen Angeboten, eine große Zahl an Menschen in verantwortlicher Rolle ein. Im Rahmen von pädagogischen Angeboten und Projekten im Bereich Sport, Spiel, Outdoor sind hingegen weniger Personen in verantwortlicher Rolle beteiligt.

Insbesondere Fördervereine von Schulen und religiöse Organisationen mobilisieren über Einzelmaßnahmen neue Projektverantwortliche.

Bei einem Vergleich verschiedener Trägertypen zeigt sich, dass insbesondere Fördervereine von Schulen und religiöse Organisationen den Aktions- und Initiativefonds als Chance nutzen, um Projektverantwortliche zu mobilisieren. Sie binden überdurchschnittlich viele Engagierte über das Programm an sich, wovon wiederum ein hoher Anteil zuvor nicht in der jeweiligen Organisation aktiv war. Weniger Personen werden hingegen bei Trägern der Erwachsenenbildung und bei Wohlfahrtsverbänden eingebunden. Dies könnte unter anderem auf die Verfügbarkeit hauptamtlicher Kräfte bei diesen Trägertypen zurückzuführen sein.

Abbildung 19: Anzahl der Projektverantwortlichen nach Art der Einzelmaßnahme²⁵³



Quelle: Befragung der Einzelmaßnahmenträger 2016 (n = 186).

Zusammenfassend lässt sich also festhalten, dass eine wichtige Wirkung des Aktions- und Initiativfonds in der Bindung von haupt- und ehrenamtlich Engagierten an Einzelmaßnahmenträger besteht. Zum einen werden Beziehungen zu zuvor bereits aktiven Projektverantwortlichen gefestigt und ausgebaut. Zum anderen kann das Programm von Projektträgern als Möglichkeit genutzt werden, um neue Beziehungen zu engagierten Bürger/innen aufzubauen. Abhängig vom jeweiligen Projektformat und vom Trägertyp gestaltet sich der Umfang dieser Wirkung unterschiedlich.

Eine zweite Wirkung des Aktions- und Initiativfonds kann in der Intensivierung von Kontakten und Kooperationen zwischen den beteiligten lokalen Einzelmaßnahmenträgern gesehen werden. Die Entstehung von Verbindungen zwischen den Akteur/innen haben wir sowohl quantitativ als auch qualitativ untersucht. In beiden Fällen bildete die Befragung der Einzelmaßnahmenträger die Datengrundlage. Durch die Verknüpfung der Antworten aller Einzelmaßnahmenträger einer Partnerschaft können die Verbindungen innerhalb einer Partnerschaft als Netzwerk dargestellt werden. In der Befragung wurden diese Verbindungen entweder als Austausch von Informationen oder als konkrete Kooperation abgefragt.

Durch Einzelmaßnahmen erhöht sich die Dichte lokaler zivilgesellschaftlicher Netzwerke in erheblichem Maß.

In den meisten der befragten Partnerschaften sind durch die Förderung des Aktions- und Initiativfonds neue Beziehungen zwischen Einzelmaßnahmenträgern entstanden. In 76% der von uns befragten erstmals geförderten Partnerschaften konnten neu entstandene Verbindungen festgestellt werden. Wenn als Kriterium für eine Verbindung ein regelmäßiger Informationsaustausch zugrunde gelegt wird, verwirklichten die Einzelmaßnahmenträger der befragten Partnerschaften durchschnittlich 30% der maximal möglichen Verbindungen zu anderen Mitgliedern ihres lokalen Netzwerks. Das heißt, dass ein Einzelmaßnahmenträger in der Regel mit fast jeder dritten Organisation, die durch den Aktions- und Initiativfonds der gleichen Partnerschaft

²⁵³ Vgl. Tabelle 1 im Anhang.

gefördert wurde, regelmäßig Informationen austauscht. Wiederum knapp ein Drittel dieser Austauschbeziehungen stellt nach Angaben der Befragten neue Verbindungen dar. Das heißt, dass in diesem Fall die beteiligten Organisationen erst mit Beginn des gemeinsamen Engagements im Rahmen der lokalen Partnerschaft einen regelmäßigen Informationsaustausch begonnen haben.

Wird das anspruchsvollere Kriterium einer konkreten Kooperation zugrunde gelegt, ist der Anteil der tatsächlich eingegangenen an allen möglichen Verbindungen eines Projektträgers zu anderen Einzelmaßnahmenträgern der gleichen Partnerschaft erwartungsgemäß niedriger. Demnach haben Projektträger mit durchschnittlich 18% der Einzelmaßnahmenträger, die durch den Aktions- und Initiativfonds der gleichen Partnerschaft gefördert wurden, in der Vergangenheit bereits kooperiert. Von diesen Kooperationen wurden 34% erstmals im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie eingegangen.

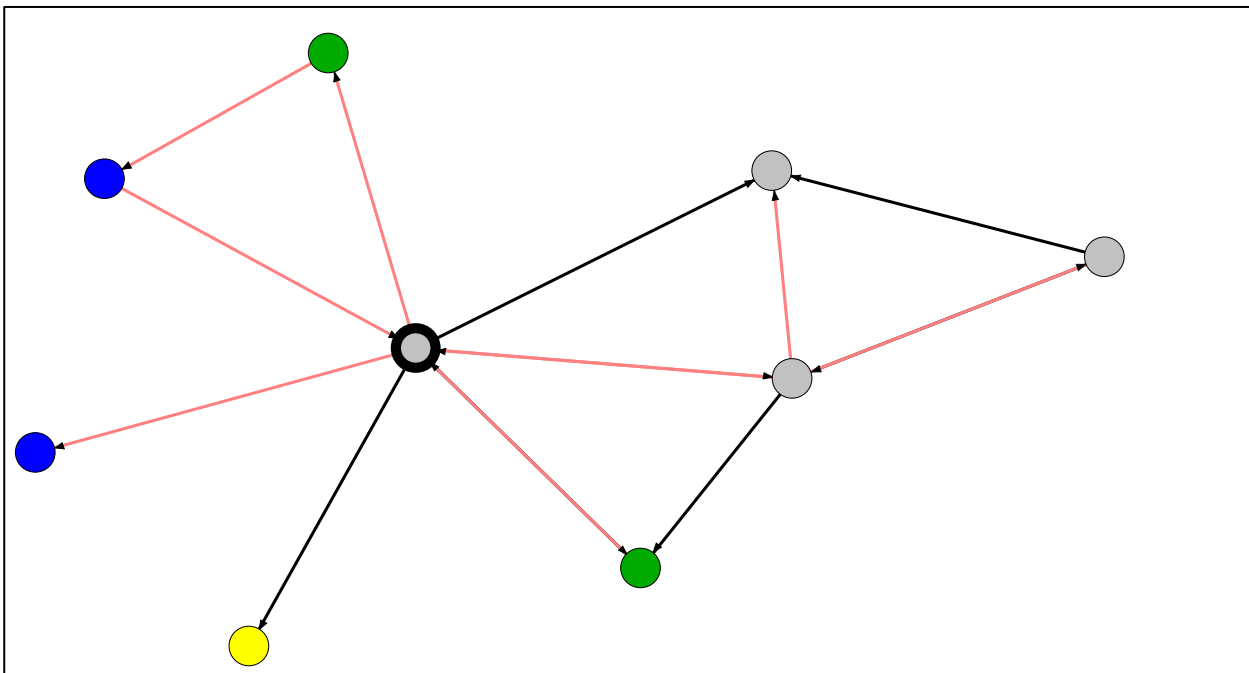
Die Wirkung des Aktions- und Initiativfonds besteht damit zum einen darin, dass im Rahmen der Förderung bestehende Kontakte und Kooperationen zwischen den Einzelmaßnahmenträgern verstetigt werden. Zum anderen entstehen neue Kontakte und Kooperationen zwischen den geförderten Akteur/innen, wodurch das lokale zivilgesellschaftliche Netzwerk dichter wird.

Der Umfang der Vernetzung und Aktivierung ist allerdings stark vom Kontext der jeweiligen Partnerschaft abhängig. Als Ergänzung zu den oben genannten Durchschnittswerten haben wir die Entstehung von Verbindungen zwischen geförderten Trägern auch qualitativ ausgewertet. Dazu wird auf graphische Darstellungen von acht Netzwerken zurückgegriffen, für die ausreichende Daten vorliegen. Darauf aufbauend wird im Folgenden anhand von drei Idealtypen aufgezeigt, wie der Aktions- und Initiativfonds in verschiedenen Kontexten Wirkungen entfaltet.

Die Förderung von Einzelmaßnahmen kann wichtige Impulse für die Expansion von partnerschaftlichen Netzwerken setzen.

Der erste Typ kann als expandierende Partnerschaft bezeichnet werden. Diese Netzwerke zeichnen sich durch einen hohen Anteil neu entstandener Verbindungen zwischen Projektträgern aus. Meist ausgehend von der Koordinierungs- und Fachstelle, verbinden sich die verschiedenen Akteur/innen zu einem lokalen Netzwerk. Diese Zusammenschlüsse umfassen viele heterogene Akteur/innen. Die Förderung durch den Aktions- und Initiativfonds kann hier einen wichtigen Impuls setzen und einen Rahmen für eine beginnende lokale Vernetzung bieten. Ein solches Netzwerk ist in unten stehender Abbildung exemplarisch dargestellt.

Abbildung 20: Informationsaustausch zwischen Projektträgern einer neuen Partnerschaft



Quelle: Befragung der Einzelmaßnahmenträger 2016 (n = 186). Jeder Kreis steht für einen Einzelmaßnahmenträger, jede Linie für einen erfolgten Austausch von Informationen. Rote Linien stehen für Verbindungen, die im Rahmen der Partnerschaft neu entstanden sind, schwarze Linien stehen für bereits zuvor bestehenden Verbindungen. Die Koordinierungs- und Fachstelle ist durch einen dick umrandeten Punkt gekennzeichnet. Die verschiedenen Farben der Punkte geben den Organisationstyp wieder: Grün steht für Kunst- und Kulturvereine, gelb für Fördervereine von Schulen, blau für Jugendorganisationen, grau für sonstige Organisationen.

Der zweite Typ fällt durch seine geringe Größe auf. Im Vergleich zum ersten Netzwerktyp sind diese Netzwerke mit bis zu sechs Akteur/innen deutlich kleiner. Auch hier führt die Förderung zu einem deutlichen Zuwachs an Kooperationen zwischen den eingebundenen Akteur/innen und einer Intensivierung ihrer Beziehungen. Zwar können die durch den Aktions- und Initiativfonds geförderten Akteur/innen nicht für sich beanspruchen, die lokale Zivilgesellschaft zu repräsentieren, dennoch besteht hier die Möglichkeit, dass die ersten erfolgreichen Projekte und Kooperationen eine gewisse Strahlkraft entwickeln und andere lokale Akteur/innen dazu ermutigen, sich in Zukunft ebenfalls in der Partnerschaft zu engagieren.

Der dritte Typ kann als etablierte Partnerschaften bezeichnet werden. Unter Partnerschaften, die im Rahmen von „Demokratie leben!“ erstmals gefördert wurden, ist dieser Netzwerktyp erwartungsgemäß selten vorzufinden. Ein solches Netzwerk umfasst viele Akteur/innen, welche untereinander Informationen austauschen und miteinander kooperieren, auch unabhängig von der Koordinierungs- und Fachstelle. Um solche Netzwerke zu etablieren, bedarf es eines langen Atems. Auch die Untersuchungen der Wissenschaftlichen Begleitung zur Nachhaltigkeit zeigen, dass sich Netzwerke, die langfristig entwickelt werden konnten, als besonders nachhaltig erweisen.²⁵⁴

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass der Aktions- und Initiativfonds zivilgesellschaftlichen Akteur/innen einen Rahmen bietet, um sich lokal zu vernetzen, alte Verbindungen zu lokal Engagierten und Kooperationspartnern aufrecht zu erhalten und auszubauen sowie neue Verbindungen zu potenziellen Partnerorganisationen einzugehen und zu etablieren. Der Aktions- und Initiativfonds kann damit das Zusammenwachsen der geförderten Einzelmaßnah-

²⁵⁴ Vgl. Kapitel „Nachhaltigkeit“ in diesem Bericht.

menträger zu einer lebendigen, engagierten lokalen Zivilgesellschaft unterstützen. Die großen dezentralen und dichten Netzwerke der Partnerschaften, die schon in den Vorgängerprogrammen gefördert wurden, deuten darauf hin, dass sich diese Wirkung erst nach einiger Zeit einstellt. Für weiterführende Betrachtungen zur Entwicklung von Netzwerkstrukturen wird die Befragung der Einzelmaßnahmenträger im nächsten Jahr neue Möglichkeiten bieten.

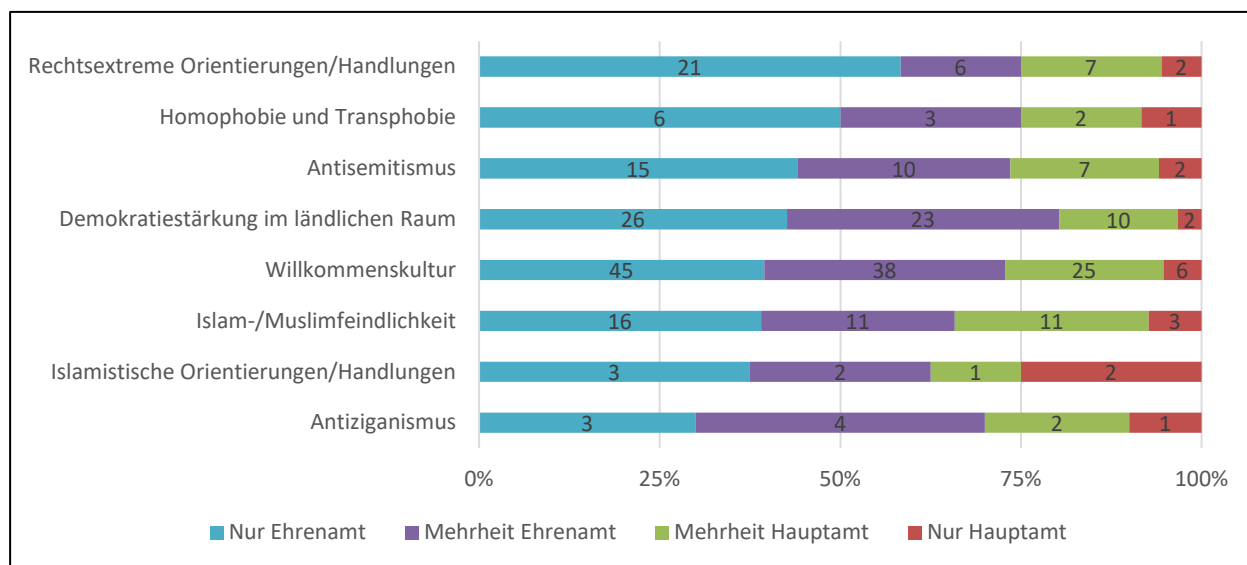
4.9.2 Die Rolle des Ehrenamts in der Umsetzung von Einzelmaßnahmen

Bei der Umsetzung von Einzelmaßnahmen kommt dem Ehrenamt eine hohe Bedeutung zu. Unter den Trägern, die 2015 von erstmals geförderten Partnerschaften mit Mitteln des Aktions- und Initiativfonds unterstützt wurden, sind 39,4% rein ehrenamtlich getragene Vereine. Bei weiteren 33,8% der Träger bilden ehrenamtliche Kräfte die Mehrheit der Mitarbeitenden.²⁵⁵ Nur 5,6% der Träger verfügen über eine rein hauptamtliche Struktur.

Mehr als jede dritte Einzelmaßnahme erstmals geförderter Partnerschaften wurde von rein ehrenamtlich getragenen Vereinen umgesetzt.

Auf Ebene der geförderten Einzelmaßnahmen wird zudem deutlich, dass sich das Engagement überwiegend ehrenamtlich getragener Vereine über die gesamte Bandbreite der Themen des Bundesprogramms erstreckt. Selbst komplexe Themen wie rechtsextreme Orientierungen und Handlungen sowie Homo- und Transphobie werden mehrheitlich durch Projekte bearbeitet, die von ehrenamtlichen Kräften entwickelt und umgesetzt werden. Eine Häufung überwiegend hauptamtlicher Träger ist hingegen beim Thema islamistische Orientierungen und Handlungen festzustellen.

Abbildung 21: Themen der Einzelmaßnahmen und Ehrenamtlichkeit der Träger²⁵⁶



Quelle: Befragung der Einzelmaßnahmenträger 2016 (n = 186). Mehrfachnennungen möglich.

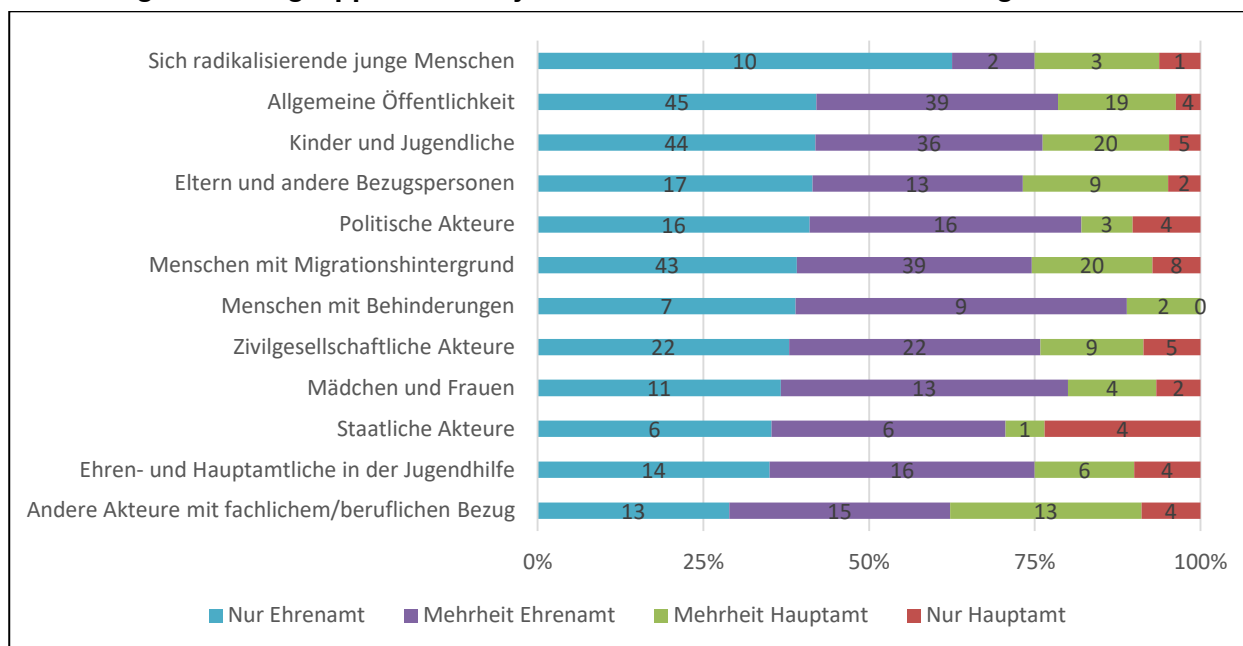
Bezüglich der Zielgruppen von Einzelmaßnahmen zeigt sich außerdem, dass ehrenamtliche Träger mit ihren Projekten verschiedene Bevölkerungsgruppen ansprechen. Selbst für schwer zu erreichende Zielgruppen, wie sich radikalisierende junge Menschen, werden Einzelmaßnahmen durch ehrenamtlich Aktive konzipiert. Über alle Projekttypen hinweg sind demnach sol-

²⁵⁵ Zu beachten ist hierbei, dass das Verhältnis von ehrenamtlichen zu hauptamtlichen Mitarbeiter/innen nur eine beschränkte Aussagekraft bezüglich der Arbeitsverteilung zwischen den beiden Gruppen hat. Es ist beispielsweise anzunehmen, dass Hauptamtliche durchschnittlich mehr Stunden für eine Organisation arbeiten als Ehrenamtliche.

²⁵⁶ Vgl. Tabelle 2 im Anhang.

che Einzelmaßnahmen in der Mehrheit, die von überwiegend ehrenamtlichen Trägern durchgeführt werden.

Abbildung 22: Zielgruppen der Projekte und Ehrenamtlichkeit der Träger²⁵⁷



Quelle: Befragung der Einzelmaßnahmenträger 2016 (n = 186). Mehrfachnennungen möglich.

In Anbetracht der hohen Bedeutung ehrenamtlichen Engagements für die Umsetzung von Einzelmaßnahmen sollen im vorliegenden Kapitel Chancen und Herausforderungen der Arbeit mit Ehrenamtlichen in den Partnerschaften diskutiert werden. Zu den Chancen dieser Zusammenarbeit zählen (1) die hohe Motivation von Ehrenamtlichen, (2) ihr Wissen über Zielgruppen und (3) die Kosteneffizienz ehrenamtlich umgesetzter Projekte. Auf der Seite der Herausforderungen stehen (1) Beschränkungen hinsichtlich der Planbarkeit ehrenamtlicher Mitarbeit und (2) ein höherer Betreuungsaufwand durch die Koordinierungs- und Fachstellen und federführenden Ämter.

Eine Chance in der Arbeit mit ehrenamtlichen Strukturen liegt für die Partnerschaften in der hohen Motivation, die freiwillig Engagierte mitbringen. Dies übertrage sich oft auch auf die Hauptamtlichen, die mit ihnen zusammenarbeiten.

„Ehrenamt, finde ich, mit denen macht es mehr Spaß. Nicht, also Ehrenamt, für die ist das was Besonderes, einen Antrag zu stellen, und wenn man dann Leute hat so, die neu sind und das erste Mal kommen ..., die haben dann so eine Art Werkstolz, auch wenn die fertig sind, wenn sie ihr Projekt haben.“ (KuF08/2_1582)

Über ehrenamtlich Aktive kann sich eine Partnerschaft neue Wissensbestände und Zugänge zu Zielgruppen erschließen.

Ein weiterer Vorteil für die Arbeit der Partnerschaften kann in den Wissensbeständen und besonderen Zugängen zu Zielgruppen bestehen, über die Ehrenamtliche verfügen. Durch ihre Einbindung in ein soziales Milieu über Beruf und Freizeitgestaltung bringen sie persönliche Kontakte und die nötige kulturelle Sensibilität mit, um mit Einzelmaßnahmen Zielgruppen in ihrem Umfeld zu erreichen.

²⁵⁷ Vgl. Tabelle 3 im Anhang.

„Und dazu brauchen wir natürlich die Ehrenamtlichen, [um die Moscheegemeinden] da auch noch mal für zu sensibilisieren und nicht zu verschrecken. ... Wir kennen uns mittlerweile, es gibt da ganz wenige Berührungsängste, so. Das haben wir hier so entwickelt durch diese aufsuchende Arbeit.“ (KuF04_397)

In manchen Fällen sind es zudem gerade die Ehrenamtlichen, die aufgrund ihres langfristigen Engagements über Förderkonjunkturen hinweg über ein hohes Kontextwissen in einem Themenfeld verfügen. Eine Jugendorganisation schildert dies am Beispiel des Themas Rechtspopulismus. Hier gebe es in der ehrenamtlichen politischen Jugendarbeit eine Expertise zu Akteur/innen der rechtspopulistischen und rechtsextremen Szene, die vielen hauptamtlichen Trägern fehle.

Die Steigerung der Kosteneffizienz von Einzelmaßnahmen durch unentgeltliche Arbeit stellt den offensichtlichsten Vorteil ehrenamtlichen Engagements für die Partnerschaften dar. Wären Menschen nicht regelmäßig bereit, Projekte ehrenamtlich umzusetzen, könnten die wenigsten Partnerschaften ihre ambitionierten Strategien zur Veränderung des Gemeinwesens umsetzen.

Ehrenamtliche sind hohen Belastungen ausgesetzt, erhalten aber nicht die gleiche Unterstützung wie hauptamtliche Kräfte.

Gleichzeitig sehen viele ehrenamtliche Träger den kostensparenden Effekt ihres Engagements besonders kritisch. Erstens befürchten sie, dass ihre ehrenamtliche Arbeit dazu beitragen könnte, dass sich die öffentliche Hand aus der Finanzierung hauptamtlicher Arbeit gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit weiter zurückzieht. Zweitens kritisieren sie, dass durch eine Verlagerung der Arbeit zu diesen Themenfeldern in den ehrenamtlichen Bereich eine ausreichende Unterstützungsstruktur für die Projektumsetzenden, wie Supervision oder regelmäßige Fortbildungen, wegfällt. Ehrenamtliche würden so häufig mit hohen körperlichen und seelischen Belastungen allein gelassen.

„Mensch, wir hätten uns gewünscht, dass wir das dann hätten mit drin haben können, dass man sagt, wir holen uns selber dann auch jemanden, der, wenn wir diese Arbeit machen, ... uns damit auffängt, was ja auch auf uns hier zukommt.“ (EMT07_814)

Als eine Herausforderung in der Arbeit mit Ehrenamtlichen beschreiben die Koordinator/innen häufig Einschränkungen in der Planbarkeit ehrenamtlicher Mitarbeit. Erstens hätten Ehren- und Hauptamtliche oft unterschiedliche zeitliche Präferenzen für gemeinsame Aktivitäten. Während Ehrenamtliche an Einzelmaßnahmen in ihrer Freizeit mitwirkten und sich deshalb besonders am Abend oder am Wochenende Zeit dafür nehmen könnten, bevorzugten Hauptamtliche gemeinsame Treffen und Aktivitäten zu den üblichen Bürozeiten.

„Nach dieser ganz normalen professionellen Arbeitszeit von 9 bis 16, 17 Uhr, dann beginnt natürlich für die Ehrenamtlichen erst ihre Tätigkeit. ... Dafür muss man erst mal Menschen finden, vor allem auf Seiten der Verwaltung, die sich dann nach der normalen Arbeitszeit mit den Ehrenamtlichen zusammensetzen.“ (EMT04_402)

Da ehrenamtlich Aktive ihrem freiwilligen Engagement neben ihren beruflichen Verpflichtungen nachgehen, stoßen sie bei Arbeitsspitzen in der Projektumsetzung schneller an die Grenzen ihrer Belastbarkeit. In Ausnahmefällen kann dies zu einer Unterbrechung ihres Engagements führen. Dafür braucht es Verständnis auf Seiten der Hauptamtlichen sowie Kapazitäten, um einen kurzfristigen Mangel an Arbeitskraft in der Projektumsetzung aufzufangen.

„Die Leute haben alle ihre Arbeit, die haben ihre Sachen, die sie machen müssen, und man muss Rücksicht nehmen, wenn es einfach gerade nicht geht, weil, sonst verliert man die Leute.“ (KuF01/2_822)

Eine Steigerung des ehrenamtlichen Engagements benötigt eine Stärkung hauptamtlicher Strukturen zur erfolgreichen Einbindung ehrenamtlich Aktiver.

Viele Koordinierungs- und Fachstellen betonen zudem, dass freiwilliges Engagement nicht ohne erhöhten Einsatz hauptamtlicher Arbeit erfolgreich in die Umsetzung von Einzelmaßnahmen einzubinden sei. Die meisten der Interviewpartner/innen berichten, dass ehrenamtliche Träger einen höheren Beratungsbedarf bei der Entwicklung von Projektideen, der Ausarbeitung von Anträgen, der Umsetzung von Aktivitäten und der Abrechnung von Fördermitteln haben. Das heißt, je mehr eine Partnerschaft bei der Umsetzung von Einzelmaßnahmen auf ehrenamtliche Strukturen setzt, umso mehr Arbeitskraft der hauptamtlichen Akteur/innen wird durch die Begleitung der ehrenamtlichen Arbeit gebunden.

Eine wichtige Form der Unterstützung ehrenamtlichen Engagements in den Themenfeldern der Partnerschaften ist deshalb die Förderung hauptamtlicher Strukturen zur Koordination und Betreuung freiwillig Aktiver. Eine solche Unterstützung habe gerade in der Arbeit mit Geflüchteten gefehlt.

„Schwerpunktmäßig werden mit den Mitteln ... nur Personalkosten jetzt finanziert. Gleichzeitig muss ich allerdings wissen, dass über diese Personalkosten jetzt hier, ich glaube, wir haben einen Stamm von 120 Ehrenamtlichen, die jetzt ... bei verschiedenen Informationsveranstaltungen, Fachtagungen und so was, die hier dann zusammenkommen, die unterstützt werden.“ (KuF09/2_1759)

4.9.3 Fazit

Die vorgestellten Ergebnisse zeigen, dass Einzelmaßnahmen aus den Mitteln des Aktions- und Initiativfonds ein zentrales Instrument der Partnerschaften darstellen, um die lokale Zivilgesellschaft zu aktivieren und Strategien zur Veränderung des Gemeinwesens umzusetzen. Um mehr über die umgesetzten Einzelmaßnahmen zu erfahren, wurden Einzelmaßnahmenträger befragt, die 2015 zur Umsetzung ihrer Projekte Mittel aus den Aktions- und Initiativfonds jener Partnerschaften für Demokratie erhielten, die im Programm „Demokratie leben!“ erstmals gefördert wurden.

Die Befragung ergab, dass die überwiegende Mehrheit der umgesetzten Einzelmaßnahmen dieser Partnerschaften mit einem geringem Budget ausgestattet und von kurzer Dauer war. Dennoch konnte im Rahmen einer Netzwerkanalyse auf Basis dieser Befragungsdaten festgestellt werden, dass die meisten Einzelmaßnahmen auf zweifache Weise positive Wirkungen für die Vernetzung von Trägerorganisationen entfalteten. Erstens begünstigten sie die Bindung von haupt- und ehrenamtlich Engagierten an die Träger der Einzelmaßnahmen. Hier wurden zum einen Beziehungen zu bereits aktiven Projektverantwortlichen gefestigt und ausgebaut, zum anderen konnte die Förderung von Projektträgern dazu genutzt werden, um neue Beziehungen zu engagierten Bürger/innen aufzubauen. Zweitens bestand die Wirkung des Aktions- und Initiativfonds sowohl in der Verstärkung bestehender Kontakte und Kooperationen zwischen Einzelmaßnahmenträgern einer Partnerschaft als auch in der Schaffung neuer Kontakte zwischen diesen Akteur/innen.

Für die Umsetzung der Einzelmaßnahmen spielten ehrenamtlich Aktive eine entscheidende Rolle. Die Befragungsdaten zeigen, dass 39,4% der Einzelmaßnahmenträger rein ehrenamtlich getragene Vereine sind. Nur 5,6% der Träger verfügen hingegen über eine rein hauptamtliche Struktur. Außerdem zeigt sich, dass über alle Themen und Zielgruppen hinweg diejenigen Einzelmaßnahmen in der Mehrheit sind, die von überwiegend ehrenamtlichen Trägern durchgeführt werden.

In den Interviews mit Koordinator/innen und ausgewählten Einzelmaßnahmenträgern wurde deutlich, dass die Einbindung von Ehrenamtlichen Chancen und Herausforderungen birgt. Zu den Chancen dieser Zusammenarbeit zählen demnach die hohe Motivation Ehrenamtlicher, ihr Wissen über Zielgruppen und die Kosteneffizienz ehrenamtlich umgesetzter Projekte. Auf der Seite der Herausforderungen stehen Beschränkungen hinsichtlich der Planbarkeit ehrenamtlicher Mitarbeit und ein höherer Betreuungsaufwand durch die Koordinierungs- und Fachstellen und federführenden Ämter.

4.10 Nachhaltigkeit

4.10.1 Einführung in das Untersuchungsdesign

Eine wichtige Fragestellung der Wissenschaftlichen Begleitung besteht darin, festzustellen, inwieweit eine Förderung kommunaler Strategien zu nachhaltigen Ergebnissen führt bzw. nachhaltige Prozesse anstoßen kann.

Hierzu wurden Akteur/innen in ausgewählten Regionen, die in den Programmen „Vielfalt tut gut“ und „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ einen Lokalen Aktionsplan umsetzten, inzwischen aber keine Förderung mehr erhalten, befragt. In insgesamt acht Regionen²⁵⁸ wurden qualitative Interviews mit insgesamt zwölf Akteur/innen geführt, darunter sowohl Vertreter/innen der federführenden Ämter als auch Vertreter/innen von Trägern ehemaliger Koordinierungsstellen. Um der Frage nachzugehen, welche Bedeutung Nachhaltigkeit in der Umsetzung des Programms „Demokratie leben!“ zum jetzigen Zeitpunkt einnimmt, wurden weiterhin die Koordinator/innen des qualitativen Samples sowie zehn ausgewählte Projektträger zu ihrer Sicht auf Nachhaltigkeit befragt.

Methodologisch wurde der Untersuchung ein Nachhaltigkeitskonzept zugrunde gelegt, welches bereits im Programm „Vielfalt tut gut“ durch die Wissenschaftliche Begleitung entwickelt worden war.²⁵⁹ Dadurch ist es möglich, den Begriff der Nachhaltigkeit, der in Bezug auf die Bewertung sozialer Prozesse häufig auf die Fortführung von Projekten verkürzt oder aber als sehr diffuse Kategorie verwendet wird,²⁶⁰ zu operationalisieren.

Das Nachhaltigkeitskonzept der Wissenschaftlichen Begleitung orientiert sich am „neuen Nachhaltigkeitsdreieck“ von Helge Majer²⁶¹ und beruht somit auf einem prozessualen Verständnis von Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit ist demnach nichts Feststehendes, sondern beschreibt die Entwicklung, Implementierung und kontinuierliche Anpassung von Lösungsstrategien für spezifische Herausforderungen; es geht also um eine prozessorientierte Nachhaltigkeit.²⁶² Rahmend sind die Dimensionen Langfristigkeit, Gerechtigkeit und Ganzheitlichkeit. Als nachhaltig werden entsprechend Ergebnisse gewertet, die über eine Zeit fortbestehen (Langfristigkeit), aus Prozessen resultieren, die einen Kontextbezug haben (Ganzheitlichkeit), und denen Handlungsstrategien zugrunde liegen, die partizipativ entwickelt, umgesetzt und angepasst werden (Gerechtigkeit).²⁶³

258 Um unterschiedliche strukturelle Bedingungen berücksichtigen zu können, wurden vier Regionen in den alten Bundesländern und vier Regionen in den neuen Bundesländern befragt und unterschiedliche Gebietszuschnitte berücksichtigt: Stadt(teil), Landkreis, Zusammenschluss von Gebietskörperschaften.

259 Vgl. hierzu Karliczek 2012; Behn/Bohn/Karliczek/Lüter/Sträter 2013.

260 Karliczek 2012, S. 250f.

261 Majer 2008, S. 17ff.

262 Majer 2008, S. 17; Michelsen/Rieckmann 2014, S. 370 m.w.N.

263 Karliczek 2012, S. 252ff.

Abbildung 23: Nachhaltigkeitsdreieck²⁶⁴



Quelle: Eigene Darstellung

Darauf aufbauend wurden die Kategorien strukturelle Nachhaltigkeit, handlungswirksame Lernprozesse, Relevanzerhalt und nutzenorientierte Nachhaltigkeit entwickelt und die Ergebnisse der im Rahmen der Wissenschaftlichen Begleitung des Programms „Vielfalt tut gut“ durchgeführten Erhebungen entlang dieser Kategorien systematisiert.²⁶⁵

Kategorien eines prozessorientierten Nachhaltigkeitskonzepts	
▪	Strukturelle Nachhaltigkeit
▪	Handlungswirksame Lernprozesse
o	im Bereich der Verwaltung
o	im Bereich Zivilgesellschaft
▪	Relevanzerhalt
▪	Nutzenorientierte Nachhaltigkeit

Es geht in den folgenden Kapiteln jedoch nicht nur darum, rückblickend reines Erkenntniswissen zu generieren, sondern mit Blick auf die Zukunft auch darum, Wissen zu dokumentieren, welches künftig die Gestaltung nachhaltiger Prozesse ermöglicht.²⁶⁶

Nach einer Vorstellung der untersuchten Regionen wird im Folgenden zunächst entlang der genannten Dimensionen dargelegt, inwieweit Lokale Aktionspläne nachhaltig wirken konnten. Es werden Faktoren generiert, die deren Nachhaltigkeit beeinflussten, und Schlussfolgerungen für eine gute Programmgestaltung und -umsetzung gezogen. In einem letzten Abschnitt wird untersucht, welche Rolle Nachhaltigkeit zum jetzigen Zeitpunkt für die Partnerschaften für Demokratie spielt und inwieweit bereits Voraussetzungen für nachhaltige Entwicklungen gegeben sind. Dieses Vorgehen folgt den von Lang et al. vorgeschlagenen Schritten zur wissenschaftlichen Analyse nachhaltiger Prozesse.²⁶⁷

²⁶⁴ Behn/Bohn/Karliczek/Lüter/Sträter 2013, S.122.

²⁶⁵ Behn/Bohn/Karliczek/Lüter/Sträter 2013, S.123.

²⁶⁶ Lang/Rode/Wehrden 2014, S. 117f.

²⁶⁷ Lang/Rode/Wehrden 2014, S. 136f.

4.10.2 Darstellung der untersuchten Regionen

Die acht untersuchten Regionen befinden sich teils in den alten, teils in den neuen Bundesländern und haben unterschiedliche regionale Zuschnitte wie Stadt(teil), Landkreis oder Zusammenschluss von Gebietskörperschaften. In Bezug auf die bearbeiteten Ziele können zwei Gruppen unterschieden werden: Bei drei Lokalen Aktionsplänen stand die Bekämpfung rechtsextremistischer Erscheinungen sowie deren Prävention im Vordergrund, fünf weitere befassten sich insbesondere mit der Förderung von Demokratie und Toleranz sowie der Stärkung von zivilgesellschaftlichem Engagement. Die bearbeiteten Themen werden von den befragten Akteur/innen in nahezu allen Regionen nach wie vor als relevant eingeschätzt. Lediglich in einer Region wird berichtet, dass sich die – zu Zeiten des Lokalen Aktionsplans akute – Problemlage derzeit entspannt habe. In zwei Regionen hatten Akteur/innen aus den Gremien des Lokalen Aktionsplans (Begleitausschuss und/oder Koordinierungsstelle) Interesse an einer Fortsetzung der kommunalen Strategie bekundet, gleichwohl wurden deren Zielsetzungen seitens der politisch Verantwortlichen nicht als so bedeutsam wahrgenommen, dass die Kommunen bereit gewesen wären, eine Kofinanzierung aufzubringen.

„Der Landkreis hätte Eigenmittel erbringen müssen. ... Und der Landrat hat das abgelehnt, weil sich der Landkreis in der Konsolidierungsphase befindet. Also es ging nur um Geld. Wir waren im Prinzip in den Startlöchern, hatten schon einen fertigen Antrag, um es weiterzuentwickeln.“ (ExLAP2_149)

Andere Regionen schreckten vor dem administrativen Aufwand zurück, der mit einer weiteren Programmbeteiligung verbunden gewesen wäre und der aus ihrer Sicht in keinem Verhältnis zum erwarteten Nutzen gestanden hätte. Hier werden andere und aus Sicht der Kommunen einträglichere Fördermöglichkeiten genutzt, um die relevanten Themen weiter zu bearbeiten.

„Letztlich ausschlaggebend war zum einen das Verhältnis von verwaltungsmäßigem Aufwand zu dem vorhandenen Nutzen der Akteure. Das wäre für mich, denke ich mal, der Hauptsatz. Der zweite, die doch nicht unerheblichen Personalressourcen, die mit drinstecken in der Umsetzung des Programms. Und wenn man den Aufwand abklärt, fragt man auch immer schlussendlich bei der Fülle der Programme, die vom Bund oder vom Land teilweise kommen, was nützlicher ist. Wir haben immerhin auch ein Landesprogramm bekommen, für den Jugendbereich war das. Das ist ein sehr entscheidender Faktor, wo ähnliche Dinge finanziell unterstützt werden können, auch Projektstrukturen oder auch Vernetzungsstrukturen auch mit unterstützt werden können. Ich denke, das war auch mit entscheidend.“ (ExLAP3_09)

In zwei Regionen, die sich jeweils aus mehreren Kommunen zusammensetzen, wurde insbesondere deshalb auf eine Programmbeteiligung verzichtet, weil die beteiligten Kommunen sehr unterschiedliche Problemwahrnehmungen und entsprechend unterschiedliche Bedarfe bezüglich der Ausgestaltung des Lokalen Aktionsplans hatten und sich nicht auf ein gemeinsames Konzept einigen konnten.

4.10.3 Die Nutzung partizipativer Prozesse und die Berücksichtigung des Kontexts durch die kommunalen Akteur/innen

Wird Nachhaltigkeit als ein „gesellschaftlicher Lern-, Verständigungs- und Gestaltungsprozess“²⁶⁸ verstanden, ist es selbstverständlich, dass nachhaltigen Ergebnissen partizipativ gestaltete Prozesse vorausgehen. Diese finden nicht als punktuelle Aktionen statt, sondern erzeugen eine Bindung, auch für zukünftiges Handeln, und es werden auch Personen eingebunden, die

268 Michelsen/Rieckmann 2014, S. 370.

nicht bereits routinemäßig an Entscheidungen mitwirken.²⁶⁹ Sowohl partizipative Prozesse als auch die Berücksichtigung des Kontexts wurden bereits durch die Leitlinien zur Umsetzung Lokaler Aktionspläne eingefordert.

Die Umsetzung partizipativer Prozesse spielt in allen untersuchten Regionen auch weiterhin eine Rolle, zum einen bei der Entwicklung von lokalen Handlungskonzepten, aber auch bezogen auf einzelne Prozesse und Projekte. In zwei Regionen wird derzeit die im Rahmen des Lokalen Aktionsplans erstellte Problem- und Ressourcenanalyse aktualisiert.

Dass in den nicht mehr geförderten Regionen partizipative Prozesse genutzt und kontextsensible Konzepte entworfen werden, ist nicht allein Ergebnis der Umsetzung eines Lokalen Aktionsplans.

Die partizipative und kontextsensible Gestaltung der regionalen Problembearbeitung kann jedoch nicht allein als Ergebnis der Umsetzung eines Lokalen Aktionsplans bewertet werden. Die Interviewpartner/innen weisen darauf hin, dass diese auch Grundelement der Jugendarbeit ist. Jedoch geben immerhin vier von acht Regionen an, dass durch die Entwicklung und/oder Stabilisierung regionaler Netzwerke und Arbeitsgemeinschaften im Rahmen des Lokalen Aktionsplans partizipative Prozesse jetzt auch über die Jugendarbeit hinaus genutzt werden. In den Netzwerken werden veränderte Problemlagen besprochen und ein gemeinsames Vorgehen geplant. Zum Teil beschränkt sich ein solches Vorgehen allerdings auf einen eingegrenzten Bereich, zum Beispiel auf eine ausgewählte, besonders problembelastete Teilregion, und wird nicht zur Entwicklung einer regionalen Gesamtstrategie genutzt. Gerade leistungsfähige Netzwerke²⁷⁰ sind in besonderer Weise geeignet, partizipative Prozesse und ein kontextsensibles Vorgehen zu gewährleisten.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass in allen Regionen besagte Grundbedingungen für Nachhaltigkeit erfüllt sind, jedoch in unterschiedlicher Qualität und nicht immer als Ergebnis der Arbeit der Lokalen Aktionspläne. Zum einen gibt es Regionen, in denen durch eine übergreifende Netzwerkarbeit partizipative Prozesse gewährleistet werden. Hier werden Informationen zusammengeführt und eine gemeinsame (Handlungs-)Planung entwickelt. Zum anderen gibt es Regionen, in denen dies nur eingeschränkt und wenig systematisch vollzogen wird.

4.10.4 Dimensionen der Nachhaltigkeit

4.10.4.1 Strukturelle Nachhaltigkeit

Von struktureller Nachhaltigkeit wird dann gesprochen, wenn Arbeitsstrukturen, die sich im Rahmen der Umsetzung eines Lokalen Aktionsplans herausgebildet haben, weiter bestehen oder aber durch den Lokalen Aktionsplan geförderte Projekte erhalten bleiben und unter Berücksichtigung partizipativer und kontextueller Ansprüche fortgeführt werden.²⁷¹ Neben dem Begleitausschuss, dem Ämternetzwerk (die als Gremien in den Programmen „Vielfalt tut gut“ und „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ noch durch die Förderleitlinien vorgegeben waren) und der Koordinierungsstelle gehören hierzu jene Arbeitsstrukturen, die sich im Verlauf der Umsetzung der Lokalen Aktionspläne entwickelt haben. Hierzu gehören insbesondere

²⁶⁹ Newig 2014, S. 384f.

²⁷⁰ Vgl. Kapitel „Leistungsfähige Netzwerke“ in diesem Bericht.

²⁷¹ Behn/Bohn/Karliczek/Lüter/Sträter 2013, S. 123.

- Netzwerke und Bündnisse,
- Arbeitsgruppen und Kooperationen sowie
- Projekte.

Koordinierungsstellen, Begleitausschüsse und Ämternetzwerke werden nach einer Beendigung der Förderung nicht als Arbeitsstrukturen erhalten.

Die originären Arbeitsstrukturen der Lokalen Aktionspläne hatten in keiner der untersuchten Regionen Bestand. Für den Erhalt der Koordinierungsstellen fehlten die finanziellen Mittel, die strategischen Aufgaben der Begleitausschüsse werden nun häufig durch regionale Netzwerke übernommen. Die Ämternetzwerke, soweit sie sich während der Förderungszeit als festgefügte Gremien etablierten, stellten ihre Arbeit ein, da die Verwaltungsakteur/innen ohne eine Förderung keine Notwendigkeit für ein Gremium sahen, das einen ressortübergreifenden Austausch ermöglicht. Lediglich eine der untersuchten Regionen schätzte die Arbeit des Ämternetzwerks als erfolgreich ein und hält an dieser Arbeitsstruktur fest.

„Und ... also ganz wichtig war ja, was im Lokalen Aktionsplan entstanden ist, war ja diese Verwaltungsnetzwerkstruktur.“ (ExLAP06_37;)

Netzwerke und Bündnisse konnten durch das Programm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ stabilisiert und weiterentwickelt werden.

In den meisten untersuchten Regionen bestanden bereits vor der Umsetzung eines Lokalen Aktionsplans Netzwerke und Bündnisse, die nach Ansicht der Befragten durch die Umsetzung des Lokalen Aktionsplans eine Stärkung und Stabilisierung erfahren haben. In einigen Regionen etablierten sich in Folge der Arbeit des Lokalen Aktionsplans aber auch neue, themen- oder regionenspezifische Netzwerke, die auch heute – fünf Jahre nach Beendigung der Förderung – noch aktiv sind. So gründete sich in einer Region beispielsweise ein Netzwerk, das regelmäßig Veranstaltungen in den Bereichen Erinnerungskultur und Engagement gegen Rechtsextremismus umsetzt:

„Das Ziel ist die Gestaltung einer Gedenkkultur, einer Erinnerungskultur in X mit der Zivilgesellschaft und Institution mit folgenden Schwerpunkten: präventive Arbeit mit der Jugendgeneration, Beteiligungsstruktur. Also das sind wirklich so die Schlagworte: Stärkung der demokratischen Bürgergesellschaft. So, das sind die Schlagworte: kulturelle und geschichtliche Identität.“ (ExLAP1_156)

Über solche themenspezifischen Netzwerke hinaus wurden durch die Lokalen Aktionspläne auch Kooperationen und die Bildung von Arbeitsgruppen angeregt, die zum Teil bis heute existieren. Hierbei handelt es sich um Formen der Zusammenarbeit, bei denen weniger strategische Entscheidungen im Mittelpunkt stehen, sondern vielmehr ein handlungsorientiertes Zusammenwirken. An solchen Kooperationen und Arbeitsgruppen sind oftmals die ehemaligen Mitglieder der Begleitausschüsse beteiligt. Auch bilaterale Kooperationen zwischen einzelnen Trägern haben Bestand.

„Die haben sich kennengelernt zum Teil erst mal, die wussten voneinander zwar auf dem Papier, aber man kannte sich nicht persönlich und da ist hier und da auch eine Zusammenarbeit entstanden.“ (ExLAP7_83)

Die im Lokalen Aktionsplan erprobten Strukturen der Zusammenarbeit werden heute gezielt für die Umsetzung anderer Programme genutzt.

„Dann, wenn ich an die Steuerungsgruppe für die kinderfreundliche Kommune denke, da ist ja im Grunde genommen das adaptiert, was wir im Rahmen von ‚Toleranz fördern – Kompetenz stärken‘ hatten. Das haben wir dann für uns hier noch mal gegründet, um den Aktionsplan und Maßnahmenplan für eine kinderfreundliche Kommune zu schreiben, nicht? Das sind so Strukturen, die wir dann auch so nach vorne geführt haben.“ (ExLAP4_290)

Auch für die Mobilisierung von ehrenamtlichen Unterstützer/innen in der Flüchtlingsarbeit 2015 wurden die Kommunikationsstrukturen der ehemaligen Lokalen Aktionspläne genutzt.

Einen wichtigen Beitrag zur (Weiter-)Entwicklung von Netzwerken und Kooperationen leisteten die Aktionspläne dadurch, dass sie Akteur/innen aus unterschiedlichen Organisationen und Handlungsbereichen miteinander in Kontakt brachten.

„Ja, also die Arbeit des Begleitausschusses, das war auf jeden Fall gewinnbringend. Da hatten wir auch ganz viele entsprechende Akteure drin, die dann auch immer ganz unterschiedliche Blickwinkel auf einzelne Projekte hatten, ... und waren dann auch eben sehr zielführend, ... was die Diskussion untereinander anging oder auch einfach das Zusammenführen von ganz verschiedenen Akteuren, die sonst eigentlich nichts miteinander zu tun hätten. Das war tatsächlich gewinnbringend.“ (ExLAP4_249)

Alle untersuchten Regionen geben an, dass einzelne Projekte und/oder Projektideen, die aus dem Lokalen Aktionsplan hervorgegangen sind, weiterhin umgesetzt werden. Hierzu gehören beispielsweise Internetauftritte, die über regionale Maßnahmen gegen Rassismus informieren, Register für rechte Gewalt, Projekte, die Präventionsarbeit an Schulen oder in Sportvereinen leisten, Beteiligungsprojekte, politische Bildungsarbeit oder Vortragsreihen.

In den Regionen werden in unterschiedlichem Ausmaß Projekte fortgesetzt, die im Lokalen Aktionsplan entwickelt wurden.

Gleichwohl fallen qualitative Unterschiede zwischen den Regionen auf: Während in manchen Regionen lediglich einige wenige Projekte weitergeführt werden, blieb in anderen Regionen ein breites Spektrum erhalten. Projekte wurden hier in andere Finanzierungen überführt (z.B. kommunale Mittel oder andere Programme) oder in einem Fall ehrenamtlich weitergeführt. Erfolgreiche Projektformate werden genutzt, um auf veränderliche Problemlagen zu reagieren, und es werden neue Projekte entwickelt und umgesetzt, die sich mit Demokratie, Toleranz oder Rechtsextremismusprävention befassen.

„Also bei uns in X mag ich eher davon sprechen, dass, seitdem wir den Lokalen Aktionsplan nicht mehr haben, seitdem das Programm ausgelaufen ist, dass wir noch mehr Projekte machen als zu der Zeit des Lokalen Aktionsplans, nicht? Mit anderen Finanzierungen, aber durchaus mit ähnlicher Konzeption. Wir führen auch etliche Projekte weiter, die wir im Rahmen des LAP hatten.“ (ExLAP4_103)

Viele dieser Projekte werden von Arbeitsstrukturen getragen, die aus dem Lokalen Aktionsplan hervorgegangen sind, oder von Akteur/innen, die aktiv an dessen Gestaltung beteiligt waren, initiiert. Die Projekte haben entweder selbst einen partizipativen Anspruch bzw. das explizite Ziel, Partizipation zu fördern, oder ihre Umsetzung bzw. Weiterentwicklung war – soweit durch die Wissenschaftliche Begleitung feststellbar – von partizipativen Prozessen geleitet und kontextsensibel.

„Also auf dieser Sache wollen wir ja aufbauen. Dass es immer aktualisiert wird. Fortgeschrieben wird, ja. ... Das Projekt hatten wir ja schon in gewisser Weise und jetzt wird es immer weiterentwickelt.“ (ExLAP1_335-340)

Insofern unterscheiden sich diese Regionen von jenen, die nur punktuell Projekte fortführen, die nicht immer den Rahmenbedingungen für Nachhaltigkeit entsprechen.

„Ja, auch wenn wir die Erfolge sehen, aber da war halt auch die Entscheidung zu sagen, wir haben halt wirklich nachhaltige Strukturen geschaffen mit Vereinen, die gegründet wurden, und dergleichen, die jetzt auch ohne eine Förderung arbeiten können.“ (ExLAP5_333)

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die originären Arbeitsstrukturen der Lokalen Aktionspläne nach Beendigung der Förderung in keiner der untersuchten Regionen fortgeführt wurden. Netzwerkstrukturen und Kooperationen, die im Rahmen der Lokalen Aktionspläne entwickelt oder gefestigt wurden, blieben jedoch erhalten und können als nachhaltig bewertet werden. Zwar werden in allen Regionen Projekte fortgeführt, eine nachhaltige Fortsetzung von Projekten ist jedoch nur in der Hälfte der Regionen feststellbar. Damit decken sich die Befunde zumindest auf Ebene der Projekte mit den Planungen zur Nachhaltigkeit, die die Lokalen Aktionspläne zum Ende des Programms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ angaben: Damals gaben 54% aller Lokalen Aktionspläne an, Projekte auch über die Förderzeit hinaus fortsetzen zu wollen.²⁷²

4.10.4.2 Handlungswirksame Lernprozesse in Zivilgesellschaft und Verwaltung

Handlungswirksame Lernprozesse beziehen sich auf Veränderungen von Handlungsweisen aufgrund von Erkenntnissen, die durch die Umsetzung der Lokalen Aktionspläne gewonnen wurden. Anders als bei der Dimension Relevanzserhalt geht es hier nicht um die Sicherung der inhaltlichen Zielstellung des jeweiligen Lokalen Aktionsplans. Die Nachhaltigkeitsdimension handlungswirksame Lernprozesse bezieht sich vielmehr auf konkrete Verhaltensänderungen.²⁷³ Bezogen auf die Nachhaltigkeit Lokaler Aktionspläne rücken bei der Betrachtung dieser Nachhaltigkeitsdimension zwei zentrale Akteursgruppen in den Fokus der Wissenschaftlichen Begleitung: zivilgesellschaftliche Akteur/innen und Verwaltungsakteur/innen.

4.15.4.2.1 Verwaltung

Im Bereich der kommunalen Verwaltungen ist insbesondere die Veränderung der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteur/innen zu nennen, die in dieser Nachhaltigkeitsdimension bedeutsam wird. Diese – vielerorts zumindest von einer latenten Skepsis geprägten – Akteursbeziehungen haben im Verlauf der Umsetzung der Lokalen Aktionspläne eine qualitative Verbesserung erfahren, die auch heute noch in der Beziehung zwischen beiden Akteursgruppen wahrnehmbar ist.

So wird aus mehreren Regionen berichtet, dass die zu Beginn der Umsetzung des Lokalen Aktionsplans noch sehr hohe Barriere zwischen zivilgesellschaftlichen Akteur/innen auf der einen Seite und politischen Akteur/innen und Verwaltung auf der anderen Seite deutlich abgesenkt worden ist.

„Also man merkt es wirklich, dass gerade den Bürgern, die irgendwie im Rahmen oder im Umfeld des Lokalen Aktionsplans aktiv waren, da ist wirklich so eine Hemmschwelle genommen worden irgendwie.“ (ExLAP05_69)

272 ISS/Camino 2012, S. 75.

273 Behn/Bohn/Karliczek/Lüter/Sträter 2013, 114.

Handlungswirksames Lernen in der Verwaltung wirkt sich insbesondere auf eine verbesserte Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft aus.

Anderorts hat die Verwaltung die positiven Erfahrungen aus der Zusammenarbeit ganz unterschiedlicher Akteur/innen auf ihre Arbeitsansätze übertragen und nutzt diese nun in ganz verschiedenen Kontexten. So gibt es zum einen eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteur/innen in Arbeitsgruppen und Netzwerken. Zum anderen werden Träger und Initiativen besser unterstützt und beispielsweise Jugendliche zur Teilnahme an Ratssitzungen eingeladen.

„Alle Kombinationen und alle Zusammenhänge, in denen man dann auch gemeinsam etwas macht, sind immer sinnvoll und wirkungsvoll. Man erlebt sie dann auch so. Das kann im guten Sinne auch Vertrauen schaffen zwischen den Akteuren, auch zwischen Verwaltung, Politik und Trägern.“ (ExLAP03_ 57)

Aber auch in Bezug auf die Umsetzung von Verwaltungsaufgaben werden Lernprozesse beschrieben, die auf eine erhöhte Problemsensibilität aufseiten von Verwaltungsakteur/innen zurückgeführt werden können.

„... Wir hatten ja Frau X, die Ordnungsamtsleiterin ... Diese Frau hat 50 oder 60 Veranstaltungen ordnungsbehördlich begleitet und den Rechtsextremen dabei auch wirklich auf die Finger geschaut. ... Das ist natürlich auch ein Ergebnis des LAP, aber auch vieler anderer Aktivitäten [Mobile Beratung, Landesprogramm].“ (ExLAP06_42-43)

4.15.4.2.2 Zivilgesellschaft

Lerneffekte, die bereits bei Verwaltungsakteur/innen festgestellt wurden und die sich auf das Zusammenwirken von Zivilgesellschaft und kommunalen Akteur/innen beziehen, können umgekehrt – als eine Reduktion von Berührungängsten – auch bei zivilgesellschaftlichen Akteur/innen beobachtet werden.

„Dass man gesagt hat, so, Verwaltung ist nicht dieser entfremdete Apparat, der einfach nur da ist und verwaltet, sondern dass man wirklich wieder mit ..., wenn man halt so Ideen hat, wie es im Bürgerhaus ist, sich wieder direkt an die Verwaltung wendet, direkt an die Politik wendet. Und das funktioniert halt ganz gut.“ (ExLAP05_69)

Des Weiteren gibt es Lernerfahrungen, die sich auf die Arbeitsformen der zivilgesellschaftlichen Akteur/innen auswirken: Die Träger stimmen sich untereinander ab und verbinden ihre Arbeitsfelder, Migrantenselbstorganisationen sind gestärkt aus dem Lokalen Aktionsplan hervorgegangen.

„Es gibt die Migrantenselbstorganisationen, die auch stark sind zum Beispiel und auch eigenverantwortlich und auch die Ressourcen selbst einwerben und so weiter.“ (ExLAP06_68)

In einigen Regionen ist eine Öffnung von Bündnissen zu beobachten, es werden Akteur/innen aus allen gesellschaftlichen Bereichen einbezogen. Bündnisse – so die Erfahrung aus der Umsetzung der Lokalen Aktionspläne – müssen, wenn sie eine breite Wirksamkeit entfalten wollen, so aufgestellt sein, dass sie nicht nur linke, sondern eben auch bürgerliche Kreise ansprechen.

Im Ergebnis der Umsetzung Lokaler Aktionspläne kann außerdem eine Aufwertung ehrenamtlichen Engagements festgestellt werden. Auch hierbei handelt es sich letztlich um handlungswirksame Lernprozesse.

„Und jetzt, ich glaube, wir [ehrenamtlich aktive Initiative] haben nicht nur als jemand gewonnen, der sich jetzt mit dem Thema gut befasst und es gut transportieren kann und auch eine ganz klare Meinung dazu hat. Sondern wir wurden, glaube ich, auch, also jetzt im Nachhinein, auch als jemand wahrgenommen, der sich wirklich ernsthaft mit dem Thema befassen kann, also eine Bereicherung des öffentlichen Lebens ist.“ (ExLAP02_337)

Gleichzeitig geben einige der untersuchten Regionen an, dass es eine nachhaltige Aktivierung der Zivilgesellschaft gibt. Durch die gelernten „Zusammenarbeitsmechanismen“ und durch die geleistete Sensibilisierung der Bevölkerung ist es leicht, ehrenamtliche Akteur/innen zu mobilisieren. Dies kam den Regionen insbesondere bei der Bewältigung des erhöhten Zuzugs von Geflüchteten zugute.

„Also meine Frage ist immer, wie viel zivilgesellschaftliches Engagement kann es bewirken und dauerhaft bewirken und wie erreichen wir das? Und da würde ich eben sagen, ja, das ist schon auch mit befördert worden.“ (ExLAP05_113)

In der Zivilgesellschaft sind handlungswirksame Lernprozesse, die durch den Lokalen Aktionsplan angeregt wurden, deutlich ausgeprägter als in der Verwaltung.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass mit einer Ausnahme alle Regionen von einem handlungswirksamen Lernen in der Zivilgesellschaft berichten, das sich insbesondere auf die Formen der Zusammenarbeit zwischen den zivilgesellschaftlichen Akteur/innen, aber auch auf Veränderungen im ehrenamtlichen Engagement bezieht. Ergebnisse, die während der Programmumsetzung erzielt wurden – damals gaben 87% aller Lokalen Aktionspläne an, dass sich die Engagementbereitschaft erhöht hat²⁷⁴ –, haben sich verstetigt. Etwas weniger positiv stellt sich diese Nachhaltigkeitsdimension in Bezug auf die Verwaltungen dar. Am bedeutsamsten sind hier die Veränderungen in der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft. Wurden ämterübergreifende Kooperationen zu relevanten Themen oder auch die Verankerung von Verfahren wie Problemanalyse, Zieldefinition und Selbstevaluation in der Verwaltung durch die Lokalen Aktionspläne als nachhaltige Ergebnisse des Programms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ benannt, spielt dies heute kaum noch eine Rolle.²⁷⁵

4.10.4.3 Relevanzerhalt

Relevanzerhalt meint eine Weiterführung der inhaltlichen Zielstellung eines Lokalen Aktionsplans in unterschiedlichen strukturell-institutionellen Kontexten: Die durch den Aktionsplan bearbeiteten Themen behalten ihre Relevanz und werden in politischen Beschlüssen oder auch bezüglich der inhaltlichen Ausrichtung von Projektträgern weiter berücksichtigt.²⁷⁶ Relevanzerhalt bezieht sich insofern auf Planungen oder normative Ausrichtungen. Als Dimension ist er die inhaltliche Voraussetzung für handlungswirksame Lernprozesse und strukturelle Nachhaltigkeit. Denn nur wenn Themen als relevant bewertet werden, werden für ihre Bearbeitung bedeutsame Strukturen beibehalten oder Verhalten verändert. Für sich genommen, verbleibt Relevanzerhalt jedoch auf der inhaltlichen Ebene und schlägt sich nicht zwangsläufig in Strukturen oder Handlungen nieder.

Wird Relevanzerhalt als inhaltliche Voraussetzung für strukturelle Nachhaltigkeit und handlungswirksame Lernprozesse gesehen, muss grundsätzlich davon ausgegangen werden, dass er in allen untersuchten Regionen gegeben ist, da alle Regionen positive Befunde in mindes-

²⁷⁴ ISS/Camino 2012, S. 78ff.; ISS/Camino 2013, S. 88ff., 92ff.

²⁷⁵ ISS/Camino 2012, S. 84.

²⁷⁶ Behn/Bohn/Karliczek/Lüter/Sträter 2013, 131.

tens einer der beiden Dimensionen aufweisen. Wird Relevanzerhalt jedoch nicht nur als latente Bedeutsamkeit eines Themas gesehen, sondern entlang empirisch beobachtbarer Merkmale operationalisiert – beispielsweise einer Übernahme der Zielstellungen des Lokalen Aktionsplans in kommunale Konzepte oder ihrer Berücksichtigung in der Verwaltungspraxis²⁷⁷ – lassen sich erhebliche Unterschiede zwischen den Regionen finden.

Ein Relevanzerhalt zeigt sich in den nicht mehr geförderten Regionen durch die Übernahme der Themen der Lokalen Aktionspläne in kommunale Konzepte sowie durch das Festhalten an der Bedeutsamkeit dieser Themen.

In einigen Regionen wurden die Themen des Lokalen Aktionsplans durch kommunale Konzepte oder im Rahmen der Beteiligung an einschlägigen Landesprogrammen aufgegriffen und damit ihre Berücksichtigung in verschiedenen Kontexten gewährleistet. So hat sich beispielsweise eine Kommune entschieden, sich um das Siegel „Kinderfreundliche Kommune“ zu bewerben.

„2014, wir haben uns überlegt, nein, wir machen da nicht weiter [im Bundesprogramm], wir haben aber gesehen, das ist uns ein großes Anliegen, nicht? ... Das ist sozusagen so dann ineinander übergegangen und wir haben quasi dann die Pferde gewechselt und sind auf das Projekt oder haben uns auf das Projekt ‚Kinderfreundliche Kommunen‘ gestürzt, eben die Umsetzung von Partizipationsprozessen.“ (ExLAP04_115)

Im Bemühen um das Siegel wurde ein Maßnahmenplan entwickelt, mittels dessen auch ohne finanzielle Unterstützung aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ Demokratie-Erziehung und Partizipation von Kindern und Jugendlichen gewährleistet werden können, z.B. durch die Integration dieser Themen in die Konzepte von Kindertagesstätten.

„Dann haben wir – wir sind ja kommunaler Träger von Kindertagesstätten – und wir haben dann eben angeregt, dass bei Konzeptfortschreibungen, dass das Thema Partizipation mehr und mehr in den Konzepten dann auch Niederschlag findet.“ (ExLAP04_111)

In anderen Regionen führt der Relevanzerhalt des Themas des Lokalen Aktionsplans zur Legitimation der Herausbildung neuer Strukturen und der Weiterentwicklung von Arbeitsweisen und ist gleichzeitig Voraussetzung für die dauerhafte Einbindung von Akteur/innen.

„Das Ziel ist die Gestaltung einer Gedenkkultur, einer Erinnerungskultur in X, mit der Zivilgesellschaft und Institution und mit folgenden Schwerpunkten: präventive Arbeit mit der Jugendgeneration, Beteiligungsstruktur. Also das sind wirklich so die Schlagworte: Stärkung der demokratischen Bürgergesellschaft. So, das sind die Schlagworte: kulturelle und geschichtliche Identität. Das sind ja Bausteine aus dem Programm. Aus dem Bundesprogramm, nicht?“ (ExLAP01_156)

Die Bedeutung der Themen wird hier herausgestellt und dient der Weiterentwicklung von Strukturen als Begründung. Akteur/innen, die sich im Lokalen Aktionsplan engagierten, übernehmen nun die Themen des Aktionsplans mit in ihre Arbeitsstrukturen, sodass eine gesellschaftliche Relevanz des Themas erhalten bleibt. Beispielsweise setzen sich politische Akteur/innen nach wie vor für die Themen des Aktionsplans ein oder das Problem des Rechtsextremismus wird in die Agenda des Präventionsrats aufgenommen.

In zwei der untersuchten acht Regionen ist kein Relevanzerhalt des Themas im hier beschriebenen Sinne feststellbar. In einer dieser Regionen finden rechte Aufmärsche – einst Anlass für

²⁷⁷ Behn/Bohn/Karliczek/Lüter/Sträter 2013, S. 132.

die Initiierung des Lokalen Aktionsplans – heute nicht mehr statt. In der anderen Region wurde die Relevanz des Themas schon während der Umsetzung des Lokalen Aktionsplans nur von einzelnen Akteur/innen gesehen, kommunale Akteur/innen haben vorhandene Probleme marginalisiert.

„Ja. Es [das Problem rechtsextremistischer Erscheinungen] wurde gesehen, es wurde wahrgenommen, es wurde aber relativ wenig kommentiert. ... Also für die [kommunalen Akteure] war das immer so ein Schmuddelthema. Nach dem Motto: Warum damit befassen, wir haben doch ganz andere Probleme als uns damit zu befassen.“ (ExLAP02 _261-265)

Die Bearbeitung von Problemen bzw. Themen, die auf der Agenda der Lokalen Aktionspläne standen, wird in den meisten Regionen weiterhin als relevant bewertet, so das Ergebnis der Interviews. Angestoßen durch die Arbeit des Lokalen Aktionsplans wird nach Wegen gesucht, die Themen in der Wahrnehmung der regionalen Akteur/innen präsent zu halten. Lediglich in zwei Regionen ist dies nicht der Fall. Den meisten Regionen ist es in Bezug auf diese Dimension gelungen, den Planungen, die sie im Programm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ in Bezug auf Nachhaltigkeit hatten, gerecht zu werden: Bereits damals gaben 87% der Aktionspläne an, diese in kommunale Leitbilder übernehmen und Projekte zur Sensibilisierung einer breiten Öffentlichkeit umsetzen zu wollen (51%).²⁷⁸

4.10.4.4 Nutzenorientierte Nachhaltigkeit

Die Dimension der nutzenorientierten Nachhaltigkeit bezieht sich auf längerfristig nutzbare Materialien, die im Rahmen des Lokalen Aktionsplans erstellt wurden und weiterhin eine nutzbringende Verwendung finden, ebenso auf die Ausbildung von Multiplikator/innen, die weiterhin mit ihrem Wissen in der Region aktiv sind.²⁷⁹

Alle untersuchten Regionen weisen in dieser Dimension positive Befunde auf, wobei der Schwerpunkt auf nutzbaren Materialien wie CDs, Informationsbroschüren, Materialienkoffern liegt. Multiplikator/innen, die im Rahmen des Lokalen Aktionsplans qualifiziert wurden, werden hingegen kaum systematisch in der heutigen Problembearbeitung eingesetzt.

Im Programmverlauf erstellte Materialien werden häufig weitergenutzt, ein systematischer Wissenstransfer durch Multiplikator/innen erfolgt nur vereinzelt.

Hervorzuheben ist eine Region, in der partizipative Prozesse durch Moderator/innen begleitet werden, die im Rahmen des Lokalen Aktionsplans ausgebildet wurden; außerdem eine Region, in der die während der Umsetzung des Lokalen Aktionsplans zusammengestellte Bibliothek zum Thema Rechtsextremismus und Rechtsextremismusprävention heute nicht nur weiterhin genutzt werden kann, sondern auch aktualisiert wird.

Festzustellen ist, dass in allen untersuchten Regionen noch Materialien genutzt werden, die während der Umsetzung der Lokalen Aktionspläne erstellt wurden, jedoch kaum noch gezielt auf das Wissen von Multiplikator/innen zugegriffen wird, die im Rahmen von Projektförderungen qualifiziert wurden.

²⁷⁸ ISS/Camino 2012, 76f.; 2013, S. 85ff.

²⁷⁹ Behn/Bohn/Karliczek/Lüter/Sträter 2013, S. 140.

4.10.5 Förderliche und hinderliche Faktoren

„Man braucht Ressourcen dafür, nicht? Man braucht die Leute dafür und man braucht Geld. Neben dem Willen, der natürlich da sein muss. Und wichtig ist, dass man auch wenige bürokratische Hemmnisse hat.“ (ExLAP07_213)

Ob und in welchem Umfang die Regionen, in denen Lokale Aktionspläne umgesetzt wurden, Nachhaltigkeit erreichen, wird in den untersuchten Regionen von unterschiedlichen Faktoren beeinflusst. Als besonders bedeutsam wurden von den befragten Akteur/innen die Existenz leistungsfähiger Netzwerke, die Öffentlichkeitswirksamkeit bereits während der Umsetzung des Lokalen Aktionsplans, die Einbindung deutungsmächtiger Akteur/innen und die Dauer der Programmbeteiligung benannt.

Einflussfaktoren für die Erreichung von Nachhaltigkeit
▪ Leistungsfähige Netzwerke ▪ Öffentlichkeitswirksamkeit ▪ Einbindung deutungsmächtiger Akteur/innen ▪ Dauer der Programmbeteiligung

Insbesondere die Existenz leistungsfähiger Netzwerke ist für die Erreichung von Nachhaltigkeit bedeutsam. Die Entwicklung und Stärkung von Netzwerken war (und ist) einerseits Ziel der Bundesprogramme²⁸⁰ und ist damit auch eine zentrale Kategorie der Dimension strukturelle Nachhaltigkeit. Gleichzeitig werden Netzwerke als Faktor für andere Nachhaltigkeitskategorien relevant, wenn sie bestimmte Eigenschaften erfüllen, d.h. Akteur/innen umfassend einbinden und eine zielgerichtete Zusammenarbeit ermöglichen – also leistungsfähig²⁸¹ sind. Gefördert werden nachhaltige Effekte, wenn die Netzwerke möglichst viele und möglichst unterschiedliche Akteur/innen einbeziehen, über eine längere Zeit stabil arbeiten und professionell koordiniert werden, um die Abstimmung zwischen den vielen Einzelinteressen zu ermöglichen. Es verwundert nicht, dass jene Regionen, die nur in geringem Maß nachhaltig sind, über keine entsprechenden Netzwerke verfügen. Die hier existenten Netzwerke beziehen lediglich kleine, überwiegend homogene Personengruppen ein.

Ein weiterer Faktor für die Erreichung von Nachhaltigkeit ist die Öffentlichkeitswirksamkeit. Die Herstellung von Sichtbarkeit bereits während der Umsetzung eines Lokalen Aktionsplans trägt unmittelbar dazu bei, dass dessen Themen auch nach dem Ende der Förderung als relevant wahrgenommen werden und die verschiedenen Akteur/innen an der Zielstellung festhalten.

Die Einbindung deutungsmächtiger Akteur/innen war ein zentraler Bestandteil der Umsetzungsstrategie der Lokalen Aktionspläne. Werden diese bereits frühzeitig in die Entwicklung und Umsetzung von Konzepten eingebunden, setzen sie sich auch nach Beendigung einer Förderung für die entsprechenden Themen ein – so die Erfahrung der befragten Akteur/innen – und können so deren nachhaltige Weiterbearbeitung sowohl inhaltlich als auch strukturell fördern.

Aus Sicht der befragten Akteur/innen hat auch die Dauer der Programmlaufzeit einen Einfluss auf die Erreichung von Nachhaltigkeit.

²⁸⁰ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend o.J., „Vielfalt tut gut – Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“, S. 2f.; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend o.J., „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“, S. 4; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2016, S. 4.

²⁸¹ Vgl. Kapitel „Leistungsfähige Netzwerke“ in diesem Bericht.

*„... Je länger es dauert und je etablierter es werden kann, desto klarer ist für mich auch, dass es dann nachhaltiger wirken kann, weil es einfach ja in einer gewissen Zeit dann sich setzen kann und somit auch zu einer gewissen Normalität wird.“
(ExLAP04_490)*

Zeit ist aber nicht nur für den Fortbestand von Projekten oder Arbeitsstrukturen von Bedeutung, sondern auch für die anderen Nachhaltigkeitsdimensionen. Dies zeigen die Befunde der Wissenschaftlichen Begleitung aus dem Jahr 2013: Laut einer methodisch gleich gelagerten Befragung in Regionen, die bereits nach dem Bundesprogramm „Vielfalt tut gut“ keine Förderung mehr in Anspruch nahmen, wiesen die Regionen mit ehemaligen Lokalen Aktionsplänen deutlich weniger Nachhaltigkeitsmerkmale in den Bereichen handlungswirksame Lernprozesse und Relevanzerhalt auf²⁸² als die jetzt befragten Regionen.

4.10.6 Welche Bedeutung hat Nachhaltigkeit im Programm „Demokratie leben!“?

Das Programm „Demokratie leben!“ hat den Anspruch, durch die Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie Nachhaltigkeit bei der „Knüpfung und Mobilisierung von Netzwerken, [der] Entwicklung von Fachlichkeit und Kompetenz sowie [der] Gewinnung öffentlicher Unterstützung“ zu erreichen.²⁸³ Über die Ausgestaltung des Programms werden dabei Faktoren unterstützt, die für die Erzielung von Nachhaltigkeit bedeutsam sind. Hierzu gehört die Entwicklung leistungsfähiger Netzwerke als Programmziel, die Bereitstellung von Mitteln für die regionale Öffentlichkeitsarbeit sowie die Umsetzung einer bundesweiten Kampagne. Des Weiteren werden die Akteur/innen vor Ort aufgefordert, deutungsmächtige Akteur/innen, also relevante zivilgesellschaftliche Akteur/innen sowie Verantwortliche aus Politik und Verwaltung, einzubeziehen.²⁸⁴ Auch die fünfjährige Programmlaufzeit verweist deutlich auf das Interesse des Programmgestalters, nachhaltige Ergebnisse zu erzielen.

Nachhaltigkeit ist ein erklärtes Handlungsziel der Partnerschaften für Demokratie.

In den Partnerschaften für Demokratie wird der Anspruch der Programmgestalter, Nachhaltigkeit zu erzielen, reflektiert und überwiegend auch als eigenes Handlungsziel definiert. Allerdings lassen sich zwischen den Partnerschaften der verschiedenen Programmgenerationen Unterschiede beobachten: Während in Regionen, die erstmals im Programm „Demokratie leben!“ gefördert werden, das Thema Nachhaltigkeit noch keine oder nur eine untergeordnete Rolle spielt, wird es in Regionen, die schon in den Vorgängerprogrammen gefördert wurden, zumeist deutlich zielgerichteter bearbeitet. Hier wird Nachhaltigkeit im Begleitausschuss thematisiert und ist oft ein Kriterium bei der Entscheidung über Projektförderungen. Es werden inhaltlich klare Ziele dazu, was nachhaltig erreicht werden soll, benannt und Strategien entwickelt, wie diese Ziele erreicht werden können.

Die umsetzenden Akteur/innen nutzen hier ihre Erfahrungen aus dem Programm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“. In dessen Leitlinien und Arbeitshilfen wurden konkrete Schritte für die Erreichung von Nachhaltigkeit benannt, die von den Akteur/innen auch heute berücksichtigt werden.²⁸⁵

282 ISS/Camino 2013, S. 96.

283 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2016, S. 4.

284 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2016, S. 9.

285 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend o.J., Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“, S. 11; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2011, S.8f.

„Eine Akteurin sagte auch, sie wünscht sich, dass wir noch mal das Thema Nachhaltigkeit bearbeiten, weil das immer noch so in den Köpfen drin ist von ‚Toleranz fördern‘.“ (KuF08/2_368)

Neben strategischen Überlegungen zur Nachhaltigkeit und der Berücksichtigung dieses Themas bei der Entscheidung über Projekte sind es aktuell besonders Maßnahmen zur Erreichung von Öffentlichkeitswirksamkeit sowie die Weiterentwicklung erfolgreicher Projektformate und deren Übertragung in andere Kontexte oder Regionen, von denen sich die befragten Akteur/innen erhoffen, dass sie die Nachhaltigkeit der Partnerschaft für Demokratie fördern. Des Weiteren werden Maßnahmen ergriffen, um die an der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie beteiligten Akteur/innen dauerhaft einzubinden: Hierzu gehören z.B. Anregungen zu Kooperationen, die Sichtbarmachung von Erfolgen sowie die Schaffung von Transparenz über Strategien und Entscheidungen.

„In der Regel sollte immer ein Produkt entstehen, was nachnutzbar ist nach der Projektlaufzeit für andere Träger, für andere Interessierte. Da gucken wir drauf ... das ist schon für uns ein wichtiges Kriterium, dass es irgendeine Handreichung gibt, etwas Pädagogisches, eine Broschüre, einen Film, irgendwas. Wir haben dafür ja auch eine eigene Seite, die wir bespielen, eine Mediathek, wo das dann drauf kommt ... Und nachhaltig ist auch für uns der Blick über den eigenen Tellerrand, also dass wir mit seichtem Druck auch Projektträger darauf hinweisen, dann nimmt mal die Feuerwehr mit, nimmt mal den Sport mit 'rein. Also sozusagen ein paar Kooperationspartner, die jetzt nicht aus eurem Metier kommen, das ist einfach eine Hoffnung, dass sich daraus sozusagen Kontakte und Networking entwickeln können.“ (KuF14/2_413-417).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Nachhaltigkeit für das Programm „Demokratie leben!“ eine wichtige Zielkategorie ist. Über die Vorgaben zur Umsetzung von Partnerschaften für Demokratie werden Faktoren unterstützt, die für die Erreichung von Nachhaltigkeit bedeutsam sind. Die Zielsetzung des Programms hinsichtlich seiner Nachhaltigkeit spiegelt sich auch in der Praxis der Partnerschaften für Demokratie wider. Gleichwohl werden nicht in allen untersuchten Regionen Konzepte für die Erreichung von Nachhaltigkeit entwickelt oder gezielte Maßnahmen umgesetzt. Gerade in Regionen, die im Programm „Demokratie leben!“ erstmals gefördert werden, fehlt den Akteur/innen das Wissen um die Prozesshaftigkeit von Nachhaltigkeit sowie deren unterschiedliche Ausprägungen.

4.10.7 Fazit

Um die Nachhaltigkeit Lokaler Aktionspläne zu bewerten, ist es sinnvoll, ein Konzept prozessorientierter Nachhaltigkeit zu Grunde zu legen, das gerahmt wird durch partizipative Prozesse und einen Kontextbezug als Voraussetzung für die Erreichung nachhaltiger Ergebnisse. Beides, partizipative Prozesse und Kontextbezug, war in allen untersuchten Regionen gegeben, wenn auch nicht immer als Ergebnis der Umsetzung eines Lokalen Aktionsplans.

Festzuhalten ist, dass die originären Arbeitsstrukturen der Lokalen Aktionspläne ohne eine Förderung nicht erhalten werden können. Auch wenn sich eine strukturelle Nachhaltigkeit über den Erhalt von Kooperationen und Netzwerken feststellen lässt, können diese jedoch längst nicht in gleichem Maß dazu beitragen, eine kommunale Strategie zur Förderung von Vielfalt und Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit umzusetzen.

Handlungswirksame Lernprozesse als eine Dimension prozessorientierter Nachhaltigkeit lassen sich stärker für die Zivilgesellschaft als für die Verwaltung feststellen und manifestieren sich am stärksten in Bezug auf die Formen der Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Ak-

teursgruppen. Die Bearbeitung der Ziele der Lokalen Aktionspläne wird in den meisten Regionen auch weiterhin als relevant erachtet. Um die Bedeutsamkeit der Ziele zu unterstreichen, werden sie zum Teil in die kommunalen Leitbilder übernommen. Materialien, die im Rahmen der Lokalen Aktionspläne entwickelt wurden, stehen häufig weiter zur Verfügung, eine systematische Weiternutzung des Wissens von Multiplikator/innen, die in diesem Kontext geschult wurden, gibt es jedoch nicht.

Inwieweit in den nicht mehr geförderten Regionen Nachhaltigkeit erreicht werden konnte, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Relevant sind leistungsfähige Netzwerke, Öffentlichkeitswirksamkeit bereits während der Umsetzung des Lokalen Aktionsplans, die Einbindung deutmächtiger Akteur/innen und die Dauer der Programmbeteiligung.

Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ unterstützt durch seine Ausgestaltung die für die Erreichung von Nachhaltigkeit relevanten Faktoren. Allerdings lässt sich feststellen, dass es gerade Partnerschaften für Demokratie in Regionen, die in den Vorgängerprogrammen keine Förderung erhielten, schwer fällt, den Begriff Nachhaltigkeit mit konkreten Zielen und Konzepten zu unterlegen.

5 Empfehlungen

Vorbemerkung

Es handelt sich bei „Demokratie leben!“ um ein ausgereiftes Programm, bei dem nach Einschätzung der Wissenschaftlichen Begleitung kein hoher Modifizierungsbedarf besteht. Von daher münden viele der unten genannten Empfehlungen in verstärkte Unterstützung der Koordinator/innen, u.a. durch Erfahrungsaustausch, Fortbildungen oder Handreichungen. Wie diese Unterstützung konkret aussehen könnte, wird bei den jeweiligen Empfehlungen näher ausgeführt.

Es besteht Unterstützungs- und Austauschbedarf in Bezug auf den Umgang mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus.

Rechtsextreme Gruppierungen und Organisationen sind in der Mehrzahl der Fördergebiete aktiv und haben z.T. auch vor dem Hintergrund der bundesweit polarisiert geführten Asyldebatte eine Wiederbelebung erfahren. Die Szenen sind fluide, es treten verstärkt freie Zusammenschlüsse wie „Der III. Weg“, „Die Identitären“ oder „Reichsbürger“ auf den Plan, die zuvor lokal nicht aktiv waren und die sich zunehmend mit Akteur/innen rechtspopulistischer Vereinigungen vermischen. Je weniger deutlich die Szenen auf den ersten Blick als (neo-)nationalsozialistisch identifiziert werden können, desto schwerer fällt es verantwortlichen Akteur/innen vor Ort, Gegenmobilisierung anzustoßen. Expert/innen beobachten zudem eine Form des „schweigenden Rückzugs“, d.h. die Vermeidung demokratischer Positionierung im Gespräch mit unbekannten Personen, Nachbarn oder Familienmitgliedern. Insbesondere bezogen auf den Umgang mit Rechtspopulismus lässt sich unter den Koordinator/innen eine große Unsicherheit feststellen, wie eine erfolgsversprechende Strategie zwischen totaler Abgrenzung und Gesprächsangeboten zur inhaltlichen Auseinandersetzung zu entwickeln wäre. Weiterhin stellt sich in vielen Partnerschaften für Demokratie die drängende Frage, wie diejenigen Teile der Bevölkerung erreicht werden können, die in Teilen rechtspopulistischen Argumenten zustimmen, um hier Überzeugungsarbeit leisten zu können.

Zur Unterstützung der Koordinator/innen der Partnerschaften für Demokratie können folgende Maßnahmen beitragen:

- weiterer und verstärkter Austausch über verschiedene Strategien im Umgang mit Rechtspopulismus zwischen Abgrenzung und inhaltlicher Auseinandersetzung,
- kontinuierlicher Erfahrungsaustausch über niedrigschwellige Ansätze und Methoden, um auch solche Bürger/innen erreichen zu können, die rechtspopulistischen Positionen in Teilen nahestehen.

Die Partnerschaften für Demokratie, die sich auf die Prävention salafistischer Bestrebungen ausrichten, sollten eine eigenständige Form der Rezeption erhalten.

In der neuen Förderphase hat eine Reihe von Partnerschaften ihre Arbeit auf die Prävention salafistischer Einflussnahme auf kommunale Räume ausgerichtet. Sie übertragen somit den bewährten Arbeitsansatz auf ein neues Handlungsfeld und bedürfen daher einer eigenständigen Form der Begleitung und ggf. auch der Vernetzung und des Austausches.

Es besteht Bedarf nach Reflexion, Bilanzierung und Vergewisserung

Die Koordinator/innen melden aus ihren Partnerschaften für Demokratie z.T. zurück, dass sie einerseits Ermüdungserscheinungen bei den Mitgliedern der Begleitausschüsse, aber auch bei aktiven Bündnissen vor Ort wahrnehmen und andererseits der Ausgang der Bundestagswahl neue Fragen für die Ausrichtung der Arbeit in den Partnerschaften aufgeworfen hat. Sinnvoll könnte in diesem Zusammenhang für die Partnerschaften für Demokratie auch sein, eine Bilanz nach drei Jahren „Demokratie leben!“ zu ziehen und sich darüber klar zu werden, was in den letzten Jahren in der Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus erreicht wurde, und zu prüfen, ob die umgesetzten Maßnahmen in dieser Hinsicht erfolgreich waren oder ob eine Umsteuerung angebracht wäre.

Es bietet sich an,

- diese Fragen im Rahmen eines bundesweiten Fachforums zu diskutieren,
- den Partnerschaften gezielte Materialien zukommen zu lassen, die sie zu einer Revision in den Demokratiekonferenzen anleiten, und/oder
- das Coaching verstärkt zu nutzen.

Es besteht Unterstützungsbedarf bezogen auf die Einbindung aller relevanten Akteur/innen.

Vielerorts zeigen sich Schwierigkeiten, wenn es darum geht, alle relevanten Akteur/innen vor Ort in die Partnerschaften für Demokratie einzubinden oder neue engagierte Personenkreise zu aktivieren. Dies gilt insbesondere mit Blick auf Migrant/innen(selbst)organisationen, aber auch mit Blick auf politische Akteur/innen, Schulen und mögliche andere Partner/innen.

Unterstützung könnten folgende Maßnahmen bieten:

- Praxisaustausch zu den verschiedenen Möglichkeiten, Migrant/innen(selbst)organisationen einzubinden,
- Handreichung, die Good-practice-Beispiele für die Aktivierung und den Einbezug von Migrant/innen(selbst)organisationen aufzeigt,
- Handreichung, die Hinweise für den Umgang mit politisch schwer einzuschätzenden Migrant/innen(selbst)organisationen gibt.

Es besteht Unterstützungs- und Weiterbildungsbedarf in Bezug auf digitale Kompetenz.

Viele Koordinator/innen äußern Unterstützungsbedarf in Bezug auf den Umgang mit den Möglichkeiten, die das Internet bietet. Dies bezieht sich sowohl auf die eigenen Kompetenzen, Soziale Medien zu nutzen, als auch auf den Umgang mit Hate Speech oder Fake News. Nur eine Minderheit der Koordinator/innen meldet zurück, dass regelmäßig auf Hate Speech im Netz reagiert wird.

Folgende Maßnahmen könnten hier hilfreich sein:

- übergreifende Fortbildung für Koordinator/innen zur Thematik,
- Nutzung der Kompetenzen, die im Rahmen des Bundesprogramms durch die Modellprojekte im neu geschaffenen Programmbereich I „Stärkung des Engagements im Netz – Gegen Hass im Netz“ zu erwarten sind, z.B. durch institutionalisierte Austauschmöglichkeiten zwischen den unterschiedlichen Programmbereichen,

- Förderung von Erfahrungs- und Praxisaustausch, wie die Aktivitäten der Partnerschaften für Demokratie auf den digitalen Raum ausgeweitet werden können.

Jugendforen haben sich gut entwickelt und sollten Stabilisierung sowie Unterstützung erfahren.

Die Zahl der Partnerschaften, die ein Jugendforum eingerichtet hat, ist inzwischen auf 208 Standorte angewachsen. Im Interesse einer Vereinfachung der Ressourcenverwaltung wurde in den Leitlinien eine gegenseitige Verrechnung der Budgets für die Partnerschaften ermöglicht. Dies kann bedeuten, dass Mittel aus den Jugendfonds für andere Tätigkeiten der Partnerschaft abgezogen werden. Da davon auszugehen ist, dass die Jugendforen – und insbesondere die neu entstandenen Initiativen der Jugendlichen in den Begleitausschüssen – nicht die durchsetzungsfähigsten Kräfte sind, könnten die Akteur/innen der Jugendforen somit eher entmutigt und destabilisiert werden. Zudem wünschen sich die engagierten Jugendlichen weiterhin einen Austausch der Jugendforen untereinander. Sie möchten wissen, was andere Jugendforen tun, und sich bei anderen Anregungen für ihre eigenen Initiativen suchen. Auf diese Weise könnten Jugendforen auch Anerkennung für ihr Engagement erfahren.

Es sollten daher

- eine Mindestsumme für die Jugendforen festgelegt und
- ein bundesweites Fachforum für die Jugendforen vorgesehen werden.

Es gilt, das Thema Nachhaltigkeit stärker auf die Agenda zu setzen.

Zwar reflektiert die Mehrzahl der Partnerschaften für Demokratie das Thema Nachhaltigkeit und definiert entsprechende Ziele, was nachhaltig erreicht werden soll. Allerdings fehlt vielen Akteur/innen das Wissen um die Prozesshaftigkeit von Nachhaltigkeit sowie deren unterschiedliche Ausprägungen, insbesondere in Regionen, die im Programm „Demokratie leben!“ erstmals gefördert werden.

Es bietet sich hier an,

- die vorhandenen Handreichungen zum Thema Nachhaltigkeit ggf. zu überarbeiten und innerhalb der Partnerschaften für Demokratie zu verbreiten,
- ein Fachforum zur Thematik zu veranstalten.

Aus dem Gelernten lernen: Optimierung des Wissensmanagements im Programm „Demokratie leben!“

Im Rahmen des Programms „Demokratie leben!“ bestehen große Wissensbestände, die im Laufe dieses Programms und seiner Vorgängerprogramme zusammengetragen wurden. Wichtig ist, ein übergreifendes Konzept zu entwickeln und umzusetzen, wie dieses Wissen weitergegeben werden und von möglichst vielen Akteur/innen genutzt werden kann. Hierfür sind folgende drei Säulen relevant:

- systematische Aufbereitung und Weitergabe des vorhandenen Wissens durch Infopakete, Materialsammlungen, Handreichungen sowie Einrichtung einer Projektdatenbank, die auch Dokumentationen von Arbeitsansätzen, soweit vorhanden mit Evaluationsergebnissen, enthält,
- dementsprechende Nutzung der „Vielfalt Mediathek“,

- Fort- und Weiterbildung,
- praxisorientierter Erfahrungsaustausch auf Landesebene und länderübergreifend, insbesondere für die Koordinator/innen.

Optimierung der lokalen Nutzung der Bundeskampagne „Wer, wenn nicht wir?“

Die bundesweite Programmkampagne „Wer, wenn nicht wir?“ wird durch die Akteur/innen der Partnerschaften für Demokratie positiv bewertet. Viele Koordinator/innen versuchen, eine Verbindung zwischen lokalen Aktivitäten und der Kampagne herzustellen, um mehr Öffentlichkeitswirksamkeit zu erlangen, und nutzen die Bundeskampagne somit als Teil ihrer regionalen Strategie. Mittlerweile besteht hierfür die Möglichkeit, mit den Druckvorlagen der Bundeskampagne für eigene Veranstaltungen und Projekte zu werben. Allerdings stellt eine Nutzung der Druckvorlagen relativ hohe technische Anforderungen an die Akteur/innen. Erforderlich sind Programme, die nicht zu den Standardanwendungen gehören, deren Installation – zumindest von aktuellen Versionen – mit nicht unerheblichen Kosten verbunden ist und deren Nutzung sich nicht ohne weiteres erschließt, so die Aussagen mancher Koordinator/innen. Sinnvoll wäre hier eine ausführliche Schritt-für-Schritt-Anleitung zur Nutzung der Druckvorlagen. Auch wäre die Zur-Verfügung-Stellung der Druckvorlagen in einem Standardprogramm hilfreich.

6 Literatur

- Atteslander, Peter (2000): Methoden der empirischen Sozialforschung, München.
- Beetham, David/Carvalho, Edzia/Landman, Todd/ Weir, Stuart (Hg) (2008): Assessing the Quality of Democracy. A practical Guide, <http://www.idea.int/publications/aqd/loader.cfm?csModule=security/getfile&pageid=28399> (Letzter Zugriff : 13.11.2015).
- Behn, Sabine/Bohn, Irina/Karliczek, Kari-Maria/Lüter, Albrecht/Sträter, Till (2013): Lokale Aktionspläne für Demokratie. Zivilgesellschaft und Kommune in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Ergebnisse der Evaluation des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut“, Weinheim/Basel.
- Bentele, Günter (1995): Was ist eigentlich PR? Eine Positionsbestimmung und einige Thesen. In: Widerspruch, H. 28, S. 11–26.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2005): Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland. Daten, Fakten, Perspektiven, Gütersloh.
- Beywl, Wolfgang (2006): Evaluationsmodelle und qualitative Methoden. In: Flick, Uwe (Hg.): Qualitative Evaluationsforschung. Konzepte, Methoden, Umsetzung. Reinbek bei Hamburg, S. 92-116.
- Bohn, Irina (2017): Lokales Klima der Bedrohung von engagierten Akteuren gegen Demokratie- und Menschenfeindlichkeit: am Beispiel der Partnerschaften für Demokratie, in: Demokratie gegen Menschenfreundlichkeit: Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis, Vol. 2, No. 1, Schwalbach/Ts., S. 107-120.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2011): Arbeitshilfen für Lokale Aktionspläne, online nicht mehr zugänglich.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2011): Arbeitshilfe zur Entwicklung, Implementierung und nachhaltigen Sicherung, online nicht mehr zugänglich.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2014): Abschlussbericht des Bundesprogramms Toleranz fördern – Kompetenz stärken, Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2016): Bundesprogramm. Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit, Bundesweite Förderung lokaler „Partnerschaften für Demokratie“, Leitlinie Förderbereich A (Abrufbar unter: https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/content/PDF-DOC-XLS/Leitlinien/Foerderleitlinie_A_2017.pdf, letzter Zugriff: 20.10.2017).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (o.J.): Bundesprogramm Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus: Leitlinien zum Programmbereich „Entwicklung integrierter lokaler Strategien“ (Lokale Aktionspläne), online nicht mehr zugänglich.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (o.J.): Bundesprogramm Toleranz fördern – Kompetenz stärken: Leitlinien zum Programmbereich „Entwicklung, Implementierung und Umsetzung integrierter lokaler Strategien“ (Lokale Aktionspläne), http://www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de/das-bundesprogramm/programmuebersicht/?no_cache=1, 09.11.2017.
- Caplan, Gerald (1964): Principles of preventive psychiatry. New York.
- Edelstein, Wolfgang (2009): Demokratie als Praxis und Demokratie als Wert. In: Edelstein, Wolfgang/ Frank, Susanne/ Sliwka, Anne: Praxisbuch Demokratiepädagogik. Sechs Bausteine für Unterrichtsgestaltung und Schulalltag, Weinheim, S. 7-19.
- Esser, Hartmut (1993): Soziologie. Allgemeine Grundlagen. Frankfurt am Main/New York.
- Fend, Helmut (1991): Identitätsentwicklung in der Adoleszenz. Lebensentwürfe, Selbstfindung und Weltaneignung in beruflichen, familiären und politisch-weltanschaulichen Bereichen, Bern.

- Forberg, Corinna/Gerkensmeier, Birgit/Haas, Agnes/Anhalt, Markus/Hölscher, Joseph (2013): Hochwasserrisiken bewältigen – Information und Beteiligung der Öffentlichkeit. https://www.nlwkn.niedersachsen.de/service/veroeffentlichungen_webshop/schriften_zum_downloaden/downloads_hochwasserschutz/veroeffentlichungen-zum-thema-hochwasserschutz-zum-downloaden-44176.html, 13.11.2017.
- Fraser, Nancy (2005): Transnationalisierung der Öffentlichkeit. http://www.republicart.net/disc/publicum/fraser01_de.htm, 13.11.2017.
- Frindte, Wolfgang/ Preiser, Siegfried (2007): Präventionsansätze gegen Rechtsextremismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 11/2007, S. 32-38.
- Fuhse, Jan Arendt (2016): Soziale Netzwerke. Konzepte und Forschungsmethoden. Konstanz.
- Giel, Susanne (2013): Theoriebasierte Evaluation. Konzepte und methodische Umsetzungen. Münster.
- Giel, Susanne (2015): Wirkungen auf der Spur mit Programmtheorien, in: Giel, Susanne, Klockgether, Katharina/Mäder, Susanne (Hg.): Evaluationspraxis. Professionalisierung – Ansätze – Methoden. Münster, S. 111–129.
- Glock, Birgit (2014): Projekte, Programme und Maßnahmen der Gewaltprävention in Berlin. Meta-Evaluation und Evaluationssynthese von Berliner Evaluationen (2006 bis 2014), Berlin.
- Greiffenhagen, Sylvia (2002): „Politische Sozialisation“, in: Greiffenhagen, Martin/ Greiffenhagen, Sylvia (Hrsg.): Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden, S. 408-418.
- Gugel, Günther (2006): Gewalt und Gewaltprävention. Grundfragen, Grundlagen, Ansätze und Handlungsfelder von Gewaltprävention und ihre Bedeutung für die Entwicklungszusammenarbeit, Tübingen.
- Gutknecht-Gmeiner, Maria (2015): Developmental Evaluation nach Michael Patton. Begriffsbestimmung und Reflexion der praktischen Anwendung. In: Giel, Susanne/Klockgether, Katharina/Mäder, Susanne (Hg.): Evaluationspraxis. Professionalisierung – Ansätze – Methoden. Münster, S. 131–153.
- Hurrelmann, Klaus/Albert, Mathias/Quenzel, Gudrun/Langness, Anja (2006): Eine pragmatische Generation unter Druck – Einführung in die Shell Jugendstudie 2006. In: Shell Deutschland Holding (Hrsg.): Jugend 2006. Eine pragmatische Generation unter Druck, Frankfurt am Main, S. 31-48.
- Hyman, Herbert Hiram (1959): Political Socialization: A Study in the Psychology of Political Behavior, Glencoe.
- ISS-Frankfurt a.M. (2014a): Bericht zur Umsetzung der WB des Programmbereichs „Entwicklung, Implementierung und Umsetzung integrierter lokaler Strategien (Lokaler Aktionspläne)“ im Programm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ im zweiten Halbjahr 2014 (unveröffentlicht).
- ISS-Frankfurt a.M. (2014b): „Ja, wie gehe ich damit um? Das ist immer wieder die gleiche Frage.“ Abschlussbericht zum Berichtszeitraum 01.05 bis 31.12.2014. Qualifiziertes Monitoring des BIKnetzes – Bundesweites Informations- und Kompetenznetz zur Unterstützung der präventiv-pädagogischen Arbeit gegen Rechtsextremismus (unveröffentlicht).
- ISS-Frankfurt a.M./Camino (2012): Zweiter Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 16.10.2011 – 30.06.2012 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Entwicklung, Implementierung und Umsetzung integrierter lokaler Strategien“ (Lokale Aktionspläne) im Programm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ (unveröffentlicht).
- ISS-Frankfurt a.M./Camino (2013): Dritter Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 01.07.2012 – 30.06.2013 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Entwicklung, Implementierung und Umsetzung integrierter lokaler Strategien“ (Lokale Aktionspläne) im Programm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ (unveröffentlicht).

- ISS-Frankfurt a.M./Camino (2014): Abschlussbericht zum Berichtszeitraum 01.07.2011 – 31.12.2013 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Entwicklung, Implementierung und Umsetzung integrierter lokaler Strategien“ (Lokale Aktionspläne) im Programm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ (unveröffentlicht).
- ISS-Frankfurt a.M./Camino (2015): Erster Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2015 – 31.12.2015 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ (unveröffentlicht).
- ISS-Frankfurt a.M./Camino (2016): Zweiter Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2016 – 31.12.2016 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ (unveröffentlicht).
- Jonas, J. Kai (2009): Staatsbürgerliches Engagement und Zivilcourage. In: Beelmann, Andreas/Jonas, Kai J. (Hrsg.): Diskriminierung und Toleranz. Psychologische Grundlagen und Anwendungsperspektiven, Wiesbaden, S. 489-509.
- Karliczek, Kari-Maria (2004): Vom Nutzen qualitativer Forschung in der Kriminologie. In: Karliczek, Kari-Maria (Hg.): Kriminologische Erkundungen. Münster, S. 210–225.
- Karliczek, Kari-Maria (2012): Zur Nachhaltigkeit zivilgesellschaftlicher Projekte: Begriffsbestimmung und Operationalisierungsmöglichkeit in einem zivilgesellschaftlichen Handlungsfeld. In: Sozialwissenschaften und Berufspraxis, H. 2, S. 249–261.
- Kelle, Udo (2006): Qualitative Evaluationsforschung und das Kausalitätsparadigma. In: Flick, Uwe (Hg.): Qualitative Evaluationsforschung, Reinbek bei Hamburg, S. 117-134.
- Kelle, Udo/ Kluge, Susanne (2010): Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung, zweite überarbeitete Auflage, Wiesbaden.
- Kirkpatrick, Donald/Kirkpatrick, Jim (2005): Transferring learning to behavior. Using the four levels to improve performance, San Francisco.
- Klein, Anna/Küpper, Beate/Zick, Andreas (2009): Rechtspopulismus im vereinigten Deutschland als Ergebnis von Benachteiligungsgefühlen und Demokratiekritik, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände (7), Frankfurt am Main, S. 93-112.
- Kluge, Susanne (2000): Empirisch begründete Typenbildung in der qualitativen Sozialforschung. In: Forum qualitative Sozialforschung. www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/1124/2497, 29.11.2017.
- Kooiman, Jan (2006): Governing as Governance. In: Schuppert, Gunnar Folke: Governance-Forschung. Vergewisserung über den Stand von Entwicklungslinien. Baden-Baden, S. 149-172.
- Kühnel, Sybille/Saßmannshausen, Jan/Bohn, Irina (2017): Abschlussbericht der Evaluation der Modularen Weiterbildung zur Stärkung der Kompetenzen für Koordinierungs- und Fachstellen in den „Partnerschaften für Demokratie“ (unveröffentlicht).
- Landman, Todd (2008): Assessing the Quality of Democracy. An Overview of the International IDEA Framework, Stockholm.
- Lamnek, Siegfried (2010): Qualitative Sozialforschung. Weinheim/Basel.
- Lang, Daniel J./Rode, Horst/Wehrden, Henrik von (2014): Methoden und Methodologie in den Nachhaltigkeitswissenschaften. In: Heinrichs, Harald/Michelsen, Gerd (Hg.): Nachhaltigkeitswissenschaften. Berlin/Heidelberg, S. 115–144.
- Lang, Sabine (1997): Geschlossene Öffentlichkeit. Paradoxien der Politikwissenschaft bei der Konstruktion des öffentlichen Raumes. In: Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (Hg.): Das geheime Glossar der Politik-

- wissenschaft. Geschlechterkritische Inspektion der Kategorien einer Disziplin. Frankfurt/New York, S. 46–69.
- Leipold, Bernhard (2015): Resilienz im Erwachsenenalter. München, Basel.
- Lopez, Shane J./Koetting O'Byrne, Kristin/Petersen, Stephanie E. (2003): Profiling courage. In: Lopez, Shane J./Snyder, Charles Richard (Hrsg.): Positive psychological assessment. A handbook of models and measures, Washington, S. 185-197.
- Luhmann, Niklas (1990): Soziologische Aufklärung 5. Konstruktivistische Perspektiven. Opladen.
- Lynen von Berg, Heinz (2010): Theoretische und methodische Grundlagen und Überlegungen zur Wertebildung. In: Schubarth, Wilfried/Speck, Karsten/Lynen von Berg, Heinz (Hrsg.): Wertebildung in Jugendarbeit, Schule und Kommune. Bilanz und Perspektiv, Wiesbaden, S. 265-304.
- Majer, Helge (2008): Ganzheitliche Sicht von Nachhaltigkeit. In: Statistisches Bundesamt (Hg.): Analyse von Lebenszyklen. Ergebnisse des 4. und 5. Weimarer Kolloquiums. Wiesbaden, S. 9–22.
- Mayntz, Renate (2004): Governance im modernen Staat. In: Benz, Arthur (Hrsg.): Governance – Regieren in komplexen Mehrebenensystemen. Eine Einführung. Lehrbuch Governance. Wiesbaden, S. 65-76.
- Mayring, Philipp (2010): Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken. Weinheim/Basel.
- Meinhold-Henschel, Sigrid/Schack, Stephan (2007): Situation und Handlungsansätze zur Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland. http://www.b-b-e.de/uploads/media/nl23_meinhold-henschel_schack.pdf (Letzter Zugriff: 10.11.2016).
- Michelsen, Gerd/Rieckmann, Marco (2014): Nachhaltigkeitskommunikation. In: Heinrichs, Harald/Michelsen, Gerd (Hg.): Nachhaltigkeitswissenschaften. Berlin/Heidelberg, S. 369–381.
- Newig, Jens (2014): Partizipation. In: Heinrichs, Harald/Michelsen, Gerd (Hg.): Nachhaltigkeitswissenschaften. Berlin/Heidelberg, S. 381–397.
- Olk, Thomas/Roth, Roland (2008): Mehr Partizipation wagen – Handlungsempfehlungen auf einen Blick, https://www.wegweiser-kommune.de/documents/10184/28627/HE_Partizipation_wagen_Roth.pdf/d5c00775-7448-419d-821b-3cb847ac3f50 (Letzter Zugriff: 13.11.2015).
- Perrez, Meinrad/ Hilti, Nadine (2005): Prävention. In: Perrez, Meinrad/Baumann, Urs: Lehrbuch Klinische Psychologie. Psychotherapie, Bern, S. 398-427.
- Polletta, Francesca/Jasper, James M. (2001): Collective Identity and Social Movements. In: Annual Review of Sociology, H. 27, S. 283–305.
- Raschke, Joachim/ Tils, Ralf (2013): Politische Strategie. Eine Grundlegung, Wiesbaden.
- Roth, Roland (2013): Demokratiereformen. Handlungsmöglichkeiten auf Länderebene, Skizze für die Heinrich-Böll-Stiftung, https://www.boell.de/sites/default/files/201303_studie_demokratiereformen_roland_roth.pdf (Letzter Zugriff: 10.11.2016).
- Pöttker, Horst (2006): Öffentlichkeit. In: Bentele, Günter/Brosius, Hans-Bernd/Jarren, Otfried (Hg.): Lexikon Kommunikations- und Medienwissenschaft. Wiesbaden, S. 205–206.
- Röttger, Ulrike (2006): Campaigns (f)or a better world? In: Röttger, Ulrike (Hg.): PR-Kampagnen. Über die Inszenierung von Öffentlichkeit. Wiesbaden, S. 9–24.
- Schellenberg, Britta (2009): Strategien zur Bekämpfung des Rechtsextremismus in Europa. In: Forschungsgruppe Zukunftsfragen, Ausgabe 2/2009.
- Schneekloth, Ulrich (2010): Jugend und Politik: Aktuelle Entwicklungstrends und Perspektiven. In: Shell Deutschland Holding (Hrsg.): Jugend 2010. Eine pragmatische Generation behauptet sich, Frankfurt am Main, S. 129-164.

- Stange, Waldemar (2008): Qualitätskriterien und Standards kommunaler Kinder- und Jugendpartizipation. Materialien für einen Qualitätsdialog „Partizipation“, Baustein A 3.8, http://www.kinderpolitik.de/images/downloads/Beteiligungsbausteine/b/Baustein_B_0_0.pdf (Letzter Zugriff: 10.11.2016).
- Stange, Waldemar (2017): Strategien und Grundformen der Partizipation: Überblick und Systematisierungsversuch, Baustein A 1.5. Deutsches Kinderhilfswerk. https://www.kinderpolitik.de/images/downloads/Beteiligungsbausteine/a/Baustein_A_1_5.pdf (Letzter Zugriff: 10.11.2017).
- Stark, Birgit/Magin, Melanie/Jandura, Olaf/Maurer, Marcus (2012): Methodische Herausforderungen komparativer Forschungsansätze. Köln.
- Verba, Sidney/Schlozman, Kay Lehman/Brady, Henry E. (1995): Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics, Cambridge/London.

7 Tabellenanhang Camino gGmbH

Tabelle 3: zu Abbildung 19: Anzahl der Projektverantwortlichen nach Art der Einzelmaßnahme

	Anzahl der Projekte	Anzahl der Projektverantwortlichen	davon erstmals bei Träger aktiv
	Absolut	Mittelwert	Mittelwert
Aktionstag	28	11.3	6.8
Fest/Feier	35	10.6	4.6
Info-Veranstaltung/Podiumsdiskussion	44	8.0	4.2
Kulturelles Angebot (z.B. Film/Theater)	69	7.8	3.1
Fortbildungsangebot/Schulung	37	6.9	2.9
Angebot im Bereich Sport/Spiel/Outdoor	26	6.6	2.0
Pädagogisches Angebot	91	6.3	2.3
Öffentlichkeitsarbeit	63	6.0	3.0
Angebot im Bereich Medien	22	4.4	1.1
Gesamt	193	7.0	2.9

Quelle: Befragung der Projektträger 2016 (n = 193), Mehrfachantworten sind möglich.

Tabelle 4: zu Abbildung 21: Themen der Einzelmaßnahmen und Ehrenamtlichkeit der Träger

	Nur Hauptamt		Mehrheit Hauptamt		Mehrheit Ehrenamt		Nur Ehrenamt	
	Absolut	In %	Absolut	In %	Absolut	In %	Absolut	In %
Rechtsextreme Orientierungen/Handlungen	2	6%	7	19%	6	17%	21	58%
Homophobie und Transphobie	1	8%	2	17%	3	25%	6	50%
Antisemitismus	2	6%	7	21%	10	29%	15	44%
Demokratiestärkung im ländlichen Raum	2	3%	10	16%	23	38%	26	43%
Willkommenskultur	6	5%	25	22%	38	33%	45	39%
Islam-/Muslimfeindlichkeit	3	7%	11	27%	11	27%	16	39%
Islamistische Orientierungen/Handlungen	2	25%	1	13%	2	25%	3	38%
Antiziganismus	1	10%	2	20%	4	40%	3	30%

Quelle: Befragung der Projektträger 2016 (n = 157). Mehrfachantworten möglich.

Tabelle 5: zu Abbildung 22: Zielgruppen der Projekte und Ehrenamtlichkeit der Träger

	Nur Hauptamt		Mehrheit Haupt- amt		Mehrheit Ehren- amt		Nur Ehrenamt	
	Absolut	In %	Absolut	In %	Absolut	In %	Absolut	In %
Sympathisant/innen radikalisierte Cliques/Szenen	0	0%	0	0%	0	0%	3	100%
Sich radikalisierende junge Menschen	1	6%	3	19%	2	13%	10	63%
Allgemeine Öffentlichkeit	4	4%	19	18%	39	36%	45	42%
Kinder und Jugendliche	5	5%	20	19%	36	34%	44	42%
Eltern und andere Bezugspersonen	2	5%	9	22%	13	32%	17	41%
Politische Akteure	4	10%	3	8%	16	41%	16	41%
Menschen mit Migrationshintergrund	8	7%	20	18%	39	35%	43	39%
Menschen mit Behinderungen	0	0%	2	11%	9	50%	7	39%
Zivilgesellschaftliche Akteure	5	9%	9	16%	22	38%	22	38%
Mädchen und Frauen	2	7%	4	13%	13	43%	11	37%
Staatliche Akteure	4	24%	1	6%	6	35%	6	35%
Ehren- und Hauptamtliche in der Ju- gendhilfe	4	10%	6	15%	16	40%	14	35%
Andere Akteure mit fachlichem/ berufli- chen Bezug	4	9%	13	29%	15	33%	13	29%

Quelle: Befragung der Projektträger 2016 (n = 170). Mehrfachantworten möglich.



Institut für Sozialarbeit
und Sozialpädagogik e. V.
Zeilweg 42
60439 Frankfurt am Main

Telefon +49 (0) 69 /95789-0
Telefax +49 (0) 69 /95789-190
E-Mail info@iss-ffm.de
Internet www.iss-ffm.de



Camino gGmbH
Boppstr. 7
10967 Berlin

Telefon +49 (0) 03 /6107372-0
Telefax +49 (0) 03 /6107372-29
E-Mail mail@camino-werkstatt.de
Internet www.camino-werkstatt.de

